

Gerhard Strauß

Der politische Wortschatz

**FORSCHUNGSBERICHTE DES
INSTITUTS FÜR DEUTSCHE SPRACHE
MANNHEIM**

herausgegeben von
Rainer Wimmer und Gisela Zifonun

Band 60

GERHARD STRAUSS

Der politische Wortschatz

Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik



Gunter Narr Verlag Tübingen

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Strauss, Gerhard:

Der politische Wortschatz : zur Kommunikations- u. Textsortenspezifik /

Gerhard Strauss. – Tübingen : Narr, 1986.

(Forschungsberichte des Instituts für Deutsche Sprache Mannheim ; Bd. 60)

ISBN 3-87808-660-1

NE: Institut für Deutsche Sprache <Mannheim>:

Forschungsberichte des Instituts...

© 1986 · Gunter Narr Verlag Tübingen

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, in allen Formen wie Mikrofilm, Xerographie, Mikrofiche, Mikrocard, Offset verboten.

Druck: Fotokop weihert, Darmstadt

Printed in Germany

ISBN 3-87808-660-1

INHALT

0.	Vorbemerkung	1
	<i>G. Strauß</i>	
1.	Sprachspiele, kommunikative Verfahren und Texte in der Politik. Versuch einer Textsortenspezifik (1984/85)	2
	<i>G. Strauß/G. Zifonun</i>	
2.	Formen der Ideologiegebundenheit. Versuch einer Typologie der gesellschaftspolitischen Lexik (1982/83)	67
	<i>G. Strauß</i>	
3.	Schwere Wörter in der Politik (1985)	149

Vorbemerkung

Der vorliegende Forschungsbericht enthält eine Auswahl von Vorarbeiten, die sich im Rahmen des am Institut für deutsche Sprache geplanten Lexikons der schweren Wörter im Bereich der öffentlichen (politischen, kulturellen, wissenschaftlichen) Kommunikation mit dem Bereich Politik und seiner lexikologisch-semantischen Aufbereitung beschäftigen und die als notwendige Voraussetzung für eine angemessene lexikographische Behandlung des politisch-sozialen Wortschatzes im Lexikon erachtet werden.

Im ersten Beitrag werden Texte der öffentlich-politischen Kommunikation mithilfe der Konzepte 'Sprachspiel' als konkrete Handlungskonstellation und 'kommunikative Verfahren' als sprachliche Mittel der Handlungskoordination und Problemlösung interaktionsbezogen klassifiziert. Damit wird ein relativ neuer Ansatz erprobt: Seine Überlegenheit gegenüber anderen Versuchen gründet darin, daß er sich explizit auf die konkrete Struktur und Organisation eines Ausschnittes der sozialen Realität einläßt und darum bemüht ist, Parameter einer Textsortenklassifizierung aus der Analyse eben dieses Kommunikationsbereichs selbst herzuleiten.

Die Ergebnisse dieses Beitrags münden unmittelbar in den dritten Beitrag: Die Textsortenklassifikation wird hier weiter entfaltet und zu einer textsortenspezifischen Klassifikation des politischen Wortschatzes umgesetzt, so daß Klassen schwerer Wörter u.a. in Relation zu bestimmten Textsorten definiert werden können. Politische Wörter sind dann klassifizierbar und ihr Schweregrad ist begründbar durch die Belegung der (Schwere-)Merkmale, die aus ihrem textsortenspezifischen Verwendungshorizont und ihrer Bindung an die Handlungs-, Sach- und Begriffszusammenhänge eines bestimmten Funktionsbereichs politischer Kommunikation gewonnen sind. Die in den Texten ermittelten lexikalischen Schwere-merkmale und die damit differenzierten vier Wortklassen werden als Parameter in einer Matrix zusammengeführt, die als lexikographischer Orientierungsrahmen bei der Beschreibung (nicht nur) politischer Wörter anzuwenden ist.

Der zweite Beitrag ist eher lexikologisch ausgerichtet und unternimmt den Versuch einer Typologisierung des ideologiegebundenen Wortschatzes. Mit gebrauchstheoretisch begründeten semantischen Beschreibungskategorien werden die verschiedenen Formen ideologischen Wortgebrauchs angemessener als bisher systematisiert und damit zugleich unabdingbare Vorarbeiten für die lexikographische Behandlung eines brisanten Wortschatzbereichs geleistet.

Für hilfreiche Hinweise und kritische Unterstützung danke ich Gisela Zifonun, für mühevollen Schreib- und Korrekturarbeiten sowie für die kunstvollen Graphiken danke ich Jacqueline Lindauer

Sprachspiele, kommunikative Verfahren und Texte in der Politik

Versuch einer Textsortenspezifik

Inhalt

0. Vorbemerkung
1. Sprachspiel - kommunikatives Verfahren - Text
 - 1.1. Zum Begriff 'Sprachspiel'
 - 1.2. Zum Begriff 'kommunikatives Verfahren'
 - 1.2.1. Kommunikative Verfahren in der Politik
 - 1.2.2. Exkurs: 'Doppelung' und 'Inszenierung' von Verfahren
 - 1.2.3. Makro- und Mikroverfahren
 - 1.3. Zum Begriff 'pragmatischer Textgehalt'
2. Darstellungsziel: Modelle der Textklassifizierung und Textcharakterisierung
3. Protobeispiel: der Text des Grundgesetzes
4. Konstitutive Sprachspiele in der Politik
5. Diagramme zur Klassifizierung politischer Textsorten
6. Ausblick: Textsorten und Lexemklassen
7. Literatur

0. Vorbemerkung

Der folgende Beitrag unternimmt den Versuch, Texte, die in politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der gegenwärtigen Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen, zu charakterisieren und funktional zu klassifizieren. Zu diesem Zweck werden die Begriffe 'Sprachspiel' als konkretes Bedingungsfeld und sozial etablierte Handlungskonstellation und 'kommunikatives Verfahren' als gesellschaftliches Problemlösungsverfahren eingeführt (Kap. 1). Diese Begriffe deuten die Richtung an, "in der eine Theorie der Texttypen entwickelt werden sollte" (Dieckmann 1981, 161). Der Versuch einer interaktionsbezogenen Textklassifizierung und die Anwendung auf den Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation stellen einen relativ neuartigen Ansatz dar (Kap. 2). Noch nicht auf ihre Tragfähigkeit überprüft sind auch die aus der frame-Theorie abgeleiteten Verfahren zur Darstellung der Funktionszusammenhänge zwischen Sprachspielen, kommunikativen Verfahren und Texten mithilfe semantischer oder Handlungs-Rahmen (Kap. 3 u. 4). Eine stärker textbezogen-statische Alternative zu der Präsentation dynamischer Wirkungszusammenhänge in frames stellt die tabellarische Zuordnung der drei Größen in Diagrammen dar, die diesen Beitrag abschließen. Dieser Zuschnitt auf Texte-in-Funktion schafft die Voraussetzung für den dritten Beitrag dieses Bandes. Dort werden auf der Grundlage einer Zuordnung unterschiedlicher Sprachspiele, Verfahrenstypen und Textsorten zu den Teilbereichen der öffentlich-politischen, institutionsexternen und -internen Kommunikation, die den politischen Handlungsraum insgesamt gliedern, die pragmatischen Kontexte wenigstens vage umrissen, in denen unterschiedliche Klassen von politischen Wörtern usuell verwendet werden und in denen sie - neben anderen 'schweren' Wortklassen - gegebenenfalls als schwere Wörter Anlaß zu Verständigungsproblemen geben. Vermittelt über die Rekonstruktionskette 'Sprachspiel - kommunikatives Verfahren - Texte-in-Funktion - (schweres) politisches Wort in Texten' liefert dieser Beitrag auch Daten, die im Sinne einer Textologie und "praktischen Lexikologie" (Wiegand 1977) für die lexikographische Beschreibung politischer Ausdrücke, besonders

für ihre pragmatische Markierung relativ zur Markierungsdimension 'Textsorte' bzw. 'textsortenspezifische Verwendung', unerlässlich sind.

1. Sprachspiel - kommunikatives Verfahren - Text

Bei der Textzusammenstellung und Textklassifikation für den Bereich der politischen/öffentlichen Kommunikation, also der Bereitstellung einer relevanten/repräsentativen und kommunikativ und semantisch aufgeschlüsselten Textbasis, als systematische Grundlage für die Ermittlung und Charakterisierung unterschiedlich schwerer (Klassen von) Lexeme(n) gehe ich von einer funktionalen Charakterisierung der Texte nach ihrer Zugehörigkeit und ihrer Aufgabenstellung in komplexen Sinn- und Handlungszusammenhängen aus (Texte-in-Funktion). Dabei werden drei Gesichtspunkte herangezogen:

(1) der übergeordnete und konkret situierende:

Einordnung von Texten in spezielle Handlungs-
zusammenhänge/Aufgabenfelder oder
- wie ich sagen werden - S p r a c h s p i e l e

(2) der nach sprachlichen Handlungsformen charakterisierende:

Generelle, makrostrukturelle Charakterisierung
von Texten gemäß 'k o m m u n i k a t i v e n
V e r f a h r e n', in denen sie eine bestimmte
Funktion haben

(3) der nach Sprechhandlungs-/Darstellungs-/Wirkungsarten differenzierende:

Spezielle, mikrostrukturelle Differenzierung von
Texten gemäß ihrem 'p r a g m a t i s c h e n
G e h a l t'.

Die drei Größen 'Sprachspiel', 'kommunikatives Verfahren' und 'pragmatischer Textgehalt' figurieren, wie angedeutet, auf ver-

schiedenen Ebenen. Erst ihre Zusammenführung kann der Komplexität einer Charakterisierung von Texten-in-Funktion gerecht werden (vgl. unten Kap. 2.).

1.1. Zum Begriff 'Sprachspiel'

Sprachspiele sind als 'Teile einer Lebensform' (Wittgenstein) der konkrete Ort, in dem bestimmte Interaktionen mit bestimmten Interaktionspartnern, die bestimmte Rollen, ein bestimmtes gemeinsames Wissen, bestimmte Aufgaben und Interessen haben, stattfinden. 'Sprachspiel' ist daher hier für die Textklassifizierung der übergeordnete kommunikationstheoretische Begriff; er liefert die Daten für das Bedingungsfeld, in dem sprachliche politische Aktivitäten stattfinden, und stellt den Bezug her auf den jeweiligen situativen, institutionellen und gesellschaftlichen Rahmen.

Ein Sprachspiel konstituiert sich jeweils als Konstellation von

- spezifischen Problemsituationen
- Handlungsbeteiligten mit bestimmten (sozialen) Beziehungen zueinander (Funktionen, Rollen)
- gemeinsamem Situations- und Hintergrundwissen der Kommunikationspartner
- Aufgabenstellungen und Handlungszielen (bei Sachverhalten mit bestimmten Problemstrukturen)
- kommunikativen Strategien
- allgemeinen Herrschaftsbedingungen, gesellschaftlichen Organisationsformen
- beteiligten Institutionen und Instanzen (institutionellen Rahmenbedingungen)

innerhalb eines bestimmten Handlungsbereichs einer bestimmten Gesellschaftsform. Sprachspiele innerhalb eines Handlungsbereichs finden nicht isoliert voneinander statt, sondern sind miteinander vernetzt; zum Teil stehen sie in hierarchischen Beziehungen zueinander. So kann man im Handlungsbereich Politik in dieser unserer Gesellschaftsordnung eine Art Makro-Sprachspiel 'institutionelle (öffentliche und teilöffentliche) Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im Bereich der Politik der gegenwärtigen BRD' ansetzen. Aus diesem Makro-Sprachspiel können unter verschiedenen Gesichtspunkten untergeordnete Sprachspiele heraus-

differenziert werden, etwa unter dem Gesichtspunkt der Differenzierung des gesamten politischen Bereichs in spezifische Teilbereiche

- Sprachspiele wie z.B. 'Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Innenpolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik usw.'

oder unter funktionalen Gesichtspunkten

- Sprachspiele wie 'öffentlich-politische Meinungsbildung', 'politische Werbung (z.B. speziell in den Massenmedien)' usw.

Mithilfe von Sprachspielen kann so ein relativ realistisches und exaktes Bild der Wirklichkeit politischer Interaktion in einer bestimmten Gesellschaft entworfen werden (Zu einem Ansatz mithilfe von frames vgl. unten Kap. 4).

Der so gefaßte Sprachspielbegriff - als konkrete Aufgaben-, Problemlösungs- und Interaktionskonstellation - unterscheidet sich von dem Sprachspielbegriff Grünerts (1983, 44), der 'Sprachspiel' abstrakter faßt und im Bereich des Politischen vier Sprachspiele unterscheidet (ebd. 47ff.):

1. Das "regulative Sprachspiel" als dasjenige Sprachspiel, das die Beziehungen zwischen 'oben' und 'unten' markiert, in dem jeweils "die Mächtigen" sprechen, wo sich "Herrschaft in Sprache" umsetzt, und das sich in folgenden Texten konkretisiert:

Verfassung, Gesetz, Gebot, Verbot, Verordnung, Erlaß, Anweisung usw.

2. das "instrumentale/begehrende Sprachspiel" als "Umkehrung des regulativen Sprachspiels": "Hier werden gegenüber der institutionellen Herrschaft Wünsche geäußert, Bitten vorgetragen, Petitionen eingereicht, Forderungen gestellt, Ansprüche erhoben, Gegenentwürfe formuliert, und gegenüber unrechtmäßiger oder unrechtmäßig empfundener Macht wird Widerstand geleistet" (ebd. 51). Mit den appellativen Texten dieses Sprachspiels

(Aufrufe, Flugblätter, Manifeste) werden vor allem die Stellen aufgezeigt, an denen das regulative Sprachspiel offensichtlich der Korrektur bedarf.

3. das "integrative Sprachspiel" als dasjenige Sprachspiel, in dem es um "gruppeneinigende Prozesse" und Solidarität geht: Den Texten "dieses Sprachspiels, seien es Parteiprogramme oder politische Gemeinschaftslieder, panegyrische Gedichte oder Reden des *genus demonstrativum*, kommt die Funktion zu, Gruppen zu definieren, nach außen abzugrenzen, nach innen zu stabilisieren, so daß sich der einzelne in seiner Gruppe wiederfinden, mit seiner Gruppe identifizieren kann" (ebd. 53). Der Symptomwert dieser Texte kommt vor allem durch den Gebrauch von Schlagwörtern, Fahnen- und Stigmawörtern zum Ausdruck, die für die Mitglieder von Gruppen und Parteien die Funktion von ideologieidentifizierenden Symbolen übernehmen.
4. das "informativ-persuasive Sprachspiel" als dasjenige Sprachspiel, in dem es um Information, Meinungs- und Bewußtseinsbildung der "Mitglieder und Bewohner" von Staaten geht. Dieses Sprachspiel bestimmt mit seinen Entscheidungshilfen gebenden, meinungsbildenden Texten nahezu vollständig das öffentliche Bild der gegenwärtigen politischen Kommunikation.

Grünerts Sprachspiele sind von konkreten gesellschaftlichen Bedingungen relativ unabhängig; er arbeitet gerade das gesellschaftssystem- und epochenübergreifende an ihnen heraus: "Die Frage, ob sich mit den Sprachspielen anthropologische Grundtatsachen verbinden, muß unbeantwortet bleiben. Gewiß aber ist, daß die Sprachspiele nicht an nationalsprachliche Grenzen gebunden sind." Man könnte die Sprachspiele "in ihren verschiedenen nationalsprachlichen Ausprägungen miteinander ... vergleichen, um auf diese Weise kontrastiv Denk-, Sprach- und Handlungsstrukturen freizulegen, wie sie für unterschiedliche Gemeinschaften kennzeichnend sind" (Grünert ebd. 47).

Insofern geht es Grünert eher um allgemeine Strukturen politischer Kommunikations- und Interaktionsprozesse als um die

konkrete Konstellation, die ich hier als Sprachspiel fasse, d.h. Grünerts situationsenthobener Fassung des Sprachspiels ist eher in begrifflicher Nähe zu unserem Begriff des kommunikativen Verfahrens.

1.2. Zum Begriff 'kommunikatives Verfahren'

Unter kommunikativen Verfahren verstehe ich

Aktivitäten/Handlungsfolgen, die - von den Beteiligten - unter einer gemeinsamen Zielsetzung begriffen werden, als Antworten auf spezifische Problemsituationen fungieren und der Handlungskoordination zum Zweck der Problemlösung dienen.

Ich lehne mich mit dieser Bestimmung an Dieckmann (1983, 14ff.) an, der vier solcher kommunikativer Verfahren beschreibt: AUFORDERN, PERSUASION, VERHANDELN und DELIBERIEREN. Dabei wird aus der Beschreibung z.B. von VERHANDELN deutlich, worauf es bei kommunikativen Verfahren ankommt:

(Es handelt sich um ein kommunikatives Verfahren, mit dem) zwei oder mehr Personen bzw. Gruppen unter Anerkennung und in Abwägung der beiderseitigen Interessen gemeinsam eine Einigung herbeizuführen versuchen. Ausgangspunkt ist ein Problem, das von den Beteiligten als (Ver-)Teilungs- oder Tauschproblem eingeschätzt wird. Es besteht ein gemeinsames Interesse an einer Einigung und ein gemeinsamer Wille zur Kooperation bei grundsätzlich zugestandener Gleichberechtigung in der Verfolgung der eigenen Interessen. Die Einigung geschieht über Angebote und Gegenangebote in einem Prozeß, in dem die Interessengegensätze, meist durch Kompromißbildung, ausgeglichen werden. Die Einigung erhält die Form einer schriftlichen Vereinbarung, oft eines Vertrages, oder auch einer mündlichen Erklärung des Einverständnisses, die für beide Seiten Obligationen für die Zukunft schaffen. Die gesellschaftlichen Bereiche, in denen dieses Einigungsverfahren [...] typischerweise [vorkommt], sind der kommerzielle Geschäftsverkehr, die internationale Politik, der Interessenausgleich zwischen innenpolitischen Gruppen und Verbänden und das Eingehen von Verträgen nach dem Privatrecht.

(Dieckmann 1983, 33f.)

Kommunikative Verfahren können demnach folgendermaßen charakterisiert werden: sie sind prozeßhaft, dynamisch, werden durch Handlungssequenzen realisiert, gehen von einer Problemsituation

(hier Teilungs- und Tauschproblem) aus, zielen auf eine Problemlösung, können in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vorkommen, setzen die Art der Beziehung zwischen den Interaktionspartnern nur in sehr allgemeiner Art voraus (hier: Beteiligte stehen in "symmetrischer" Beziehung zueinander, anders bei AUF-FORDERN: dort wird eine asymmetrische Beziehung vorausgesetzt). Aus dieser Bestimmung ergibt sich ihr relativ 'abstrakter' oder allgemeiner Charakter - vor allem im Verhältnis zu unserem Sprachspielbegriff. Ich fasse ihn nochmals zusammen:

- Kommunikative Verfahren sind relativ abstrakte Handlungsschemata, die durch verschiedene Beteiligte in verschiedenen Bereichen, Gesellschaftssystemen, geschichtlichen Epochen [in jeweils dann spezifischer Weise] vollzogen werden können, daher:
- Die 'Stellen' für die Handlungsbeteiligten eines kommunikativen Verfahrens sind mit Variablen zu belegen:

'X verhandelt mit Y'

- Die 'Stellen' für den Handlungsbereich/das Sprachspiel/ (die Gesellschaftsform/die Geschichtsepoche) sind ebenfalls mit Variablen zu belegen:

'X verhandelt mit Y im Bereich Z
innerhalb des Sprachspiels S
(zur Zeit T unter den gesellschaftlichen Bedingungen G)'

Das heißt konkret: Wenn wir nun eine Liste von kommunikativen Verfahren aufstellen, die für den Bereich der politischen Kommunikation in jedem Fall konstitutiv sind, so schließt dies nicht aus, daß diese Verfahren nicht auch in anderen Handlungsbereichen, z.B. der Kommunikation in den Bereichen 'Umwelt', 'Kultur/Bildung' oder 'Wirtschaft', oder innerhalb der Fächer, zwischen Fachmann und Laien oder auch in der Alltagskommunikation, wirksam sein können. Das eigentlich Politische (oder Umwelt-, Kulturspezifische usw.) kommt erst durch die Zuordnung zu entsprechenden konkreten Sprachspielen zustande.

1.2.1. Kommunikative Verfahren in der Politik

Im folgenden versuche ich, auf einer ersten Ebene eine möglichst kleine Anzahl möglichst umfassender kommunikativer Verfahren zusammenzustellen und kurz zu charakterisieren.

Dabei sind die in der Liste mit *) gekennzeichneten kommunikativen Verfahren "partnerorientierte" Verfahren (vgl. v. Polenz 1985, 223); das mit **) gekennzeichnete ist ein "ichorientiertes" Verfahren und die mit ***) gekennzeichneten sind "kooperative" Verfahren. Verständlicherweise sind nur die mit *) und **) markierten Verfahren allein in monologischer Interaktion realisierbar, d.h. diese Verfahren bedürfen nicht notwendig des Gesprächs. Für **) sind zumindest dialogische Teilphasen des komplexen Prozesses erforderlich. Die beiden mit ***) markierten Verfahren DELIBERIEREN und VERHANDELN müssen manifest dialogisch realisiert werden, bei ihnen ist außerdem das Merkmal der Prozeßhaftigkeit und Problemlösung am deutlichsten ausgeprägt.

- (1) AKTIVIEREN *): A versucht B zu einer Einstellung/Meinung(s-änderung)/Handlung zu bewegen (durch Persuasion, d.h. Überzeugung, Überredung, Werbung).

(1) ist ein komplexes Makroverfahren. In seinen unterschiedlichen Ausprägungen spielt es eine wichtige Rolle in der Außendarstellung politischer Institutionen und Parteien gegenüber der Massenöffentlichkeit. Bei seiner Realisierung hat einer der Akteure vorkommunikativ schon einen Handlungsplan und es geht darum, den anderen zu bewegen, sich entsprechend diesem Handlungsplan zu verhalten. Handlungskoordination soll hier dem vom Sprecher intentional vorgesehenen Handlungsplan folgen. Die soziale Beziehung der Interaktanten ist beim AKTIVIEREN durch Asymmetrie gekennzeichnet.

In seiner positiven Ausprägung als PERSUASION im Sinne von ÜBERZEUGEN kann es Rationalität (Argumentation) in Anspruch nehmen.

In seinen negativen Ausprägungen als PERSUASION im Sinne von ÜBERREDEN und WERBEN wird manipulativ die psychische Disposition der Angesprochenen nutzbar gemacht. Daher wird (1) vor allem im Bereich der politischen Propaganda angewendet, der das öffentliche Bild der gegenwärtigen politischen Kommunikation maßgeblich bestimmt. Mit den Texten, in denen dieses Verfahren wirksam ist (z.B. politisches Pamphlet, Wahlrede, Slogan, Plakat), sollen die Massen manipulativ beeinflußt und gesteuert werden. Häufig ist dieses Verfahren wegen seiner negativen Wertschätzung

von Seiten der Öffentlichkeit in diesen Texten durch positiv bewertete Verfahren wie DELIBERIEREN oder ARGUMENTIEREN verdeckt (vgl. 1.2.2.).

- (2) INFORMIEREN *): A setzt B in Kenntnis von etwas (möglicherweise von einem ganzen Sachverhalt).

Dieses Verfahren, das in Textsorten der massenmedialen Berichterstattung (Fernseh-, Rundfunknachrichten, Zeitungsberichte) wirksam ist, schafft die Voraussetzungen für die Meinungs- und Bewußtseinsbildung des Bürgers, indem es durch Vermittlung von Fakten und Daten Entscheidungshilfen im öffentlich-politischen Willensbildungsprozeß anbietet.

Verfahren (2) tritt wie Verfahren (3) auch in Verbindung mit dem Teilverfahren BEWERTEN auf (vgl. v. Polenz 1985, 237).

- (3) ARGUMENTIEREN *): A bringt B Gründe für etwas, setzt Für und Wider einer Sache auseinander.

- (4) UNTERWEISEN *) : A bringt B eine Sache (als Lehrer, Fachmann, professioneller Wissensvermittler) nahe.

- (5) REGULIEREN/
NORMIEREN *) : A setzt für B Regelungen, Regeln/Normen fest.

Dieses Verfahren ist den politischen Institutionen/Behörden häufig von übergeordneten Instanzen vorgeschrieben und hat normative Verbindlichkeit für die Agenten der Institutionen. Da es auf Seiten der Öffentlichkeit einer negativen Einschätzung unterliegt, wird es häufig durch Inszenierung positiv bewerteter Verfahren verdeckt (vgl. 1.2.2.). Mit den normativen Texten, in denen dieses Verfahren wirksam ist (z.B. Gesetz, Verordnung, Anweisung, Verfügung), werden für die Gesamtheit der Bürgerschaft in gleicher Weise die Bedingungen des öffentlichen Zusammenlebens formuliert. Diese Texte fixieren sprachlich Regeln, setzen Ordnung regulierende Maximen fest, die für den Bürger als Handlungsanweisungen dienen. Sie sind somit immer zugleich Ausdruck bestimmter Autoritäten und Herrschaftsstrukturen.

- (6) LEGITIMIEREN **): A rechtfertigt sich selbst/seine Handlungsweise(n).

Häufig sind diejenigen (die Herrschenden), die das regulierende Verfahren anwenden, gezwungen, ihre bereits vollzogenen Handlungen oder ihre zukünftigen Handlungspläne vor der Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Herrschenden, die ihre partikulären Interessen als allgemeinverbindliche Ziele deklarieren, stehen unter einem Legitimationszwang. "Weil [in der Demokratie] die Interessen der Herrschenden mit denen der Beherrschten identisch sein sollen, gilt ... die Vertretung 'partikularer' Zielsetzungen als illegitim. Um vor dem Tribunal demokratischer Kritik bestehen zu können, stellen nun alle, die gesellschaftlich relevante Macht haben oder anstreben, ihre Interessen als die von sozialen

Einheiten dar, deren Umfang ihre eigene Gruppe übergreift - im entscheidenden Fall: als die 'allgemeinen' Interessen aller Glieder der Gesellschaft" (Frese 1972, 110).

- (7) DELIBERIEREN ***): A versucht mit B durch Diskussion zu einer gemeinsamen Problemlösung zu kommen.

(7) gilt als Verfahren mit hohem Prestigewert; es steht in enger Beziehung zu ARGUMENTIEREN und ÜBERZEUGEN. Daher wird es in öffentlich-politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen häufig als Folie für negativ bewertete Verfahren wie WERBEN oder LEGITIMIEREN eingesetzt (vgl. 1.2.2.). Bei (7) ist wie beim VERHANDELN der Handlungsplan das Ergebnis der Kommunikation. Die Kommunikation zwischen den Akteuren dient nicht nur dazu, ein anschließendes Handeln zu koordinieren, sondern dazu, einen Handlungsplan gemeinsam zu erarbeiten.

Die beiden Verfahren DELIBERIEREN und VERHANDELN setzen als soziale Beziehung der Interaktanten ein kooperatives (symmetrisches) Verhältnis voraus.

- (8) VERHANDELN ***): A und B versuchen, ihre Handlungspläne durch Kompromißbildung aufeinander abzustimmen (vgl. obiges Zitat von Dieckmann 1983, 33f.).

- (9) SOLIDARISIEREN/
INTEGRIEREN *) : A versucht B zu gemeinsamer Haltung/
Einstellung/gemeinsamen Aktivitäten zu bewegen.

Dieses Verfahren dient der Erzeugung eines gruppenspezifischen Bewußtseins, es fördert die Gruppenidentifizierung und den Gruppenkonformismus. Die Texte, in denen es wirksam ist (z.B. Parteiprogramme), haben die Funktion, Interessen- oder politische Gruppen zu definieren, nach außen abzugrenzen und nach innen zu stabilisieren. Daher spielen auf der lexikalischen Ebene in diesem Verfahren Wörter mit ausgeprägter Symptom- und Signalfunktion eine wichtige Rolle. In den Texten, die von diesem Verfahren dominiert werden, werden rationale Argumentationsstrukturen überlagert von emotiven und evaluativen Funktionen. Intendiert ist die jeweils gruppenspezifisch verbindliche Interpretation und Wertung von Welt und politischer Wirklichkeit sowie gleichzeitig die Abgrenzung von der Weltinterpretation und vom Programm konkurrierender Parteien/Gruppen. Das solidarisierende Verfahren als "In-group-Verfahren" (Dieckmann 1981, 185) kann in Verbindung mit den Verfahren AKTIVIEREN bzw. WERBEN und BEWERTEN auftreten; in Texten, die die interne Interaktion und Struktur von Gruppen/Parteien thematisieren, kann es bei der Herausbildung von Führungsgremien und Teilöffentlichkeiten innerhalb der Gruppen mit dem Verfahren REGULIEREN in Verbindung treten,

(10) PROTESTIEREN *) : A verwahrt sich/legt Protest ein/kämpft
(verbal) gegen die Handlungen/Institutionen von B.

Bürger oder Gruppen von Bürgern, jedenfalls Gruppen, die an politischer Herrschaft nicht unmittelbar beteiligt sind, können sich in protestierenden oder appellierenden Texten gegen Texte der Institutionen/Behörden (z.B. Verordnungen) verwahren, in denen das regulierende Verfahren dominiert. Das protestierende Verfahren kann man als Umkehrung des regulierenden Verfahrens auffassen. Beide Verfahren können daher innerhalb eines Textes, der von einem Akteur produziert wird, nicht miteinander auftreten. In protestierenden Verfahren werden Illokutionen wie 'Begehren formulieren', 'Petitionen einreichen', 'Forderungen stellen', 'Ansprüche erheben', 'Gegenentwürfe formulieren', 'Widerstand leisten', 'Räsonieren' oder 'Opponieren' vollzogen, die das regulierende Verfahren der Kritik und Korrektur unterziehen.

So wie das regulierende Verfahren von der Öffentlichkeit, so wird das protestierende Verfahren von den Herrschenden/Institutionen/Behörden negativ eingeschätzt.

Bei den hier aufgeführten kommunikativen Makroverfahren handelt es sich um Verfahren, die konkret in institutionellen und/oder öffentlichen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der gegenwärtigen Bundesrepublik vorkommen, bzw. um Verfahren, von denen behauptet wird, daß sie diese Prozesse maßgeblich bestimmen. Damit ist aber nicht ausgeschlossen, daß diese Verfahren über den Bereich des Politischen hinaus auch für andere Handlungsbereiche konstitutiv sein können.

Gemeinsam ist diesen kommunikativen Verfahren, daß sie in bestimmten Textsorten der öffentlich-politischen oder der institutions-externen Kommunikation häufig in nicht immer leicht durchschaubare Beziehungen zueinander treten können, daß bestimmte Verfahren zur Verdeckung anderer Verfahren 'inszeniert' werden oder daß ein bestimmtes Verfahren als Folie für die Realisierung anderer Verfahren eingesetzt wird und somit Verfahren 'gedoppelt' in der Kommunikation eingesetzt werden (vgl. 1.2.2.). Bestimmte Verfahren können eher erfolgsorientiert-strategisch, andere eher verständigungsorientiert und wieder andere eher sach- oder problemorientiert eingesetzt werden.

Gemeinsam ist diesen Verfahren auch, daß sie durch Handlungsse-

quenzen realisiert werden können, in denen auch non-verbale Handlungen eine Rolle spielen, z.B. im Bereich des Verfahrens SOLIDARISIEREN durch gemeinsame "präsentative Symbole" oder "nicht-verbale Symbolsysteme" (Grünert 1983, 47, 54) oder im Bereich des Verfahrens PROTESTIEREN durch Revolutionen und Aufstände, Demonstrationen und Bürgerinitiativen.

1.2.2. Exkurs: 'Doppelung' und 'Inszenierung' von Verfahren

Edelman (1976) geht aus von der Tatsache, daß politisches Handeln potentiell immer in der Öffentlichkeit (im Sinne von Massen-Öffentlichkeit) oder in den Teilöffentlichkeiten einzelner Institutionen (Parteien, Fraktionen, Verbände usw.) situiert ist und entwickelt daran die These von der "Doppelung der Realität des Politischen". Die politische Realität sei durch eine "Brechung in zwei Realitätsebenen: Machtkampf und Täuschung über diesen Machtkampf, Nachricht und Deutung, strategische Rationalität und symbolische Mystifikation" (Offe in der Einleitung zu Edelman 1976, VIII) gekennzeichnet. Das heißt, daß jede Interaktion im Bereich politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse potentiell zwei verschiedene Bedeutungen hat, oder anders ausgedrückt, zwei verschiedene Funktionsweisen zugesprochen erhält: Die eine auf der Ebene der (direkten) Interaktion der politischen Akteure, die andere auf der Ebene der Beziehung zwischen den politischen Akteuren und der zuschauenden und nur indirekt beteiligten Öffentlichkeit. Da politisches Handeln vorwiegend kommunikatives oder sprachlich vermitteltes Handeln ist, unterliegt auch das sprachliche Handeln dieser Brechung in zwei Bedeutungsebenen: Einerseits hat kommunikatives Handeln eine Bedeutung in der Interaktion der politischen Akteure bei der Lösung von Problemen der Handlungskoordination, andererseits macht der zuschauende oder zuhorende Bürger sich aus dem kommunikativen Handeln der Akteure bzw. aus dem massenmedial vermittelten Handeln eine Vorstellung davon, auf welche Art die Probleme der Handlungskoordination gelöst werden.

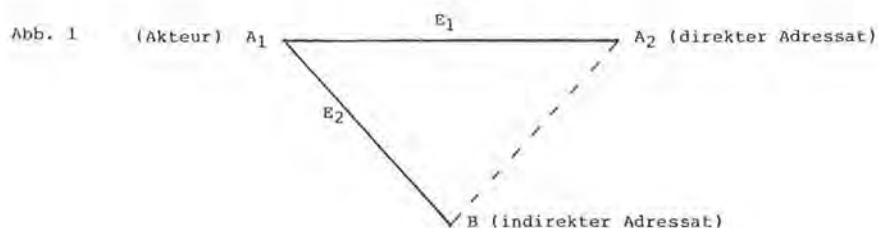
Da nun die verschiedenen Möglichkeiten der Handlungskoordination

wesentlich mit jeweils unterschiedlichen kommunikativen Verfahren verknüpft sind, sind auch letztere von der behaupteten Doppelung betroffen: Entweder haben die in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen verwendeten kommunikativen Verfahren für die politischen Akteure eine andere Bedeutung als ihnen vom nur indirekt beteiligten Bürger zugeschrieben wird oder die Handlungskordinierung wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit ('hinter verschlossenen Türen') von den politischen Akteuren mit anderen kommunikativen Verfahren erreicht als denen, von denen der Bürger meint oder erwartet, daß sie angewendet werden, oder sie wird erreicht mit ganz anderen Verfahren als denen, die dem Bürger nach Beendigung der politischen Handlung dann offiziell mitgeteilt werden.

Der Kern von Edelmans These ist nun, daß das auf der ersten Ebene präsentierte Geschehen für den Bürger bzw. die Massenöffentlichkeit in einer Weise "inszeniert" wird, daß er nicht in der Lage ist zu erkennen, was wirklich geschieht oder welche Ziele in Wirklichkeit verfolgt werden, sondern einer Täuschung oder "Mystifikation" aufsitzt.

Die Inszeniertheit ist ein sinnfälliges Merkmal aller öffentlich-dialogischen Kommunikationen; sie kennzeichnet die Produkte der Massenmedien, die dialogisch konzipiert sind, ebenso wie zahlreiche Kommunikationsformen, die bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen im Bereich der öffentlich-institutionellen bzw. öffentlich-politischen Kommunikation (z.B. Plenardebatten des Bundestags), der Kommunikation zwischen Institution und Bürger und - soweit sie einen Bezug auf die Öffentlichkeit hat - auch der politischen Binnenkommunikation in und zwischen den verschiedenen Institutionen realisiert werden. Die Öffentlichkeit oder der zuschauende/zuhörende (nicht direkt beteiligte) Bürger ist konstitutiv für diese Form der Kommunikation, in der auf der ersten Ebene der politische Akteur in eine Handlungsbeziehung zu anderen Akteuren und auf der zweiten Ebene zugleich in eine Beziehung zum Bürger tritt. Die sprachlichen Äußerungsprodukte haben daher nicht nur faktisch verschiedene Hörer, son-

dern sind oft auch intentional doppelt adressiert. Kommunikation mit Doppeladressierung kann man adäquat nur mit einem "triadischen" Kommunikationsmodell (Dieckmann 1981, 266) erklären, das für alle dialogisch strukturierten Kommunikationsereignisse gilt, die formal also als Zweier- oder Gruppengespräche organisiert sind und die als öffentliche oder 'veröffentlichte' intentional einen doppelten Adressaten haben. Dabei ist der direkt Angesprochene (A_2) der Interaktant auf der ersten Realitätsebene (E_1), der nur indirekt angesprochene, jedoch der primär gemeinte Adressat ist der Bürger (B) auf der zweiten Ebene (E_2). Das alle strukturell und funktional sehr unterschiedlich ausgeprägten Ereignisse der öffentlich-dialogischen Kommunikation Verbindende ist dabei die Dreiecksstruktur der kommunikativen Beziehung zwischen den (indirekt und direkt) Beteiligten.



Die Grundform des Dreiecks ist deutlich bei folgendem Beispiel: Zwei Politiker (A_1 und A_2) diskutieren öffentlich über ein politisches Thema, in der Absicht, bei einer zuhörenden dritten Person (B) einen positiven Eindruck zu erwecken. Dann ist die primäre Funktion der Kommunikation zwischen den Politikern persuasiv, der erstrebte Effekt ist das positive Urteil der nicht direkt adressierten Person. Dabei realisieren die Politiker jedoch nicht das kommunikative Verfahren AKTIVIEREN bzw. PERSUASION, sondern sie inszenieren untereinander das Verfahren der Diskussion (oder Argumentation) zum Zwecke der Persuasion einer dritten Person. Der Doppelung der Adressaten entspricht in diesem Dreieck die Doppelung der kommunikativen Verfahren auf den Ebenen E_1 und E_2 (Diskussion und Persuasion).

Die These von der Doppelung der Realität des Politischen beinhaltet nun hinsichtlich der kommunikativen Verfahren folgendes:

Ein bestimmtes Verfahren, hier AKTIVIEREN, leistet die Handlungs- koordinierung zwischen den politischen Akteuren. Dieses Verfahren entspricht jedoch nicht dem offenliegenden oder präsentierten Verfahren, das zwischen den Aktanten abläuft, im Beispielsfall also dem Verfahren DISKUSSION. Daher kann der nicht direkt Beteiligte aus dem, was er wahrnimmt oder was ihm ausdrücklich gesagt wird, die tatsächlichen Mechanismen der Handlungs- koordinierung nicht erkennen, sondern gewinnt den Eindruck, ein anderes Verfahren, eben DISKUSSION, habe die Handlungs- koordinierung bestimmt. In einem solchen Fall, wenn das offenliegende präsentierte Verfahren nicht mit dem Verfahren, das handlungs- koordinierende Funktion hat, übereinstimmt, kann man von 'Inszenierung' sprechen. Das offenliegende präsentierte Verfahren, das sich auf Ebene E_1 zwischen den Aktanten abspielt, ist ein inszeniertes Verfahren. Da die jeweils angewandten kommunikativen Verfahren sich vermutlich nicht gleichmäßig oder beliebig auf den beiden unterschiedlichen Realitätsebenen verteilen, ist, wenn man wie Edelman die eine Ebene (hier E_1) als Ebene der Täuschung oder als Produkt einer Inszenierung ansieht, zu fragen, aus welchen Gründen der tatsächliche Mechanismus der Handlungs- koordinierung und das ihn dominierende Verfahren hinter der Ebene der Inszenierung für die Öffentlichkeit verdeckt bleiben. Dieckmann (1983, 45) begründet dies damit, daß das von den politischen Akteuren zur Problemlösung gewählte Verfahren von der Öffentlichkeit bzw. den jeweiligen Teilöffentlichkeiten negativ eingeschätzt werden könnte. Denn außer der ('objektiven') Bewertung kommunikativer Verfahren nach dem Grad ihrer instrumentellen Eignung für bestimmte Typen von Problemsituationen und Handlungs- räumen unterliegen die Verfahren selbst noch einmal einer Bewertung insofern, als ihre Anwendung in der Öffentlichkeit mit bestimmten Prestige- oder Zustimmungswerten, aber eben auch mit Ablehnungswerten verbunden ist. Die Bewertung kommunikativer Verfahren in Verbindung mit der werthafter Einschätzung bestimmter Formen der Handlungs- koordinierung hängt dabei ab vom Wertesystem

der jeweiligen Gesellschaft und von der staatlichen Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens überhaupt. Die Bewertung der Verfahren gilt also immer nur relativ zum jeweiligen Gesellschaftssystem und unterliegt historischen Veränderungen.

Bezieht man die These Edelmanns von der Doppelung und Dieckmanns Kriterium der Bewertung auf die oben aufgeführten zehn kommunikativen Verfahren, dann ist für eine differenziertere Klassifizierung der Verfahren zu klären, auf welchen der beiden Realitätsebenen sich die einzelnen Verfahren verteilen.

Nach Dieckmann (1983,47) erscheinen auf der Ebene der praktizierten oder offenliegenden Verfahren (E_1) der politischen Akteure entweder die "instrumentell geeigneten" Verfahren, die die erforderliche Handlungskoordination leisten, und/oder die, die von der Öffentlichkeit aufgrund bestimmter Einschätzungen erwartet werden, oder auch die, die (von einer übergeordneten Instanz) ausdrücklich vorgeschrieben sind. In der Regel sind dabei die von der Öffentlichkeit erwarteten und die vorgeschriebenen Verfahren auch positiv bewertet. Die Bewertung der von den Akteuren gewählten instrumentell geeigneten Verfahren dagegen ist offen; hier ist jedoch die Annahme berechtigt, daß diese Verfahren häufig der negativen Einschätzung durch die Öffentlichkeit unterliegen können.

Dieckmann (1983, 48) zufolge erscheinen auf der Ebene E_1 der präsentierten Verfahren die von den Akteuren zur Handlungskoordination angewendeten Verfahren, wenn diese den erwarteten/vorgeschriebenen entsprechen und von der Öffentlichkeit positiv eingeschätzt werden. Wenn das zur Handlungskoordination angewandte Verfahren jedoch negativ bewertet wird, dann wird es auf der Ebene der präsentierten Verfahren durch ein öffentlich positiv bewertetes ersetzt und Ebene E_1 wird zur Ebene der Inszenierung. Die tatsächliche Handlungsebene wird dann auf E_2 verlagert oder überhaupt aus dieser Interaktionssituation verlagert (siehe unten). Allerdings ist dies nicht der einzige Fall einer Doppelung von Verfahren im Bereich politischer Kommunikation. Doppelung kann auch

dann eintreten, wenn nicht unbedingt ein positives Verfahren inszeniert werden muß (vgl. dazu unten Fall (2)).

Daher ist die Folgerung, die Dieckmann (1983, 48) zieht, kritisch zu überprüfen: "Das Problem der Doppelung tritt also nur dann auf, wenn die Handlungskoordination durch die politischen Akteure durch ein aus diesem oder jenem Grunde negativ bewertetes Verfahren geschieht, weil es dann und nur dann auf der Ebene der Inszenierung durch ein positiv bewertetes ersetzt werden muß." Ob dieser Fall die Regel ist, wie Dieckmann vermutet, sei dahingestellt. Jedoch ist zuzugestehen, daß gerade die Fälle von besonderer Brisanz sind, in denen das von den Politikern und Behörden praktizierte kommunikative Verfahren nicht mit dem öffentlich präsentierten Verfahren übereinstimmt und durch Inszenierung verdeckt wird. Hier eröffnet die Doppelung der Verfahren einen Spielraum für negativ bewertete politische Handlungen wie z.B. Manipulation, Täuschung, Verhüllung, aber auch Werbung und Agitation.

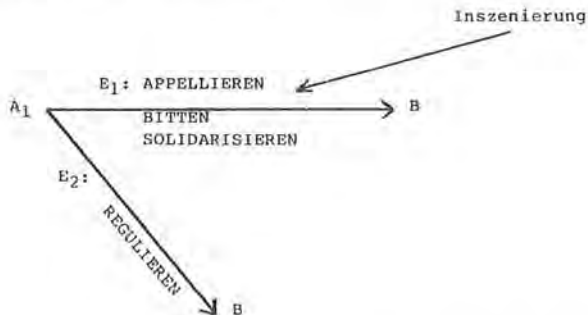
Was nun die Frage anbetrifft, wie man sich einen Überblick über die Bewertung der einzelnen kommunikativen (Makro- und Mikro-) Verfahren verschaffen kann, so kann man sich an Texte halten, in denen diese Verfahren wirksam sind bzw. wirksam geworden sind. Beispielsweise an Texte, in denen für die Bundesrepublik grundlegende Entscheidungen für eine bestimmte staatliche Organisation gefällt worden sind oder an Texte, in denen sie vermittelt werden, z.B. an das "Grundgesetz oder an die Texte, die im weitesten Sinn der politischen Erziehung und Bildung zugrundegelegt werden" (Dieckmann 1983, 46). Demzufolge gehören - je nach Handlungsräumen wieder unterschiedlich - zu den positiv bewerteten Verfahren DELIBERIEREN, INFORMIEREN, DISKUTIEREN, ARGUMENTIEREN, zu den negativ bewerteten Verfahren AUFFORDERN, VERHANDELN, AKTIVIEREN (PERSUASION im Sinne von ÜBERREDEN), MANIPULIEREN, WERBEN, LEGITIMIEREN, REGULIEREN usw.

Bezogen auf Dieckmanns oben zitierte Behauptung vom Regelfall der Doppelung der kommunikativen Verfahren (1983, 48) sind folgende Fälle zu unterscheiden:

(1) Die negativ bewerteten Makro- und Mikroverfahren können - je nach Sprachspiel bzw. je nach politischem Handlungsraum (z.B. institutionsextern oder -intern) - auf Ebene E_1 als der Ebene der Inszenierung durch öffentlich positiv bewertete Verfahren ersetzt werden. Vorausgesetzt ist dabei jedoch die Identität der kommunikativen Rahmenbedingungen, unter denen die Verfahren - das praktizierte und das inszenierte - realisiert werden. Die Doppelung ist hier also bedingt durch Substitution eines negativ bewerteten Verfahrens durch ein positiv bewertetes - relativ zum jeweiligen Typ der Handlungscoordination.

Anhand der Dreiecksstruktur des Kommunikationsmodells läßt sich dies wie folgt veranschaulichen:

Abb. 2



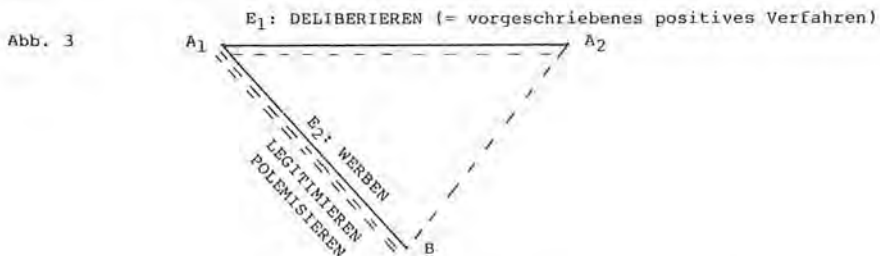
In institutionsexternen Interaktionen (z.B. in der Kommunikation zwischen Behörde und Bürger) geschieht die Handlungskoordinierung durch ein vorgeschriebenes negatives Verfahren (z.B. REGULIEREN bzw. NORMEN SETZEN, VERORDNUNGEN ERLASSEN, GESETZE GEBEN usw.), das auf der Ebene der Inszenierung (E_1) für den betroffenen Bürger (B) sukzessive durch verschiedene (Teile von) kommunikative(n) Verfahren, die von den Bürgern positiv bewertet werden, ersetzt wird.

Auf der Ebene der Inszenierung werden positive Verfahren wie APPELLIEREN (Appell an den guten Willen des Bürgers), BITTEN (Bitte um Verständnis für bestimmte Maßnahmen, Verordnungen) oder SOLIDARISIEREN (Solidarisierung der Agenten mit den Bürgern: "wir

alle...Gemeinwohl" usw.) zur Relativierung oder Verdeckung des negativen Verfahrens REGULIEREN auf der direkten Ebene (E_2) eingesetzt. In diesem Fall haben wir es nicht mit einer dialogischen Kommunikation zu tun, der Adressat *b e i d e r* Handlungsebenen, der präsentierten (E_1) und der effektiv handlungskoordinierten (E_2) ist der Bürger. Allerdings ist auch diese Kommunikationsform immer öffentlichkeitsbezogen, die Produzenten der zugehörigen Texte sind sich der öffentlichen Wirkung bewußt. In diesem Bezug auf eine breite Öffentlichkeit ist daher auch hier das Motiv der Inszenierung zu suchen.

(2) Die Annahme Dieckmanns (1983, 48), daß Doppelung von Verfahren entfällt, wenn die von den politischen Akteuren tatsächlich angewendeten Verfahren sowohl den vorgeschriebenen Verfahren entsprechen als auch positiv bewertet sind, wenn also keine Inszenierung stattfinden *m u ß* und präsentiertes und zur Handlungskoordination praktiziertes Verfahren zusammenfallen, ist zu korrigieren. Denn die Möglichkeit der Doppelung ist auch hier (und zwar für alle positiv bewerteten Verfahren) gegeben, wenn das positive Verfahren als Folie für mitlaufende, aber negativ bewertete Verfahren (z.B. zur indirekten Beeinflussung des Bürgers, zur Erreichung bestimmter Handlungsziele oder zur Durchsetzung bestimmter Handlungspläne) 'mißbraucht' wird.

Dies läßt sich wie folgt an der Dreiecksstruktur veranschaulichen:



Fall (2) scheint der Regelfall für den Bereich der öffentlich-institutionellen bzw. öffentlich-politischen (Außen)Kommunikation zu sein; er ist z.B. dem Sprachspiel 'öffentlich-politische Mei-

nungs- und Willensbildung' zuzuordnen (vgl. weiter unten). In diesem Fall also wird an sich nichts inszeniert. Denn das präsentierte Verfahren hat durchaus handlungskoordinierende Funktion.

Im Parlament bzw. in der öffentlichen Debatte des Bundestags haben die politischen Akteure die Aufgabe, Gesetzesvorschläge zu beraten und Gesetze zu verabschieden (vgl. Dieckmann 1981, 277). Hier ist also DELIBERIEREN bzw. BERATEN das erwartete/vorgeschriebene und von der Öffentlichkeit positiv eingeschätzte kommunikative Verfahren, das - nach Dieckmann - auf der Ebene E₁ der Präsentation angewendet werden müßte. Die Präsentation wird aber durch zahlreiche Elemente des faktischen Verhaltens der politischen Akteure gestört, d.h. daß die Präsentation und Praktizierung des DELIBERIERENS als Folie für die kommunikative Realisierung anderer, negativ bewerteter Verfahren eingesetzt wird und das DELIBERIEREN selbst einen 'zwieschlächtigen' Charakter im Sinne Edelmanns annimmt. Diese unter dem Deckmantel der Beratung mitlaufenden Verfahren lassen sich unter dem Begriff des 'Redens-zum-Fenster-hinaus' zusammenfassen: WERBEN (Aktivierung des Bürgers durch in die Beratung eingestreute Imagepflege oder Wahlversprechen), LEGITIMIEREN (Rechtfertigung geschehener Handlungen oder zukünftiger Handlungspläne, Programme) oder POLEMISIEREN (Bloßstellung des politischen Gegners im Parlament). Mit den beiden ersten negativen Verfahren WERBEN und LEGITIMIEREN verlassen die Akteure den Rahmen der Interaktionssituation und wenden sich an den Bürger, während POLEMISIEREN auf der Ebene zwischen den polemisierenden Akteuren selbst realisiert wird und erst indirekt auch außerhalb der Interaktionssituation zum Tragen kommt.

(3) Allerdings erscheint auch diese Rekonstruktion noch zu schematisch. Zwar ist das präsentierte Verfahren DELIBERIEREN hier ein vorgeschriebenes und positiv bewertetes Verfahren, es dürfte jedoch nur partiell die Funktion der tatsächlichen Handlungskoordination zwischen den Akteuren erfüllen. Denn das eigentliche Beratungsverfahren findet außerhalb (oder im Vorfeld) der Plenardebatten in Ausschüssen, Fraktionen und Arbeitssitzungen (Dieckmann 1983, 72) statt, in der Plenardebatte werden längst 'aus-

'diskutierte' Probleme nochmals aufgegriffen und 'scheinbar' neu behandelt. Insofern ist das präsentierte Verfahren DELIBERIEREN doch nur partiell handlungskoordinierend, partiell auch inszeniert. Durch diese teilweise Entlastung des vorgeschriebenen Verfahrens von seiner instrumentell-kordinierenden Funktion werden kommunikative Freiräume geschaffen, in denen die Akteure die anderen, negativ bewerteten und an den Bürger gerichteten Verfahren verdeckt realisieren können. Fall (3) stellt somit eine Art Mischung von Inszenierung im engeren Sinne (vgl. Fall (1)) und Doppelung (vgl. Fall (2)) dar.

Die negativ und positiv bewerteten Verfahren scheinen in charakteristischer Weise auf die verschiedenen kommunikativen Handlungsbereiche (vgl. dazu den dritten Beitrag dieses Bandes) des Politischen sowie auf jeweils bereichsspezifische Sprachspiele und Textsorten verteilt zu sein:

Negativ bewertete Verfahren wie REGULIEREN oder VERHANDELN werden als vorgeschriebene Verfahren sowohl im Bereich der nur institutionsexternen politischen Kommunikation, also in der Kommunikation zwischen Institution/Behörde und Bürger, als auch im Bereich der nicht-öffentlichen internen politischen Kommunikation, also in der Kommunikation zwischen den (Agenten der) Institutionen realisiert (z.B. in Textsorten wie Gesetz, Verordnung, Anweisung, Mahnung).

Negativ bewertete Verfahren wie AKTIVIEREN (im Sinne von ÜBERREDEN), WERBEN, LEGITIMIEREN werden im Bereich der öffentlich-politischen (Außen)Kommunikation, also in der Kommunikation zwischen Politiker und Bürger, realisiert (z.B. in Textsorten wie Wahlbroschüre, -slogan, -rede).

Die positiv bewerteten (zum Teil vorgeschriebenen) Verfahren DELIBERIEREN, INFORMIEREN, UNTERWEISEN, SOLIDARISIEREN, DISKUTIEREN usw. werden dagegen fast ausschließlich im Bereich der öffentlich-politischen Außenkommunikation zwischen den politischen Akteuren selbst sowie in der Interaktion zwischen den politischen Akteuren und den Bürgern angewendet (und in Texten realisiert wie Nachrichten, Leitartikel, Aufklärungsbroschüre, Podiumsdis-

kussion, Streitgespräch). Diese Verfahren können aber auch inszeniert werden oder als Folie dienen, um die oben genannten negativ bewerteten Verfahren in Sprachspielen des Kommunikationsbereichs Behörde - Bürger, des institutionsinternen Bereichs und des öffentlich-politischen Bereichs zu ersetzen oder zu relativieren - allerdings nur unter der Voraussetzung, daß jeweils gleiche oder ähnliche kommunikative Rahmenbedingungen gelten.

Als Fazit von 1.2.2. kann festgehalten werden, daß bei der Inszenierung politischer Realität durch die Doppelung kommunikativer Verfahren der Faktor der positiven Bewertung dieser Verfahren bzw. ihrer positiven Einschätzung durch die Öffentlichkeit (die möglicherweise durch eine gewisse Nähe der institutionellen Verfahren zu alltagsweltlichen Verfahren bedingt sein mag) alle anderen Faktoren - z.B. den der instrumentellen Eignung oder den des Vorgeschiedenseins - zu dominieren scheint. Offenliegend ist bei der Doppelung oder des Mehrfacheinsatzes der Verfahren immer die positive Bewertung des demonstrierten/präsentierten Verfahrens. Dieses ist in der Regel ein Makroverfahren (z.B. DE-LIBERIEREN), während die mitlaufenden Verfahren (z.B. WERBEN) Mikroverfahren sind.

Fragt man nach der Zuordnung bestimmter Verfahren zu den ausgrenzbaren Teilbereichen der Politik mit ihren je verschiedenen Sprachspielen und Textsorten, so läßt sich die Doppelung kommunikativer Verfahren vor allem in den dialogischen Kommunikationsereignissen des öffentlich-politischen Bereichs (also in der Kommunikation zwischen Politiker und Bürger bzw. Massenöffentlichkeit, in massenmedialen Interviews, Podiumsdiskussionen und Streit- oder Rundgesprächen, aber auch in Plenardebatten des Bundestags) und in geringerem Umfang auch im Bereich der institutionsexternen Kommunikation zwischen Behörde und Bürger beobachten.

Für eine Klassifizierung politischer Texte ist die Frage zu klären, ob und wie sich die Doppelung der Verfahren in den für die beiden genannten Bereiche usuellen Textsorten auswirkt, besonders

auf die Struktur der Texte und den pragmatischen Textgehalt, d.h. auf die in einem Text realisierte Sprecherhandlung, die beabsichtigte Textwirkung, die Sprechereinstellung und den textuellen Beziehungsaspekt (vgl. unten S. 30). Sprechakttheoretisch gesehen könnte der Doppelung der Verfahren in Verbindung mit der Verdoppelung der Adressaten eine Zweisträngigkeit von verschiedenen sprachlichen Handlungen in der direkten Beziehung der politischen Akteure (direkte Sprechhandlungen) einerseits und in der indirekten Beziehung zwischen den Akteuren und der Öffentlichkeit (indirekte Sprechhandlungen, vgl. Searle 1982) andererseits entsprechen oder auch zweierlei perlokutionärer Effekt auf Seiten der Hörer, dem auf Seiten des Sprechers nur eine Illokution entspricht. Handlungstheoretisch betrachtet könnten zweierlei kommunikative Strategien angesetzt werden, die sich in der (Tiefen-)Struktur der Texte zum einen als verständigungsorientiertes Sprechen (zwischen den Akteuren) und zum anderen als erfolgsorientiertes Sprechen (zwischen dem Akteur und dem Bürger) niederschlagen. Ein einschlägiges Beispiel hierfür wäre die Plenardebatte im Bundestag. Aber auch in Texten, die über politisches Geschehen berichten oder es kommentieren, ist die Struktur der Doppelung vage angelegt.

Auf konkrete Texte des Bereichs der öffentlich-institutionellen Kommunikation, z.B. auf politische Leitartikel oder Kommentare bezogen, bedeutet das folgendes: Kommentieren heißt, politische Sachverhalte von einem bestimmten Maßstab aus zu bewerten. Die Sachverhalte werden entweder als bekannt vorausgesetzt oder sie müssen erst bekannt gemacht werden; dies geschieht durch das Verfahren des Informierens oder Mitteilens. Dabei ist für die Textstruktur von Interesse, wie die Verfahren des Informierens und Bewertens realisiert werden (z.B. sukzessive oder simultan), welches Verfahren das andere überlagert (z.B. als Folie benutzt wird für die Realisierung des anderen) und wie der Textaufbau bzw. seine Argumentationsstruktur dadurch determiniert ist.

Adressaten politischer Kommentare sind zum einen solche Leser, die nicht selbst Akteure im politischen Bereich sind, zum anderen

solche, auf die oder deren Handlungen im Kommentar referiert wird. Bewerten kann hier realisiert werden, indem Warnungen, Ratschläge, Vorwürfe in Bezug auf die zweite Adressatengruppe ausgedrückt werden; damit werden auch den Adressaten der ersten Gruppe spezifische Bewertungen vermittelt. Bewertende Sprecherhandlungen sind (nach v. Polenz 1985, 236) solche, bei denen eine bewertende Einstellung ganz offen den Kern der Haupthandlung des Satzinhaltes darstellt, die in verschiedenen untergeordneten kommunikativen Verfahren realisiert werden: LOBEN, ANERKENNEN, WÜRDIGEN, BEMÄNDELN, TADELN, BEANSTANDEN, REKLAMIEREN, ZURECHTWEISEN usw. In politischen Kommentaren (und sogar Nachrichten) spielen aber auch solche bewertende Sprechereinstellungen eine wichtige Rolle, die nur n e b e n b e i geäußert werden; dazu gehören u.a. "Wortkonnotationen" (v. Polenz 1985, 236), d.h. Bedeutungskomponenten, die dem Wort einen bewertenden Plus- oder Minus-Wert geben.

Grundsätzliche Verfahren in politischen Kommentaren sind außer Bewerten auch REFERIEREN, INFORMIEREN/MITTEILEN und ARGUMENTIEREN. Für die unterschiedliche Realisierung dieser Verfahren - d.h. ihrer Anwendung als inszenierte Verfahren oder als Folie für wieder andere Verfahren - gibt es jeweils Alternativen, deren jeweilige Wahl auch den pragmatischen Textgehalt dieser Textsorte maßgeblich bestimmt.

Zwischen den Strategien der Doppelung und Inszenierung der kommunikativen Verfahren auf Textebene und dem Mechanismus der persuasiven Definition auf lexikalischer Ebene besteht ein unmittelbarer Zusammenhang: Beide Strategien sind von Bedeutung im Bereich taktisch-politischen oder öffentlichkeitswirksamen Sprachgebrauchs. Die Anknüpfung an allgemein Anerkanntes oder in der Öffentlichkeit Bekanntes und positiv Bewertetes verbindet die Strategie der Inszenierung politischer Realität (z.B. durch Anwendung des kommunikativen Verfahrens PERSUASION) mit der persuasiven Definition, deren Wesen ja auch in der deskriptiven Umdeutung oder Manipulation der Realität besteht. Auch die persuasive Definition als Sonderform der manipulativen Definition erfolgt wie die Inszenierung politischer Realität im Sinne gruppen-

und interesseltypischer Handlungsorientierungen (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 400) mit jeweils vergleichbaren Wirkungsabsichten bezüglich der Hörerschaft/Öffentlichkeit.

Der deskriptive Gehalt eines öffentlich bekannten, positiv bewerteten Verfahrens wird dadurch geändert, daß dieses Verfahren auf der Ebene der Inszenierung ein vorgeschriebenes negativ bewertetes Verfahren verdeckt bzw. daß dieses Verfahren als Folie für die Mitführung oder Realisierung anderer negativer Verfahren dient. In Analogie zur Beschreibung persuasiver Definitionen kann man sagen, daß der evaluativ-positive Gehalt von DELIBERIEREN beibehalten, aber der deskriptive Gehalt durch den Gehalt von mitlaufendem WERBEN unmerklich im Sinne des Akteurs geändert wird. Denn bei der persuasiven Definition wird ebenfalls der evaluativ-positive Gehalt von Wörtern beibehalten, deren Klassifikationspotential oder deskriptiver Gehalt unmerklich verändert werden soll im Sinne des Sprechers.

Die positive Wertungsfunktion von Wörtern und die positive Einschätzung von kommunikativen Verfahren wird ausgebeutet, indem der deskriptive Gehalt in einer den Zielen des Akteurs/Sprechers entsprechenden Weise geändert wird unter Beibehaltung und Ausnutzung der kalkulierbaren positiven Bewertung.

Nochmals kurz zusammengefaßt, stellt sich das Verhältnis von Wertung und Doppelung bzw. Inszenierung wie folgt dar:

- a) wegen seines positiven Gehaltes wird ein Verfahren als Folie für andere (negativ bewertete) Verfahren benutzt : Doppelung.
- b) wegen seiner negativen Bewertung wird ein Verfahren durch Inszenierung eines positiv bewerteten Verfahrens verdeckt.

1.2.3. Makro- und Mikroverfahren

Die in Abschnitt 1.2.1. eingeführten zehn Makroverfahren können jeweils weiter spezifiziert werden und zwar nach verschiedenen Gesichtspunkten wie

- (1) genauere Differenzierung der (sozialen) Beziehung der Beteiligten bzw. ihrer Interaktions-Disposition, z.B. WERBEN kontra AUFFORDERN bei AKTIVIEREN
- (2) genauere Beachtung des Gehalts eines Verfahrens
z.B. ÜBERZEUGEN (mit Argumenten)
ÜBERREDEN (durch Manipulation)

- (3) genauere Berücksichtigung von (1) in Verbindung mit der Problemstruktur des Sachverhalts (bei der Wahl der kommunikativen Verfahren):

Zur Lösung eines Problems steht oft mehr als ein Verfahren alternativ zur Verfügung wie umgekehrt ein kommunikatives Verfahren zur Lösung mehrerer verschiedener Problemsituationen verwendet werden kann.

So wie man nicht jeden Interaktanten beliebig zu allem auffordern kann, nicht jeder jedem befehlen kann, so kann man nicht über jedes Thema deliberieren und jedes Problem zum Gegenstand von Verhandlungen machen.

Wie in Abschnitt 1.2.2. gezeigt, kann das kommunikative Verfahren (z.B. innerhalb der institutionsexternen Kommunikation) einerseits vorgeschrieben sein: im Grundgesetz wird festgelegt, welches Verfahren bei der Verabschiedung von Gesetzen den Willensbildungsprozeß steuern soll, nämlich die Beratung, nicht die Verhandlung; andererseits kann das kommunikative Verfahren auch uneigentlich oder indirekt zur Anwendung kommen: in politischen Institutionen stimmt das Verfahren, das tatsächlich den Entscheidungsprozeß steuert, nicht immer mit dem vorgeschriebenen oder mit dem von der Öffentlichkeit erwarteten überein.

Ein positiv bewertetes Verfahren, z.B. DELIBERIEREN, wird vor der Öffentlichkeit formal-kommunikativ realisiert, obwohl die Entscheidung auf anderem Wege, z.B. durch VERHANDELN, erreicht wird bzw. im Vorfeld des DELIBERIERENS bereits erreicht, der Entscheidungsprozeß also schon abgeschlossen ist.

Ich ordne hier vorläufig den beiden Makroverfahren AKTIVIEREN und REGULIEREN folgende Mikroverfahren zu:

AKTIVIEREN: WERBEN
 ÜBERZEUGEN
 ÜBERREDEN

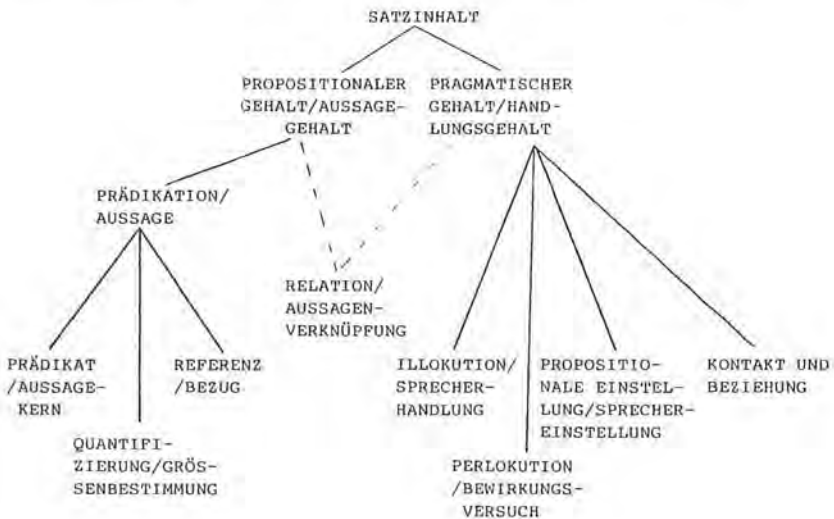
REGULIEREN: NORMEN SETZEN
 GEBOTE/VERBOTE AUFSTELLEN
 INSTITUTIONEN SCHAFFEN
 GESETZE GEBEN

usw.

Mikroverfahren sind der Text- und auch der Sprechaktebene näher als (die bereichsenthobeneren) Makroverfahren (vgl. nächsten Abschnitt).

1.3. Zum Begriff 'pragmatischer Textgehalt'

Ich gehe hier von einem Schema für die Komponenten des Satzinhaltes aus, wie v. Polenz es entwickelt hat (1985, 95).



Neben dem propositionalen Gehalt oder Aussagegehalt bildet der eigentliche pragmatische Gehalt/Handlungsgehalt "die andere, ebenso obligatorische Hälfte des Satzinhaltes. Er besteht nicht nur aus den sprechakttheoretischen Komponenten ILLOKUTION, PERLOKUTION und PROPOSITIONALE EINSTELLUNG, die wir normalsprachnäher SPRECHERHANDLUNG, BEWIRKUNGSVERSUCH und SPRECHEREINSTELLUNG nennen ... Der Ausweitung der Sprachpragmatik auf Soziales hin ... werden wir gerecht mit der (noch sehr pauschal benannten) Komponente KONTAKT UND BEZIEHUNG" (v. Polenz 1985, 95).

Dieses Schema ist auf die Textebene mit gewissen Einschränkungen übertragbar, wie vor allem die neuere Textgrammatik, die die Ganzheitlichkeit von Texten und ihren Status als genuine Einheiten herausarbeitet (vgl. z.B. van Dijk 1972, de Beaugrande/Dressler 1981, Moskalskaja 1984), gezeigt hat. Wichtig für die Textklassifikation erscheint vor allem die rechte Hälfte in v. Polenz' Schema, da sie anders als die Vielfalt unterschiedlicher 'Text-Gehalte' im Sinne der Summe propositionaler Gehalte der einzelnen satzförmigen Textbausteine einer zusammenfassenden Strukturierung zugänglich ist. Ich nehme folgende Übertragungen von der Satz- auf die Textebene vor:

(Satz)Illokution	---> [1] dominierender Sprechhandlungstyp in einem Text (-teil, -absatz)
(Satz)Perlokution	---> [2] beabsichtigte Textwirkung
(Satz)Sprechereinstellung	---> [3] (im Textabschnitt) dominierende Sprechereinstellung
(Satzbezogener) Kontakt- und Beziehungsaspekt	---> [4] textueller Beziehungsaspekt

[1] In kohärenten Kurztexten oder in den kohärenten Teilen eines langen Textes, der als 'Makrotext' aus einer Folge in sich kohärenter 'Mikrotexte' aufgebaut ist (vgl. Moskalskaja 1984, 18f.),

ist es jeweils möglich, den bzw. die dominierenden Sprechhandlungstypen auszumachen: z.B. in einer 'Erörterung' die dominierende 'Behauptung', flankiert von 'rhetorische Fragen stellen', 'Definieren' (vgl. Moskalskaja 1984, 60), in einer Gebrauchsanleitung dominiert das 'Anweisen', neben beschreibenden Passagen usw. Analysiert man Sprechhandlungen unter dem Aspekt der kommunikativen Intention, wie z.B. Moskalskaja (1984) es tut, so ergibt sich ein direkter Zusammenhang zwischen dominierendem Sprechhandlungstyp und dominierender kommunikativer Intention. Moskalskaja erläutert dies an folgendem Beispiel:

Ihr NORIS-Diaprojektor ist für die am Typenschild angegebene Spannung (Wechselstrom) verwendbar. Bei eingebautem Spannungswähler muß dieser auf die vorhandene Netzspannung eingestellt werden.

Die kommunikative Intention des ersten Satzes dieser transphrastischen Einheit besteht darin, zu informieren, diejenige des zweiten Satzes, zu unterweisen und zu einer entsprechenden Handlung aufzufordern.

Allerdings dürfte zwischen der ersten und der zweiten Intention ein enger Ursache-Folge-Zusammenhang bestehen, außerdem ist die Intention, zu unterweisen und zu einer bestimmten Handlung aufzufordern, vorherrschend, kann sie als die Hauptintention der transphrastischen Einheit wie übrigens auch des ganzen Textes der Gerätebeschreibung gelten. Zusammenfassend kann man sagen, daß der Text eine dominierende kommunikative Intention hat, die sich je nach der Mitteilungsaufgabe des Textes als Verknüpfung spezieller kommunikativer Intentionen realisieren kann.

Moskalskaja 1984, 57

[2] Die beabsichtigte Textwirkung (Textperlokution) halte ich für eine sehr wichtige Größe. Sehr viel stärker als einzelnen Illokutionen, die in ihren perlokutiven Absichten stark kontextabhängig sind, ist ganzen Texten eine identifizierbare Wirkungsabsicht zuordenbar. Die Kategorie 'Bewirkungsabsicht' kann daher als eine genuin textpragmatische Kategorie betrachtet werden. Die intendierte Textwirkung von Gebrauchstexten (z.B. Gerätebeschreibung) ist, daß der Adressat die Bedienung des Gerätes beherrscht; die intendierte Textwirkung des Grundgesetztextes ist die "Rechtsgeltung in Institutionen und Befolgung durch Rechtssubjekte" (v. Polenz 1985, 227).

Allerdings steht anders als für Sprechhandlungen, wo eine Reihe von Klassifikationsvorschlägen vorliegt, eine empirisch gesicherte Typologisierung von Wirkungskategorien noch aus. Solche Kategorisierungen der Textwirkungsabsicht erscheinen immerhin möglich, wenn man annimmt, daß wie mit einzelnen Sprechhandlungen, so auch mit der Folge von Sprechhandlungen unter einer dominierenden Illokution innerhalb eines Textes "regelhaft aber stark kontextbedingt" (v. Polenz 1985, 225) "erwartbare Wirkungen" verbunden sind. Diese sind selbstverständlich zu unterscheiden von den tatsächlichen Folgen, die konträr zu den Wirkungsabsichten des Sprechers oder Autors liegen können.

Bei der Verallgemeinerung von Textwirkungsabsichten als Zuschreibungen für Textsorten können teilweise Anregungen aus der klassischen Rhetorik übernommen werden.

[3] Unter dominierender Sprechereinstellung in einem Text(abschnitt) ist diejenige kognitive, voluntative/deontische oder bewertende (evaluative) Einstellung zu verstehen, die der Sprecher/Autor gegenüber dem Textgehalt vorwiegend einnimmt. Sie wird mit Ausdrücken für propositionale Einstellungen wie *wissen, glauben, für wahrscheinlich halten, vermuten...* (= kognitive Einstellungen) oder *wollen, wünschen, befürchten, hoffen, sollen...* (= voluntative/deontische Einstellungen) oder *für gut/schlecht halten, für wünschenswert/abzulehnend halten...* (= evaluative Einstellungen) beschrieben.

Dominierende Sprechereinstellung und dominierende Illokution hängen oft eng zusammen.

[4] Der textuelle Beziehungsaspekt: Hierher gehört zum einen die Produzenten-Adressaten-Konstellation, d.h. die sozialen Beziehungen, die als Voraussetzung für das Zustandekommen und Wirksamwerden eines Textes anzusehen sind (Status und Rolle von Textproduzent und Adressat). Zum anderen gehört hierher auch der textimmanente Aspekt, nämlich die Frage, wie welche sozialen Beziehungen, welche Selbst- und Partnereinschätzungen durch den Text hergestellt werden (Image-Pflege, Kontakt-Rituale).

1.4. Zur Abgrenzung der drei Großen 'Sprachspiel', kommunikatives Verfahren' und 'Textgehalt'

Sprachspiel und kommunikatives Verfahren:

Die Abgrenzung zwischen Sprachspiel und kommunikativen Verfahren dürfte klar geworden sein: Sprachspiele sind Teile einer bestimmten sozialen Wirklichkeit, in denen die allgemeinen Strukturen von Kommunikationsprozessen - also kommunikative Verfahren - spezifisch eingesetzt werden. Sprachspiele lassen sich u.a. durch die spezifische Häufigkeit oder Kombination von kommunikativen Verfahren charakterisieren.

Kommunikatives Verfahren und Text:

Kommunikative (Makro)Verfahren und Texte verhalten sich zueinander wie Prozeß und Resultat: Texte sind Produkte, die bei kommunikativen Verfahren als komplexen Aktivitäten hergestellt werden. Bei komplexen Verfahren mit einer dynamisch-resultativen Struktur wie SCHLICHTEN, VERHANDELN können Texte unterschiedlichen Phasen als Zwischenergebnisse oder Endergebnis zugeordnet werden: So bei dem kommunikativen Verfahren VERHANDELN: Dort kann ein Text produziert werden, der z.B. die Ausgangsposition beider Partner formuliert, ein anderer, der ein Angebot eines der Partner in einem fortgeschrittenen Stadium fixiert, oder einer, der das Endergebnis (den Vertrag) formuliert.

In ähnlicher Weise kann auch das 'Gesetzgebungsverfahren' im deutschen Parlament in seinen verschiedenen Entscheidungsphasen textuell festgemacht werden (Gesetzesinitiative - Vorlage, Kompromißvorschlag usw.). Auch das Verfahren des PROTESTIERENS kann in solchen Phasen mit jeweils verschiedenen Textprodukten ablaufen. Bezogen auf einen bestimmten Gehalt, also z.B. einen durch Gesetzgebung zu regelnden Sachverhalt, sind hier also potentiell e i n e m Verfahren mehrere phasenbezogen verschiedenartige Texte zugeordnet. Diese Texte haben innerhalb des Verfahrens unterschiedliche Funktion, sie sind nicht austauschbar oder iterativ bezüglich ihres Gehaltes und ihrer Bewirkungsabsicht. Wir bezeichnen diese Art des Zusammenhanges zwischen dynamisch-resultativen

Verfahren und Texten als 'primär phasenbezogen/nicht-iterativ'. Weniger resultative und komplexe Verfahren wie etwa INFORMIEREN, LEGITIMIEREN, ARGUMENTIEREN, AKTIVIEREN werden, bezogen auf einen bestimmten Gehalt, oft nur durch e i n e n Text verwirklicht: Ein Leitartikel informiert über einen politischen Sachverhalt, eine Wahlrede aktiviert potentielle Wähler. Aber an diesem Beispiel wird klar, daß gerade weniger resultativ-dynamische Verfahren oft erst durch häufige Iteration oder Variation gelingen: Die Aktivierung von Wählern durch eine bestimmte Partei/einen Kandidaten in einem bestimmten Wahlkampf geschieht nicht durch e i n e Rede, sondern durch eine Vielzahl von Reden, Druckerzeugnissen, Veranstaltungen usw. Bezogen auf einen Gehalt, also z.B. einen bestimmten politischen Sachverhalt, über den Meinungen gebildet werden sollen, ist hier also einem Verfahren jeweils e i n Text (eines Autors) bzw. eine Reihe untereinander diskontinuierlicher Texte zugeordnet, die zueinander im Verhältnis der Iteration oder Variation stehen. Wir bezeichnen diese Art des Zusammenhanges zwischen nicht-dynamisch resultativen Verfahren und Texten als 'primär einmalig-abgeschlossen' oder 'diskontinuierlich-iterativ'.

Das Verhältnis von Text und kommunikativen Verfahren, zumal Mikroverfahren, kann auch so aussehen, daß der Text ein M i s c h p r o d u k t mehrerer (Mikro)Verfahren ist.

Wenn diese (Mikro)Verfahren e i n e m Makroverfahren zuzuordnen sind, z.B. WERBEN, AUFFORDERN, ÜBERREDEN alle dem Makroverfahren AKTIVIEREN, so entsteht kein Problem: Der Text kann als komplexe Einheit begriffen werden.

Erscheint ein Text als Produkt v e r s c h i e d e n e r Makroverfahren so kann man unterscheiden

- Bestimmte Makroverfahren stehen in einer inhaltlichen Beziehung zueinander, sie können in einer Texteinheit gemeinsam auftreten, sich gegenseitig stützen, bedingen usw. So ist z.B. die Spezialisierung WERBEN (von AKTIVIEREN) in einer Wahlrede geradezu angewiesen auf die

komplementären Verfahren LEGITIMIEREN mit der dominierenden Illokution 'Selbstdarstellung', 'Leistungsnachweis' und (gegen den politischen Rivalen) POLEMISIEREN (vgl. dazu den Abschnitt 1.2.2. über die Doppelung und Inszenierung kommunikativer Verfahren).

- Besteht kein solches Bedingungsverhältnis zwischen den in einem Text nachweisbaren Makroverfahren, so muß man den Text als potentiell inkohärent, als Mehr-Texte-Text, auffassen.

Sprachspiel und Text (und kommunikatives Verfahren):

Texte sind die statischen Produkte eines bestimmten Sprachspiels (als konkreter Interaktionszusammenhang) in Realisierung eines bestimmten kommunikativen Verfahrens, das in diesem Sprachspiel 'mitspielt': Ein Leitartikel in einer Tageszeitung ist ein Produkt innerhalb des Sprachspiels 'öffentliche politische Meinungsbildung in der BRD' in Realisierung des kommunikativen Verfahrens INFORMIEREN mit der Möglichkeit der Doppelung durch Realisierung der komplementären Verfahren KOMMENTIEREN, BEWERTEN oder URTEILEN.

2. Darstellungsziel: Modelle der Textklassifizierung und Textcharakterisierung

Die in 1. eingeführten drei Größen sollen der Textklassifizierung und -charakterisierung im Zusammenhang des lexikographischen Vorhabens 'Schwere Wörter in der öffentlich-politischen Kommunikation' dienen. Man mag nun fragen, ob alle drei Größen nötig sind oder ob hier nicht eine gewisse Redundanz vorliegt, vor allem, wenn man davon ausgeht, daß in der Kategorie des 'pragmatischen Textgehaltes' alle relevanten Informationen enthalten sind.

Alle drei Größen dienen jedoch unterschiedlichen Zielsetzungen und werden l e x i k o g r a p h i s c h unterschiedlich umgesetzt:

- Nur die Kategorie 'Sprachspiel' bietet in unserem Zusammenhang die Möglichkeit, konkretes Sach- und Hand-

lungswissen über einen Ausschnitt strukturiert darzustellen.

Da von den drei Größen vor allem das Sprachspiel unmittelbar zu den frames (semantische oder Handlungsrahmen) führt, kann bei der Beschreibung von Sprachspielen die frame-Theorie zum Tragen kommen:

Sprachspielanalyse wird sich lexikographisch vor allem in 'onomasiologischen' oder begrifflichen oder auch sachlich-thematischen Überblicks- und anderen Sammelartikeln niederschlagen.

Der Sprachspielgedanke erlaubt es auch, die zu einem Handlungsbereich gehörigen verschiedenartigen Textsorten gemäß ihrem unterschiedlichen Stellenwert in einem Sprachspiel zu bewerten und so eine funktional ganzheitliche (bereichsimmante) Perspektive auf die Texte einzunehmen.

- Nur die Kategorie 'kommunikatives Verfahren' erlaubt es, verschiedene Sach- und Handlungsbereiche unter dem Gesichtspunkt ihrer Zugehörigkeit zur sozialen Welt und zu gemeinsamen sozialweltlichen Prozessen zu fassen. So können (bereichsübergreifend) Texte mit gleicher Handlungsfunktion einander zugeordnet werden (vgl. hier den wichtigen Aspekt der Beziehungen im Wortschatz verschiedener Bereiche).
- Nur die Kategorie 'pragmatischer Textgehalt' erlaubt es, Texte, die einem Handlungsbereich, einem Sprachspiel und einem kommunikativen Verfahren zuzuordnen sind, in verschiedene funktionale Subklassen zu differenzieren. Ein Bedarf nach dieser Subklassifizierung besteht mit Sicherheit, wenn man bedenkt, daß Wahlprogramme, Wahlreden, Wahlslogans usw. alle dem Sprachspiel 'politische Werbung' und dem kommunikativen Verfahren AKTIVIEREN zuzuordnen, aber von ihren konkre-

ten Textfunktionen, also z.B. ihrer Textwirkungsabsicht, ihrem Adressatenbezug oder ihrer illokutiven Gestaltung her doch unterschiedlich einzuordnen sind.

Der pragmatische Gehalt also erlaubt es, Texte unter einer differenzierend bereichsimmanenten Perspektive zu fassen.

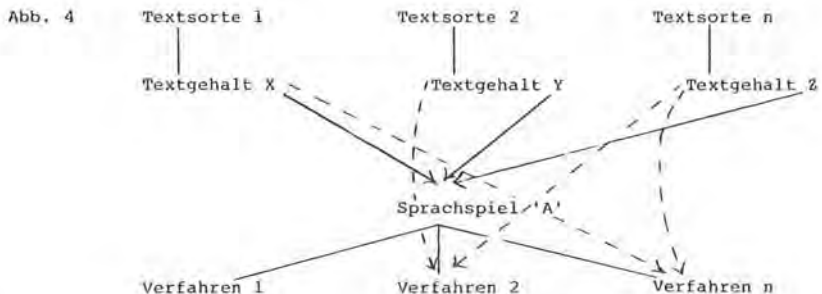
An drei Beispielen sollen die verschiedenen Möglichkeiten einer Kreuzklassifizierung von (Textpragmatik), kommunikativem Verfahren und Sprachspiel angedeutet werden. Dabei wird die Position 'Textpragmatik nicht ausgefüllt (siehe unten) und zwischen Makro- und Mikroverfahren unterschieden.

Erläuterung zur Lesart der drei Graphiken:

(gestrichelte) Pfeile sind wie folgt zu lesen: 'Pragmatischer Textgehalt X bzw. Y realisiert Verfahren ...';

(durchgehende) Pfeile sind wie folgt zu lesen: 'Pragmatischer Textgehalt ist zugeordnet dem Sprachspiel ...'

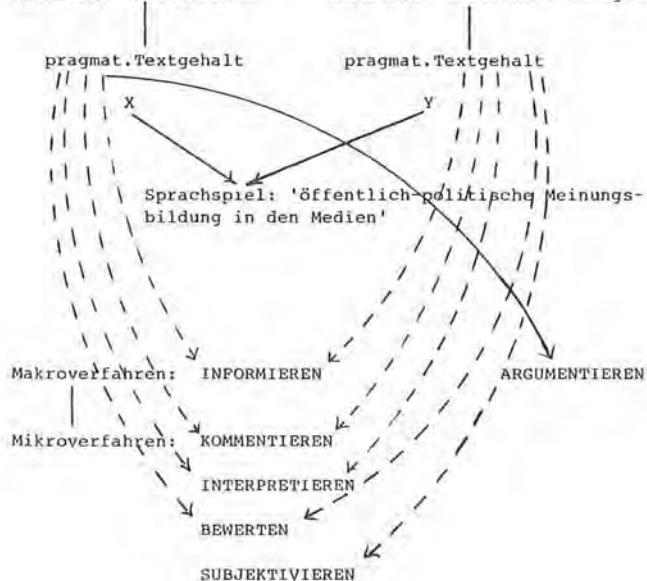
Stark vereinfacht und ohne konkrete Ausfüllung liegt den drei Beispielen folgendes Klassifikationsmodell zugrunde:



Textsorte 2 kann hier z.B. hinsichtlich des Sprachspiels 'A', des Textgehaltes Y und des kommunikativen Verfahrens 2 klassifiziert werden.

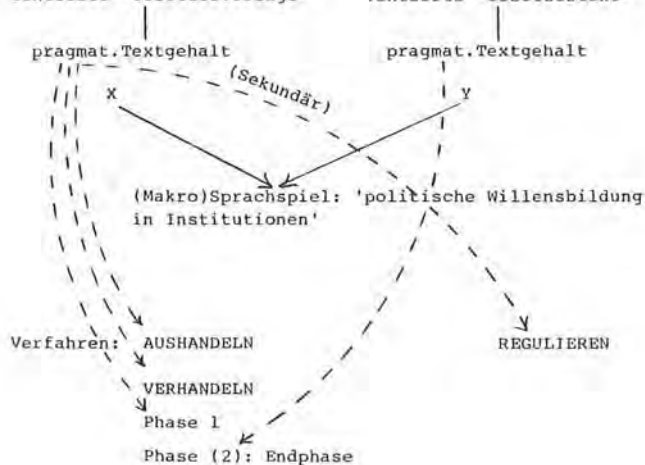
1. Beispiel: Textsorte 'Leitartikel' Textsorte 'Politische Leitglosse'

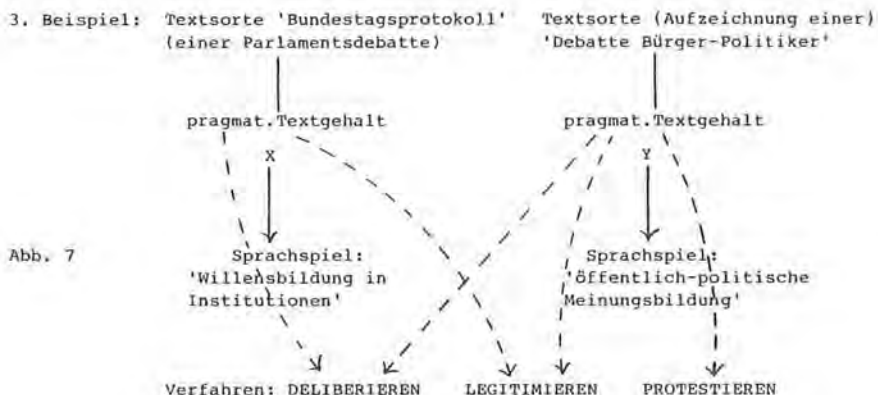
Abb. 5



2. Beispiel: Textsorte 'Gesetzesvorlage' Textsorte 'Gesetzestext'

Abb. 6





An den drei Beispielen ist u.a. hervorzuheben, daß die jeweils angewendeten kommunikativen Verfahren zueinander entweder im Verhältnis der Über- bzw. Unterordnung (Beispiel 1: Makroverfahren INFORMIEREN und die Mikroverfahren KOMMENTIEREN usw.), der Sukzessivität oder Prozeßhaftigkeit (Beispiel 2: VERHANDELN vor REGULIEREN) oder der Doppelung bzw. Inszenierung (vgl. 1.2.2.) stehen können (Beispiel 3: Das Prestigeverfahren DELIBERIEREN dient als Folie für LEGITIMIEREN, dadurch Verdoppelung; in bestimmten Situationen kann ein positives Verfahren auch inszeniert sein).

Das Verhältnis, in dem die einzelnen Verfahren zueinander stehen, ließe sich auch anhand von 'indem'- und 'wobei'-Beziehungen rekonstruieren (vgl. v. Polenz 1985, 215). Wichtig ist, daß alle Verfahren, die öffentlich realisiert werden, intentional doppelt adressiert sein können. Die entsprechenden Texte haben mindestens zwei Adressatengruppen.

Der jeweilige pragmatische Textgehalt, der die kommunikativen Verfahren realisiert ebenso wie ihr jeweils spezifisches Verhältnis zueinander, determiniert also in entscheidender Weise die Textstruktur der unterschiedlichen Textsorten.

3. Protobeispiel: Der Text des Grundgesetzes

Der Verfassungstext wird hier als Protobeispiel gewählt, weil an ihm alle Textcharakteristika klar herausgearbeitet werden können und ihm eine spezielle Funktion zukommt: Er ist sprachspielkonstituierend, d.h. mit diesem Text erst werden die Voraussetzungen für das Makrosprachspiel 'politische Meinungs- und Willensbildung in der BRD' geschaffen dadurch, daß die Regeln und Formen der politischen Kommunikation sowie die einzelnen Sprachspiele und Kommunikationskreise festgesetzt werden. Er ist eine Art 'Sprach-Spiel-Regel-Text' - eine Funktion, die ihm neben und im Zusammenhang mit seinen 'taktischen' Aufgaben der Konstitution und Regelung gesellschaftlicher, staatlicher Ordnung (Institutionen, Rechte, Normen, institutionelle Prozeduren usw.) zukommt.

Ich erortere zunächst diesen Sprachspiel-Aspekt des Verfassungstextes. In diesem Zusammenhang bietet sich die Gelegenheit, eine Art frame-Darstellung für die Struktur des Makrosprachspiels 'politische Willensbildung in der BRD' zu entwickeln.

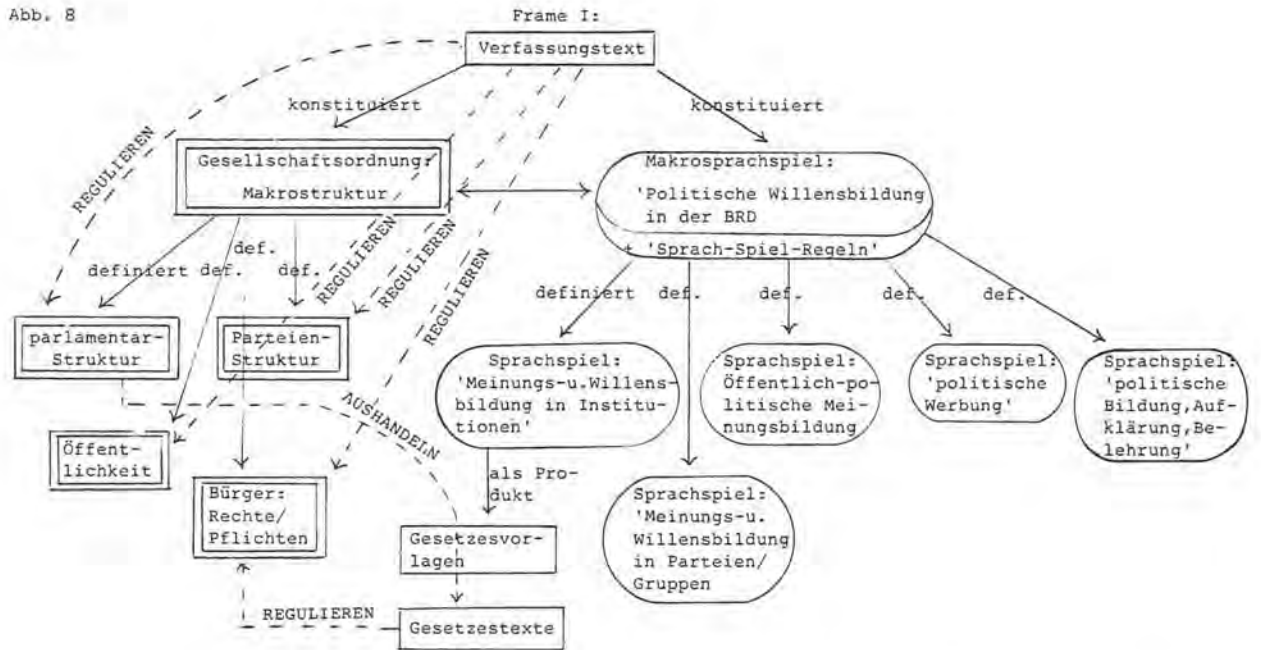
Erläuterungen zu Abbildung 8

(1) Zum 'kommunikativen Verfahren' des Verfassungstextes:

primär: Der Verfassungstext ist d e r regulierende Text par excellence. Speziell ist in ihm das Mikroverfahren 'NORMEN-SETZEN' in reiner Form verwirklicht. Normen sind hier sowohl die Soll-Regeln, denen alle Bürger verpflichtet werden, als auch die Verfahren und Regeln, nach denen staatliche Institutionen gebildet und nach denen sie wirksam werden. Hier verläuft die Zuordnung zwischen Text und Verfahren nach der Struktur 'primär einmalig-abgeschlossen'.

sekundär: Der Verfassungstext ist End-Produkt des Verfahrens AUSHANDELN, speziell EINE VERFASSUNG GEBEN. D.h. der Text ist sekundär auch dem dynamisch-resultativen Verfahren AUSHANDELN zugeordnet, die Beziehung zwischen Text und Verfahren ist hier dann 'primär phasenbezogen'. Unter diesem Aspekt

Abb. 8



ist der Verfassungstext jedoch nur noch für (Verfassungs)Historiker, Staatsrechtler, Politikwissenschaftler u.ä. bedeutsam.

(2) Zum 'pragmatischen Textgehalt' der Verfassung:

dominierende Illokution: Der Text besteht überwiegend aus 'deklarativen' Sprechakten (vgl. v. Polenz 1985, 227), durch die gültige soziale Tatsachen geschaffen werden: Zum einen soziale Normen (Grundrechte), zum anderen Institutionen. Die typische grammatische Form ist hierfür der Aussagesatz (ohne Modalverb), in dem die Soll-Norm als bereits etabliert dargestellt wird:

Die Würde des Menschen ist unantastbar ...

Jeder hat das Recht auf ...

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich ...

Die Bundesrepublik Deutschland ist ...

Daneben finden sich 'regulative' Sprachakte (im Sinne von Habermas 1981), bei denen die Normsetzung direkt durch ein Modalverb (*darf, soll*) versprachlicht wird.

(3) Zur 'beabsichtigten Textwirkung' der Verfassung:

In den Grundrechten ist die beabsichtigte Textwirkung zu Anfang angedeutet: "Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht ... ihr Bewirkungsziel ist also RECHTSGELTUNG und BEFOLGUNG durch Rechtssubjekte" (v. Polenz 1985, 227).

(4) Zur 'Sprecherhaltung' des Verfassungstextes:

Die dominierende Sprecherhaltung ist normativ/deontisch (v. Polenz 1985, 238) Die Autoren - so erkennt man - halten es FÜR NOTWENDIG, FÜR ERFORDERLICH, daß soziale Realität in dieser bestimmten Weise geregelt wird. Gleichzeitig halten sie es für ZWINGEND, daß die Adressaten sich an die gesetzten Normen halten.

(5) Zum 'textuellen Beziehungsaspekt' des Verfassungstextes

Status der Handlungsbeteiligten:

Gesetz-/Verfassungsgeber/staatliche Gewalt - Bürger

Zwischen Textautoren und potentiellen Adressaten wird keine soziale Beziehung indiziert oder hergestellt, die über die Beziehung anonymer (zur Regelung einer Gesellschaftsordnung) Autorisierter und anonymer Teilnehmer/Mitglieder dieser Gesellschaftsordnung hinausginge. Die Textautoren sind gänzlich hinter das Produkt zurückgetreten, ebenso werden die Adressaten nicht angesprochen.

4. Konstitutive Sprachspiele in der Politik

An den Textausgangs- und -endprodukten des Verfassungstext-frame (Abb. 8) ist wahrscheinlich kein Hinweis auf kommunikative Verfahren wie DELIBERIEREN, AUSHANDELN, LEGITIMIEREN, AKTIVIEREN usw. erkennbar. Diese Verfahren werden jedoch in Zwischenprodukten manifest, die für die unterschiedlichen, aus dem Makrosprachspiel 'politische Meinungs- und Willensbildung in der BRD' ausgrenzbaren Sprachspiele konstitutiv sind. Daher sollen einige der durch das Makrosprachspiel 'politische Willensbildung in der BRD' eröffneten Einzel-Sprachspiele ebenfalls mithilfe von frame-Darstellungen genauer skizziert werden. Das Augenmerk gilt dabei einer Darstellung der Vernetzung folgender Größen:

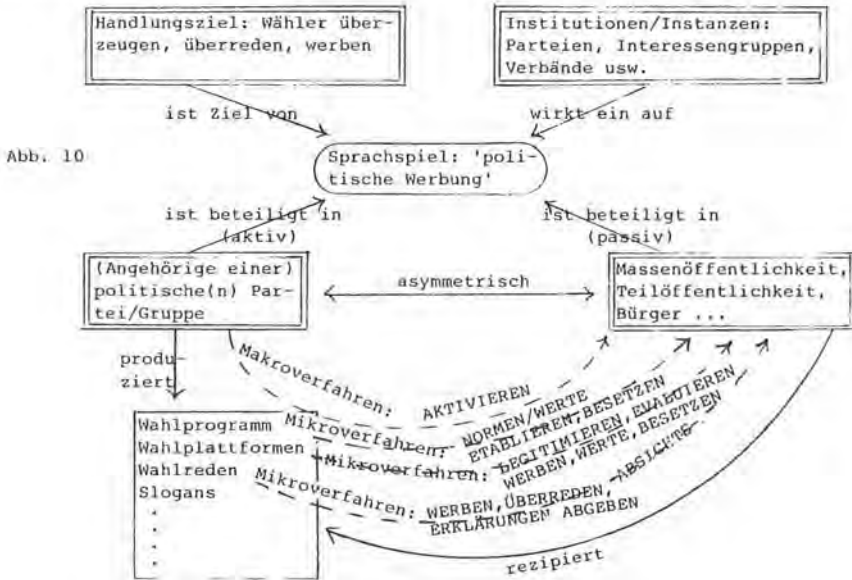
(1) sprachspielkonstitutive Eigenschaften

- Handlungsziel
- Kommunikations-/Interaktionspartner-Beziehung
- Rolle
- Situation(swissen)
- .
- .
- .
- beteiligte Institutionen/Instanzen

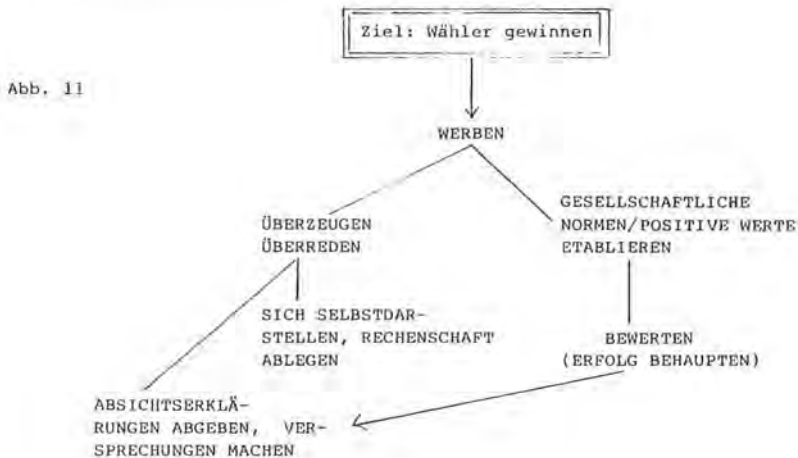
(2) im Sprachspiel wirksame kommunikative Verfahren

(3) im Sprachspiel im Rahmen bestimmter kommunikativer Verfahren erzeugte Texte (relativ zu bestimmten Textsorten).

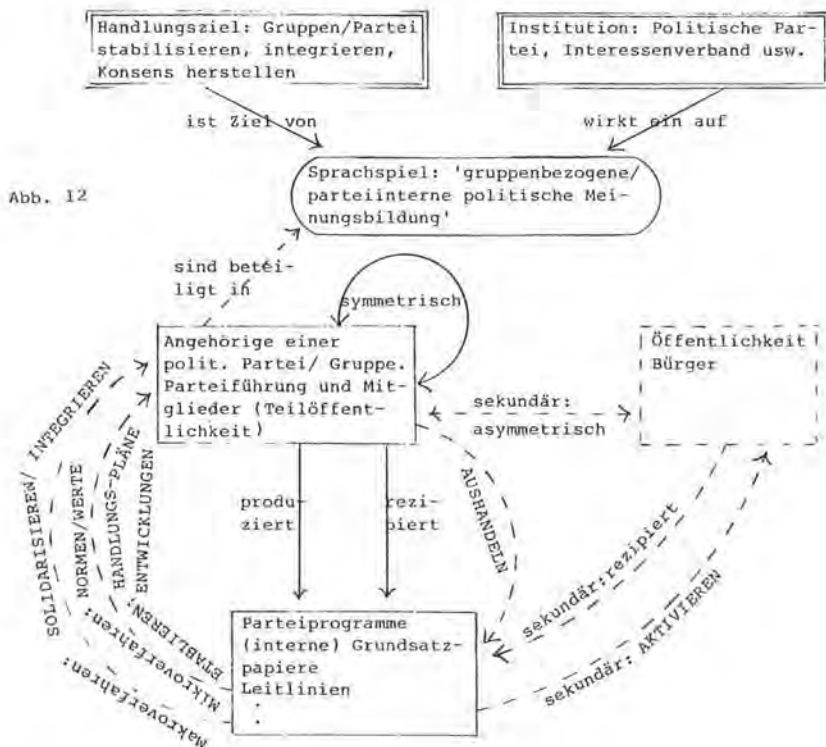
Frame III: Sprachspiel 'politische Werbung'



Da dieses Sprachspiel sicher das strategischste (erfolgsorientierteste) politische Sprachspiel ist, kann man für die kommunikativen Verfahren vermutlich eine Hierarchie annehmen:



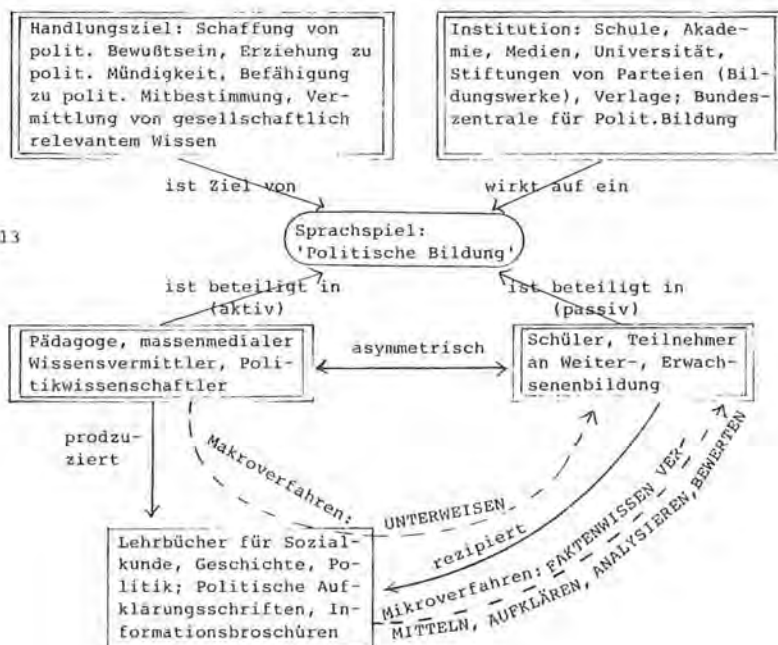
Frame IV: Sprachspiel 'gruppenbezogene/parteiinterne politische Meinungsbildung'



Dieses Sprachspiel zeichnet sich durch eine Art Doppelbindung der Adressaten aus (vgl. oben in 1.2.2. die Ausführungen zum Aspekt der Doppeladressierung bei der Anwendung kommunikativer Verfahren bzw. der Produktion politischer Texte). Primär wird es zwischen den Angehörigen einer Partei gespielt und dient den Zwecken der Gruppenstabilisierung und gruppenbezogenen Meinungsbildung usw.; sekundär jedoch ist in diesem Sprachspiel jeweils auch Außenwirkung mit einbezogen, daher ist im Frame eine sekundäre Beziehung auf den Bürger als passiven Beteiligten durch unterbrochene Linien angedeutet. Ähnlich wie der Verfassungstext und Gesetzestexte generell sind auch die Texte dieses Sprachspiels Ergebnisse des dynamischen Verfahrens AUSHANDELN: Den Text-Endprodukten gehen im Vorfeld der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung Vorlagen, Anträge usw. voraus, das Endprodukt stellt oft einen Kompromiß dar, in dem unterschiedliche Interessen einzelner Parteiflügel oder Parteirichtungen ausgeglichen werden (zum Leerformelcharakter solcher 'Kompromißtexte' vgl. v. Polenz 1985, 46f., 144, 352f.).

Frame V: Sprachspiel 'Politische Bildung'

Abb. 13



Das Verfahren UNTERWEISEN hat zwei mögliche Varianten:

- jmdn. über etwas unterrichten
- jmdn. zu bestimmten Handlungen, Haltungen, Einstellungen befähigen;

a) und b) gehören hier aber zusammen:

Akteur A unterweist B,

indem er ihm politisches Faktenwissen (z.B. Staatsbürgerkunde) vermittelt, indem er Ideologien, Gesellschaftsordnungen, Regierungssysteme analysiert und bewertet,

indem er über politische (Gruppen)Interessen, Ziele aufklärt.

5. Diagramme zur Klassifizierung politischer Textsorten

Texte, die innerhalb des Makrosprachspiels 'politische Willensbildung in der BRD' fungieren, also auch die Texte der Textsorten, die für den Bereich 'politische Kommunikation' des Handbuchs der schweren Wörter als Textbasis ausgewählt werden, können nun

mit dem entwickelten Instrumentarium einer ersten Klassifikation unterzogen werden. Dies soll anhand der folgenden Diagramme versucht werden.

Die Diagramme stellen eine Umsetzung der frame-Darstellungen für politische Sprachspiele in tabellarische Form mit Zentrierung auf die Texte und unter zusätzlicher Berücksichtigung des differenzierenden Merkmals 'pragmatischer Textgehalt' (mit Untermerkmalen) dar:

Die Tabelle besteht aus drei Spalten:

- Spalte 1: 'Sprachspiel'

Das jeweilige Sprachspiel wird mithilfe von vier Parametern schematisiert:

- Parameter 1: Name
2: Handlungsziel/-aufgabe
3: Handlungsbeteiligte (Konstellation der Kommunikationspartner Produzent und Rezipient; symmetrische oder asymmetrische Beziehung)
4: beteiligte Institutionen/Instanzen/Einrichtungen/Verkehrsformen;

dadurch werden die



und die durchgezogenen Pfeile der frames schematisiert.

- Spalte 2: 'Kommunikative Verfahren'

Angegeben werden Makro- und Mikroverfahren. Dadurch werden die gestrichelten Pfeile der frames schematisiert.

- Spalte 3: 'Texte/Textsorten'

Jeweils bestimmten Teilfeldern von Spalte 2, also bestimmten Mengen von Mikroverfahren relativ zu einem Makroverfahren, werden Texte/Textsorten zugeordnet. Dadurch werden die gestrichelten Pfeile der frames genauer lokalisiert. Außerdem werden hier (meist in runden Klammern) Kurzcharakterisierungen gegeben zur

dominierenden Illokution	}	pragmat. Textge- halt
beabsichtigten Textwirkung		
dominierenden Sprechereinstellung		
und zum textuellen Beziehungs- aspekt		

1. Diagramm: Kommunikative Verfahren und Textsorten des Sprachspiels 'öffentlich-politische Meinungsbildung'

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	Öffentlich-politische Meinungs- und Willensbildung	Makroverfahren: INFORMIEREN	Generell: Öffentliche/massenmediale berichtende u. kommentierende, meinungsbildende (Informations- und Vermittlungs-)Texte von professionellen Nachrichtenvermittlern über aktuelle polit. Themenkreise von öffentlicher, gesellschaftlicher Bedeutung.
2. Handlungsziel	(objektive bis tendenziöse) Darstellung des außen- und innenpolit. (Tages)Geschehens, informierende Vermittlung polit. Sach- und Begriffszusammenhänge; Interpretation, kommentierende Einordnung und Bewertung politischer Handlungen	Mikroverfahren: BERICHTEN UNTERRICHTEN	Speziell: (1) Politische Nachrichten (in unterschiedlicher Darbietung je nach der massenmedialen Vermittlungsform) Primär ereignisbezogen, das Prinzip der Objektivität und Überparteilichkeit mehr oder weniger strikt befolgend; teilweise Einordnung einzelner Ereignisse in größere Zusammenhänge. Nachrichten sind nur mit Abstrichen objektiv, primär enthalten sie konstative Sprechhandlungen (= dominierende Illokution), sekundär auch Tendenzen und "bewertende Elemente" (v. Polenz 1985, 237). Durch Unterrichtung wollen sie den Rezipienten befähigen, polit. Inhalte adäquat auf Personen(gruppen), Orte und Ereignisse zu beziehen (= beabsichtigte Textwirkung). Nachrichtentexte sind zwar vom Anspruch her objektiv, sachlich und ausgewogen (= dominierende Sprechereinstellung), distanzierend und unpersönlich (= textueller Beziehungsaspekt), die Darstellung kann jedoch durch subjektive Auswahl und Präsentation der Nachrichten die Meinung des Rezipienten in einer bestimmten Richtung beeinflussen.
3. Kommunikationspartner	Produzent: Polit. Journalist, Redakteur, Kommentator, Moderator		
a. Konstellation	Rezipient: Medienkonsumenten; die interessierte/betroffene (Laien)Öffentlichkeit		
b. Beziehung	asymmetrisch, mit geringer Möglichkeit der Rückkoppelung (Einweg-Kommunikation); primär monologisch	(sekundär: BEWERTEN)	

1. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	Presse: privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen, marktabhängig. Journalistische Grundsätze: allgemeine Sorgfaltspflicht. Rundfunk/Fernsehen: öffentlich-rechtliche Institutionen. Verpflichtung zur Objektivität. (Problem: Medienkonzentration, Parteienproporz)	Mikroverfahren: DARSTELLEN INTERPRETIEREN ARGUMENTIEREN BEWERTEN	(2) Politische Leitartikel (in Tages- u. Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazinen usw.) Primär nicht informierende, sondern bewertende und interpretierende Texte, die die Kenntnis der Ereignisse voraussetzen. Polit. Handlungen sollen begründet und verstehbar gemacht werden; aus dem jüngsten polit. Geschehen werden Vermutungen über künftige Entwicklungen abgeleitet. Leitartikel setzen - wie auch die Kommentare - einen festen polit. Standort/Meinung voraus und wirken meinungsbildend. Sie enthalten konstative Äußerungen (= dominierende Sprecherhandlung) und behandeln allgemeine oder aktuelle Probleme an exponierter Stelle in Zeitungen usw. Direkter Adressat ist der Leser, indirekte Adressaten sind die Personen bzw. die Handlungen von Personen, auf die kritisch Bezug genommen wird. Leitartikel liefern Indizien und geben Anstöße zur polit. Meinungsbildung und befähigen den Rezipienten, das polit. Tagesgeschehen bewertend in größere Zusammenhänge einzuordnen (= beabsichtigte Textwirkung).
1. Name	wie oben (= w.o.)	}	
2. Handlungsziel	w.o.		
3. Kommunikationspartner	Produzent: w.o.		
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o.		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	w.o.	Mikroverfahren: INTERPRETIEREN	(3) Politischer Kommentar (in Presse, Rundfunk, Fernsehen) Primär bewertende Texte, deren Struktur von der Einstellung des Kommentators zu polit. Themen/Problemen geprägt ist. Sie enthalten konstative Äußerungen, oft auch explizit performative (ich meine, daß ...) (= dominierende Illokution). Kommentare sind engagiert, zeigen

1. Diagramm

Sprachspiel		Kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	w.o.	Mikroverfahren: KOMMENTIEREN BEWERTEN	Gründe auf, wollen überzeugen und beeinflussen: Der Rezipient soll nach Möglichkeit die subjektive Einschätzung polit. Sachverhalte übernehmen (= beabsichtigte Textwirkung). Kommentare werden daher um Zustimmung (= textueller Beziehungsaspekt).
2. Handlungsziel	w.o. und: polit. Problemlösungsfindung durch Beratung; sekundär: Beeinflussung der Öffentlichkeit		
3. Kommunikationspartner	Produzent: w.o. und: Politiker,	Mikroverfahren: KOMMENTIEREN IRONISIEREN	(4) Politische Glosse (bes. in Zeitungen) Primär wertende und kommentierende Texte, die polit. Meinungsbildung auch durch unterhaltende Elemente (z.B. Anspielungen, Zitate oder Karikaturen) betreiben (= beabsichtigte Textwirkung); sie enthalten neben konstativen Äußerungen oft emphatische/rhetorische Fragen (= Illokution) und lassen eine satirische bis ironische Sprechereinstellung erkennen.
a. Konstellation	Diskussionsleiter Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o. und: dialogisch bzw. "trialogisch"	Makroverfahren: DISKUTIEREN DELIBERIEREN	(5) Öffentliche Diskussion, Debatte, Interviews, Pressekonferenz usw. Hier liegt eine rhetorisch motivierte Mischung verschiedener Sprecherhandlungen vor: konstante, erotetische, kommissive, vokative und direktive. Primäres Kennzeichen dieser Textsorten ist die Doppeladressierung: Auf der ersten Ebene kommunizieren die polit. Akteure, auf der zweiten die Akteure indirekt mit dem unbeteiligten Publikum. Auf der ersten Ebene vollzieht sich institutionenbezogene Willensbildung und Entscheidungsfindung, auf der zweiten werden persönliche polit. Profile aufgebaut
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	w.o. und: Öffentliche polit. Institutionen (z.B. Bundestag, Länderparlamente, Bundeskanzleramt)		

1. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert	Mikroverfahren: LEGITIMIEREN WERBEN	und sollen Einstellungen/Meinungen übernommen werden. Die Doppeladressierung der Texte kommt in der Doppelung oder Inszenierung bestimmter kommunikativer Verfahren zum Ausdruck (vgl. oben 1.2.2.). In polit. Debatten ebenso wie in Interviews wird mit dem Blick auf den Bürger Kontakt gesucht, Zustimmung erstrebt und Image aufgebaut (= textueller Beziehungsaspekt).
1. Name	w.o.		In Textsorte (5) und auch in anderen Textsorten dieses Sprachspiels, die die öffentliche Meinung durch die Art der Information und durch bestimmte Darstellungsstrategien beeinflussen, überschneidet sich das Sprachspiel 'öffentlich-polit. Meinungsbildung' mit dem Sprachspiel 'polit. Werbung'.
2. Handlungsziel	w.o.		
3. Kommunikationspartner	Produzent: w.o.		
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o.		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	w.o.		

2. Diagramm: Kommunikative Verfahren und Textsorten des Sprachspiels 'politische Werbung'

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	Politische Werbung/ Propaganda	Makroverfahren: AKTIVIEREN	Generell: Gegenüber anderen polit. Textsorten geht es hier weniger um sachgebundene Information und argumentative Beweisführung (deskriptive oder Darstellungsfunktion) als vielmehr um Sympathie-, Vertrauenswerbung, um Image-Aufbau beim potentiellen Wähler, also um die Appell-/Aufforderungsfunktion und den angestrebten persuasiven Effekt (Meinungsstabilisierung, -beeinflussung) sowie um die vor allem auch sprachlich (lexikalisch) geführte Auseinandersetzung mit dem polit. Gegner, die nach bestimmten Mustern der Wertverteilung erfolgt (Freund-Feind, gut-böse usw.). Der Kampf um die Wählergunst wird vor allem mit den "Routinetexten" (v. Polenz 1985, 213) (1) bis (4) geführt, die in den Arbeitsbereich ebenso wie in den Familien- und Freizeitbereich des Bürgers hineinreichen und mit bestimmten Strategien gezielt verschiedene Zielgruppen differenziert in ihren jeweiligen Grundbedürfnissen ansprechen. Da polit. Propaganda immer ideologisch-programmatisch gebunden ist, spielen in diesen Textsorten die ideologischen Leitbegriffe eine dominierende Rolle (Credenda, Miranda).
2. Handlungsziel	Meinungen in bestimmter Weise beeinflussen/steuern und Wähler gewinnen; Machtgewinnung durch parlamentarische Mehrheitsbildung		
3. Kommunikationspartner	Produzent: Parteien, Kandidaten, Interessenverbände, Bürgerinitiativen		
a. Konstellation	Rezipient: Massenwählerschaft oder einzelne Zielgruppen		
b. Beziehung	asymmetrisch, kaum Möglichkeit der Rückkopplung; monologisch oder dialogisch (bzw. "trialogisch")		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	primär: Parteien, Fraktionen, Organisationen, Verbände aller Art sekundär: Presse, Rundfunk, Fernsehen; Meinungsforschungsinstitute		

2. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	w.o.	Mikroverfahren: GESELLSCHAFT- LICHE NORMEN/ WERTE ETABLIEREN bzw. WERTE (durch Persua- sion) BESETZEN (USURPIEREN)	(1) Wahlprogramm / Wahl- plattform (in polit. Broschüren, Flugblättern, aus- zugsweise in Zeitungen, Zeitschriften, Illustrierten; in Rundfunk und Fernsehen) Wahlprogramme enthalten in einer für die breite Öffentlichkeit übersetzten, leicht verständli- chen Sprache Aussagen, die mit der geltenden Parteidoktrin (festgelegt in den Parteiprogram- men) und Parteiideologie übereinstimmen. Domi- nierende Illokution sind neben Empfehlungs-, Behauptungs-, Versicherungs- und Beurteilungs- handlungen (Wolff 1976, 20) Absichtserklärun- gen (kommissive Sprechakte: <i>Wir werden ...</i>). Dadurch soll der Bürger zur Wahl und zur Über- nahme der Zielsetzung der Partei motiviert wer- den (beabsichtigte Textwirkung); diesem Ziel dienen z.B. folgende Strategien im Text: per- sönliche Anrede des Wählers, Betonung der gu- ten Eigenschaften der Partei, Lob der eigenen Leistung (= textueller Beziehungsaspekt). Auf lexikalischer Ebene werden in den semantischen Kämpfen zwischen den Parteien polit. Leitbe- griffe usurpiert; dies kann z.B. nach dem Mu- ster der persuasiven Definition erfolgen. Wahl- programme sind immer voluntativ und dienen dem Image-Aufbau der Partei und ihrer Kandidaten.
2. Handlungs- ziel	w.o.		
3. Kommunika- tionspartner	Produzent: w.o.		
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o.		
4. Beteiligte Institutio- nen/Instanzen	w.o.		

2. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	w.o.	Mikroverfahren: LEGITIMIEREN WERBEN ÜBERREDEN EVALUIEREN NORMEN SETZEN	<p>(2) Politische Wahlrede (in der Öffentlichkeit)</p> <p>Kennzeichnend sind hier Absichtserklärungen (kommissive Sprechakte) und Versprechungen (<i>wir garantieren ... Auch in Zukunft ...</i>), vor deren Hintergrund der Bürger zu einer ganz bestimmten Wahlentscheidung, auch durch emotionale und persönliche Ansprache, aufgefordert und zu einer affirmativen und kooperativen Haltung überredet wird (= beabsichtigte Textwirkung). Polit. Rede, die immer voluntativ, evaluativ und emotiv ist und die der Legitimierung (vergangenen und zukünftigen) polit. Handelns dient, hat am deutlichsten affirmativ-persuasiven Charakter, eine auf Zustimmung angelegte Strategie. Mit ihr gibt der Politiker seine Distanz zum Bürger auf, er wirbt um ihn und solidarisiert sich mit ihm (= textueller Beziehungsaspekt). Um eine möglichst breite Öffentlichkeit anzusprechen, verwendet polit. Rede in auffälliger Weise Leerformeln (allgemein gehaltene Aussagen, die unmittelbar einleuchten), Ideologeme, Stereotype, rhetorische Figuren und Metaphern.</p>
2. Handlungsziel	w.o.		
3. Kommunikationspartner	Produzent: w.o.		
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o.		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	w.o.	Mikroverfahren: LEGITIMIEREN AUFWERTEN	<p>(3) Wahlanzeige / Anzeigenserie (in Zeitungen, Zeitschriften, Boulevardblättern, Magazinen)</p> <p>Konstitutiv sind auch hier kommissive Sprechhandlungen, die dem Wähler das Bild eines sorgenfreien Lebens entwerfen; erhöhte Wirksamkeit erreichen diese Serien, die mit Text- und</p>

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	w.o.	WERBEN AUFFORDERN	(farbigen) Bild-Kombinationen arbeiten, durch die Iteration des Parteinauens, des Kandidatenporträts und bestimmter Slogans und Parolen (z.B. <i>sicher, sozial und frei</i> oder <i>Leistung zählt</i>). Die beabsichtigte Wirkung besteht darin, eine Identität der Ziele der Partei und der Bedürfnisse des Adressaten zu suggerieren. Der textuelle Beziehungsaspekt wird durch appellativ-auffordernde Textelemente hergestellt (Vertrauens-, Werte-, Prestige- und Solidaritätsappelle).
2. Handlungsziel	w.o.		
3. Kommunikationspartner	Produzent: w.o.		
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o.	Mikroverfahren: wie bei (3)	(4) Wahlslogans, -parolen (auf Plakaten, in Anzeigenserien, in Reden und Wahlprogrammen) Slogans wollen einfache Entscheidungshilfen in Form von einprägsamen Meinungsmustern anbieten, die mit einer bestimmten Partei identifiziert werden sollen. Sie wollen vor allem unentschlossene oder Wechselwähler überzeugen. Mit bestimmten Appellmustern wird das polit. Verantwortungsgefühl des Wählers angesprochen, das Nationalgefühl, das Bedürfnis nach Sicherheit usw. Im Unterschied etwa zu polit. Reden wird der Wähler nicht direkt angesprochen, sondern mithilfe quasi allgemein verbindlicher, zweifellos gültiger Maximen werden bestimmte Grundwerte, die für die gesamte Wählerschaft unbestritten sind, reklamiert, z.B. <i>Freiheit statt Sozialismus, Mitbestimmung statt Klassenkampf</i> ; solchen Slogans ist ein hohes Zustimmungspotential garantiert.

2. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	w.o.	}	(5) Politische Parteibro- schüren, -zeitungen (z.B. "Vorwärts" (SPD), "Bayernkurier" (CSU))
2. Handlungs- ziel	w.o.		Funktion: Selbstdarstellung, Vertrauensarbeit der Partei.
3. Kommunika- tionspartner	Produzent: w.o.		(6) Politische Streit- schriften, Pamphlete (z.B. K.H. Flach: "Noch eine Chance für die Liberalen")
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		Funktion: ideologische 'Abrechnung' mit dem politischen Gegner, positiver Nachweis des ideologisch-richtigen Standorts der eigenen Partei.
b. Beziehung	w.o.		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	w.o.		

3. Diagramm: Kommunikative Verfahren und Textsorten des Sprachspiels 'gruppen
'gruppenbezogene, parteiinterne politische Meinungsbildung'

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	Gruppenbezogene, parteiinterne politische Meinungsbildung	Makroverfahren: GRUNDWERTE/ GESELLSCHAFTSPOLITISCHE NORMEN ETABLIEREN ZIELE FORMULIEREN HANDLUNGSPLÄNE ENTWICKELN	(1) Parteiprogramm (z.B. Godesberger Programm der SPD, Freiburger Thesen der FDP, Ahlener Programm der CDU)
2. Handlungsziel	Gruppenstabilisierung durch Konsensbildung, Integration aller Parteiflügel, -richtungen		In (1) werden prinzipielle polit. Fragen, vor allem die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft (z.B. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Chancengleichheit, Rechtsstaatlichkeit), theoretisch-programmatisch geklärt und häufig apodiktisch oder dogmatisch vertreten (= dominierende Illokution). Programme formulieren die gruppeneigenen ideologischen Wirklichkeitsbewertungen, die ideologische Doktrin, die 'reine Lehre' (z.B. "Die Politik unserer Partei beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott", CDU), besonders mithilfe von polit.-ideologischen Leitbegriffen (Credenda, Miranda). In den Grundwerten stimmen die Parteien häufig überein ('Konsens aller Demokraten'). Mit den Programmen melden die Parteien ihr Recht auf Einflußnahme auf die polit. Willensbildung im Staat an, auf Beteiligung an der Vertretung des Volkes im Parlament, auf ihren Anspruch an der polit. Macht/Regierungsverantwortung im Staat, um die eigenen Ziele zu verwirklichen und den Staat im Sinne der eigenen Vorstellungen zu gestalten, den eigenen Kurs durchzusetzen.
3. Kommunikationspartner	Produzent: Polit. Partei, Parteiführung (Vorstand), Ideologen u. Beratungsgremien von Parteien		Zweck der Programme ist die Integration möglichst aller Parteiflügel durch Kompromiß- und Konsensbildung; solche Kompromisse werden häufig zwischen den Parteigremien und den übrigen
a. Konstellation	Rezipient: primär: Parteimitglieder (als Teilöffentlichkeit gegenüber dem Vorstand), Fraktionsmitglieder. Sekundär: Massenöffentlichkeit, Bürger		
b. Beziehung	primär symmetrisch zwischen den Mitgliedern der Partei sekundär asymmetrisch zwischen der Partei und dem Bürger		

3. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	primär: Polit. Parteien (als moderne 'Volksparteien'), Interessengruppen, -verbände; sekundär: Zeitschriften-, Buchmarkt. Vermittlung durch die Massenmedien	Makroverfahren: SOLIDARISIEREN INTEGRIEREN Mikroverfahren: (sekundär): AUSHANDELN (zwischen den Parteimitgliedern) DISKUTIEREN	Mitgliedern ausgehandelt. Programme schaffen die gemeinsame Grundlage für weltanschauliche Standortbestimmungen und haben eine gewisse Nähe zu (dogmatischen) Bekenntnisschriften. Für die Parteiangehörigen erfüllen sie Orientierungsfunktion und dienen als Anweisung zum praktischen politischen Handeln (= beabsichtigte Textwirkung). Programme können dadurch gekennzeichnet sein, daß sie eine bessere Zukunft antizipieren oder den Ist-Stand konservieren. Bei den Parteiprogrammen zeigt sich häufig eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf dauernde Gültigkeit politischer Grundsätze und der Anpassung an den Zeitgeist. Die Neufassung oder Korrektur von Programmen ist meist dadurch bedingt, daß alte Fragen zurücktreten und neue Probleme auftauchen, die auch ideologisch bewältigt werden müssen. Mit Programmen werden indirekt auch Wähler angesprochen und mobilisiert (= sekundäre Textwirkung). Der Text der Programme wird häufig den Wahlprogrammen, -broschüren der Parteien verbindlich zugrundegelegt. Parteiprogramme können durch folgende Textsorten erneuert, korrigiert oder revidiert werden: <ol style="list-style-type: none"> (2) Grundsatzpapiere (3) Politische Orientierungsrahmen (4) Politische Leitlinien und Thesen (5) Beschlüsse von Parteitagen zu polit., sozialen Fragen (6) Politische Manifeste
1. Name	w.o.		
2. Handlungsziel	w.o.	Mikroverfahren: (sekundär): AKTIVIEREN	
3. Kommunikationspartner	Produzent: w.o.		
a. Konstellation	Rezipient: w.o.		
b. Beziehung	w.o.		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	w.o.		

4. Diagramm: Kommunikative Verfahren und Textsorten des Sprachspiels 'Politische Bildung'

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
1. Name	Politische Bildung	Makroverfahren: UNTERWEISEN	(1) Politische Informations- / Aufklärungsbroschüren (herausgegeben von der Bundesregierung, vom Presse- und Informationsamt, von den Bundesministerien oder von anderen staatlichen Institutionen, z.B. der Bundeszentrale für politische Bildung, oder vom Bundeskanzleramt).
2. Handlungsziel	Vermittlung gesellschaftlich relevanten Wissens (Staatsaufbau, Pflichten und Rechte des demokratischen Staatsbürgers), Schaffung von polit. Bewußtsein, Erziehung zur Mündigkeit, Befähigung zur polit. Mitbestimmung und Meinungsbildung; Aufklärung über Mechanismen der Persuasion und Manipulation im Bereich der Politik	Mikroverfahren: GESELLSCHAFTLICHE STRUKTUREN, PROZESSE ANALYSIEREN	In der Reihe "Bürger-Service" informiert die Regierung die Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten (z.B. "Förderfibel Forschung" als Orientierungshilfe für Wirtschaftsunternehmen, Verbände über die Förderung von Forschung; "Ratgeber soziale Sicherheit" als Führer durch die soziale Gesetzgebung). Die Reihe "Bürger-Informationen" unterrichtet in allgemeinverständlicher Form über die Arbeit und Ziele der Bundesregierung. Sie ist an den politisch interessierten Laien gerichtet, gibt Orientierungshilfen und vermittelt Basisdaten und Übersichten zur Standortbestimmung (z.B. "Verantwortung für die Zukunft. Eine Bürgerfibel"). Die Reihe "Berichte und Dokumentationen" enthält Vorträge, Berichte und Dokumente der Bundesregierung im Wortlaut (z.B. "Dokumentation zur Entspannungspolitik/Ostpolitik", "Abrüstung und Rüstungskontrolle", "Bericht zur Lage der Nation").
3. Kommunikationspartner	Produzent: Pädagogen aller Bildungseinrichtungen, Politikwissenschaftler, Soziologen, fachwissenvermittelnde Journalisten, Sachbuchautoren (mit populär aufbereiteten politikwissenschaftlichen, soziologischen, geschichtswissenschaftlichen Werken)	FAKTENWISSEN (über Institutionen, Organisationen, Gesetze, Verfassung usw.)	Die Texte unter (1) enthalten schriftliche Verlautbarungen von Institutionen, mit denen sie bzw. ihre auf Public Relation, Öffentlichkeitsarbeit, Pressekontakte spezialisierten Abteilungen die Öffentlichkeit über die Arbeit der
a. Konstellation	Rezipient: Schüler, Teilnehmer an Kursen der Bildungseinrichtungen;	VERMITTELN BEWERTEN AUFKLÄREN	

4. Diagramm

Sprachspiel		kommunikative Verfahren	Texte/Textsorten
Parameter	Wert		
	im Grunde jeder (d.h. betroffene und/oder an politischen Handlungen interessierte) Bürger, politische Laie.		Institutionen generell informieren (= beabsichtigte Textwirkung). Dabei sind die Beschreibungen der Tätigkeit des Bundestages oder des Gesetzgebungsprozesses insgesamt, die die Institutionen im Rahmen politischer Bildungsarbeit zur Unterrichtung des Bürgers herausgeben, häufig bis in die wörtliche Formulierung an den vorgeschriebenen Regelungen (Grundgesetz, Bundesgesetz, Geschäftsordnung) orientiert (= dominierende Illokution).
b. Beziehung	asymmetrisch		
4. Beteiligte Institutionen/Instanzen	Schule, gesellschaftliche Gruppen/Parteien, Verbände/Kirche, Massenmedien, der Staat, Gremien von Bund und Ländern (Bildungsrat)	Makroverfahren: w.o.	(2) Broschüren, Programmhäfte, Seminarreihen von Bildungseinrichtungen/Stiftungen der parlamentarischen Parteien und politischen Akademien (z.B. Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP). Diese Texte wollen den Bürger nicht nur über politische Sachverhalte unterrichten, sondern ihn zum praktisch-politischen Handeln im Sinne der Grundwerte des Rechtsstaates befähigen (= beabsichtige Textwirkung).
		Mikroverfahren: w.o. und POLITISCH ERZIEHEN	(3) Schulpädagogische Texte zur polit. Erziehung und (Sprach)Aufklärung, Lehrbücher für Sozial-, Gemeinschafts-, Staatsbürgerkunde, Geschichte, Deutsch (z.B. Übungen zur polit. Rhetorik, Diskussionsübungen).
		Mikroverfahren: w.o. und UNTERHALTEN	(4) Populärwissenschaftliche Texte Sachbücher des polit. Bereichs, populärwiss. Journalismus (z.B. Seb. Haffner, Diwald); Memoiren, Biographien, Dossiers und zeitgesch. Essays in polit. Magazinen.

6. Ausblick: Textsorten und Lexemklassen

Ziel dieses Aufsatzes war es, für den Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation innerhalb der Trias 'Analyse des Handlungs- und Kommunikationsbereiches - Klassifikation von Textsorten - lexikologisch-lexikographische Analyse' durch die Beschreibung des ersten und grundlegenden Aspektes die Voraussetzung für die Behandlung der beiden anderen zu schaffen. Bei dieser Beschreibung des Handlungs- und Kommunikationsbereiches Öffentlich-politische Kommunikation als eines komplex organisierten Ausschnittes sozialer Realität werden zwei einander ergänzende Konzepte benötigt: Das 'Sprachspiel' liefert die konkrete Handlungskonstellation oder das gesellschaftliche Bedingungsfeld, innerhalb dessen 'kommunikative Verfahren' als sprachliche Mittel der Problemlösung und Handlungskordinierung situiert sind und als Verfahren in politischen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen spezifisch wirksam werden.

Auf der Basis dieser beiden Begriffe konnten Textsorten klassifiziert werden, und zwar als Produkte, in denen die einzelnen politischen Sprachspiele sich jeweils manifestieren. Der spezifische Einsatz bestimmter kommunikativer Verfahren erlaubt eine feinere Subklassifizierung der Textsorten, die für jeweils ein Sprachspiel konstitutiv sind. Durch diese Rückbindung der Textsortenklassifikation an die Begriffe Sprachspiel und kommunikatives Verfahren wurde der Schritt vom ersten Aspekt 'Analyse des Handlungs- und Kommunikationsbereichs' zum zweiten Aspekt 'Klassifikation von Textsorten' vollzogen. Der Zusammenhang zwischen den drei Größen Sprachspiel, kommunikatives Verfahren und Textsorte wird in den frame-Darstellungen dynamisch gesehen; diese Sehweise entspricht am ehesten den Interaktionsabläufen und -bezügen innerhalb des Handlungsbereichs. Systematisch und eher statisch wird dieser Zusammenhang in den Diagrammen gesehen, die bereits stärker auf die Textsorten hin konzentriert sind und den ausgewählten vier Sprachspielen ca. zwanzig Textsorten differenziert zuordnen.

Dieser Aufsatz soll daher auch dazu beitragen, Textsortenklassi-

fikationen auf eine gegenüber bisherigen Versuchen auf diesem Gebiet empirisch und theoretisch fundiertere und reflektiertere Basis zu stellen. Dies würde hier nur an einem Kommunikationsbereich aufgezeigt, ist jedoch im Ansatz auch auf andere Bereiche, vor allem der öffentlichen, aber auch der fachexternen Kommunikation, übertragbar. Die Überlegenheit dieses Ansatzes gründet m.E. darin, daß er sich explizit auf die konkrete Struktur und Organisation eines Ausschnittes der sozialen Realität einläßt und die Mühe auf sich nimmt, Parameter einer Textsortenklassifizierung aus der Analyse eben dieses Handlungs- und Kommunikationsbereiches selbst herzuleiten. Dies scheint bei anderen Versuchen zur Textklassifikation nicht der Fall zu sein. Zumindest ist in der Textsortenspezifik von z.B. Sandig (1972), Jacobson (1975), Werlich (1975) usw. eine solche Herleitung kaum erkennbar: Die Textsortenspezifik bedient sich textinterner (z.B. sprachliche Eigenschaften der Texte wie das Vorkommen bestimmter Textanfangs- bzw. Textschlußsignale, des Imperativs) und -externer Merkmalskombinationen (sprachliche Gegebenheiten der Kommunikation wie z.B. räumlicher oder nichträumlicher Kontakt der Kommunikationspartner, Monolog oder Dialog, geschriebene oder gesprochene Repräsentationsform des Textes), die von der sozialen Realität, in der die Texte fungieren, in hohem Maße abstrahieren oder von ihr abgewandt sind, und Handlungszusammenhänge oder kommunikative Verfahren allenfalls bruchstückhaft erkennen lassen. Der Hauptnachteil solcher Klassifikationen besteht eben darin, daß sie Parameter und Kriterien vereinzelt und versatzstückhaft heranziehen, ohne den erst sinnstiftenden Handlungszusammenhang explizit zu berücksichtigen. Als solche Versatzstücke dienen dann auch Handlungselemente wie etwa 'Textfunktion', 'Tätigkeitssphäre' oder 'Kommunikationssituation' und 'Textillokution'. In dem hier vorgelegten Ansatz hingegen werden solche Handlungselemente, z.B. kommunikative Makroverfahren und Handlungsziel (beide zusammen entsprechen in etwa der 'Textfunktion'), tatsächlich als Elemente und Teilstrukturen innerhalb einer übergreifenden Organisationsform sozialer Realität - dem Sprachspiel - begriffen und dargestellt.

Die Ergebnisse dieses Beitrags werden wieder aufgenommen im dritten Aufsatz, der den 'schweren Wörtern in der Politik' gewidmet ist. Dort wird die hier zu Ende des Beitrags bereits angelegte Textsortenklassifizierung des Bereichs Öffentlich-politische Kommunikation weiter entfaltet und zu einer textsortenspezifischen Klassifizierung des gesamten politischen Wortschatzes genutzt. Auf die Herstellung des Zusammenhanges zwischen politischer Textsorte und politischem Wortschatz wird deshalb großer Wert gelegt, weil der m.E. ausschlaggebende Gesichtspunkt der 'Schwere' (d.h. der Schwer- oder Unverständlichkeit) bestimmter Wortschatzbereiche und -elemente nicht unabhängig von den Texten, in denen sie charakteristischerweise und in spezifischer Weise in bestimmten sachlichen und begrifflichen Zusammenhängen verwendet werden, begriffen werden kann: Lexikalisch bedingte, d.h. durch schwere politische Wörter, bedingte Verstehensprobleme (innerhalb der öffentlich-politischen Kommunikation) entstehen jeweils in Abhängigkeit von bestimmten Textintentionen, -funktionen und Textrezeptionssituationen. Die in diesen Verstehensproblemen kommunikativ begründete semantische Schwere politischer Wörter oder Wortklassen ist jeweils eine auf bestimmte Texte und Textsorten bezogene Eigenschaft: Klassen schwerer politischer Lexeme müssen in Relation zu bestimmten Textsorten definiert werden. Der Grad der Schwere hängt ab von der Art und vom Ausmaß der professionellen Prägung der verschiedenen Textsorten und von ihrem Adressatenbezug, d.h. von ihrer Geltung im Kontinuum eines Zentralbereichs fachlicher Texte, die primär für die Expertenkommunikation in und mit den politischen (legislativen, judikativen) Institutionen bestimmt sind, und einer Peripherie von Texten, die primär an den Bürger - als Adressaten behördlichen Sprachhandelns oder als Wähler - gerichtet sind.

Der geeignete kontextuelle Rahmen für eine handlungsbezogene Klassifizierung des politischen Wortschatzes ist durch die grobe sachliche Binnengliederung und Organisation des gesamten politischen Handlungsraumes vorgegeben: Einerseits die politische Außenkommunikation mit dem Teilbereich der Öffentlich-politischen bzw. Öffentlich-institutionellen Kommunikation als dem Raum der

politischen Auseinandersetzung, Diskussion und Propaganda sowie dem Teilbereich der externen, auf die Öffentlichkeit bezogenen und administrativ geregelten Kommunikation zwischen Behörden und Bürger. Andererseits die politische Binnenkommunikation als Teilbereich der institutioneninternen Kommunikation und der zwischen den verschiedenen Institutionen. Bei der Bestimmung dieser Teilbereiche wird auf die hier erarbeiteten Instrumente Sprachspiel und kommunikative Verfahren wieder zurückgegriffen: Für jeden der Bereiche sind jeweils unterschiedliche Typen von Sprachspielen und Verfahren konstitutiv. Dies wiederum bedingt einen für jeden Bereich spezifischen Bedarf und Bestand an Textsorten und folglich für jede Textsorte bzw. Textsortenklasse, je nach ihrer Situierung und Funktion in dem für die politische Kommunikation charakteristischen Kontinuum von Ideologie-, Institutionssprache und den Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete, einen spezifischen Bedarf auch an Lexemen bzw. Lexemklassen. In bestimmten Textsorten werden bestimmte Lexemklassen in jeweils primärer, dominanter oder signifikanter Weise verwendet, denen im Dienste eines Sprachspiels und/oder einzelner kommunikativer Verfahren eine ausgezeichnete Funktion zukommt.

Politische Lexeme sind dann klassifizierbar und ihr Schweregrad ist begründbar in Relation jeweils zu ihrem textsortenspezifischen Verwendungshorizont und Rezipientenbezug sowie mit der Bindung an die Handlungs-, Sach- und Begriffszusammenhänge eines bestimmten Teil- oder Funktionsbereichs politischer Kommunikation.

7. Literatur:

- de Beaugrande/Dressler (1981) = A.A. de Beaugrande/W. Dressler: Introduction to Text Linguistics. London. New York 1981.
- Dieckmann (1981) = W. Dieckmann: Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge. Aufsätze. Entwürfe. Heidelberg 1981.
- Dieckmann (1983) = W. Dieckmann: Sprache und Kommunikation in politischen Institutionen. In: Linguistische Arbeiten und Berichte, hrsg. vom Fachbereich 16 der FU Berlin, 1-66.

- van Dijk (1972) = T.A. van Dijk: Some Aspects of Text Grammar. The Hague. Paris 1972.
- Dressler (1972) = W. Dressler: Einführung in die Textlinguistik. Tübingen 1972.
- Edelmann (1976) = M. Edelmann: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt/M. 1976.
- Frese (1972) = J. Frese: Politisches Sprechen. Thesen über einige Rahmenbedingungen. In: A. Rucktäschel (Hrsg.): Sprache und Gesellschaft. München 1972, 102-114.
- Grünert (1983) = H. Grünert: Politische Geschichte und Sprachgeschichte. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 52. 1983, 43-58.
- Habermas (1981) = J. Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M. 1981.
- Moskalskaja (1984) = O. Moskalskaja: Textgrammatik. Leipzig 1984.
- von Polenz (1985) = P. von Polenz: Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe der Kunst des Zwischen-den-Zeilen-Lesens. Trier 1985 [Typoskript].
- Sandig (1972) = B. Sandig: Zur Differenzierung gebrauchssprachlicher Textsorten im Deutschen. In: E. Gülich/W. Raible (Hrsg.): Textsorten. Differenzierungskriterien aus linguistischer Sicht. Frankfurt/M. 1972.
- Searle (1982) = J.R. Searle: Ausdruck und Bedeutung. Untersuchungen zur Sprechakththeorie. Frankfurt/M. 1982.
- Strauß/Zifonun (1985) = G. Strauß/G. Zifonun: Die Semantik schwerer Wörter im Deutschen. Tübingen 1985, 2 Bde.
- Werlich (1977) = E. Werlich: Typologie der Texte. Heidelberg 1975.
- Wiegand (1977) = H.E. Wiegand: Einige grundlegende semantisch-pragmatische Aspekte von Wörterbucheinträgen. Ein Beitrag zur praktischen Lexikologie. In: Kopenhagener Beiträge zur germanistischen Linguistik 12, 53-143.
- Wolff (1976) = G. Wolff: Sprache im Wahlkampf. In: Praxis Deutsch H. 18, 1976, 13-21.

Formen der Ideologiegebundenheit:

Versuch einer Typologie der gesellschaftspolitischen Lexik

Inhalt

1. Vorbemerkung: Klärung der Begrifflichkeit
2. Kritik vorliegender Typologisierungsversuche
 - 2.1. Kritik der Typologisierung bei Schmidt (1972)
 - 2.2. Kritik an den Typologien von Hellmann (1980) und Dieckmann (1981)
 - 2.3. Kritik an der Typologisierung des Handwörterbuchs der deutschen Gegenwartssprache (1977)
 - 2.4. Zusammenfassung der Kritik an bisher vorliegenden Typologien
3. Typologie von Formen der Ideologiegebundenheit
 - 3.1. Semantische (deskriptive/evaluative) Varianten
 - 3.2. Lexikalisch-semantische Variantenpaare
4. Konstellationen der Funktionen von Varianten und Variantenpaaren
5. Übersicht über die Typologie von Formen der Ideologiegebundenheit
 - 5.1. Semantische Varianten
 - 5.2. Lexikalisch-semantische Variantenpaare
6. Literatur

1. Vorbemerkung: Klärung der Begrifflichkeit

Die im folgenden vorgeschlagene Typologie von Formen der Ideologiegebundenheit politischer Lexik unterscheidet sich von den bisher vorgelegten Typologisierungsversuchen u.a. dadurch, daß mit differenzierteren und gebrauchstheoretisch begründeten semantischen Beschreibungskategorien gearbeitet wird. Wir glauben, daß mit diesem Instrumentarium die verschiedenen Formen des ideologischen Wortgebrauchs angemessener systematisiert werden können und so auch für eine lexikographische Aufbereitung dieses Wortschatzbereichs eine unabdingbare Vorarbeit geleistet wird. Das hierzu notwendige Beschreibungsinstrumentarium wird in Strauß/Zifonun 1985 in einem größeren Zusammenhang eingeführt und begründet. An dieser Stelle reicht es aus, wenn wir die wichtigsten Begriffe dieses Instrumentariums – nämlich die Begriffe 'Varianz', insbesondere 'deskriptive' und 'evaluative Varianz', 'Intension' und 'Extension' und schließlich den Begriff der 'Ideologiegebundenheit' als Erscheinungsform der Varianz im öffentlich-politischen Sprachgebrauch – kurz erläuternd einführen. Als generelle Einschränkung gilt: Ideologiegebundenheit wird hier nur einzelsprachlich, d.h. bezogen auf den Sprachgebrauch einerseits zwischen den beiden Kommunikationsgemeinschaften von BRD und DDR, andererseits innerhalb der BRD selbst untersucht. Der Aspekt der Übereinzelsprachlichkeit ideologiegebundenen Sprachgebrauchs wird daher vernachlässigt.

Unter 'Varianz' bzw. unter 'varianten' Gebräuchen eines Wortes verstehen wir m e i n u n g s g r u p p e n b e d i n g t e Gebrauchsdifferenzen eines Wortes, und zwar jeweils bezogen auf

e i n e 'semantische Dimension'. Dabei ist eine semantische Dimension die Menge aller Gebräuche des betreffenden Wortes, die in e i n e r e i n z i g e n Kontextklasse möglich sind und die - bei Appellativsubstantiven, die wir semantisch als 'nominale Prädikatoren' fassen - in der Regel über einen gemeinsamen Oberbegriff identifiziert werden können (zum Begriff der semantischen Dimension vgl. auch Wiegand 1977, 120f.).

So können bei einem Wort wie *Sozialismus* mindestens drei semantische Dimensionen unterschieden werden: *Sozialismus* wird 1. im Sinne von '(gesellschaftspolitische) Lehre' relativ zu einer bestimmten Kontextklasse gebraucht, 2. im Sinne von 'sozialistisches System, sozialistischer Staat' relativ zu einer anderen und 3. im Sinne von '(gesellschaftliche) Bewegung, Strömung, Richtung' relativ zu einer dritten. Gebräuche relativ zu v e r - s c h i e d e n e n semantischen Dimensionen (oder Kontextklassen) nennen wir untereinander polyseme Gebräuche.

Relativ zu e i n e r semantischen Dimension werden viele Wörter, zumal der politischen Lexik, variant gebraucht, d.h. in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Überzeugung, der Zugehörigkeit zu ideologischen Lagern oder Meinungsgruppen wird ein Wort innerhalb ein und derselben semantischen Dimension von verschiedenen Sprechergruppen jeweils unterschiedlich verwendet, ist semantisch instabil und gibt damit Anlaß zu Mißverständnissen, semantischen Streitigkeiten oder auch zu manipulativem Sprachgebrauch usw. Auf der Ebene der semantischen Rekonstruktion können variante Gebräuche häufig über die Kohyponymiebeziehung zu einem gemeinsamen Oberbegriff identifiziert werden: Sie weisen dann einen gemeinsamen (intensionalen) Kern ihrer Gebrauchsregeln auf, der ihre Zuordnung zu einer semantischen Dimension und zu einem gemeinsamen Oberbegriff ermöglicht und unterscheiden sich in einer Reihe von jeweils zusätzlichen gruppenspezifischen Gebrauchsregeln.

Der so bestimmte Begriff der semantischen Varianz ist besser als der Begriff 'ideologische Polysemie' (Dieckmann 1969, z.B. 72)

dazu geeignet, um meinungs- und ideologiebezogenen Wortgebrauch zu erfassen, da in seine Bestimmung bereits - anders als bei 'Polysemie' - die für dieses Phänomen konstitutiven Bestimmungsgrößen 'Gruppenbezug' (Sprecher, Situation), 'Bezug auf eine semantische Dimension' und - was wir hier nicht weiter berücksichtigen wollen - 'Bezug auf eine gemeinsame Subsprache bzw. einen gemeinsamen Kommunikationsbereich' eingehen. Beispiele für die Rekonstruktion varianter Gebräuche finden sich in Kapitel 3.

Bezüglich der Bedeutung eines Wortes ist gerade im Bereich politischer und gesellschaftsbezogener Lexik eine weitere Unterscheidung zu berücksichtigen, und zwar die zwischen der 'deskriptiven' und der 'evaluativen' Bedeutung(skomponente) eines Wortes. Wir greifen damit auf traditionelle Unterscheidungen wie die zwischen 'begrifflicher' und 'emotiver' Bedeutung oder zwischen 'Denotation' und 'Konnotation' zurück, versuchen jedoch beide Begriffe handlungstheoretisch als unterschiedliche Typen von Gebrauchsregeln, die mit (nominalen) Prädikatoren verbunden sind, zu begründen. Deskriptive Information allgemein ist durch ihren Wahrheits- oder Falschheitsbezug auf die Welt gekennzeichnet, sie ist also propositionaler Natur. Aus der deskriptiven Funktion von Sätzen, ihrem Potential, propositionale Akte zu vollziehen, kann - sozusagen als Teilakt - die deskriptive Funktion von Prädikatoren abgeleitet werden: Die deskriptive Bedeutung eines Prädikators ist sein Prädikations- oder Klassifikationspotential; sie erlaubt es, individuelle Gegenstände als Gegenstände bestimmter Art zu klassifizieren oder zu charakterisieren. Nun ist dieses Klassifikationspotential aber bei vielen Prädikatoren nicht das einzige Handlungspotential, das mit ihnen überindividuell und systembezogen verbunden ist: Mit vielen Prädikatoren sind regelhaft auch Handlungspotentiale oder -muster verknüpft, die vom Klassifizieren verschieden sind, z.B. solche von Prädikatoren eröffneten Handlungspotentiale wie 'positiv/negativ gemäß einer Skala, einem Standard von Werten bewerten' oder 'gefühlsmäßig als gut, angenehm, wünschenswert, unangenehm usw. einschätzen'. Bei bestimmten Prädikatoren kommt also zur deskriptiven Bedeutung, ebenfalls mit (groß)gruppenbezogener Gültigkeit, noch

eine Bewertungsfunktion, eine evaluative Bedeutung hinzu, mit der eben die durch die deskriptive Bedeutung klassifizierten Gegenstände bewertet werden.

Wir können also sagen, indem wir Habermas' Unterscheidung zwischen objektiver, sozialer (und subjektiver) Welt mitberücksichtigen (zur genauen Herleitung dieser Weltkonzepte vgl. Strauß/Zifonun 1985, Kap. 6), daß Prädikatoren in sprachlichen Handlungen benutzt werden

1. um Gegenstände der objektiven, sozialen oder subjektiven Welt zu klassifizieren (deskriptive Bedeutung)
2. um Gegenstände der sozialen Welt (und der soziokulturellen Welt) gemäß sozialen Normen oder soziokulturellen Wertstandards zu bewerten (evaluative Bedeutung).

Semantische Varianz im Gebrauch eines Wortes zwischen verschiedenen Sprechergruppen kann sich nun auf die deskriptive und/oder die evaluative Bedeutung des betreffenden Wortes beziehen. Wir sprechen dann von deskriptiver und/oder evaluativer Varianz bzw. Konstanz der Gebrauchsregeln: So besteht z.B. zwischen den beiden Großgruppen von BRD und DDR (und übrigens auch innerhalb der Großgruppe der BRD selbst zwischen den großen Parteien) bei dem Wort *Sozialismus* relativ zu einer seiner semantischen Dimensionen (z.B. 'gesellschaftliche Lehre') nicht nur deskriptive, sondern auch weitgehend evaluative Varianz, während bei einem Wort wie *Demokratie* mit evaluativer Konstanz zu rechnen ist (vgl. Kap. 3).

Die Gesamtheit der deskriptiven und evaluativen Gebrauchsregeln bezeichnen wir als 'Intension' eines Wortes; damit wird dem möglichen Einwand begegnet, die Auffassung der deskriptiven und evaluativen Gebrauchsregeln als konstitutiven Einheiten der Bedeutung sprachlicher Ausdrücke führe zu einer "dichotomen Teilung" der Bedeutung von Wörtern (Freitag 1977, 111); vielmehr nehmen wir an, daß die deskriptive und evaluative Bedeutungskomponente **g e m e i n s a m** die Intension von Wörtern ausmachen; deshalb werden beide Komponenten in unserem semantischen Rekonstruktions-

schema (vgl. Kapitel 3) stets als einander bedingende und beeinflussende Faktoren mitgeführt. Die Menge der Gegenstände oder Sachverhalte, auf die die evaluative und deskriptive Bedeutung des Wortes zutrifft, d.h. die der Intension des Wortes in der realen Welt zugeordnet sind, bezeichnen wir als 'Extension' des Wortes. Unter 'Extensionalisierung' verstehen wir demzufolge das Handlungsmuster von Sprechergruppen/Sprechern, nach dem sie jeweils für die Sprechergruppe charakteristische Realitätsausschnitte mit einem Wort interpretieren, d.h. klassifizieren und bewerten. Charakteristisch im Zusammenspiel von deskriptiver und vor allem auch evaluativer Bedeutung und Sprechergruppe ist z.B. der Akt der 'Fremdextensionalisierung' bzw. der 'Eigenextensionalisierung' eines Wortes, d.h. die Anwendung des Wortes jeweils auf Gegenstände/Sachverhalte eines fremden und (ideologisch usw.) nicht akzeptierten gesellschaftlichen Lagers, einer fremden Ideologie oder eines fremden, nicht akzeptierten gesellschaftlichen Normensystems bzw. die Anwendung auf Erscheinungen des eigenen und akzeptierten Lagers, der eigenen Ideologie und des eigenen Normensystems.

Den Begriff der 'Ideologiegebundenheit', die diese (groß)gruppenspezifischen Varianzerscheinungen determiniert, wollen wir - W. Schmidts (1969, 255ff.) Definition modifizierend - wie folgt verwenden: 'Ideologiegebundenheit' soll die semantische (deskriptive und/oder evaluative) Determination eines Wortes heißen, die allgemein durch seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ideologie und der sie tragenden relevanten (Meinungs)Gruppe(n) gegeben ist und die (möglicherweise) speziell durch seine Zugehörigkeit zu und durch seinen Stellenwert im terminologischen Begriffssystem einer bestimmten Ideologie bzw. einer bestimmten ideologischen Variante gegeben sein kann.

Unsere Modifizierung der eher an naturwissenschaftlichen Terminologiesystemen orientierten Definition Schmidts ist damit begründet, daß bei vielen politischen Wörtern bzw. Wortverwendungen (z.B. den sog. Schlagwörtern) nur sehr schwer eine klare Trennung zwischen ideologisch-terminologischem und ideologisch-nichtter-

minologischem bzw. propagandistischem Gebrauch zu ziehen ist und mithin nicht nur Wörter, die Glieder terminologischer Systeme sind, ideologisch bestimmt sein können, sondern auch Wörter der Alltagssprache bestimmten ideologischen Positionen oder Wertsystemen verpflichtet sein können. Zahlreiche politische Wörter sind überhaupt nicht durch entsprechende politische Termini motiviert so wie umgekehrt viele Termini keine gemeinsprachlichen Äquivalente haben können. Grundsätzlich sind alle Wörter der politischen Lexik im weiteren Sinne, besonders die nominalen Prädikatoren, aufgrund der unterschiedlichen kommunikativen Funktionen, die sie in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen übernehmen können, sowohl als Termini als auch als propagandistische Schlagwörter verwendbar, denn gerade im Bereich der gesellschaftspolitischen und der sozialwissenschaftlichen Lexik ist mit einem weitgehend unmarkierten Transfer von Wörtern innerhalb eines Kontinuums von fach- und nichtfachsprachlichen Subsystemen und Kommunikationsbereichen zu rechnen.

Diese Vorbemerkungen zu unserer Terminologie abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß wir dem in den bisher vorliegenden Versuchen zur Systematisierung der ideologiegebundenen Lexik verwendeten Begriff 'Schlagwort' die differenzierteren Begriffe 'Fahnenwort' und 'Stigmawort' (vgl. Hermanns 1982) als kommunikationsorientierte Bezeichnung für die konträren Funktionsklassen des politisch-ideologischen Abgrenzungsvokabulars vorziehen: Bei Fahnenwörtern einer Gruppe/Partei besteht deskriptive und evaluative Varianz zwischen den Gruppen/Parteien bei besonders positiver Evaluation seitens *e i n e r* Gruppe/Partei; bei Stigmawörtern besteht evaluative und deskriptive Varianz (möglicherweise auch deskriptive Konstanz) zwischen den Gruppen/Parteien bei besonders negativer Evaluation seitens *e i n e r* Gruppe/Partei; gruppen-/parteiübergreifend verwendete Wörter mit Konstanz der positiven Evaluation und deskriptiver Varianz wollen wir als 'Leitwörter' bezeichnen; je nach ideologischer Bezüglichkeit können die beiden Funktionsklassen Fahnenwort und Stigmawort ihren Stellenwert in den jeweils antagonistisch aufeinander bezogenen Gesellschaftssystemen oder Gruppen und Parteien verändern und

mit entsprechenden deskriptiven und/oder evaluativen Umdefinitionen/Abweichungen aus dem Sprachgebrauch einer Gruppe/Partei in den Sprachgebrauch einer anderen Gruppe/Partei übergehen.

2. Kritik vorliegender Typologisierungsversuche

Bei der kritischen Übersicht über einige Typologisierungsversuche ideologiegebundener Lexik setzen wir die dort jeweils verwendete Begrifflichkeit zu der soeben (in Kapitel 1) eingeführten in Beziehung. Dadurch soll neben einer immanenten Kritik der Ansätze gleichzeitig schon eine Erprobung der von uns vorgeschlagenen Differenzierungen ermöglicht werden.

Da es uns in unserer Typologie über Formen der Ideologiegebundenheit um die ideologisch bedingten und semantisch relevanten Wortgebrauchsdifferenzierungen auch zwischen BRD und DDR, also um das politisch-ideologische Abgrenzungsvokabular der semantischen Varianten(paare), geht, klammern wir die zwischen beiden Gesellschaftssystemen aufgrund ihrer unterschiedlichen staatlich-politischen Organisation in allen Lebens- und Sachgebieten bestehenden spezifischen Wortschatzdifferenzen, die wir jeweils als ideologisch neutrale, sachspezifische semantische Konstanten fassen, aus. Es handelt sich dabei um Lexemspezifika (Abkürzungen, Wörter, Wortgruppen), die im Unterschied zu den sog. Bezeichnungsspezifika oder -varianten nicht in ideologischen Paradigmen stehen und zwischen den beiden Kommunikationsgemeinschaften semantisch nicht umstritten und daher auch nicht variant sind; natürlich sind wir uns dabei der Tatsache bewußt, daß sich ideologische Gehalte im weiteren Sinn nicht nur in der Sprache der politischen Ideologie, sondern im gesamten Wertsystem von Gruppen, Gesellschaften etc. niederschlagen. Folglich gehen wir auf die Behandlung der Lexemspezifika in den vorliegenden Typologien nicht ein, d.h. wir behandeln folgende Wortgruppen nicht: bei Schmidt Typ (4), bei Hellmann Typ 1 (a) und (b), bei Dieckmann (a) und in den Grundsätzen zum "Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache" die (Sub)Typen 1.1., 1.2., 2. und 3.2. Ausge-

klammert werden auch Ausdrücke der Institutionssprache, die Terminologie der Diplomatie etc.

Wie die mehrfach varianten Gebräuche von Ausdrücken wie *Demokratie, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität, friedliche Koexistenz* und besonders *Sozialismus, Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus* oder *Klasse, Klassenkampf, Profit, Ausbeutung, Proletariat, Bourgeoisie* oder *Agression, Imperialismus, Entfremdung, Fortschritt, Völkerfreundschaft, Brüderlichkeit, Revolution*, aber auch *Markt, Planwirtschaft, soziale Marktwirtschaft, Volk* entweder in der BRD selbst und/oder zwischen den beiden Kommunikationsgemeinschaften von BRD und DDR zeigen, sind bei einer Klassifizierung von Formen der Ideologiegebundenheit gesellschaftspolitischer Lexik jeweils in unterschiedlicher Weise graduelle Abstufungen bzw. Übergänge zwischen den einzelnen ideologisch gebundenen Formen zu berücksichtigen, die der deskriptiven und/oder evaluativen Varianzbreite dieser Ausdrücke bzw. ihrer einseitigen oder doppelseitigen Extensionalisierbarkeit im Spektrum des Sprachgebrauchs von BRD und DDR Rechnung tragen und eine differenzierte Einordnung in eine Typologie politischer Begriffe ermöglichen. Daher ist das Bedingungsverhältnis von *I n t e n s i o n*, *E x - t e n s i o n* und *E v a l u a t i o n* als das jede Varianzform fundierende Verhältnis bei der Gliederung des ideologischen Wortschatzes vorrangig zu analysieren. Diese semantischen Beziehungen sind in den bisherigen Typologien weitgehend vernachlässigt worden.

Das läßt sich zeigen an der Typologie von W. Schmidt (1972), die in einigen unwesentlichen Aspekten von seiner früheren (1969) abweicht und in den Hauptpunkten mit der Dieckmanns (1981), Hellmanns (1980), Fleischers, Freitags und der des Handwörterbuchs der deutschen Gegenwartssprache (1977) übereinstimmt.

2.1. Kritik der Typologisierung bei Schmidt (1972)

Schmidt differenziert zwischen vier Formen von lexikalischer Ideologiegebundenheit (Die Numerierung durch (1) bis (4) haben G.S./G.Z. eingefügt.):

- (1) Die Ideologiegebundenheit kann in unterschiedlichen Formen auftreten. Sehr häufig ist der Fall, daß unterschiedliche Denotate (Erscheinungen und Sachverhalte der objektiven Realität) durch den gleichen Lautkomplex gefaßt werden, vgl. den Ausdruck *Demokratie* als Element des marxistisch-leninistischen und des bürgerlichen ideologischen Wortschatzes. Hier entspricht dem unterschiedlichen Denotat auch jeweils ein unterschiedlicher begrifflicher Bedeutungsgehalt. Die mit dem Begriffskern verbundene Wertungskomponente ist jedoch in beiden Homonymen für die Anhänger der betreffenden Ideologie jeweils positiv.
- (2) Eine andere Form der Ideologiegebundenheit liegt vor, wenn ein bestimmtes Denotat in der marxistisch-leninistischen und in der bürgerlichen Ideologie durch ein und denselben Lautkomplex bezeichnet wird, wobei sich aber die beiden Designate (die Bedeutungen) hinsichtlich ihrer begrifflichen und ihrer Wertungskomponente voneinander unterscheiden, z.B. *Klassenkampf*.
- (3) Eine weitere Form von Ideologiegebundenheit haben wir vor uns, wenn für einen bestimmten Gegenstand bzw. Sachverhalt unterschiedliche Bezeichnungen gebraucht werden, die sich nicht nur lautlich, sondern auch begrifflich und nach ihrer Wertung voneinander unterscheiden, vgl. die in der BRD lange Zeit ausschließlich gebrauchten Bezeichnungen *Zone*, *Russenzone*, *Sowjetzone* oder *Mitteldeutschland* für den sozialistischen deutschen Staat, dessen offizieller Name *Deutsche Demokratische Republik* prinzipiell vermieden wurde.
- (4) Ideologiegebunden sind ferner alle Bezeichnungen, die mit den beiden entgegengesetzten politischen Strukturen der sozialistischen und der bürgerlichen Gesellschaft wesentlich verbunden und jeweils von deren Position aus benannt sind, vgl. *Volkspolizei*, *Neuerer*, *sozialistische Demokratie* in der DDR und *Bundeswehr*, *freie Marktwirtschaft*, *formierte Gesellschaft* in der BRD.
(Schmidt 1972, 22)

Charakteristisch für Schmidt - und das wirkt sich traditionsbildend für die DDR-Forschung aus (vgl. Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache) - ist die Wahl des *Denotats* als Ausgangspunkt der Typologisierung. Dieser Ausgangspunkt liefert das binäre Unterscheidungsmerkmal 'Gleichheit des Denotats' versus 'Ungleichheit/Verschiedenheit des Denotats'. Dieses Merkmalspaar wiederum wird kombiniert mit dem Merkmalspaar 'Gleichheit der Bezeichnung' versus 'Ungleichheit/Verschiedenheit der Bezeichnung'. Die Schmidtschen Typen (1) bis (3) entsprechen folgenden Merkmalskonstellationen:

- (1) Verschiedenheit des Denotats - Gleichheit der Bezeichnung
- (2) Gleichheit des Denotats - Gleichheit der Bezeichnung

(3) Gleichheit des Denotats - Verschiedenheit der Bezeichnung

Als jeweils nur sekundäre und begleitende Erscheinung der Denotatsgleichheit bzw. -ungleichheit wird die Bedeutungsverschiedenheit auf begrifflicher Ebene (und Wertungsebene) mitgeführt.

Typ (4) - der Typ der Lexemspezifika, die wir vernachlässigen wollen - fällt bei Schmidt aus der durch die angegebenen Merkmalsoppositionen konstituierten Typologie heraus insofern, als hier mit der nebulösen Umschreibung "mit den beiden entgegengesetzten Strukturen der sozialistischen und der bürgerlichen Gesellschaft wesentlich verbunden" auf ein ganz anderes Merkmal, den ganzen Extensionalisierungsbereich, d.h. also die unterschiedliche gesellschaftliche Wirklichkeit, abgehoben wird.

Die systematische Hinzunahme des Extensionalisierungsbereichs als klassifikatorisches Merkmal führt dann zu der im Handbuch realisierten Erweiterung des Schmidtschen Ansatzes (vgl. dazu unten, die Bemerkungen zum Schmidtschen Typ (3)). Die Kritik, die wir an den Typen (1) bis (3) anzumelden haben, setzt primär am denotatsbezogenen Ausgangspunkt an:

1. Die Wahl des außersprachlichen Gesichtspunktes "Einordnung des Denotats" (Schmidt 17) als Ausgangspunkt einer Wortschatzklassifizierung erscheint generell fragwürdig insofern, als die jeweilige Identifizierung der möglichen einzelnen Elemente der Extension eines Ausdrucks bzw. zweier (ausdrucksseitig gleicher) Ausdrücke in vielen Fällen als problematisch einzuschätzen ist, insbesondere dann, wenn es sich bei den gemeinten Denotaten um eher abstrakte Sachverhalte gesellschaftlicher Realität handelt: Ihre Abgrenzung und Identifizierung ist jeweils nur sprachlich möglich. Es erscheint daher (linguistisch) angemessener, nicht von abgelösten Denotaten (wenn dieser Ausdruck in seiner Bestimmung als die der Intension eines Wortes, also eines sprachlichen Zeichens, entsprechende Extension, hier noch haltbar ist und nicht besser von 'Pro-

blemverhalten' gesprochen werden sollte) auszugehen, sondern von sprachlichen Ausdrücken und nach deren Bedeutung zu fragen, d.h. auch nach der Art, wie man sie gebrauchen kann, um Wirklichkeit zu konstituieren und zu strukturieren.

2. Nicht einleuchtend an den beiden Formen (1) und (2) ist weiterhin, daß der g l e i c h e "Lautkomplex" im einen Fall (1) zu " u n t e r s c h i e d l i c h e n Denotaten" und im anderen Fall (2) zu e i n e m "bestimmten Denotat" in Beziehung gesetzt wird und die beiden Fälle gerade dadurch unterschiedliche Formen der Ideologiegebundenheit konstituieren. Hier müßte zweifelsfrei geklärt werden, ob bei Übereinstimmung der Ausdrucksseite - wie im Fall (1) - die Annahme u n t e r s c h i e d l i c h e r Denotate/Extensionen zu unterschiedlichen begrifflichen Bedeutungen, d.h. zu d e s k r i p t i v e r Varianz eines Wortes im definierten Sinne, bzw. zu Homonymen und ob - wie im Fall (2) - die Annahme e i n e s b e s t i m m t e n Denotats zu d e s k r i p t i v e r und e v a l u a t i v e r Varianz eines Wortes im Gebrauch zwischen BRD und DDR mit Notwendigkeit führen m u ß , d.h. ob eine außersprachliche Entscheidung, wie die über die Identität von Sachverhalten/Erscheinungen der objektiven Realität, als Ausgangspunkt sprachlich-semantischer Entscheidungen dienen kann.
3. Problematisch erscheint zudem, daß Schmidt bei Vorliegen von deskriptiver Varianz eines Wortes (z.B. *Demokratie*) sich für Homonyme (nämlich *Demokratie*¹ in der DDR und *Demokratie*² in der BRD) entscheidet, wobei *Demokratie*¹ als sozialistische Demokratie zu verstehen ist und *Demokratie*² als bürgerliche Demokratie (vgl. zum Homonymenverständnis Schmidt 1972, 14f.).

Übernimmt man probeweise trotz dieser generellen Kritikpunkte den denotatsbezogenen Ansatz, so müssen zumindest die Kriterien offengelegt werden, nach denen Denotatsgleichheit bzw. -verschiedenheit postuliert wird. Hier helfen bei Schmidt nur die implizit bei den Wortbeispielen gegebenen Angaben weiter, (Die Markierung durch (1)', (2)' o.ä. ordnet die Beispiele den Schmidtschen Typen (1) und (2) zu.).

(1)' Im Falle von *Demokratie* ist die Redeweise von "unterschiedlichen Denotaten" insofern berechtigt, als beide Gesellschaftssysteme den Ausdruck *Demokratie* jeweils zur Selbstbezeichnung (als politisches Leitwort) verwenden und damit beanspruchen, unter die Extension des Begriffs zu fallen. Hier ist also folgendes Bedingungsverhältnis ausschlaggebend, wobei wir in den denotatsbezogenen Ansatz bereits die von uns eingeführten neuen Unterscheidungen einbringen:

unterschiedliche Denotate - unterschiedliche (variante)
deskriptive Bedeutung - identische (positive) Evaluation -
zwei (verschiedene) Wörter mit gleicher Ausdrucksseite,

(2)' Im Falle von *Klassenkampf* wird die Redeweise von "ein(em) bestimmten Denotat" verständlich, wenn man bedenkt, daß beide Kommunikationsgemeinschaften den gleichen Ausdruck für ein und denselben Sachverhalt verwenden und zwar zum einen als positiv wertendes Fahnenwort (DDR) und zum anderen als negativ wertendes Stigmawort (BRD). Problematisch erscheint hier allerdings die Extensionalisierbarkeit des Ausdrucks *Klassenkampf*: Der aus der marxistischen Ideologie entlehnte und im sozialistischen Sprachgebrauch positiv bewertete Begriff ist auf die Verhältnisse in der DDR heute *n i c h t* mehr anwendbar, denn dort ist der Klassenkampf und jeder Klassenantagonismus mit dem Sieg der Arbeiterklasse beseitigt. Extensionalisierbar ist der positiv bewertete Ausdruck hingegen auf Verhältnisse oder Tendenzen innerhalb der Arbeiterschaft der BRD. Die positive DDR-Variante ist also nur auf gesellschaftliche Erscheinungen *a u ß e r h a l b* des Bereichs der DDR extensionalisierbar, während aus BRD-Sicht der negativ bewertete Ausdruck auf BRD-Verhältnisse *n i c h t* zu beziehen ist. Der Ausdruck *Klassenkampf* ist also aus DDR-Sicht *n i c h t* mehr und aus BRD-Sicht *n i c h t* auf die jeweils eigene Seite beziehbar.

Hier ist folgendes Bedingungsverhältnis wirksam:

ein Denotat - unterschiedliche (variante) deskriptive
Bedeutung - unterschiedliche evaluative Bedeutung - ein
(semantisch variantes) Wort.

Den beiden Formen von Ideologiegebundenheit (Fall (1) und (2)), die - wie angedeutet - vor allem bezüglich des Verhältnisses von Intension, Extension und Evaluation der Ausdrücke präzisiert werden müßten, können bestimmte Klassen politischer Ausdrücke bzw. bestimmte Bereiche der politisch-ideologischen Lexik zugeordnet werden (Wir fügen diesen kurzen Überblick über Wortschatzbereiche der politisch-ideologischen Lexik ein; er dient als Basis auch für die folgenden Abschnitte):

(1)" Für alle politischen Ausdrücke, die die Bedingungen 'identischer Zeichenausdruck', 'unterschiedliche Denotate/Extension', 'deskriptive Varianz' und 'evaluative Konstanz' erfüllen, trifft (1) als Form der Ideologiegebundenheit zu mit der Einschränkung, daß nicht bei allen zu dieser Klasse gehorigen Ausdrücken auch tatsächlich von jeweils unterschiedlichen Denotaten gesprochen werden kann: außer *Demokratie* gehören zur Klasse der ideologietranszendenten Ausdrücke für gesellschaftspolitische Grundwerte nämlich die Ausdrücke *Freiheit, Souveränität, Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität, Recht, gerecht, fortschrittlich* usw. Kann man z.B. bezüglich des Ausdrucks *Freiheit* - bei im Sprachgebrauch zwischen DDR und BRD varianter begrifflicher Bestimmung - tatsächlich von zwei verschiedenen Denotaten sprechen? Ist die Klasse der zu Fall (1) gehörigen Wörter nicht eher inhomogen in dem Sinne, daß den Ausdrücken in bestimmten Fällen zwei verschiedene Denotate und in bestimmten anderen Fällen ein bestimmtes Denotat zugeordnet werden müssen bzw. daß in bestimmten (den meisten) Fällen eine Entscheidung über die eindeutige Extensionalisierbarkeit der Ausdrücke nicht getroffen werden kann?

Bei den zu Fall (1) zählenden Wörtern handelt es sich um ein begrenztes Reservoir (und nicht um einen "sehr häufigen Fall", wie Schmidt behauptet) ideologiesystemübergreifender Begriffe, die in beiden Kommunikationsgemeinschaften in selbstidentifikatorischer (symptomfunktionaler) und propagandistischer (appellfunktionaler) Absicht jeweils als Leitwörter verwendet und bezüglich denen beide Kommunikationsgemeinschaften miteinander konkurrieren in dem Versuch, den betreffenden Begriff für die jeweils eigene

Seite zu reservieren. Begriffsreservierung oder -usurpation erfolgt häufig durch (kontextuelle) Präzisierung des betreffenden Begriffs, z.B. im Falle von *Demokratie* durch die Attribute *sozialistisch* bzw. *parlamentarisch*.

(2)" Für alle politischen Ausdrücke, die die Bedingungen 'identischer Zeichenausdruck', 'identisches Denotat/Extension', 'deskriptive Varianz' und 'evaluative Varianz' erfüllen, trifft (2) als Form der Ideologiegebundenheit zu mit der Einschränkung, daß die Extensionalisierbarkeit der zu dieser Klasse gehörigen Ausdrücke nicht (immer) eindeutig ist.

Bei den zu Fall (2) zählenden Wörtern handelt es sich um ein relativ großes Reservoir kommunikationsgemeinschaftsübergreifender, aber ideologiesystemspezifisch verwendeter Begriffe, die jeweils entweder nur in einer der beiden Kommunikationsgemeinschaften in selbstidentifikatorischer und propagandistischer Absicht als Fahnenwörter und/oder in einer der beiden Kommunikationsgemeinschaften in feindidentifikatorischer Absicht als Stigmawörter verwendet werden.

Dabei können Fahnenwörter der einen Gruppe von der anderen Gruppe als Stigmawörter in ideologischer Umdeutung und Umwertung gegen die betreffende Gruppe als Stigmatisierungsmittel eingesetzt werden (vgl. unseren Typ 2 in Kapitel 3).

Wörter, die kommunikationsgemeinschaftsübergreifend evaluativ variant verwendet werden, haben in der Regel nur jeweils ein Denotat (im Unterschied zu Wörtern von Fall (1)).

Repräsentative Beispiele für zu Fall (2) gehörige Wörter stellen die aus der Gesellschaftstheorie des Marxismus-Leninismus übernommenen Begriffe dar, und zwar solche, die im Sprachgebrauch der DDR positiv auf das sozialistische System bezogen werden: *Mehrwert, Materialismus, Klasse, Proletariat, Revolution, Reproduktion, Parteilichkeit, Überbau, Sozialismus, Kommunismus* etc., und solche, die im Sprachgebrauch der DDR negativ auf das bürgerlich-kapitalistische

System bezogen werden: *Ausbeutung, Entfremdung, Bourgeoisie, Kapital, Kapitalismus, Imperialismus*. Zu Fall (2) gehören ferner alle Begriffe, die Weltanschauungen oder Ideologien bezeichnen und denen zugleich politische Gruppenbildungen oder Strömungen entsprechen, also alle Grund- oder Kernbegriffe der Ideologien selbst, allen voran die Ismen.

Die dritte bei Schmidt aufgeführte, wiederum denotatsbezogene, aber zu ideologischen Bezeichnungsvarianten führende Form der Ideologiegebundenheit (= Form (3)) bedurfte wie die Formen (1) und (2) der Präzisierung hinsichtlich der semantischen Faktoren Extension, Intension und Evaluation der entsprechenden Ausdrücke. Hier, bei den lexikalischen Varianten(paaren), scheint der Ausgangspunkt 'Denotat(e)' kaum zu umgehen zu sein, da die lautliche Identität nicht gegeben ist. Zum Versuch einer Korrelation von ausdrucks- und denotatsbezogenem Ausgangspunkt vgl. jedoch unten S. 53ff.

Bei der Zuordnung eines Denotats/von Denotaten zu (mindestens zwei) unterschiedlichen sprachlichen Ausdrücken als (teilsynonyme) Bezeichnungsvarianten mit gleichzeitig deskriptiver und evaluativer Varianz ist wieder wie in den Fällen (1) und (2) eine Differenzierung bezüglich der Extensionalisierung der Ausdrücke erforderlich, je nachdem, ob ein Denotat bzw. ähnliche Denotate, für das/die zwei unterschiedliche Bezeichnungen vorliegen, beiden Gesellschaftssystemen bzw. Kommunikationsgemeinschaften oder nur einer der beiden Kommunikationsgemeinschaften zuzuordnen ist/sind. Wir führen hier die Möglichkeiten einer Klassifizierung nach den Merkmalen 'Bereich(e), in dem/denen das Denotat/die Denotate existiert/existieren' und 'Vorliegen unterschiedlicher Bezeichnung bei beiden Kommunikationsgemeinschaften für das Denotat/die Denotate' u.a. deswegen auf, weil wir bei der Kritik der Gruppierung des "ideologierelevanten Wortschatzes" im Handwörterbuch auf sie Bezug nehmen, diesem Ansatz jedoch nicht weiter folgen werden. Diese Klassifizierung stellt eine Modifikation des Schmidtschen Ansatzes dar insofern, als die binäre Merkmalopposition 'Gleichheit - Ungleichheit' des Denotats er-

setzt ist durch die ternäre Opposition

- (a) 'Denotat/Denotate, das/die in BRD u n d DDR existiert/existieren'
- (b) 'Denotat/Denotate, das/die nur in DDR existiert/existieren'
- (c) 'Denotat/Denotate, das/die nur in BRD existiert/existieren'

Bei dieser Merkmalkonstellation wird die Frage der 'Gleichheit des Denotats' zunächst offengelassen:

- (3)" (a) auf ein Denotat/Denotate, das/die in der BRD u n d der DDR existiert/existieren, wird von beiden Kommunikationsgemeinschaften mit u n t e r s c h i e d l i c h e n Bezeichnungen Bezug genommen
(z.B. *Heimatvertriebener* - *Neubürger*)
- (b) auf ein Denotat/Denotate, das/die n u r in der DDR existiert/existieren, wird von beiden Kommunikationsgemeinschaften mit u n t e r s c h i e d l i c h e n Bezeichnungen Bezug genommen
(z.B. *Ostblock* (BRD) - *sozialistische Staatengemeinschaft* (DDR))
- (c) auf ein Denotat/Denotate, das /die n u r in der BRD existiert/existieren, wird von beiden Kommunikationsgemeinschaften mit u n t e r s c h i e d l i c h e n Bezeichnungen Bezug genommen
(z.B. *Unternehmer* (BRD) - *Kapitalist* (DDR))

Nimmt man zu dem Merkmal 'Vorliegen unterschiedlicher Bezeichnungen ...' das alternative Merkmal 'Vorliegen g l e i c h e r Bezeichnungen bei beiden Kommunikationsgemeinschaften für das Denotat/die Denotate (a) in BRD u n d DDR, (b) n u r in der DDR, (c) n u r in der BRD' hinzu, dann erhält man insgesamt eine Gliederung des ideologischen Wortschatzes in sechs Hauptgruppen, auf die wir an anderer Stelle (unten S. 93) zurückkommen.

Mit der unterschiedlichen Extensionalisierung der Begriffe unter (3)" bei den jeweiligen Gruppen (a), (b) und (c) ist wieder jeweils unterschiedliche Evaluation verbunden, wobei generell für ideologische Bezeichnungsvarianten das wechselseitige Bedingungsverhältnis von Extension und Evaluation grundlegend ist, d.h. die Gebrauchsfixierung ist gleichzeitig ein Akt der Festlegung eines referentiellen Klassifikations- und Bezugs- als auch eines Bewertungsmusters.

2.2. Kritik an den Typologien von Hellmann (1980) und Dieckmann (1981)

Hellmann trifft folgende Unterscheidungen für die ideologiegebundene Lexik:

- (1)...(c) Bedeutungsspezifika: Wörter, bei denen das Bezeichnete, bei gleicher Bezeichnung, ganz oder teilweise unterschiedlich ist. Völlige Nichtübereinstimmung des Bezeichneten ist dabei selten; APO: 'Abteilungs-Partei-Organisation' (DDR), 'Außerparlamentarische Opposition' (BRD). Häufiger ist der Fall, daß bei Vorhandensein einer oder mehrerer gemeinsamer Bedeutungen auf einer Seite oder sogar auf beiden Seiten eine neue, spezifische Bedeutungsvariante hinzukommt (DDR: *Rekonstruktion*, *Pionier*, *Brigade*; BRD: *Bund* 'Bundeswehr' *Kommune*) oder eine frühere wegfällt oder durch eine andere ersetzt wird (DDR: *Aktivist*).

In die Gruppe der Bedeutungsspezifika gehören auch die meisten ideologierelevanten Begriffe wie *Freiheit*, *Sozialismus*, *Solidarität*, *Aggression*, *Materialismus/Idealismus*. Diese Wörter nehmen allerdings insofern eine Sonderstellung ein, als ihre Bedeutungen spezifisch für übernationale Ideologiesysteme sind, nicht aber nur für den Sprachgebrauch der DDR und der BRD.

- (d) Spezifische semantische Dominanzen: Wörter, bei denen eine von mehreren gemeinsamen Bedeutungen in spezifischer Weise dominiert. DDR: *Kommission* i.S.v. 'Gremium mit autoritativer (Kontroll- oder Leitungs-)Kompetenz' dominiert gegenüber 'Gremien mit beratender Kompetenz'. BRD: *Kurs* i.S.v. 'Börsenkurs' dominiert gegenüber 'politische Richtung'.
- (e) Mit den Bedeutungsspezifika verwandt, jedoch nicht mit ihnen identisch sind die Wertungsspezifika: während *demokratisch* sehr unterschiedlich definiert, aber überall gleich positiv bewertet wird, ist bei *revolutionär* das Gegenteil der Fall. In diese umfangreiche Gruppe gehören Beispiele wie *christlich*, *idealistisch*, *Dissident* (BRD-positiv/DDR-negativ);

Kommunist, Revolution, Klassenkampf, Planwirtschaft (DDR-positiv/BRD-negativ). In Fällen wie *bürgerlich* treffen Bedeutungs- und Wertungsspezifika zusammen.

- (f) Häufigkeitsspezifika: Wörter, die bei gleicher Bezeichnung und gleicher Bedeutung deutlich unterschiedlich häufig gebraucht werden. Die Ursachen können sehr unterschiedlicher Art sein, z.B. unterschiedliche Wichtigkeit der bezeichneten Sache, Bedeutungsverschiebungen oder auch aktuelle Anlässe. In beiden Staaten geläufig, aber in jeweils einem häufiger gebraucht sind z.B.: DDR: *friedliebend, sozialistisch, Qualifizierung, umfassend, allseitig, Produktion, Massen, Kreis, wir, unser*. BRD: *freiheitlich, Partnerschaft, Markt, Preis, dynamisch, Angebot, Ansicht*.

- (2) Eine von der Inhaltsseite ausgehende, onomasiologisch orientierte Typisierung stößt zunächst auf die Schwierigkeit, daß in vielen Fällen keine Einigkeit darüber zu erzielen ist, ob Denotate in Ost und West nach ihren wesentlichen Merkmalen gleich, ähnlich oder verschieden sind, und welches denn ihre wesentlichen Merkmale sind.

- (a) Bezeichnungsspezifika: Wörter, die bei gleichem oder ähnlichem Denotat in BRD und DDR unterschiedliche Beziehungen haben. Beispiele: *Plastik/Plast, Staatsangehörigkeit/Staatsbürgerschaft, Personalchef/Kaderleiter, Arbeitnehmer/Werkstätiger, Warschauer Pakt/Warschauer Vertrag, COMECON/RGW*.

Auch hier kann die Beibehaltung einer älteren Bezeichnung auf einer Seite Ursache für die Entstehung einer Bezeichnungsdifferenz sein: *Generalmajor* ist in der DDR als unterster Generalsrang erhalten geblieben, während BRD zu *Brigadegeneral* geändert hat. Als manipulativ von mindestens jeweils einer Seite abgelehnt werden spezifische Bezeichnungen mit propagandistischem Akzent wie *Mauer/Staatsgrenze West, Fluchthilfe/Menschenhandel, Ostberlin/Berlin Hauptstadt der DDR, Linke/fortschrittliche Kreise (Kräfte)*. Während die eben genannten Beispiele meist dazu dienen, eine unterschiedliche Einstellung zum gleichen Sachverhalt zu signalisieren, dienen die folgenden "synonymischen Unterscheidungen" dem Zweck, einen Begriff in zwei unterschiedlich gewertete Begriffe aufzuteilen:

DDR: (kap.) *Profit*/(soz.) *Gewinn*, (kap.) *Konkurrenzkampf*/(soz.) *Wettbewerb*, (kap.) *Spion*/(soz.) *Kundschafter*.

Dieckmann differenziert wie folgt:

- (b) Ein sprachlicher Ausdruck besteht in beiden gesellschaftlichen Systemen, die Bedeutung aber ist unterschiedlich. Die Wörter sind ideologiegebunden im semantischen Inhalt. Diese Gruppe ist zweifellos die interessanteste, weil es sich unter anderem um den Kernwortschatz der Ideologien handelt, die ja wegen ihres gemeinsamen historischen Ursprungs weitgehend die gleichen sprachlichen Ausdrücke

verwenden. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich eine Untergliederung, je nachdem, ob die ideologische Differenz den begrifflichen Inhalt und/oder die Bewertung der Sachvorstellung betrifft. Es kann vorliegen ein unterschiedlicher begrifflicher Inhalt bei gleichzeitig unterschiedlicher Bewertung ("Diktatur", "parteilich"), ein unterschiedlicher begrifflicher Inhalt bei gleicher Bewertung ("Freiheit", "Demokratie", "Selbstbestimmung") oder ein gleicher oder annähernd gleicher begrifflicher Inhalt bei unterschiedlicher Bewertung ("Kommunismus", "Revolution").

- (c) [Die Markierung '(c)' ist von S/Z.] Zusätzliche Formen ideologiegebundener Sprache bekommt man ins Blickfeld, wenn man nicht wie bisher vom sprachlichen Ausdruck ausgeht, sondern vom außersprachlichen Gegenstand oder Sachverhalt, vom Referenten. Häufig richten sich nämlich verschiedene sprachliche Ausdrücke mit unterschiedlicher Bedeutung auf den gleichen Referenten, so daß Paare von Wörtern oder Syntagmen entstehen, die im Hinblick auf den Referenten gleich sind, im Hinblick auf ihren semantischen Inhalt aber ideologisch differieren. In dieser Weise stehen oder standen sich alternativ gegenüber: "DDR" und "Mitteldeutschland", "Faschismus" und "Nationalsozialismus", "antifaschistischer Schutzwall" und "Berliner Mauer", "Alleinvertretungsanmaßung" und "Alleinvertretungsanspruch", "Kapitalist" und "Arbeitgeber". Der jeweilige ideologische Standort führt zu divergierenden begrifflichen und werten- den Interpretationen des Referenten und sekundär zu verschiedenen sprachlichen Ausdrücken. (1981, 49f.)

[Die Vermischung von Intension und Gefühlswerten ist] bei der Behandlung ideologisch motivierter Bezeichnungsvarianten bei Identität des Bezeichneten sehr verbreitet. Die Bedeutungsunterschiede zwischen *Verteidigungsminister* und *Kriegsminister*, *Heimatvertriebener* und *Neubürger*²¹, *Atommülldeponie* und *Entsorgungspark* etc. sind - den Konnotationsbegriff der Erdmann-Rezeption vorausgesetzt - als konnotative nicht zureichend beschrieben. Sie haben die gleiche Extension, unterscheiden sich aber nicht nur im Gefühlswert, sondern auch in ihrer begrifflichen Merkmalsstruktur. Sie sind deshalb analog der Differenz von *Morgenstern* und *Abendstern* zu behandeln. (1981, 118).

Hellmanns und Dieckmanns Typologien ist - im Unterschied zu Schmidts durchgehend denotatsorientiertem Versuch - der kombinierte semasiologisch-onomasiologische Ansatz gemeinsam, der zu einer weitgehenden Übereinstimmung in der Herausarbeitung einiger (bei weitem nicht aller) Typen ideologiegebundener Lexik führt, obwohl die Autoren jeweils unterschiedlich genaue bzw. ungenaue semantische Kategorien dabei zugrundelegen.

Kritisierbar im einzelnen ist bei Hellmann:

- (1) neben der Kategorie 1 (c) 'Bedeutungsspezifika' als semantische Kategorie werden gleichrangig teilweise Kategorien aufgeführt (vgl. 1 (d), (f)), die untereinander jeweils auf verschiedenen Ebenen liegen und quer zueinander stehen;
- (2) unter der Kategorie 'Bedeutungsspezifika' werden zwei unterschiedliche Formen von Bedeutungsspezifika unmarkiert miteinander vermischt: nämlich einerseits Wörter, bei denen in der DDR bzw. BRD entweder eine neue Bedeutung "hinzukommt oder eine frühere wegfällt", also Wörter, deren semantisches Potential (Umfang) sich in einer für die betreffende Kommunikationsgemeinschaft spezifischen Weise verändert hat (z.B. *Brigade* in der DDR); andererseits Wörter, die ihr semantisches Potential (Umfang) nicht verändert haben, aber zwischen beiden Kommunikationsgemeinschaften semantisch variant, d.h. von DDR- und BRD-Seite relativ zu den jeweils g l e i c h e n semantischen Dimensionen, unterschiedlich interpretiert, also unterschiedlich zur Klassifizierung und Evaluation verwendet werden (z.B. *Sozialismus* in BRD und DDR);
- (3) die die Gesamtintension von sprachlichen Ausdrücken konstituierenden Bedeutungskomponenten (also die deskriptive und evaluative Komponente) werden als autonome Größen auseinander gehalten. Unterschiedliche Wertungen führen in der Regel jedoch auch zugleich zu unterschiedlichen deskriptiven Bedeutungen (oder setzen sie voraus) und die jeweilige Intension eines Ausdrucks steht wiederum in engem Zusammenhang mit seiner Extensionalisierung (vgl. Schippen 1982, 241). Die deskriptive und evaluative Funktion von Sprachzeichen, besonders von politischen Ausdrücken, sollte aber nicht im Sinne einer Dichotomie von "Bedeutung" und "Wertung" aufgeteilt werden;
- (4) bei der "onomasiologisch orientierten Typisierung" (vgl. 2.) wird nicht sauber getrennt zwischen den Kategorien 'Inhaltsseite' (also der deskriptiven u n d evaluativen Bedeutung) einerseits und 'Denotat' andererseits und ferner bleibt un-

klar, in welchem Sinne hier von "Merkmalen" die Rede ist. Ähnlich unklar, vergleichbar dem monolateralen Sprachzeichenbegriff der Wörter-Sachen-Tradition, wird schon bei den "Bedeutungsspezifika" (vgl. 1 c) mit den Kategorien 'Bezeichnung', 'Bezeichnetes' (der Ausdruck 'Denotat' ist hier vermieden!) unter Ausklammerung der Inhaltsseite, also der deskriptiven Bedeutungskomponente, operiert;

- (5) unter 2 (a) (wobei dem (a) kein (b) folgt) wird einerseits der unterschiedliche Status von "gleichen" und "ähnlichen" Denotaten nicht geklärt, andererseits ist die Differenzierung in Wortpaare, die einmal dazu dienen, "eine unterschiedliche Einstellung zum gleichen Sachverhalt zu signalisieren" und zum anderen in die "synonymischen Unterscheidungen", mit denen ein "Begriff in zwei unterschiedlich gewertete Begriffe" aufgeteilt wird, nicht einleuchtend, da b e i d e hier unterschiedenen Wortgruppen als ideologische Bezeichnungsvarianten oder - wie wir sagen - als lexikalisch-semantische Variantenpaare doch gerade so definiert sind, daß mit ihnen jeweils unterschiedliche Wertungen/Einstellungen etc. zu einem Sachverhalt zum Ausdruck gebracht werden können.

Kritisierbar im einzelnen ist bei Dieckmann:

- (1) unter der Kategorie (b), die dem semasiologischen Verfahren bei Hellmann (unter 1 c) vergleichbar ist, wird bei der Herausarbeitung einiger semantischer Varianten zwar die Untrennbarkeit von deskriptiver (bei Dieckmann "begrifflicher") Bedeutung und "Bewertung", also die Komplementarität des Klassifikations- und Evaluationspotentials von Sprachzeichen, behauptet, jedoch unterbleibt zum einen der Bezug auf die interpretierte soziale Realität, zum anderen der auf die jeweilige Sprechergruppe und damit auf die (ideologische) Richtung der Extensionalisierung der varianten Wörter, d.h. ihre Anwendung jeweils auf Gegenstände der eigenen oder der gegnerischen Ideologie, und schließlich kommen - in Zusammenhang damit - die kommunikative

Funktion und die gesellschaftlichen Bedingungen der Verwendung ideologiegebundener Wörter nicht zum Ausdruck;

- (2) unter einer dem semasiologischen Verfahren komplementären (und von uns im Dieckmann-Zitat als (c) gekennzeichneten) Kategorie, die Hellmanns (vgl. dort (2)) onomasiologischem Ansatz vergleichbar ist, wird zwar die Feststellung der Identität des "außersprachlichen Gegenstandes oder Sachverhaltes", also ein denotatsbezogener Ansatz zur Ermittlung von lexikalisch-semanticen Variantenpaaren gewählt, denen jeweils unterschiedliche "begriffliche" und "wertende Interpretationen" eines Sachverhalts zugrundeliegen, und damit ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis von Intension, Extension und Evaluation postuliert, jedoch bleibt auch hier - wie bei Hellmann - der Status der jeweiligen Denotate - nämlich 'Gleichheit', 'Ähnlichkeit', 'Entsprechung' - ebenso ungeklärt wie die mögliche (unterschiedliche) Extensionalisierung der Ausdrucksalternativen.

In der zusätzlichen Charakterisierung der Bezeichnungsvarianten (Dieckmann 1981, 118) allerdings ist die Behauptung der "Identität des Bezeichneten" und der "gleichen Extension" von Ausdruckspaaren wie *Heimatvertriebener* - *Neubürger* nicht ganz korrekt (vgl. dazu die Typologie in Kap. 3 unter Abschnitt 3.2.).

2.3. Kritik an der Typologisierung des Handwörterbuchs der deutschen Gegenwartssprache

(Grundsätze und Probeartikel 1977)

1. Das Denotat existiert unter sozialistischen und unter nicht-sozialistischen Verhältnissen unter gleicher Bezeichnung
- 1.1. Die Denotate sind unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen von weitgehend gleicher Beschaffenheit und ideologisch wertneutral.
z.B.: *Minister*, *Betrieb*
- 1.2. Die Denotate sind unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen von unterschiedlicher (Wesens)beschaffenheit.
Darst.: Der (Wesens)unterschied wird in soweit wie möglich standardisierten kurzen Formeln in der Definition angedeutet.

Wir verwenden u.a. Formeln wie: '... jeweils im Interesse der herrschenden Klasse ...', '... je nach dem Charakter der Gesellschaftsordnung ...',
z.B.: *Markt, Staat, Polizei*

- 1.3. Das Denotat wird von unterschiedlichen Klassenstandpunkten interpretiert oder gewertet.

Darst.: Definition vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus. Bei '-ismus'-Bildungen kann an die Stelle der Definition ein kurzer Kommentar treten, wenn es möglich ist, im Rahmen dessen mit klar qualifizierenden Attributen die ideologische Beschaffenheit des Denotats ausreichend zu charakterisieren.

z.B.: *Klasse, revolutionär, Opportunismus, Revisionismus, Neopositivismus*

2. Das Denotat existiert unter sozialistischen und unter nicht-sozialistischen Verhältnissen unter unterschiedlichen Bezeichnungen

- 2.1. Die Denotate sind bei formaler oder funktionaler Ähnlichkeit oder Gleichheit von erheblich unterschiedlicher Beschaffenheit.

Darst.: Ausdrückliche Zuweisung des Denotats zum jeweiligen Staat oder Gesellschaftssystem in der Definition,

z.B.: *Parlament (BRD)*
Volksvertretung (DDR)

- 2.2. Die Denotate sind von gleicher oder ähnlicher Beschaffenheit, es überwiegt der Bezeichnungsunterschied.

Darst.: Kennzeichnung durch die Marker /DDR/ bzw. /BRD/ vor der analytischen Definition,

z.B.: *Kaderakte (DDR)*
Personalakte (BRD)

- 2.3. Ideologie-irrelevante Denotate.

Darst.: DDR-Bezeichnungen erhalten den Marker /DDR/ vor der Definition, BRD-Bezeichnungen erhalten den Marker /BRD/ und werden mit der in der DDR für dieses Denotat benutzten Bezeichnung definiert,

z.B.: *Fahrerlaubnis (DDR)*
Führerschein (BRD)

3. Das Denotat existiert nur unter sozialistischen oder nur unter nichtsozialistischen Verhältnissen, von beiden Seiten wird die gleiche Bezeichnung dafür verwendet

- 3.1. Das Denotat ist an kapitalistische/bürgerliche Verhältnisse gebunden.

Darst.: Die Bindung wird in variierten Formen, deren Kern in den meisten Fällen die Qualifizierungen 'kap.' oder 'bürgerl.' sind, in der Definition ausgedrückt,

z.B.: *Börse, Arbeitsmarkt, Opposition, Oberschicht, Playboy*

- 3.2. Das Denotat ist an sozialistische Verhältnisse gebunden.
 Darst.: Die Bindung wird analog zu der unter 3.1. aufgeführten Form als '... soz. ...' in der Definition kenntlich gemacht,
 z.B.: *Volkseigentum, Produktionsberatung, Neuerer, Neuererbewegung, -vorschlag*
4. Das Denotat existiert nur unter sozialistischen oder nur unter nichtsozialistischen Verhältnissen, von beiden Seiten werden unterschiedliche Bezeichnungen dafür verwendet
- 4.1. Das Denotat ist an kapitalistische/bürgerliche Verhältnisse gebunden.
 Darst.: Da es sich hier meist um euphemistische, verschleiernde Bezeichnungen der kapitalistischen Seite, also um Sprachmanipulation handelt, wird dies durch Kommentarformen + Definition in Form der auf sozialistischer Seite gebräuchlichen exakten Bezeichnung deutlich gemacht,
 z.B.: *Wettbewerb* (euphemist. für *Konkurrenzkampf*)
Unternehmen, (freie) Marktwirtschaft
- 4.2. Das Denotat ist an sozialistische Verhältnisse gebunden.
 Darst.: Da es sich hier bei den auf kapitalistischer Seite gebrauchten Bezeichnungen fast durchweg um diskriminierende, verzerrende Bezeichnungen handelt, wird der diskriminierende Charakter in analogen Formen zu 4.1. gekennzeichnet,
 z.B.: *Ostblock* (vgl. dazu Keßler 1977, 32)
 (vgl. zu 4.2. Keßler 1977, 32)

Kritisierbar an der Typologisierung des Handwörterbuchs ist aus unserer Sicht folgendes:

- (1) Die Redeweise von der "Existenz des Denotats unter sozialistischen und unter nicht-sozialistischen Verhältnissen" o.ä. ist irreführend. Wenn das Denotat, wie bei den als Beispiele genannten Appellativen, eine Menge von Gegenständen, Sachverhalten oder Problemverhalten ist, so ist ein differenzierterer Umgang mit Existenzaussagen bzw. dem bestimmten Artikel (d a s Denotat) notwendig. Wir nehmen daher zunächst eine terminologische Umübersetzung vor, bei der dieser vorsichtiger Umgang mit Existenzaussagen und quantifizierenden Aussagen praktiziert wird:

Typ 1: Einzelne (und somit jeweils verschiedene) Elemente der Extension/des Denotates eines Wortes existieren in DDR und BRD.

Typ 1.1. und Typ 1.2.: Die Extensionalisierung des Wortes durch DDR- und BRD-Sprecher ist gleich und sie können das Prädikat sowohl auf Sachverhalte hier als auch dort anwenden.

Typ 1.3.: Die Extensionalisierung ist wertgesteuert.

Typ 2: Alle Elemente der Extension/des Denotates des *e i - n e n* Wortes existieren in der BRD, während alle Elemente der Extension des *a n d e r e n* Wortes in der DDR existieren. Zwischen den Elementen der jeweiligen Extension bestehen Ähnlichkeiten/Entsprechungen. Die Elemente des Wortpaares sind jeweils nur auf *e i n e* Seite extensionalisierbar. DDR-Sprecher und BRD-Sprecher wenden jeweils ein Element des Wortpaares auf Erscheinungen der *e i n e n* Seite und das andere auf Erscheinungen der *a n d e r e n* Seite an, wobei diese Erscheinungen einander 'entsprechen'.


Typ 3: Alle Elemente der Extension eines Wortes existieren in der DDR oder (exklusiv) in der BRD. Die Extensionalisierung des Wortes durch Sprecher ist nur auf eine Seite möglich.

Typ 4: Alle Elemente der Extension/des Denotates *b e i - d e r* Elemente des Wortpaares existieren in der BRD oder (exklusiv) in der DDR. Das Wortpaar ist nur auf eine Seite extensionalisierbar. DDR-Sprecher und BRD-Sprecher wenden jeweils nur *e i n e s* der beiden Elemente des Wortpaares an, und zwar jeweils auf dieselben Sachverhalte/Problemverhalte. D.h. wenn ein DDR-Sprecher das *e i n e* Element des Wortpaares auf einen Sachverhalt anwendet, so wendet ein BRD-Sprecher jeweils das *a n d e r e* Element des Wortpaares auf denselben Sachverhalt an.


- (2) Das Ergebnis der vorliegenden denotatsbezogenen (vgl. W. Schmidt) Typologie kommt durch Kreuzung der Parameter 'Vor-

kommensbereich des Denotats/der Denotate' und 'beide Kommunikationsgemeinschaften verfügen entweder über gleiche oder über ungleiche Bezeichnungen für das betreffende Denotat/die Denotate' zustande. So betrachtet handelt es sich jedoch nicht – wie von den Autoren behauptet – um vier, sondern um sechs Typen von Wortgruppen. Wir haben auf diese sechs Typen aufgrund einer Kombination eines ternären Merkmals mit einem binären am Ende von Kap. 2.1. bereits hingewiesen.

Bezeichnungen Vorkommens- bereich	gleiche Bezeichnungen	ungleiche Bezeichnungen
unter soz. und nichtsoz. Verhält.	1 (1.1.,-1.3.)	2 (2.1.,-2.3.)
nur unter soz. Verhältnissen	3.2.	4.2.
nur unter nicht- soz. Verhält.	3.1.	4.1.



Kandidaten für
semantische Va-
rianten (s.Kap.
3 unter 3.1.)



Kandidaten für
Variantenpaare
(s.Kap. 3 unter
3.2.)

- (3) In der Typologie, die, wie bereits erwähnt, von der außersprachlichen Einordnung und Identifizierung der Denotate ausgeht, wird auf mögliche deskriptive und evaluative Differenzen zwischen den varianten Wortgebräuchen bzw. Wörtern sowie auf differenzierende Eigenschaften der Denotate, wenn überhaupt, erst bei der Beschreibung der einzelnen Subtypen Bezug genommen. Der einzige explizite Bezug auf die 'Bedeutungsebene' erfolgt bei 1.3.: "Das Denotat wird von unterschiedlichen Klassenstandpunkten interpretiert und gewertet." Bei einigen Typen wird nicht expliziert, inwieweit die Intension, die deskriptive Bedeutung, bei der Klassifizierung ausschlaggebend ist (vgl. z.B. Typ 1.2.). Viel-

mehr wird ein anzunehmender Bedeutungsunterschied ausschließlich auf die Denotatebene verlagert. Die differenzierenden Merkmale der Denotate, besonders der unter sozialistischen und nicht-sozialistischen Verhältnissen (vgl. Typ 1 und 2) sind zu vage. Erforderlich wäre die Explikation dessen, was für Eigenschaften den Denotaten durch den Gebrauch der Prädikate "gleich", "unterschiedlich", "weitgehend", "(Wesens)-beschaffenheit", "formale und funktionale Ähnlichkeit oder Gleichheit" etc. zugesprochen werden.

- (4) Grundsätzlich ist zur Typologisierungsweise anzumerken, daß mit der vorgängigen Klassifizierung des Denotats bereits weitreichende Vorentscheidungen für die sprachliche/semantische Klassifizierung ideologiegebundener Lexik getroffen werden, denn bei der Ermittlung der einzelnen Typen von Wortgruppen kann möglicherweise von falschen (bewußt falsch gewählten) Präsuppositionen oder Gebrauchsvermeidungen ausgegangen werden und zwar in zweierlei Hinsicht:

- ein außersprachlicher Sachverhalt wird einem bestimmten Vorkommensbereich als reales Faktum zugeordnet/zudiktiert
- die Bezeichnung (möglicherweise ein Euphemismus) für ein Denotat, das Prädikat also, wird einer bestimmten Kommunikationsgemeinschaft zugeschrieben/zudiktiert.

Z.B. wird bei Typ 3.1. von DDR-Seite präsupponiert, die Existenz von Börsen sei spezifisch für bürgerliche Verhältnisse, nicht jedoch für sozialistische. Der Ausdruck *Börse* hat aus DDR-Sicht eine einseitige (auf die BRD gerichtete) Extensionalisierungspotenz (Fremdextensionalisierung).

Bei Typ 4.1. wird von DDR-Seite präsupponiert, der Sachverhalt des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes werde in der BRD durch den Euphemismus *Wettbewerb* verschleiert; bei Typ 4.2. wird von DDR-Seite unterstellt, für bestimmte Sachverhalte, die nur unter sozialistischen Verhältnissen existieren, würden auf BRD-Seite diskriminierende Bezeichnungen manipulativ gebraucht.

Die Beispiele unter 4. zeigen, daß jeweils eines der Wörter aus einem Paar selbst als ideologisch besetztes (Stigma-/Fahnen-)Wort von einer Seite gebraucht wird und daher selbst in sich semantisch variant ist. Die unter 4. aufgeführten Variantenpaare entstehen dann aufgrund von Präsuppositionsverletzung/Gebrauchsvermeidung der positiv besetzten Variante der anderen Seite. Gebrauchsvermeidung läßt nur uneigentlichen Gebrauch des betreffenden Wortes auf der eigenen Seite zu, da das Wort als Interpretationsvokabel der gesellschaftlichen Realität des eigenen Lagers ungeeignet erscheint; die Nicht-Eignung eines Ausdrucks zur Interpretation gesellschaftlicher Realität führt dann zur Bildung von Variantenpaaren.

- (5) Außer der in der Typologie explizit als "ideologieirrelevant" gekennzeichneten Wortgruppe 2.3. sind als nicht ideologiegebunden im eigentlichen Sinne (d.h. es handelt sich nicht um spezifischen politischen Sprachgebrauch bzw. um Kommunikation in ideologierelevanten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens) noch folgende Typen aufzufassen, die aus einer Typologie über Formen der Ideologiegebundenheit herausfallen: die Typen 1.1. und 1.2. Daß Typ 1.2. hier ausfällt, zeigt der Vergleich mit Typ 1.3.: Bei Typ 1.2., zu dem Ausdrücke gehören, die 'konkreter' als die von Typ 1.3. sind, bestehen objektive Unterschiede in der Sache (Denotatsverschiedenheit), bei Typ 1.3. Interpretationsunterschiede, also semantische (deskriptive und/oder evaluative) Unterschiede. Bei Typ 1.2. scheint die Intension, die deskriptive Bedeutung, von der Unterschiedlichkeit der Gesellschaftssysteme und ihrer Sprachgebräuche nicht betroffen zu sein, sondern nur die Extension. Daher handelt es sich bei der Wortgruppe von Typ 1.2. - wie auch bei 1.1. - um semantische Konstanten, da keine Bedeutungsunterschiede vorliegen.

Bei Typ 2. insgesamt handelt es sich um gesellschaftsbezogene Sach- und Lexemspezifika mit jeweils unterschiedlichen Bezeichnungen; zwischen den

S a c h e n bestehen lediglich funktionale Ähnlichkeiten. Typ 2. fällt aus dem ideologischen Wortschatz heraus, ähnlich wie Typ 3.2.: hier handelt es sich wieder um eher ideologisch neutrale Sach- und Lexemspezifika.

- (6) Als ideologisch relevant und für eine Typologie über Formen der Ideologiegebundenheit geeignet sind daher zu beurteilen die Typen 1.3. (deren Ausdrücke einseitig extensionalisierbar sind) und 3.1. (vgl. unsere "semantischen Varianten" unter 3.1. im nächsten Kapitel) und die Typen 4.1. und 4.2. (vgl. unsere "lexikalisch-semantischen Variantenpaare" in Kapitel 3 unter 3.2.).

2.4. Zusammenfassung der Kritik an bisher vorliegenden Typologien

Die Kritik an bisherigen Typologisierungsversuchen läßt sich in folgende Punkte zusammenfassen:

- (1) Sowohl bei semasiologischen als auch denotatsbezogenen Ansätzen der Typologisierung fehlt eine hinreichende Klärung der verschiedenen Formen der 'Gleichheit', 'Ähnlichkeit' oder 'Entsprechung' von Denotaten sowie der Abgrenzungskriterien durch differenzierende Merkmale.

Den verschiedenen Typologien liegen offenbar unterschiedliche Auffassungen über den vagen Begriff 'Denotat' zugrunde, der zu typologischen Zwecken begrifflich geklärt und entmythifiziert werden müßte.

- (2) In keiner der Typologien wird die Möglichkeit der Präsuppositionsverletzung bei der außersprachlichen Identifikation bzw. Einordnung der Denotate und bei der präzisierenden Verwendung der entsprechenden Ausdrücke thematisiert.
- (3) In allen Typologien fehlen Urteile über den Realitätsstatus der als Denotate identifizierten Gegenstände/Sachverhalte der objektiven bzw. sozialen Realität hinsichtlich ihrer 'Konkretheit' bzw. 'Abstraktheit'.

- (4) In semantischer Hinsicht wird in einigen Typologien eine unzulässige dichotomische Teilung der Gesamtintension von sprachlichen Ausdrücken in eine deskriptive und eine werten- de Komponente vorgenommen, die dann in der Folge als auto- nome Größen auseinander gehalten werden. Bei sprachlichen Ausdrücken ist jedoch von der Untrennbarkeit des (deskrip- tiven) Klassifikations- und Evaluationspotentials auszu- gehen.

Vereinzelt wird eine Unterscheidung zwischen (ideologischer) Polysemie und Homonymie vorgenommen, die nicht weiter theo- retisch begründet wird.

Gelegentlich besteht Unklarheit bezüglich der semantischen Kategorien 'onomasiologisch', 'Inhaltsseite' und 'Denotat'.

Es wird übersehen, daß die verschiedenen, zur Typologisie- rung verwendeten Kriterien in einem kreuzklassifikatorischen Verhältnis zueinander stehen (z.B. 'semantisch', 'frequen- tiell' oder 'Vorkommensbereich').

- (5) In allen Typologien werden die spezifischen Varianzformen hinsichtlich deskriptiver und/oder evaluativer Varianz so- wohl bei e i n e m Lexem (den semantischen Varianten, vgl. Kapitel 3.1.) als auch bezogen auf m e h r e r e Lexeme (den Bezeichnungsvarianten oder lexikalisch-semantischen Variantenpaaren, vgl. Kapitel 3.2.) eines ideologischen Pa- radigmas nicht deutlich voneinander abgegrenzt. Dies hat u.a. zur Folge, daß einige Typen von semantischen Varian- ten(paaren) überhaupt nicht erfaßt werden (vgl. {10}).
- (6) Das jede Varianzform fundierende Determinationsverhältnis zwischen Intension, Evaluation und Extension wird nur ver- einzelt erkannt, bleibt jedoch auch in diesem Fall ohne Aus- wirkung auf die semantische Klassifikation der Varianten.
- (7) In vielen Fällen wird der jeweilige Extensionalisierungsbe- reich der Varianten, also das Vorliegen von z.B. Eigen- oder

Fremdextensionalisierung, nicht angegeben ebensowenig wie der Bezug auf die jeweilige Sprechergruppe bzw. Kommunikationsgemeinschaft explizit gemacht wird.

- (8) Die unterschiedlichen kommunikativen Funktionen der varianten Lexeme, d.h. z.B. ihre Einordnung in Funktionsklassen wie Leitwort, Fahnenwort, Kampfwort, Stigmawort usw., werden nicht thematisiert.
- (9) Aus den Punkten 6 bis 8 folgt, daß in den Typologien das Muster, nach dem politische Interpretationsvokabeln zur Klassifikation und Bewertung sozialer Wirklichkeit gebraucht werden, und die Bedingungen, unter denen auf 'gleiche' Ausschnitte sozialer Realität Bezug genommen wird, nicht deutlich herausgearbeitet sind.
- (10) In den Typologien wird die notwendige Unterscheidung zwischen ideologierelevanten und -irrelevanten Typen von Wörtern/Wortgruppen nicht konsequent getroffen. Bezüglich der letzteren handelt es sich vor allem um die aus einer Typologie über Formen der Ideologiegebundenheit herausfallenden Sach- und Lexemspezifika, die im Sprachgebrauch der beiden Kommunikationsgemeinschaften nicht umstritten sind und die wir deshalb als semantische Konstanten aus unserer Typologie ausklammern.

Andererseits weisen alle Typologien in Bezug auf eine vollständige Erfassung von Typen der ideologiegebundenen Lexik erhebliche Lücken auf.

- (11) In einigen Fällen ist die Belegung der einzelnen Typen mit Beispielen einerseits dürftig, andererseits sind die Beispiele selbst ungünstig gewählt.

3. Typologie von Formen der Ideologiegebundenheit

Bei unserem Typologisierungsvorschlag berücksichtigen wir folgende semantische, pragmatische und referenzbezogene Parameter:

- (1) das Vorliegen von semantischer Varianz bei einem Wort oder bei mehreren, zum gleichen ideologischen Paradigma gehörenden Wörtern. Im ersten Fall sprechen wir von semantischen Varianten (Kap. 3.1.), im zweiten von lexikalisch-semantischen Variantenpaaren (Kap. 3.2.).
- (2) die Varianzform: deskriptiv oder/und evaluativ.
- (3) die kommunikative Funktion der Varianten als Leit-, Stigma- oder Fahnenwort usw.
- (4) den jeweiligen Extensionalisierungsbereich der Varianten: Fremd- bzw. Eigenextensionalisierung.

Anhand dieser Gesichtspunkte sollen auch verschiedene Formen der 'Gleichheit', 'Ähnlichkeit' oder 'Entsprechung' von Denotaten herausgearbeitet und gleichzeitig der Begriff 'Denotat' entmystifiziert bzw. einer begrifflichen Klärung zugeführt werden.

Für eine klarere Bestimmung von 'Denotat' verweisen wir auf die Definition von Lyons 1980, 229:

Mit der Denotation* eines Lexems (und zunächst wollen wir den Begriff der Denotation in bezug auf Lexeme diskutieren) ist das Verhältnis gemeint, das zwischen diesem Lexem und Personen, Dingen, Orten, Eigenschaften, Prozessen und Aktivitäten außerhalb des Sprachsystems besteht. Wir werden den Terminus Denotatum* für die Klasse von Objekten, Eigenschaften usw., auf die der Ausdruck korrekt anwendbar ist, verwenden.

(Vgl. dazu unsere Kritik am Denotatsbegriff im Handwörterbuch oben in Kapitel 2.3.). Wir verwenden in unserem engeren terminologischen Gebrauch 'Denotat' ebenso wie 'Extension'. Denn auch unter der Extension eines Ausdrucks ist die Klasse von Dingen zu verstehen, auf die der Ausdruck korrekt angewendet wird. Allerdings ist bei 'Extension' immer der Gegenbegriff 'Intension' - als Bedeutung eines Ausdrucks - mitgedacht.

Zu diesem Zweck wird bei der Erörterung der einzelnen Beispiele, die für einen Typ stehen, ein semantisches Rekonstruktionsschema eingeführt, mit dessen Hilfe jeweils versucht wird, die Gesamt-

Intension der Varianten, bestehend aus deskriptivem Klassifikationspotential und Evaluationspotential, zu rekonstruieren und die mögliche Extensionalisierung (ausgedrückt durch einen Pfeil) zu bestimmen.

So wird einerseits das Muster, nach dem solche Interpretationsvokabeln zur (interpretierenden) Klassifikation sozialer Wirklichkeit gebraucht werden, als Intension eines Ausdrucks rekonstruiert, andererseits wird angedeutet, unter welchen semantischen Bedingungen auf 'gleiche' Ausschnitte sozialer Realität durch den Gebrauch der Varianten interpretatorisch Bezug genommen werden kann.

Das deskriptive Klassifikationspotential wird jeweils nach Maßgabe der Übereinstimmung und Abweichung zwischen den Gebräuchen in Teilintensionen aufgespalten; diese Teilintensionen sind zu identifizieren über die Variablen α , β , γ usw.

Typen der ideologiegebundenen Lexik

3.1. S e m a n t i s c h e (deskriptive/evaluative) V a r i a n t e n

[1.] Leitwörter (Miranda) und Anti-Miranda

[1.1.] Leitwörter

Leitwörter werden in den beiden deutschen Kommunikationsgemeinschaften/ideologischen Systemen A (=BRD) und B (=DDR) häufig gebraucht und von den Ideologien b e i d e r Gesellschaftssysteme gleichermaßen beansprucht, und zwar mit jeweils großgruppenübergreifender i d e n t i s c h e r e v a l u a t i v - p o s i t i v e r, aber n i c h t - i d e n t i s c h e r d e s k r i p t i v e r Bedeutung.

Bei den Leitwörtern handelt es sich im wesentlichen um Abstrakta, d.h. um Ausdrücke, mit denen man über nicht-konkrete Entitäten

prädisiert bzw. in referentielltem Gebrauch auf nicht-konkrete (abstrakte) Gegenstände referiert. Somit wird das Problem der Gleichheit von Denotaten bei gruppenbezogenen variantem Gebrauch politischer Wörter hier in besonderer Schärfe aufgeworfen, da die Identifikationskriterien für abstrakte Gegenstände in besonderer Weise interpretationsabhängig sind.

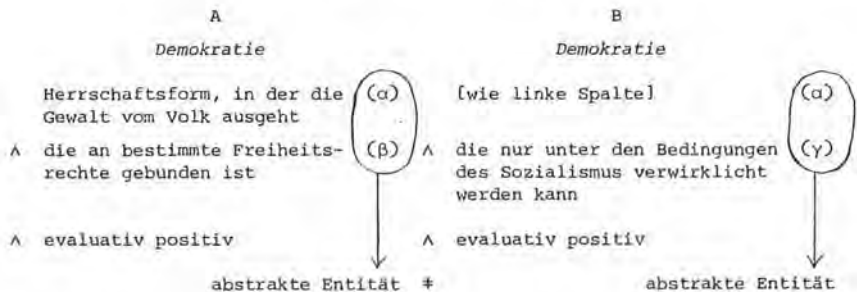
Bei einem Wort wie *Demokratie* kann ähnlich wie bei vielen Ismen zudem zwischen einem abstrakteren und einem konkreteren Gebrauch unterschieden werden. Bei einem abstrakteren Gebrauch z.B. in

Die Demokratie ist die beste aller möglichen
Herrschaftsformen

daß sich ... die IG Metall und die IG Druck und Papier
mit dem Kampf der studentischen Jugend für Freiheit und
Demokratie solidarisch erklärt haben (N.D. 154,2 1967)

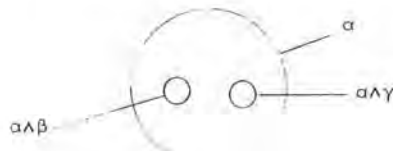
wird prädisiert über/referiert auf eine (abstrakte) Herrschafts-
f o r m, ein Herrschaftsm u s t e r, das nicht als ein bestimm-
tes politisches System verwirklicht sein muß. In diesem Gebrauch,
wir nennen ihn Gebrauch (a), ist (die) *Demokratie* entweder als Ei-
genname für eine bestimmte abstrakte Entität aufzufassen (vgl.
dazu die ähnlichen Verwendungsbeispiele zu *Sozialismus* in Strauß
1983, 340) oder als singulär definit referierender Ausdruck (vgl.
dazu die Beispiele in Strauß 1983, 340), mit dem auf ein bestimm-
tes ausgezeichnetes Element aus der Menge der möglichen Demokra-
tieformen - eben die für den jeweiligen Sprecher allein gültige
Form der Demokratie - referiert wird. Für diesen abstrakteren
Gebrauch (a) läßt sich die Rede von der Verschiedenheit des De-
notats zwischen den BRD- und DDR-Gebräuchen von *Demokratie* wie
folgt rekonstruieren:

(a) *Demokratie* (abstrakter Gebrauch)



Hier ist ähnlich wie bei [2.] bzw. [3.2.] (in Kap. 3.2.) nur eine Teilintension (α) identisch und somit auch nur die dieser Teilintension entsprechende Extension. (Noch einmal wiederholt sei hier, daß das Vorliegen von identischen Teilintensionen grundlegend für jede Varianzform ist!) Die vollen Intensionen (αΛβ) bzw. (αΛγ) jedoch sind verschieden und entsprechend auch die Extensionen.

Extensionale Beziehungen:

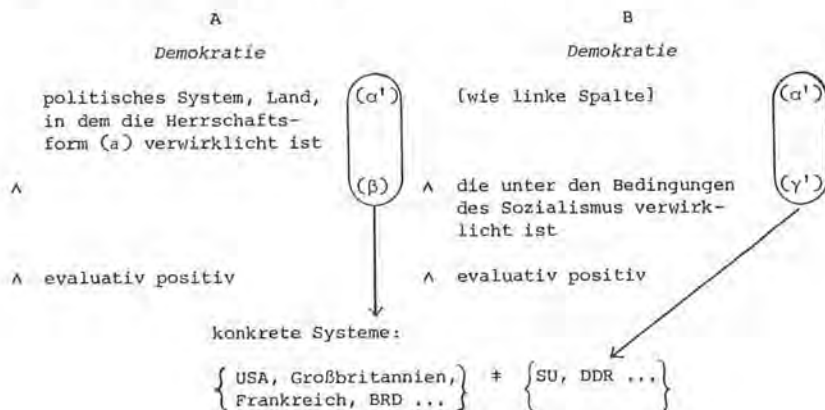


Hier wird man annehmen, daß durch $\alpha\Lambda\beta$ bzw. $\alpha\Lambda\gamma$ jeweils eine Einzermenge - die jeweils normenspezifisch gültige Demokratieform - aus der Menge der möglichen Demokratieformen (α) ausgegrenzt wird. Im referentiellen Gebrauch sind daher die beiden varianten Gebrauche von A und B nur auf jeweils verschiedene abstrakte Entitäten mit Wahrheit anwendbar.

(b) *Demokratie* (konkreter Gebrauch)

Bei dem konkreteren Gebrauch bezieht sich *Demokratie* auf konkrete

politische Systeme oder Staaten, in denen die demokratische Herrschaftsform nach Meinung der Sprechergruppen verwirklicht ist. Dieser zu (a) wohl polyseme Gebrauch (vgl. dagegen W. Schmidt oben; vgl. zur Polysemie von *Sozialismus* Strauß 1983, 346) kann wie folgt rekonstruiert werden:



Dieser konkrete Fall entspricht [2.] (vgl. unten Kap. 3.2.: *Heimt-vertriebenen - Neubürger*), weil in beiden Fällen jeweils nur Gleichheit der Teilintensionen, nicht der Gesamtintension vorliegt.

Für das Verhältnis der Parameter 'deskriptive/evaluative Varianz', 'Extension' und 'Leitwortfunktion' gilt folgender Satz:

Leitwörter beider Systeme haben bei deskriptiver Varianz unterschiedliche (meist elementfremde) Extension. Da die Evaluation dieser Wörter positiv ist (d.h. evaluative Konstanz bezüglich beider Systeme), muß jeweils *Eigene Extensionalisierung* vorliegen. D.h. unter die Extension der varianten Gebräuche fallen jeweils die Lehren/Herrschaftsformen/politischen Ideen (bei Gebrauch (a)) bzw. die politischen Systeme/Länder (bei Gebrauch (b)) der *eigenen* Seite, d.h. bei referentiellem Gebrauch kann z.B. *die Demokratie* jeweils nur auf die der eigenen gesellschaftlichen Norm entsprechende konkrete

oder abstrakte Entität mit Wahrheit angewendet werden.

Daher: Doppelte Eigenextensionalisierung.

Miranda können somit auch als d o p p e l t e i n s e i t i g
b e z ü g l i c h e Fahnenwörter gefaßt werden.

Semantische Varianten mit deskriptiver Varianz und evaluativ positiver Konstanz sind politische Leitwörter oder Fahnenwörter beider Gesellschaftssysteme. Leitwörter werden nie als Stigmawörter verwendet. Politische Leitwörter sind Objekte (groß)gruppen- und parteibezogener sprachlicher Usurpationsversuche.

Z.B.: *Demokratie, Freiheit, sozial, Fortschritt ...*

sind Leitwörter sowohl der BRD als auch der DDR
oder

freiheitliche Demokratie - soziale Demokratie

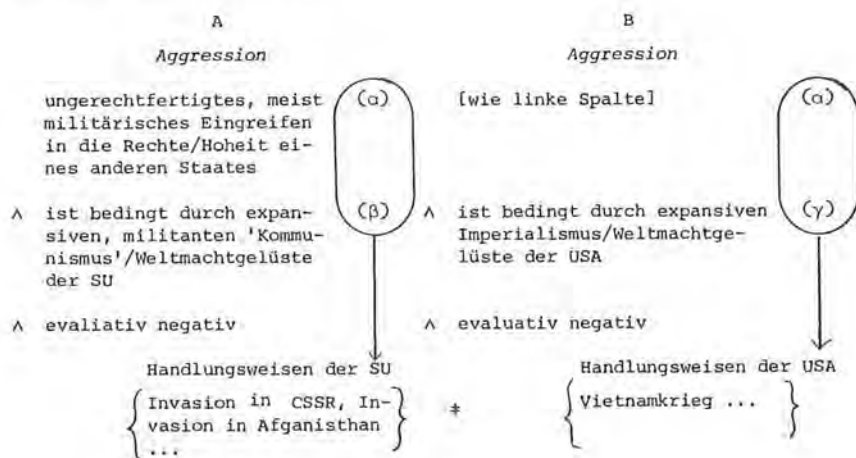
sind Leitwörter der CDU bzw. der SPD innerhalb
der BRD

[1.2.] Anti-Miranda

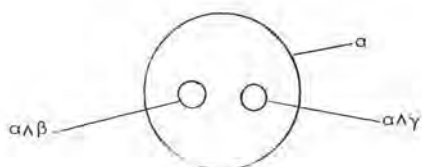
Anti-Miranda sind Wörter, die in beiden Kommunikationsgemeinschaften/ideologischen Systemen A und B gebraucht und von der Ideologie b e i d e r Gesellschaftssysteme gleichermaßen abgewiesen werden, und zwar mit jeweils (möglicherweise) großgruppenübergreifend i d e n t i s c h e r e v a l u a t i v - n e g a t i v e r , aber n i c h t - i d e n t i s c h e r d e s k r i p t i v e r Bedeutung.

Entsprechend der Tatsache, daß Anti-Miranda die Negation der Leitwörter (Miranda) darstellen, verhalten sich auch Intensions- und Extensionsstruktur der Anti-Miranda spiegelbildlich zu [1.1.]. Die deskriptive Struktur kann ganz parallel zu der von [1.1.] rekonstruiert werden, d.h. es gibt einen gemeinsamen intensionalen Kern (a) und variante periphere Bestimmungen; die evaluative Komponente ist auf beiden Seiten konstant negativ (im Gegensatz zu [1.1.]) und die negative Evaluation ist im direkten Zusammenhang

zu sehen mit der wechselseitigen Fremde xtensionalisierung der varianten Gebräuche. Als Beispiel diene *Aggression*:

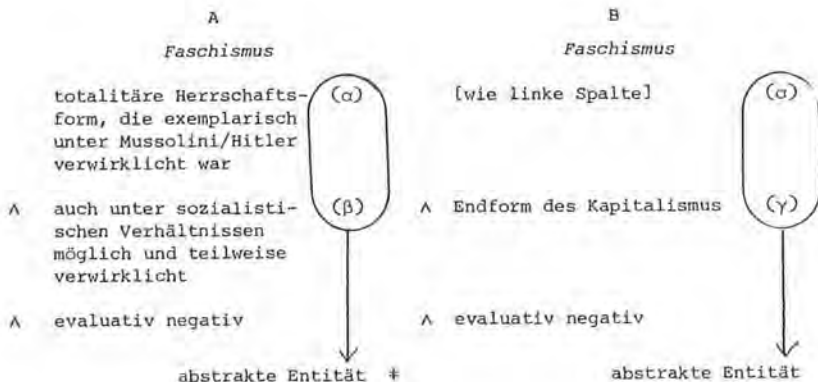


Extensionale Beziehungen:



Ein anderes Beispiel ist *Faschismus*. *Faschismus* wird seiner semanti-
schen Form nach meist wie *Demokratie* (a) gebraucht, d.h. als Name/
singulär definite Kennzeichnung für eine abstrakte Herrschafts-
form.

Selten sind auch Gebräuche analog zu *Demokratie* (b), also im Sinne
von 'faschistische Länder', möglich.



Für das Verhältnis der Parameter 'deskriptive/evaluative Varianz', 'Extension' und 'Anti-Miranda-Funktion' gilt folgender Satz:

Anti-Miranda beider Systeme haben bei deskriptiver Varianz unterschiedliche (meist elementfremde) Extension. Da die Evaluation dieser Wörter negativ ist (evaluative Konstanz bezüglich beider Systeme) muß *w e c h s e l s e i t i g e F r e m d e x t e n s i o n a l i s i e r u n g* vorliegen. D.h. unter die Extension der varianten Gebräuche fallen jeweils Lehren/Herrschaftsformen/politische Ideen/Handlungsweisen oder die politischen Systeme/Länder der jeweils *a n d e r e n* Seite, d.h. bei referentielltem Gebrauch kann z.B. *Faschismus* jeweils nur auf eine konkrete oder abstrakte Entität mit Wahrheit angewendet werden, die nicht dem eigenen gesellschaftlichen Normensystem entspricht, sondern dem jeweils entgegengesetzten zugewiesen wird.

Anti-Miranda können somit auch als *w e c h s e l s e i t i g b e z ü g l i c h e S t i g m a w ö r t e r* gefaßt werden.

Semantische Varianten mit deskriptiver Varianz und evaluativ negativer Konstanz sind politische Anti-Miranda oder Stigmawörter *b e i d e r* Gesellschaftssysteme. Solche Stigmawörter werden nie als Leitwörter verwendet, zwischen Leitwörtern und Anti-Miranda gibt es keinen Funktionsklas-

senwechsel. Politische Anti-Miranda sind Mittel wechselseitiger Gruppen-/Parteistigmatisierung.

(z.B.: *Aggression, Aufrüstung* ...: BRD<->DDR
(*Rechts-/Links-)Extremismus* ...: CDU<-> SPD)

[2.] Abgrenzungsvokabular

Das (Freund-Feind-)Abgrenzungsvokabular besteht aus Wörtern, die in den beiden Kommunikationsgemeinschaften/ideologischen Systemen mit jeweils unterschiedlicher Funktion, d.h. als Fahnen- oder als Stigmawörter verwendet werden.

Wenn es um die Frage der Gleichheit von Extension/Referenz geht, müssen die Funktionsklassen Fahnenwort und Stigmawort zusammen behandelt werden, d.h. für die varianten Gebräuche eines Wortes muß jeweils simultan untersucht werden, ob die deskriptiv/evaluative Varianz beim Gebrauch als Fahnenwort der einen Seite und als Stigmawort der anderen Seite zu identischer/entsprechender/verschiedener Extension führt. D.h.: im folgenden werden die Funktionsklassen zusammengefaßt (vgl. [2.1.]).

Allerdings gibt es, abgesehen von diesem symmetrischen Gebrauch als Fahnenwort der einen Seite und gleichzeitig als Stigmawort der anderen Seite, innerhalb des Abgrenzungsvokabulars auch asymmetrische Fälle (vgl. [2.2.]):

[2.2.1.]: Einseitiger Gebrauch als Fahnenwort/Gebrauchsvermeidung

[2.2.2.]: Einseitiger Gebrauch als Stigmawort/Gebrauchsvermeidung

Als vereinzelt Sonderfall führen wir noch den Fall

[2.1.3.]: Gleichzeitiger Gebrauch eines Wortes als Fahnenwort und Stigmawort durch eine Seite/Partei

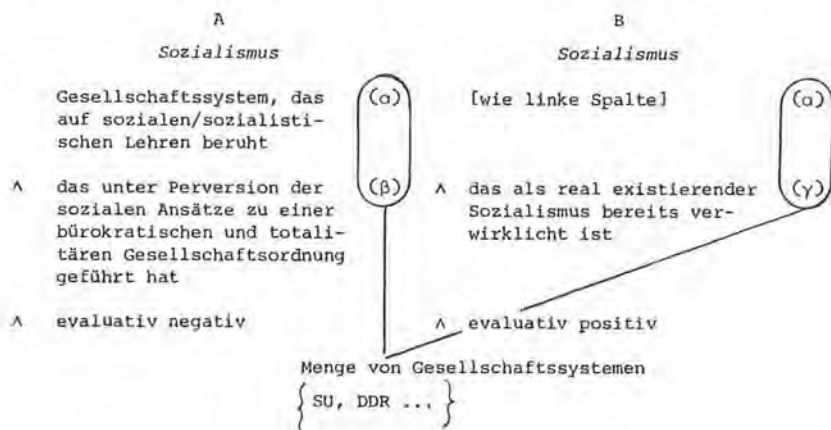
[2.1.] Fahnenwörter und Stigmawörter

Hier unterscheiden wir nochmals zwischen Wörtern, deren Gebrauch

sowohl deskriptiv als auch evaluativ variant ist, und Wörtern, deren Gebrauch deskriptiv weitgehend konstant und vor allem evaluativ variant ist,

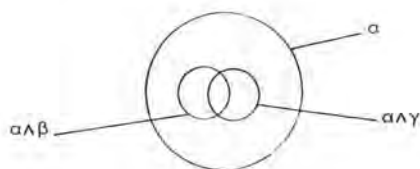
[2.1.1.] Deskriptiv variante Fahnenwörter/Stigmawörter

Als Beispiel dient *Sozialismus*, das allerdings unter [2.1.3.] nochmals aufgegriffen werden muß. *Sozialismus* verfügt über mehrere untereinander polyseme Bedeutungen (vgl. Strauß 1983, 346), von denen mindestens eine abstrakt ist (*Sozialismus* als Lehre, als politische Richtung/Bewegung, *Sozialismus* als politische Gesinnung/Verhaltensweise) und eine konkret (*Sozialismus* als Herrschaftsform/politisches System). Ähnlich wie bei den polysemen Gebräuchen von *Demokratie* können wir wieder die Varianz bei den polysemen Verwendungsweisen von *Sozialismus* rekonstruieren. Wir beschränken uns zunächst auf die konkrete Gebrauchsweise 'sozialistisches System'. In diesem Gebrauch wird *Sozialismus* als Fahnenwort der DDR und als Stigmawort von seiten der BRD gebraucht:



Hier ist nur die Teilintension α identisch, die Teilintensionen β und γ jedoch sind trotz ihrer Intensionsverschiedenheit extensionsgleich bzw. zumindest extensionsüberschneidend.

Extensionale Beziehungen:



Wir haben in der Beispielrekonstruktion *E x t e n s i o n s - i d e n t i t ä t* angenommen. Eventuell ist diese Annahme zu stark und die Extensionen der beiden varianten Gebräuche überschneiden sich nur. Auf jeden Fall ermöglicht eine Extensionsüberschneidung die Referenzidentität im konkreten referentiellen Gebrauch. D.h. es gibt gesellschaftliche Systeme, auf die mit beiden varianten Gebräuchen im referentiellen Gebrauch Bezug genommen werden kann.

Für das Verhältnis der Parameter '(deskriptive)/evaluative Varianz', 'Extension' und 'Fahnenwort-/Stigmawortfunktion' gilt folgender Satz:

Stigmawörter, die gleichzeitig als Fahnenwörter der anderen Seite gebraucht werden (Fahnenwörter/Stigmawörter), haben zumindest überschneidende Extension (im Grenzfall Extensionsgleichheit). Diese Extensionsüberschneidung gewährleistet, daß im referentiellen Gebrauch ein und dieselbe 'Sache' von der einen Seite "auf die Fahne geschrieben" und von der anderen Seite "stigmatisiert" werden kann.

Die Evaluation muß bei beiden Gebräuchen *v e r s c h i e d e n* sein, positiv beim Gebrauch als Fahnenwort, negativ beim Gebrauch als Stigmawort. In der Regel liegt *j e w e i l i g e E i g e n (F a h n e n w o r t) - u n d F r e m d - e x t e n s i o n a l i s i e r u n g (S t i g m a w o r t)* vor.

Seltener kann der Gebrauch als Fahnenwort sich auch auf po-

sitiv eingeschätzte Erscheinungen der *a n d e r e n* Seite (die dem eigenen gesellschaftlichen Normensystem konform sind) beziehen, und der Gebrauch als Stigmawort auf negativ eingeschätzte Erscheinungen der *e i g e n e n* Seite, die entweder als Abweichungen vom gesellschaftlichen Normensystem bewertet werden oder (bei einem pluralistischen Gesellschaftssystem) als eine den Idealen einer politischen Partei/Gruppe nicht entsprechende gesellschaftliche Entwicklung.

Deskriptive Varianz, wie sie bei [2.1.1.] vorliegt, ist nicht unbedingt Voraussetzung für den Gebrauch als Fahnenwort/Stigmawort, sie dürfte jedoch in der Mehrzahl der Fälle vorliegen.

[2.1.2.] Deskriptiv (weitgehend) invariante Fahnenwörter/ Stigmawörter

Als Beispiel kann hier *Kommunismus* dienen, das wiederum über mehrere abstrakte und konkrete Gebräuche verfügt (vgl. *Demokratie*, *Sozialismus*).



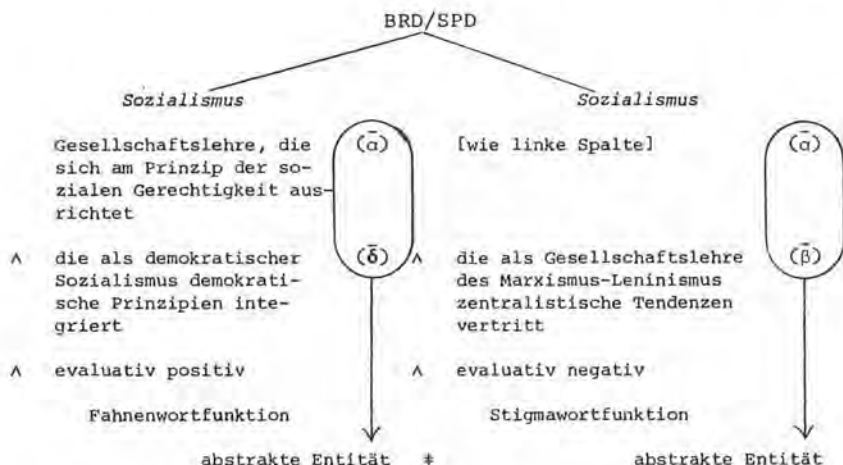
[2.1.3.] Gleichzeitiger Gebrauch als Fahnenwort und als Stigmawort durch *e i n e* Seite/Partei

Ein Sonderfall, der nur an wenigen Wortbeispielen zu beobachten ist, ist der Fall, daß *e i n e* Partei ein bestimmtes Wort zu-

gleich als Fahnenwort u n d als Stigmawort gebraucht.

Hier ist die funktionale Divergenz Fahnenwortfunktion vs. Stigmawortfunktion nicht wie in den anderen Fällen an die Verschiedenheit der Gruppen (Großgruppen/Parteien) gebunden, die jeweils das Wort in verschiedener Funktion gebrauchen, sondern die funktionale Divergenz bleibt g r u p p e n i n t e r n.

Ein Beispiel dafür ist *Sozialismus* in seinem BRD-internen Gebrauch durch die SPD. Die Doppelfunktion wird hier an e i n e r der polysemen Bedeutungen (semantischen Dimensionen) von *Sozialismus*, nämlich 'Gesellschaftslehre, ...', zunächst aufgezeigt:



Bezüglich der Faktoren

- polyseme Bedeutung
- Funktion als Stigmawort/Fahnenwort
- primärer Gebrauch

scheint sich folgende Verschränkung zu ergeben, wenn wir nur die beiden polysemen Gebräuche 'Lehre' und 'System' (vgl. [2.1.1.]) betrachten:

SPD:

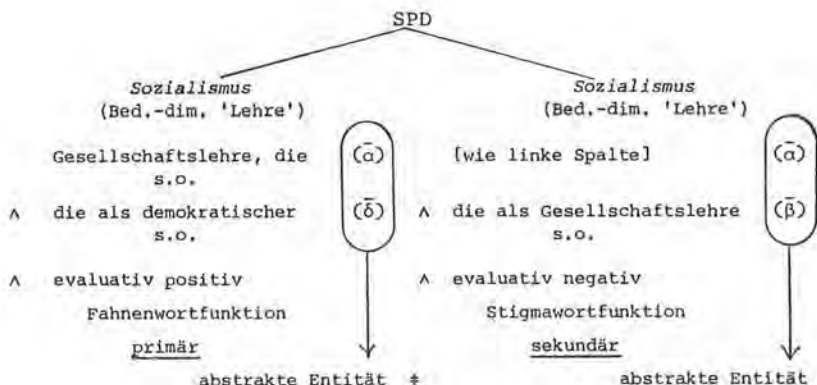
Beim Gebrauch als Fahnenwort ist die Bedeutungsdimension 'Gesellschaftslehre' primär, die Bedeutungsdimension 'System' sekundär. Beim Gebrauch als Stigmawort ist die Bedeutungsdimension 'System' primär und die Dimension 'Lehre' sekundär.

Oder:

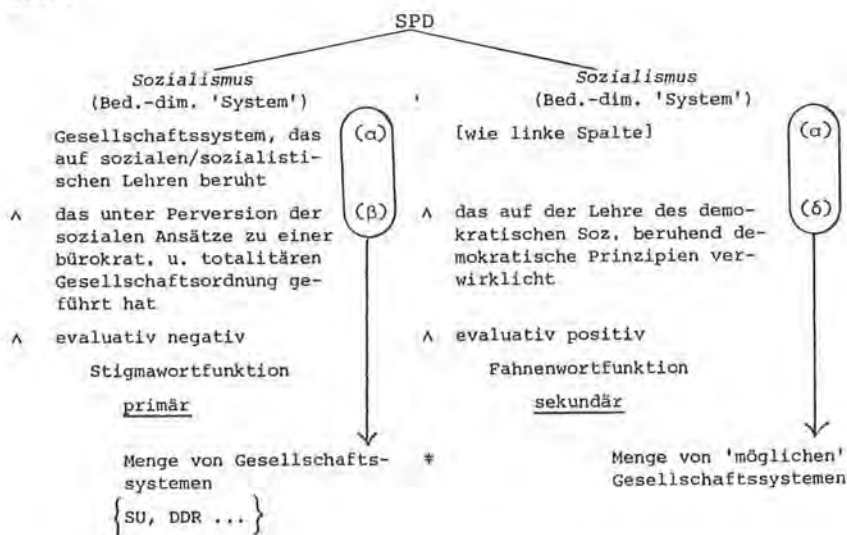
In der Bedeutungsdimension 'Lehre' ist der Gebrauch als Fahnenwort primär, als Stigmawort sekundär.

In der Bedeutungsdimension 'System' ist der Gebrauch als Stigmawort primär, als Fahnenwort sekundär.

Wir verdeutlichen das in folgendem Schaubild:



bzw.:



Diese Verteilung der primären Funktion auf die beiden verschiedenen Bedeutungsdimensionen läßt sich aus der historischen Entwicklung und der gegenwärtigen Situation erklären:

Die Stigmatisierung muß von seiten der SPD primär auf die Realisationen des Sozialismus in konkreten Gesellschaftsordnungen gerichtet sein, nicht gegen bestimmte Varianten der sozialistischen Idee oder Lehre. Dagegen muß sich die Fahnenwortfunktion auf die Idee einer bestimmten (idealen) Form der sozialistischen Gesellschaftsordnung, also auf die Idee des demokratischen Sozialismus, beziehen, die noch nicht oder kaum Konkretisierung in gesellschaftlichen Ordnungen gefunden hat.

Das Schaubild soll auch den Zusammenhang zwischen den Bedeutungskomponenten in den beiden Bedeutungsdimensionen aufzeigen:

α entspricht $\bar{\alpha}$, β $\bar{\beta}$ und δ entspricht $\bar{\delta}$.

'Entsprechen' heißt hier, daß sie jeweils im Verhältnis von Realisation (α, β, δ) und Idee ($\bar{\alpha}, \bar{\beta}, \bar{\delta}$) zueinander stehen.

Für das Verhältnis der Parameter 'deskriptive/evaluative Varianz', 'Extension' und 'Fahnenwort-/Stigmawortfunktion' gilt hier:

Wörter, die von einer Partei gleichzeitig als Fahnenwort und als Stigmawort gebraucht werden, haben in diesem Gebrauch bezüglich der jeweils einschlägigen Bedeutungsdimension unterschiedliche Extension. Diese Extensionsverschiedenheit bei gleichzeitiger Evaluationsverschiedenheit gewährleistet, daß das Wort gleichzeitig als Fahnenwort positiv auf die (Ideen, Lehren usw. der) eigene(n) Seite und als Stigmawort negativ auf die (Ideen, Lehren usw. der) andere(n) Seite bezogen werden kann.

Dieser Gebrauch setzt eine relativ starke deskriptive Varianz zwischen dem Fahnenwort- und dem Stigmawortgebrauch durch diese Partei voraus.

Die Extensionsverschiedenheit ist gebunden an die beiden Faktoren:

- konstante Partei als Sprechergruppe
- unterschiedliche Funktion als Fahnenwort/Stigmawort.

D.h. wenn das Wort auch noch durch eine andere Partei oder Gruppe gebraucht wird, d.h. wenn gruppenverschiedene Gebräuche (in derselben Bedeutungsdimension) aufeinandertreffen, so können diese sehr wohl extensionsgleich sein: z.B. vgl. [2.1.1.]: den Gebrauch von *Sozialismus* durch die BRD als Stigmawort für die 'sozialistischen Staaten' und den Gebrauch von *Sozialismus* durch die DDR als Fahnenwort für die 'sozialistischen Staaten'.

[2.2.] Einseitige Gebräuche als Fahnenwort oder als Stigmawort bzw. Gebrauchsvermeidung

[2.2.1.] Einseitiger Gebrauch als Fahnenwort bzw. Gebrauchsvermeidung

Hierher gehören vor allem diejenigen positiv besetzten Begriffe (aus der Theorie) des Marxismus-Leninismus, die von der anderen Seite (BRD) nicht als geeignete Interpretationsvokabeln der sozialen Realität betrachtet und daher eher gemieden (oder zurück-

gewiesen) werden, ohne daß man sie direkt als Stigmawörter betrachten kann.

Werden sie tatsächlich von BRD-Seite gebraucht, so handelt es sich um eine Art 'uneigentlichen' Gebrauch. Etwa wird

die Arbeiterklasse (der DDR)

z.B. im BRD-Fernsehen gebraucht im Sinne von

'die sogenannte Arbeiterklasse', 'das was in der DDR als Arbeiterklasse interpretiert wird' usw.

Dieser Gebrauch kann etwa so rekonstruiert werden:

Es gibt eine Gesellschaftstheorie, die nennt eine bestimmte gesellschaftliche Erscheinung, auf die ich mich jetzt gerade beziehe, *Arbeiterklasse*, aber ich teile die Ansichten dieser Gesellschaftstheorie nicht, ich würde daher auch die Erscheinung, auf die ich gerade referiere, normalerweise nicht *Arbeiterklasse* nennen - ich schließe mich jedoch aus bestimmten Gründen dem Sprachgebrauch und Interpretationsgebrauch der anderen Seite an - z.B. um ihn zu demaskieren usw.

Zugespitzt wird diese Gebrauchsvermeidung im Falle der Anwendung des Wortes auf Erscheinungen der gesellschaftlichen Realität der BRD: Dort wird der Gebrauch häufig zurückgewiesen im Sinne einer Art Präsuppositionsverletzung (vgl. unten [4.] in Kap. 3.2.):

Proletariat, Arbeiterklasse, Klassenkampf usw.

3.2. Lexikalisch-semantische Varianten - Paare

Da es sich bei den ideologischen Bezeichnungsvarianten (oder (Teil)Synonymen oder "synonymischen Unterscheidungen") einerseits um Abstrakta handelt, d.h. um Ausdruckspaare, mit denen man über nicht-konkrete Entitäten prädiziert bzw. in referentielltem Gebrauch auf nicht-konkrete Gegenstände referiert, andererseits um Konkreta, d.h. um Ausdruckspaare, mit denen man über konkrete Entitäten prädiziert bzw. in referentielltem Gebrauch auf konkrete Gegenstände referiert, soll hier versucht werden, bei der Behandlung e i n e s bestimmten Typs von Variantenpaaren von jeweils konkreteren zu abstrakteren Fällen fortzuschreiten.

In der nachfolgenden Klassifizierung von Bezeichnungsvarianten des gesellschaftspolitischen/ideologischen Bereichs wird gefragt, ob die varianten Gebräuche der Elemente von Variantenpaaren bzw. die zwischen den Paaren bestehende deskriptive/evaluative Varianz entweder 1. zu identischer bzw. überschneidender Extension der Ausdrücke führt (vgl. [1.1., 3.1., 4.]), oder 2. zu teilidentischer bzw. entsprechender Extension (vgl. [2., 3.2.]), oder 3. zu unterschiedlichen Extensionen. Oder anders gefragt: In welcher Weise und in welchem Maße wirkt sich der jeweilige (deskriptive/evaluative) Varianzgrad der Paarelemente auf ihre Extensionalisierung aus? D.h.: führt der (kontextuelle) Gebrauch der varianten Ausdrücke zu Referenzdifferenzen oder -identitäten? Variantenpaare lassen sich auffassen als Kombinationen aus den in ihrer (konträren) Funktion meist an die Verschiedenheit von Gruppen gebundenen Funktionsklassen (zu Ausnahmen vgl. [2.1.3.] in Kap. 3.1.) des Abgrenzungsvokabulars, also aus Fahnenwörtern und Stigmawörtern, wie wir es unter [2.] in Kap. 3.1. gegliedert haben. Die Elemente von Variantenpaaren werden also als jeweils einseitig bezügliche Fahnenwörter u n d Stigmawörter gebraucht; in dieser Funktion unterliegen sie auf der jeweils anderen Seite der Gebrauchsvermeidung, -zurückweisung oder -kritik. Zurückweisung oder Kritik eines Gebrauchs sind dadurch zu erklären, daß die eine Seite die Fahnen- oder Stigmawörter der anderen Seite als nicht geeignete Interpretationsvokabeln für Erscheinungen der sozialen Realität generell und speziell für Erscheinungen der jeweils gemeinten sozia-

len Realität betrachtet: Sei es, daß die eine Seite die in der Variante der anderen Seite enthaltene Prädikation gemäß der eigenen gesellschaftlichen Norm als falsch oder nicht-normenkonform bewertet, sei es, daß sie die mit der Variante verbundene Präsupposition bezüglich eines bestimmten Denotats ablehnt.

Die einzelnen Ausdrücke von Variantenpaaren sind daher per definitionem weder als wechselseitig bezügliche Fahnenwörter (also als Leitwörter mit doppelter Eigenextensionalisierung, vgl. [1.1.] in Kap. 3.1.) noch als wechselseitig bezügliche Stigmawörter (also als Anti-Miranda mit wechselseitiger Fremdextensionalisierung, vgl. [1.2.] in Kap. 3.1.) aufzufassen, sondern als antagonistisch aufeinander bezogene und zueinander im Verhältnis großgruppenbezogen deskriptiver und/oder evaluativer Varianz stehende Varianten mit jeweils wechselseitiger Gebrauchsablehnung. Dabei liegt zwischen den Ausdrücken von Variantenpaaren in der Regel jeweils starke evaluative Varianz vor, während bezüglich der deskriptiven Komponente auch Übereinstimmung einer oder mehrerer Teilintensionen oder eines intensionalen Kerns vorliegen kann.

Im Unterschied zu den semantischen Varianten - wobei variante Gebräuche innerhalb der gleichen kontextuellen Umgebung zu erwarten sind und eine Variante unter Konstanthaltung des Kontextes durch einen varianten Gebrauch 'ersetzt' werden kann mit der Folge, daß Bedeutungsvarianz durch den Kontext nicht beseitigt werden kann - ist bei den Variantenpaaren stärker zu berücksichtigen, daß sie einer bestimmten 'homogenen' Klasse von politisch-ideologischen Kontexten bzw. einem bestimmten Typ von spezifischer Kommunikationssituation - dem deutsch-deutschen Dialog - konstant zuzuordnen sind. Nur in dieser für sie usuellen Kontextklasse ist ihr Gebrauch 'stabil'; außerhalb dieser fixen Kontextklasse kann ihr Gebrauch von ganz anderen, z.B. allgemeineren Gebrauchsregeln determiniert werden (z.B. *Mauer* im allgemeinen Bereich und in politischen Texten). Kennzeichnend für die Variantenpaare ist ferner, daß die in diesem Sinne kontextdeterminierten Gebrauchsregeln oder Bedeutungen der Varianten, soweit

sie im Kommunikationsbereich der deutsch-deutschen Beziehungen Gültigkeit haben, häufig nicht lexikalisiert sind. Diese semantische Determination der Variantenpaare durch eine bestimmte Kontextklasse ist von der einschlägigen Forschung bisher übersehen worden (vgl. oben in Kap. 2.1. und 2.2. das zu Dieckmann, Hellmann, Schmidt u.a. Gesagte).

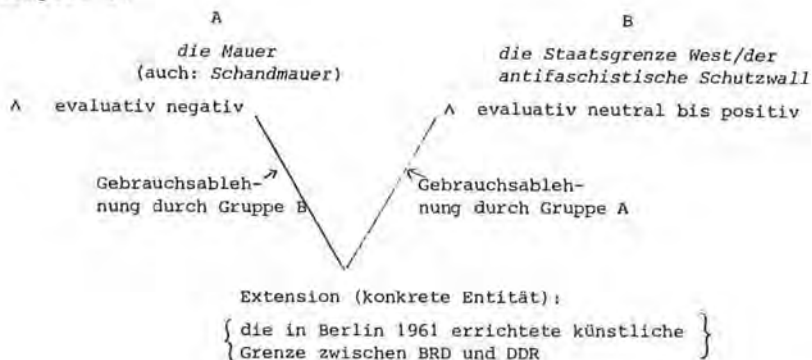
[1.] Variantenpaare mit identischer Extension
(konkreteste Stufe)

Bei den Varianten unter [1.] handelt es sich vorwiegend um Prädikatoren (oder Eigennamen), mit denen man über konkrete Entitäten prädiziert (oder sie identifiziert). Im Falle von Konkreta erscheint das Problem der 'Gleichheit von Denotaten' bzw. die Angabe von Identitätskriterien bei gruppenbezogenem variantem Gebrauch weniger schwer faßbar als bei Abstrakta (vgl. [3.]).

[1.1.] Das Denotat ist eine Einermenge

Die Bezeichnungsvarianten dieser Gruppe werden im politischen Sprachgebrauch häufig wie Eigennamen verwendet, d.h. ein Appellativ wird mit dem definiten Artikel verbunden und diese Verbindung (linguistisch als 'Kennzeichnung' zu fassen) kann singular definit referierend für *e i n e n* einzigen Gegenstand gebraucht werden. Bezeichnungsvarianten sind dann Syntagmen wie z.B. *die Mauer* - (*die*) *Staatsgrenze West*/*(der)* *antifaschiste(r) Schutzwall* usw.

[Beispiel 1]



Der Gebrauch der Variante *die Mauer* als Stigmawort von A (gegen B) unterliegt der Gebrauchsablehnung durch B bzw. der Gebrauch von *die Staatsgrenze West* als Fahnenwort von B unterliegt der Gebrauchsablehnung durch A. Die wechselseitige Gebrauchsablehnung setzt voraus, daß die jeweilige Variante der einen Seite (gleichgültig ob sie Fahnenwort für die eigene Seite oder Stigmawort gegen die andere Seite ist) von der anderen Seite als nicht geeignete, die soziale Realität verfälschende oder euphemistisch verhüllende Interpretationsvokabel zurückgewiesen wird.

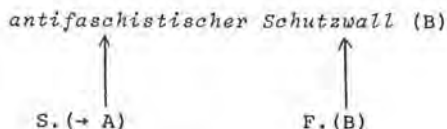
Die von den Bezeichnungsvarianten bezeichneten Gegenstände sind im vorliegenden Fall miteinander *identisch*: Das Denotat der Varianten ist eine *Eienermenge*.

Der Ausdruck *antifaschistischer Schutzwall* weist folgende Besonderheit auf: Er ist die Variante der DDR zur Bezeichnung der Staatsgrenze zwischen der BRD und DDR und hat eine Doppelfunktion als

Fahnenwort für die DDR (= F. (B)): 'Schutzwall (gegen)...'

und als

Stigmawort gegen die BRD (= S. (→ A)): '(gegen den) Neofaschismus in der BRD'



Diese Doppelfunktionalität kommt dadurch zustande, daß mehrere (mindestens zwei) verschiedene deskriptive und evaluative Bedeutungen syntagmatisch komponiert werden, wie hier die stigmatisierende deskriptiv-evaluative Bedeutung des Attributes *antifaschistisch* und die stark evaluativ-positive Bedeutung des Nomens *Schutzwall*, das als Fahnenwort fungiert. Sie ist also nur möglich bei in irgendeiner Weise kompositional aufzufassenden Bezeichnungen, also Wortzusammensetzungen, festen Lexemverbindungen, Phraseologismen. Dabei dürfte dieses Phänomen der Doppelfunktionalität

nicht auf das Vorkommen als Bestandteil lexikalischer Variantenpaare beschränkt sein, sondern Doppelfunktionalität kann auf alle ideologischen Ausdrücke mit der beschriebenen semantischen Mehrgliedrigkeit zutreffen.

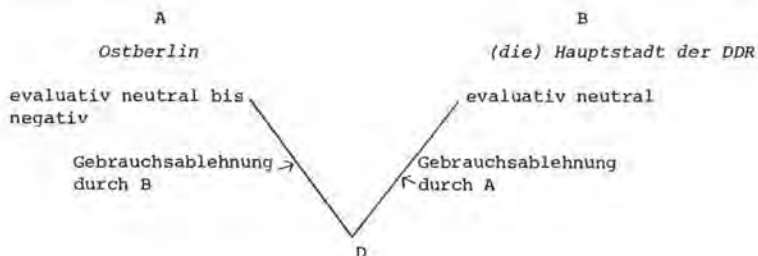
Doppelfunktionalität - als Phänomen des Gebrauchs eines Wortes durch *e i n e* ideologische Gruppe - unterscheidet sich von Varianz des Gebrauchs eines Wortes durch eine Gruppe in folgenden Punkten:

- die evaluativen Bestandteile - also die positive Wertung, die die Fahnenwort-Funktion determiniert, und die negative Wertung, die die Stigmawort-Funktion determiniert, werden *k o n j u n k t i v* verknüpft (oder 'komponiert', nicht disjunktiv wie bei Varianz);
- die deskriptive Bedeutung des doppelfunktionalen Wortes ist semantisch stabil im Gegensatz zu den deskriptiv-semantisch instabilen Wörtern mit Varianz;
- das doppelfunktionale Wort wird einheitlich extensionalisiert, während varianter Gebrauch eines Wortes durch *e i n e* Gruppe unterschiedliche Extensionalisierung (Fremdextensionalisierung der negativ-evaluativen Variante mit Stigmawort-Funktion - Eigenextensionalisierung der positiv bewerteten Variante mit Fahnenwort-Funktion) erfährt.

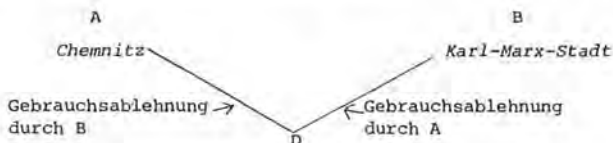
Dieser Kontrast kann an einem Vergleich des doppelfunktionalen Gebrauchs von *antifaschistischer Schutzwall* durch *e i n e* Gruppe (DDR) mit dem varianten Gebrauch von *Sozialismus* durch eine Gruppe (SPD) (vgl. [2.1.3.] in Kap. 3.1.) erhärtet werden.

Zu der Gruppe von Beispielen, bei denen das Denotat eine Einzermenge ist, gehört auch der Fall, daß eine der beiden Varianten ein Eigenname ist:

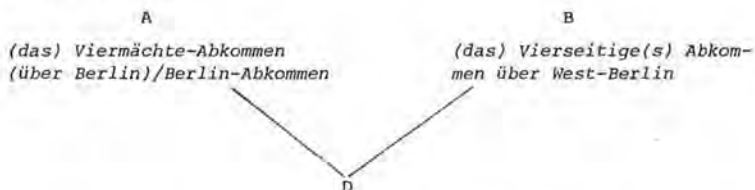
[Beispiel 2]



oder beide Varianten Eigennamen sind:



oder beide Varianten unterschiedliche Bezeichnungen für einen Vertrag sind:



Hier bringen die beiden Varianten die Unterschiedlichkeit des (juristisch-politischen) Geltungsbereichs des Vertrags zum Ausdruck: das Abkommen soll einmal für g a n z Berlin, zum anderen nur für W e s t - Berlin gelten.

Diese in den Beispielen rekonstruierten Konstellationen sind möglich, wenn

- das Denotat für beide Systeme gleichermaßen ein 'Politikum' darstellt (vgl. Beispiel 1)

- das Denotat spezifisch nur für eine der beiden Gruppen ist (vgl. Beispiel 2; vgl. auch im Handwörterbuch d.dtsch. Gegenwartssprache Wortgruppe 4.2.; vgl. Keßler 1977, Dallmann 1977).

Hierher gehören auch die in der BRD lange Zeit verwendeten Bezeichnungsvarianten für die DDR und die sozialistischen Länder: *Mitteldeutschland, Sowjetzone, Ostzone, Ostblock*.

[1.2.] Das Denotat ist keine Einermenge (sonst wie [1.1.])

Dieser Fall ist hier aus systematischen Gründen aufgeführt. Beispiele konnten noch keine gefunden werden.

Zwischenbemerkung:

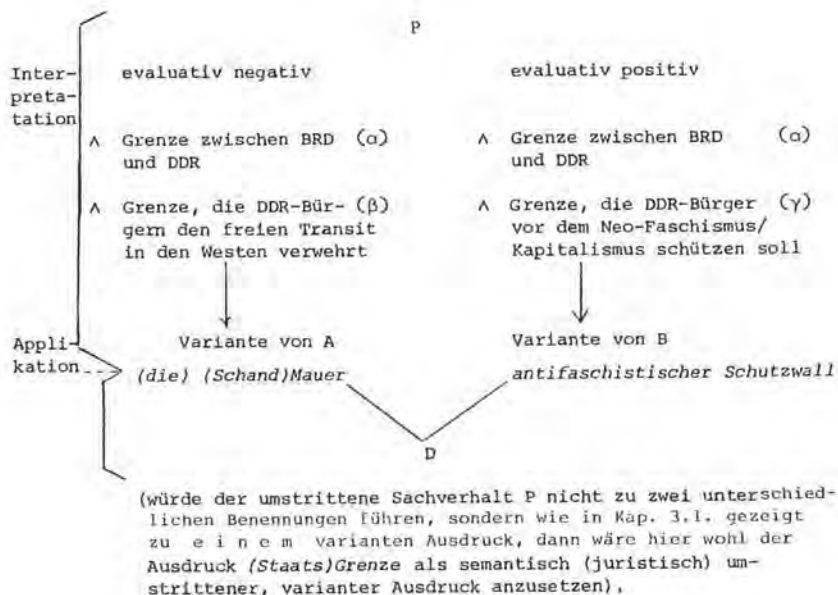
Da es sich bei Kap. 3.2. um eine Umkehrung von Kap. 3.1. bzw. eine komplementäre Methode zu Kap. 3.1. handelt, kann für den varianter *l e x i k a l i s c h e n* Gebrauch die Rede von der Gleichheit des Denotats zwischen BRD- und DDR-Gebräuchen analog zu oder als Umkehrung von Kap. 3.1. rekonstruiert und motiviert werden. Die beiden Methoden - die man sowohl als alltagspraktische Verfahren als auch als wissenschaftliche Methoden, die eben diese alltagspraktischen Verfahren rekonstruieren, verstehen kann - bezeichnen wir hier und nachfolgend kurz als *A p p l i k a t i o n* (Ausgangspunkt: sprachlicher Ausdruck) und *I n t e r p r e t a - t i o n* (Ausgangspunkt: außersprachlicher Problemverhalt).

Demzufolge gehen wir in Kap. 3.2. von den jeweils unterschiedlichen ideologischen Standorten (der beiden Gruppen A und B) aus und von diesen Standorten aus relativ zu einem bestimmten Sachverhalt/Problemverhalt P gegebenen varianten (evaluativen und deskriptiven) Interpretationen und den dadurch motivierten verschiedenen sprachlichen Ausdrücken. Bezeichnungsvarianz wird also konstituiert durch ideologisch variante deskriptive und evaluative Einschätzung oder Beurteilung eines (problematischen) Gegenstands mit der Folge unterschiedlicher Benennungsgebung. Bezeichnungsvarianz ist motiviert durch semantische (deskriptive/evaluative) Varianz.

Bei P handelt es sich um den außersprachlichen Sachverhalt/Problemverhalt, der durch die Elemente des Variantenpaares interpretiert wird. Er entspricht bei der gegenläufigen Operation, die ihren Ausgangspunkt bei den sprachlichen Ausdrücken, nämlich einem Variantenpaar (vgl. Applikation!), nimmt, der Extension/dem Denotat D des Variantenpaares. Ermitteltbar ist der Problemverhalt, nach unserer Auffassung, allemal nur durch den Vergleich des Sprachgebrauchs beider Elemente des Variantenpaares. D.h. jedem denotatsbezogenen Verfahren (Interpretation) ist forschungspraktisch ein ausdrucksbezogenes Verfahren (Applikation) vorzuschalten.

Wir stellen unser Beispiel 1 mit beiden gegenläufigen Operationen dar:

[Beispiel 1]



Für jede der beiden Seiten unterliegt die Variante der jeweils anderen Seite der Gebrauchsablehnung, die jeweils abgelehnte Variante wird von der ablehnenden Seite nur zitierend oder uneigentlich verwendet.

Für Elemente von Variantenpaaren mit gleicher Extension gilt folgender Satz:

Elemente von Variantenpaaren der konkretesten Stufe, die meist in Phrasen singulär definit referierend oder als Eigennamen verwendet werden können und meist eine (konkrete) Einermenge als Denotat haben, sind im Sprachgebrauch zwischen den beiden Gruppen evaluativ variant (und deskriptiv weitgehend konstant bis variant). Die jeweils von einer Seite als Fahnenwörter/Stigmawörter verwendeten Elemente von Variantenpaaren werden von der anderen Seite (in dieser jeweiligen Funktion) vermieden oder zurückgewiesen oder uneigentlich gebraucht.

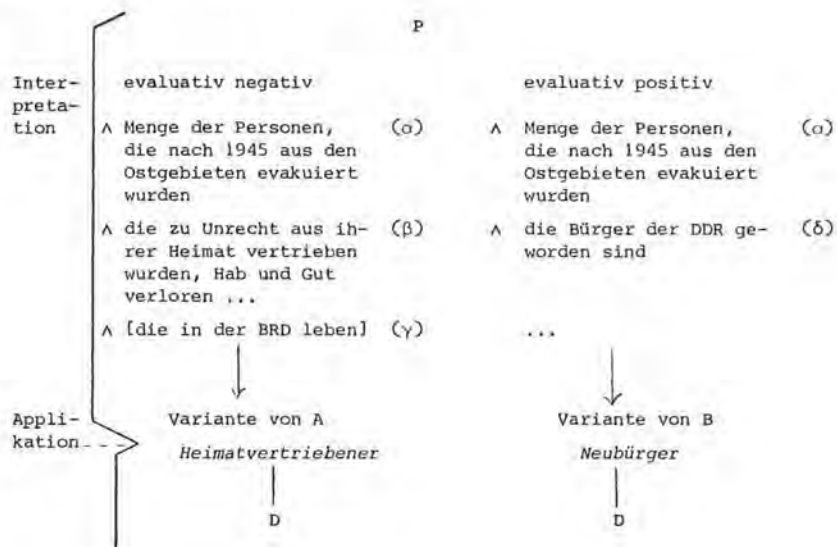
[2.] Variantenpaare mit nicht-identischer Extension (abstraktere Stufe 1)

Es gibt konkrete Gegenstände in der realen gesellschaftlichen Welt, auf die mit referierenden Ausdrücken, die die Bezeichnungsvarianten enthalten, referiert werden kann, wobei aber nicht die konkreten Gegenstandsmengen als Extension der Variantenpaare gleich sind, sondern jeweils nur einander 'entsprechende' Mengen. Wir versuchen daher, die Variantenpaare so zu umschreiben, daß ein gemeinsamer intensionaler Kern sichtbar wird und jeweils unterschiedliche periphere Bestimmungen, die die Bezeichnungsdivergenz motivieren.

[Beispiel 3]

Der zwischen beiden Gruppen variierende Gebrauch von Ausdrücken zur Beschreibung des Sachverhalts (P), daß Bürger des ehemaligen Deutschen Reiches nach 1945 aus den Ostgebieten vertrieben/ausgesiedelt und Bürger entweder der BRD oder der DDR wurden, läßt

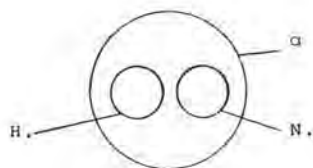
sich anhand der beiden Varianten *Heimatvertriebener* und *Neubürger* wie folgt rekonstruieren; dabei wollen wir offen lassen, ob Bedeutungskomponente γ zutrifft oder nicht:



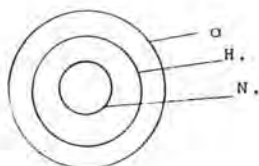
Die Extension beider Ausdrücke ist *n i c h t* identisch, denn die Varianten stimmen nur in der Extension von a überein.

Je nachdem, ob γ zutrifft oder nicht, gelten folgende Mengenbeziehungen zwischen den Extensionen:

γ trifft zu:

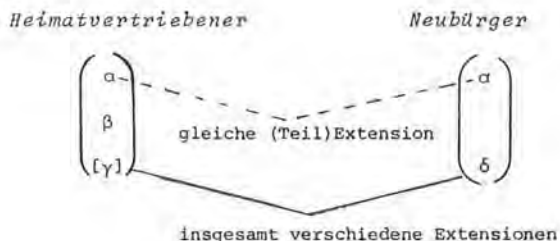


wenn γ nicht zutreffen würde, läge folgende Relation vor:



Was ist hier dann eigentlich gleich?

Hier ist (ähnlich [1.] in Kap. 3.1.) nur die Teilintension α identisch und somit auch nur die dieser Teilintension beider Ausdrücke entsprechenden Extension. Die vollen Intensionen $(\alpha \wedge \beta[\lambda\gamma])$ bzw. $(\alpha \wedge \delta)$ sind jedoch verschieden und entsprechend auch die vollen Extensionen.



(Man kann diesen Sachverhalt semantisch auch anders formulieren: die beiden Ausdrücke H . und N . haben in ihrer Gebrauchsfixierung durch die beiden Gruppen lediglich den Oberbegriff $\langle \alpha \rangle$ gemeinsam, unterscheiden sich jedoch in den specifica, oder: H . und N . bezeichnen jeweils nicht den Oberbegriff als solchen, sondern nur mit jeweils unterschiedlichen Einschränkungen).

Hier wird man annehmen, daß durch $(\alpha \wedge \beta[\lambda\gamma])$ bzw. $(\alpha \wedge \delta)$ jeweils eine bestimmte Teilmenge - jeweils normenspezifisch abhängig - aus der Gesamtmenge der aus den Ostgebieten ausgesiedelten Personen ausgegrenzt wird. Im referentiellen Gebrauch sind daher die beiden Varianten nur auf jeweils verschiedene konkrete Entitäten mit Wahrheit anwendbar.

Man kann daher sagen, daß die Denotate *e i n a n d e r e n t s p r e c h e n*, weil die Extensionen des intensionalen Kerns beider Ausdrücke gleich sind (was ja die Voraussetzung für jede Varianzform überhaupt ist) und die extensionalen Unterschiede durch die unterschiedliche Extensionalisierung in jeweils den beiden Seiten zustande kommen.

Für Elemente von Variantenpaaren mit nicht-identischer (einander entsprechender) meist elementfremder Extension gilt folgender Satz:

Elemente von Variantenpaaren der abstrakteren Stufe 1, die nur einander entsprechende Mengen als Denotat haben, sind im Sprachgebrauch zwischen beiden Gruppen immer evaluativ variant und deskriptiv zu jeweils unterschiedlichen Teilen konstant einerseits und variant andererseits. Unter die Extension der varianten Ausdrücke fallen jeweils die Elementmengen, die entweder die Bedingung $\alpha \wedge \beta \wedge [\gamma]$ oder $\alpha \wedge \delta$ erfüllen, d.h. bei referentielltem Gebrauch können die Ausdrücke jeweils nur auf die der eigenen politischen Norm entsprechende konkrete Entität mit Wahrheit angewendet werden. Die als Fahnenwort/Stigmawort/neutrales Wort einer Seite verwendete Variante wird dabei von der jeweils anderen Seite vermieden bzw. zurückgewiesen.

[3.] Variantenpaare mit identischer und nicht-identischer Extension (abstraktere Stufe 2)

Es gibt keine konkreten Gegenstände in der realen Welt, auf die mit referierenden Ausdrücken, die die Bezeichnungsvarianten enthalten, referiert wird, sondern es handelt sich um 'Problemverhalte', 'Handlungen', 'Verhältnisse', 'Bewegungen', 'Tendenzen' usw. Für solche Dinge sind Identitätskriterien sehr schwer angebar.

[3.1.] Variantenpaare mit identischer Extension

Die Bezeichnungsvarianten werden im politischen Sprachgebrauch, speziell im Bereich der deutsch-deutschen Beziehungen (vgl. oben S. 119 'konstante Kontextklasse'), auf dieselben, d.h. auf identische reale Ereignisse, Handlungen usw. referierend angewendet; die starke deskriptive/evaluative Varianz der Paare wirkt hier nicht referenzdifferenzierend (im Unterschied zu [2.]).

Dieser Fall ist der Fall [1.] entsprechende für Abstrakta,

evaluativ positiv

Aktionen im Zusammenhang
mit der Überführung von
Bewohnern der DDR ins
westliche Ausland

(α)

diese Aktionen werden
als Hilfe zur Flucht aus
einem totalitären Staat
interpretiert

(β)

↓
Variante von A
Fluchthilfe

evaluativ negativ

Aktionen ...

(α)

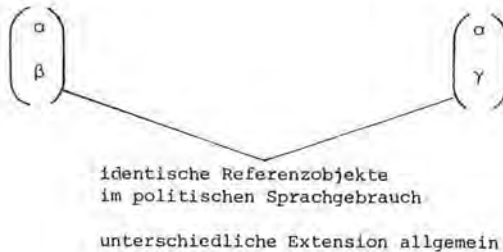
diese Aktionen werden als
ungesetzliche und sitten-
widrige Handlungen einge-
ordnet

(γ)

↓
Variante von B
Menschenhandel

Bei dieser Rekonstruktion handelt es sich wieder (vgl. [2.]) um eine eher theoretische Hilfskonstruktion zur Fixierung von P. Die Bestandteile β und γ sind ausschlaggebend für die Bezeichnungsdifferenz, β und γ sind primäre, d.h. hier durch die Wortzusammensetzungen motivierte Bedeutungselemente, α ist als grundlegendes Bedeutungselement verdeckt, aber rekonstruierbar. Die Variante der jeweils anderen Seite wird als ungeeignete/falsche Interpretationsvokabel abgelehnt.

Anders als bei [2.] ändern hier β und γ den referentiellen Bezug der Bezeichnungsvarianten *n i c h t*. Obwohl natürlich *Fluchthilfe* und *Menschenhandel* für sich genommen, in anderen Kontexten, ganz unterschiedliche Extensionen haben, werden sie im aktuellen politischen deutsch-deutschen Kontext auf *i d e n t i s c h e* Referenzobjekte angewendet.

*Fluchthilfe**Menschenhandel*

Dieser Fall ist möglich, wenn das Denotat

- ein Politikum für beide Gesellschaftssysteme gleichermaßen darstellt
- ideologiesystemspezifisch existiert, d.h. wenn es nur einer der beiden Seiten mit Wahrheit zuzusprechen ist: z.B. verwendet Gruppe A für die Tatsache, daß es auf ihrer Seite (also der BRD) linke Parteien gibt, den Ausdruck *die Linke*, während Gruppe B diesen Sachverhalt positiv bewertet und von *fortschrittlichen Kräften* (in der BRD) spricht.

Für die Wortgruppe unter Typ [3.1.] gilt:

Zwar wenden beide Seiten die Varianten auf dieselben Bezugsobjekte an, aber jede der beiden Seiten glaubt, daß die in der anderen Variante enthaltene Prädikation bezüglich des Referenzobjektes (entsprechend ihrem eigenen Normensystem) falsch/unrichtig/nicht-konform ist.

A nennt Aktion a *Fluchthilfe*: B weist diese Prädikation bezüglich a als falsch/unrichtig/nicht-konform/manipulativ zurück.

B nennt Aktion a *Menschenhandel*: A weist diese Prädikation bezüglich a als falsch/unrichtig/nicht-konform/manipulativ zurück.

Bei den Bezeichnungsvarianten von Typ [3.1.] kann man von einem Benennungskrieg, einer Konfrontation einander antagonistisch gegenüberstehender Prädikationen sprechen oder von einer wechselseitigen Stigmatisierung mithilfe/aufgrund von (falschen/wahren) Prädikationen.

Für Elemente von Variantenpaaren der abstrakteren Stufe 2 mit kontextuell eingeschränkter identischer Extension gilt folgender Satz:

Elemente von Variantenpaaren der abstrakteren Stufe 2, wobei die Elemente jeweils indirekt stigmatisierend (z.B. *Fluchthilfe*) oder direkt stigmatisierend (z.B. *Menschenhandel*)

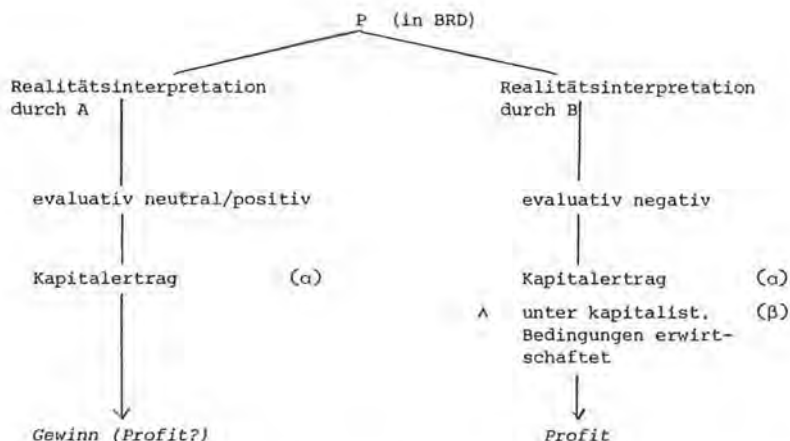
eingesetzt werden, können trotz Vorliegen von starker deskriptiver und evaluativer Varianz im politischen (in spezifischen Kontexten realisierten) Sprachgebrauch zwischen beiden Gruppen gleiche Extension haben bzw. auf identische Referenzobjekte angewendet werden. Dabei gilt einschränkend, daß jede der beiden Seiten die mit der anderen, jeweils als Stigmawort aufzufassenden Variante vollzogene Prädikation als manipulativ und dem jeweiligen politischen Normensystem nicht entsprechend ablehnt.

[3.2.] Variantenpaare mit nicht-identischer Extension

Die Bezeichnungsvarianten werden im politischen Sprachgebrauch *n i c h t* auf dieselben Referenten angewendet, sondern aufeinander 'entsprechende'. Dieser Fall ist der Fall [2.] entsprechende für Abstrakta (bzw. für Ausdrücke mit höherem Abstraktionsgrad als die von Typ [2.]).

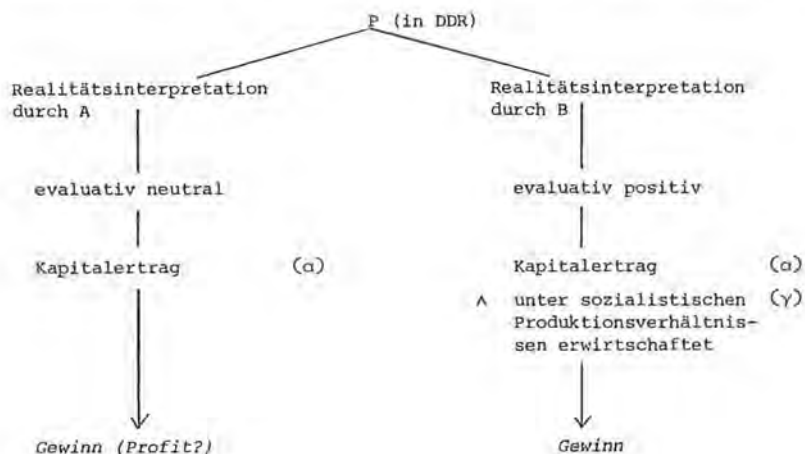
[Beispiel 4]

Bei dem lexikalischen Variantenpaar *Gewinn - Profit* zeigt sich, daß jedes der beiden Elemente in sich semantisch variant ist, d.h. von den beiden Kommunikationsgemeinschaften jeweils deskriptiv und evaluativ variant gebraucht wird. Diese Varianz zeigt sich an unterschiedlicher Realitätsinterpretation in Abhängigkeit vom Vorkommensbereich des Problemverhaltes und dem jeweiligen Interpretanten (Interpretation) bzw. an den unterschiedlichen Gebrauchsbedingungen für *Gewinn - Profit* (Applikation) zwischen A und B: Interpretation des Problemverhaltes, der in der BRD existiert:



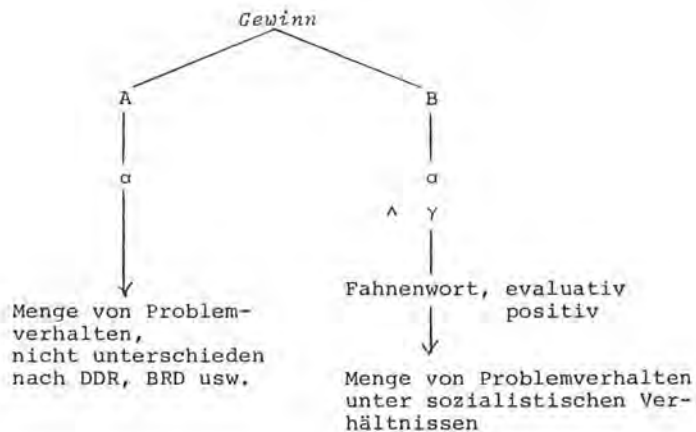
(Bei *Profit* im Gebrauch von A kommt u.E. oft eine negative Evaluation hinzu, die sich aber nicht auf die Produktionsverhältnisse allgemein, sondern unlautere Praktiken spezieller Art bezieht, bei *Profit* im Gebrauch von B ist immer eine negative Evaluation gegeben, die sich auf die Produktionsverhältnisse in der BRD allgemein bezieht).

Interpretation des Problemverhaltes, der in der DDR existiert:

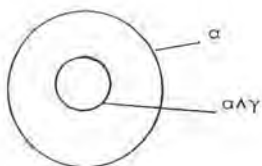


Applikation auf Problemverhalte:

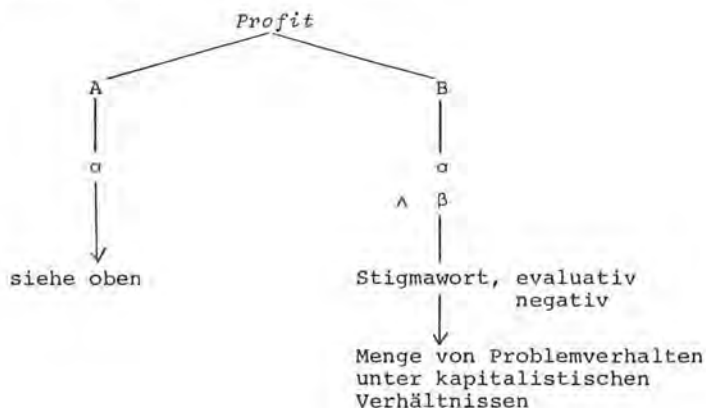
Es ergibt sich, daß sowohl *Gewinn* als auch *Profit* in sich variant
gebraucht werden:



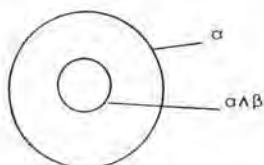
Für die Extension ergibt sich:



Bei *Profit* im BRD-Sprachgebrauch vernachlässigen wir die angedeutete pejorative Komponente:



Für die Extension ergibt sich:



Die Ausführungen zu Beispiel 4 lassen sich wie folgt verallgemeinern:

Nicht alle Elemente von lexikalischen Variantenpaaren können in sich semantisch variant sein (vgl. oben S. 118f.). Voraussetzungen scheinen zu sein:

- beide Ausdrücke beziehen sich auf einander entsprechende Problemverhalte in verschiedenen Vorkommensbereichen, d.h. es muß doppelseitige Bezüglichkeit für das Paar vorliegen,
- mindestens eines der Elemente muß im Sprachgebrauch beider Kommunikationsgemeinschaften etabliert sein, d.h. also, es darf nicht Gebrauchsvermeidung vorliegen,

- mindestens eines der Elemente muß von mindestens einer Seite eigen- und das andere fremdextensionalisierend verwendet werden, wobei diese Funktion Indiz/Auswirkung einer deskriptiv-evaluativen Varianz ist.

Für Elemente von Variantenpaaren der abstrakten Stufe 2 mit nicht-identischer Extension und deskriptiver/evaluativer Varianz der Elemente des Variantenpaares gilt folgender Satz:

Elemente von Variantenpaaren der abstrakteren Stufe 2, bei denen die Elemente des Paares in sich deskriptiv und evaluativ variant gebraucht werden, zeigen folgendes asymmetrisches Verhalten: Während im Gebrauch der *e i n e n* Seite beide Elemente des Variantenpaares nur gemäß der intensionalen Bedingung α (intensionaler Kern) gebraucht werden und diese Seite beide Elemente des Variantenpaares als neutrale Bezeichnung auf Sachverhalte *b e i d e r* Seiten anwendet, verwendet die andere Seite beide Ausdrücke mit Erweiterungen des intensionalen Kerns zum einen zu $\alpha\wedge\beta$ (mit positiver Evaluation), zum anderen zu $\alpha\wedge\gamma$ (mit negativer Evaluation). Dieser Differenzierung des Gebrauchs der Elemente des Variantenpaares entspricht die funktionale Aufspaltung in den Gebrauch von $\alpha\wedge\beta$ als Fahnenwort mit Eigenextensionalisierung und $\alpha\wedge\gamma$ als Stigmawort mit Fremdextensionalisierung.

[4.] Konstitution von Variantenpaaren durch Präsuppositionsverletzung

Von der einen Gruppe wird unterstellt oder präsupponiert, ein bestimmtes Denotat existiere in spezifischer Weise (nur) im Gesellschaftssystem der anderen Gruppe. So wird z.B. von seiten der DDR bezüglich der gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der BRD die Existenz einer Klassengesellschaft präsupponiert (*herrschende Klasse, Klassenantagonismus, Ausbeuterklasse*); von seiten der BRD jedoch wird diese Unterstellung als Präsuppositionsverletzung zurückgewiesen und dagegen die Existenz einer klassenlosen, mittelschichtigen Gesellschaft behauptet; damit wird zugleich behauptet, daß der Ausdruck *Klassengesellschaft* auf die Verhältnisse

in der BRD nicht extensionalisierbar sei. Der Ausdruck *Klassengesellschaft* wird daher im offiziellen Sprachgebrauch der BRD tabuisiert.

Hier gelten also für eine der Varianten (*Klassengesellschaft*) die Präsuppositionen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie. Solche Präsuppositionen liegen z.B. auch bei den folgenden Bezeichnungsvarianten vor:

Arbeitnehmer - Lohnabhängiger/Werkstätiger

Arbeitgeber /Unternehmer - Kapitalist

Durch *Arbeitgeber/Arbeitnehmer* wird nach DDR-Auffassung das betreffende Denotat unrichtig widergespiegelt und der tatsächliche Sachverhalt verschleiert (vgl. Baudusch 192f., Fleischer 219f.).

Dieser Fall hat starke Parallelen zu [3.1.]:

Der Unterschied liegt darin, daß man es hier eher mit einer Präsuppositionsverletzung zu tun hat (die zu falschen Prädikationen führt), dort eher mit der Annahme falscher/nicht-normenkonformer Prädikationen.

Für die Bezeichnungsvarianten unter [4.] gilt folgender Satz:

Zwar wenden beide Seiten die Varianten auf dieselben Bezugsobjekte an, aber jede der beiden Seiten glaubt, daß die mit der anderen Variante verbundene Präsupposition einer bestimmten Gesellschaftstheorie, insbesondere von DDR-Seite die Präsupposition der Existenz einer Klassengesellschaft in der BRD, unangemessen ist.

4. Konstellationen der Funktionen von Varianten und Variantenpaaren

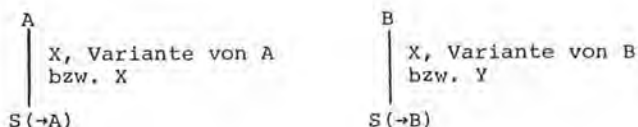
Bei der folgenden kurzen Übersicht wird der funktionale Gesichtspunkt, d.h. der Gebrauch eines Wortes bzw. einer Variante von Variantenpaaren in einer oder mehreren der Funktionsklassen Leit-

wort, Anti-Mirandum, Fahnenwort, Stigmawort und neutrales Wort in den Vordergrund gerückt.

Wir prüfen jeweils die Möglichkeiten des Gebrauchs eines varianten Wortes X bzw. eines lexikalischen Variantenpaares X - Y durch die beiden ideologisch konträren Gruppen A (= BRD) und B (= DDR) in einer der genannten Funktionen L (Leitwort), AM (Anti-Mirandum), F (Fahnenwort), S (Stigmawort) und N (neutrales Wort). Dabei wird F(A), L(A), AM(A) jeweils gelesen als 'Fahnenwort von A', 'Leitwort von A', 'Anti-Mirandum von A' und S (→A) als 'Stigmawort (von B) gegen A'.

Wir gehen zunächst von einer 'unmöglichen' Konstellation aus.

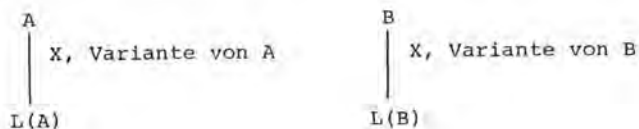
1. Nicht mögliche Konstellation



Die Konstellation

Gruppe A gebraucht ihre Variante des varianten Ausdrucks X, bzw. ein Element X eines Variantenpaares, als Stigmawort gegen sich selbst und B gebraucht ihre Variante des Wortes X bzw. das andere Element Y eines Variantenpaares als Stigmawort gegen sich selbst
ist ausgeschlossen.

2. Mögliche Konstellation: Funktionsgleichheit bei einem varianten Wort

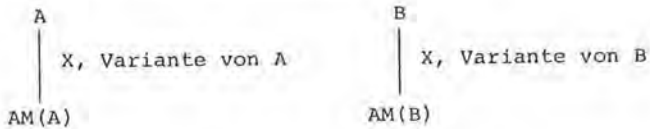


Die Konstellation

Gruppe A gebraucht ihre Variante des varianten Ausdrucks X als Leitwort für sich selbst und Gruppe B gebraucht ihre Variante des varianten Ausdrucks X als Leitwort für sich selbst

ist möglich.

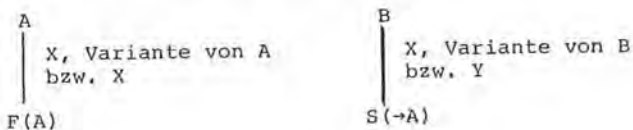
Das gleiche gilt für die Konstellation:



Gruppe A gebraucht ihre Variante des varianten Ausdrucks X als Anti-Mirandum von A und Gruppe B gebraucht ihre Variante des Ausdrucks X als Anti-Mirandum von B.

In diesen beiden Fällen, wo Funktionsgleichheit zwischen den beiden Gruppen vorliegt, d.h. für beide Gruppen Mirandum-(Leitwort-) bzw. Anti-Mirandum-Funktion, ist der Gebrauch von lexikalischen Variantenpaaren nicht angezeigt, vielmehr steht hier der variante Gebrauch eines Ausdrucks im Vordergrund.

3. Mögliche Konstellationen: Funktionsverschiedenheit bei einem varianten Wort bzw. bei einem lexikalischen Variantenpaar ohne Varianz der einzelnen Elemente



Die Konstellationen

Gruppe A gebraucht ihre Variante eines varianten Ausdrucks X bzw. das Element X eines Variantenpaares als Fahnenwort

für sich selbst und Gruppe B gebraucht ihre Variante des varianten Ausdrucks X bzw. das andere Element Y des Variantenpaares als Stigmawort gegen A

sind möglich.

4. Konstellation: Gruppeninterne Funktionsverschiedenheit bei Elementen von Variantenpaaren mit Varianz der einzelnen Elemente

Voraussetzung für diese Konstellation ist die Varianz der einzelnen Elemente des Variantenpaares.



Die Konstellation

Die Gruppe A gebraucht ein Element X des Variantenpaares als Stigmawort gegen A, das andere Element Y als Fahnenwort für sich selbst, und Gruppe A gebraucht beide Elemente des Variantenpaares als neutrale Wörter

ist möglich. Ein Beispiel ist das Variantenpaar *Gewinn* und *Profit*, wo A die Gruppe der BRD-Sprecher, B die Gruppe der DDR-Sprecher, X *Profit* und Y *Gewinn* ist.

5. Übersicht über die Typologie von Formen der Ideologiegebundenheit

5.1. Semantische Varianten

[1.] Leitwörter (Miranda) und Anti-Miranda

[1.1.] Politische Miranda/Leitwörter (Prototypen *Demokratie*, *Fortschritt*, *Nation*, *Frieden*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B (wobei A die Gruppe der BRD-Sprecher und B die Gruppe der DDR-Sprecher ist) verwendete Wörter mit großgruppenübergreifend identischer, konstant positiver Wertung und insgesamt nicht-identischer deskriptiver Bedeutung bzw. nur teilidentischen Intensionen.

Unterschiedliche (elementfremde) Extension, Vorliegen von jeweils Eigenextensionalisierung (d.h. Bezugnahme auf Denotate jeweils der eigenen Gruppe), daher doppelte Eigenextensionalisierung.

Leitwörter sind also doppelt einseitig bezügliche Fahnenwörter.

[1.2.] Politische Anti-Miranda (Prototypen *Aggression, (kalter) Krieg, Militarismus, Faschismus*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B verwendete Wörter mit großgruppengreifend identischer, konstant negativer Wertung und insgesamt nicht-identischer deskriptiver Bedeutung bzw. nur teilidentischen Intensionen.

Unterschiedliche (elementfremde) Extensionalisierung, Vorliegen von jeweils Fremdextensionalisierung (d.h. Bezugnahme auf Denotate jeweils der anderen Gruppe), daher doppelte Fremdextensionalisierung.

Anti-Miranda sind also wechselseitig bezügliche Stigmawörter.

[2.] Abgrenzungsvokabular

[2.1.] Fahnenwörter u n d Stigmawörter

[2.1.1.] Deskriptive variante Fahnen- und Stigmawörter (Prototyp *Sozialismus* im Sinne von 'sozialistisches System')

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B verwendete Wörter mit jeweils gruppenspezifisch varianten deskriptiven (bzw. nur teilidentischen Intensionen) und varianten evaluativen Bedeutungen.

Vorliegen von Extensionsüberschneidung bzw. Extensionsgleichheit:

Im referentiellen Gebrauch wird ein und dieselbe 'Sache' von der einen Seite auf die Fahne geschrieben (also positive Bewertung), von der anderen Seite stigmatisiert (also negative Bewertung).

Vorliegen von jeweiliger Eigenextensionalisierung (als Fahnenwort) und Fremdextensionalisierung (als Stigmawort).

[2.1.2.] Deskriptiv invariante Fahnen- und Stigmawörter (Prototyp *Kommunismus*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B verwendete Wörter mit jeweils gruppenspezifisch weitgehend invarianten deskriptiven und varianten evaluativen Bedeutungen.

Vorliegen von Extensionsgleichheit (vgl. [2.1.1.])

[2.1.3.] Gleichzeitiger Gebrauch als Fahnen- und Stigmawort durch eine Partei innerhalb Gruppe A (Prototyp *Sozialismus* im Sinne von 'gesellschaftliche Lehre')

Im Sprachgebrauch einer Partei von Gruppe A gleichzeitig als Fahnen- und als Stigmawort mit jeweils varianten deskriptiven und evaluativen Bedeutungen verwendet. Vorausgesetzt ist, daß das betreffende Wort mehrfach polysem ist und im Sprachgebrauch der betreffenden Partei relativ zu seinen verschiedenen semantischen Dimensionen jeweils unterschiedlich bewertet wird.

Vorliegen von unterschiedlicher Extension bezüglich der jeweils einschlägigen Bedeutungsdimension, d.h. Bezugnahme auf innerhalb ein und derselben semantischen Dimension liegende 'Gegenstände' mit positiver Wertung als Fahnenwort und negativer Wertung als Stigmawort.

(Z.B. ist der Gebrauch von *Sozialismus* in seiner Bedeutung(sdimension) 'Lehre' als Fahnenwort primär, in seiner Bedeutung(sdimension) 'System' als Stigmawort primär.)

[2.2.] Einseitiger Gebrauch als Fahnenwort oder als Stigmawort
bzw. Gebrauchsvermeidung

[2.2.1.] Einseitiger Gebrauch als Fahnenwort bzw. Gebrauchsver-
meidung (Prototypen *Arbeiterklasse, Klassenkampf, Proletariat*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe B relativ zur B-spezifischen politischen Theorie und Ideologie definierte, positiv bewertete Fahnenwörter, die jeweils der A-spezifischen politischen Theorie oder Norm nicht entsprechen oder ungeeignet erscheinen zur Interpretation politisch-sozialer Realität und daher von dieser Gruppe zurückgewiesen bzw. nur uneigentlich gebraucht werden, ohne daß ihnen damit im Sprachgebrauch von A zugleich der Status von Stigmawörtern zukommt.

Vorliegen von einseitiger Eigenextensionalisierung und (positiver) Fremdextensionalisierung.

Diese Wörter, die nur von einer Gruppe gebraucht werden und deren Gebrauch von der anderen Gruppe vermieden bzw. zurückgewiesen wird, haben in der Funktion als Fahnenwörter und im zurückweisenden 'uneigentlichen' Gebrauch dieselbe oder zumindest überschneidende Extension.

[2.2.2.] Einseitiger Gebrauch als Stigmawort bzw. Gebrauchsver-
meidung (Prototypen *Kapitalismus, Imperialismus, Bourgeoisie*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe B relativ zur B-spezifischen politischen Theorie und Ideologie definierte, negativ bewertete Stigmawörter, die jedoch der A-spezifischen politischen Norm und Theorie nicht entsprechen oder ungeeignet erscheinen zur Interpretation politisch-sozialer Realität und daher von dieser Gruppe explizit zurückgewiesen bzw. nur uneigentlich gebraucht werden.

Vorliegen von einseitiger Fremdextensionalisierung.

Diese Wörter, die nur von einer Gruppe gebraucht werden und deren

Gebrauch von der anderen Gruppe vermieden bzw. zurückgewiesen wird, haben in der Funktion als Stigmawörter und im zurückweisen- den 'uneigentlichen' Gebrauch dieselbe oder zumindest überschnei- dende Extension.

5.2. Lexikalisch-semantische Variantenpaare

- [1.] Variantenpaare (der konkretesten Stufe) mit identischer Extension (Prototyp *die Mauer - Staatsgrenze West/antifaschisti- scher Schutzwall*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B werden zur Bezugnahme auf ein und dasselbe Denotat (Extensionsgleichheit) jeweils verschie- dene Wörter bzw. Bezeichnungsvarianten gebraucht, wobei die Va- riante einer Gruppe als Stigmawort gegen die andere Gruppe ge- richtet und die Variante der anderen Gruppe als Fahnenwort für die eigene Seite verwendet werden kann (beide Varianten oder ei- ne der beiden Varianten können auch Eigennamen sein). Die Eleme- te dieser Variantenpaare sind im Sprachgebrauch zwischen den bei- den Gruppen evaluativ variant und deskriptiv weitgehend konstant. Die jeweils von einer Gruppe als Fahnen- oder Stigmawörter ver- wendeten Elemente von Variantenpaaren werden von der anderen Gruppe genau in dieser jeweiligen Funktion vermieden, zurückge- wiesen oder nur uneigentlich gebraucht mit der Begründung, daß es sich dabei um die politisch-soziale Realität verfälschende oder euphemistisch verhüllende Interpretationsvokabeln handle.

- [2.] Variantenpaare (der abstrakteren Stufe 1) mit nicht-iden- tischer Extension (Prototyp *Heimatvertriebener - Neubürger*)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B sind Elemente von Varianten- paaren, die lediglich einander entsprechende Mengen bzw. Teilmen- gen als Denotat haben (Extensionsverschiedenheit), immer evalua- tiv variant und deskriptiv teilweise konstant und teilweise va- riant. Die als Fahnen- oder Stigmawort oder auch als 'neutrales' Wort einer Gruppe verwendete Variante wird von der jeweils ande- ren Gruppe vermieden bzw. zurückgewiesen.

[3.] Variantenpaare (der abstrakteren Stufe 2) mit identischer und nicht-identischer Extension

[3.1.] Variantenpaare mit identischer Extension (Prototyp
Fluchthilfe - Menschenhandel)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B sind die Elemente dieser Variantenpaare, die jeweils gleiche Denotate haben (Extensions-gleichheit), deskriptiv und evaluativ stark variant, wobei die Elemente jeweils indirekt stigmatisierend (z.B. *Fluchthilfe*) oder direkt stigmatisierend (z.B. *Menschenhandel*) eingesetzt werden können. Jede der beiden Gruppen lehnt die mit der anderen, jeweils als Stigmawort aufzufassenden Variante vollzogene Prädikation als dem eigenen politischen Normsystem nicht entsprechend ab.

[3.2.] Variantenpaare mit nicht-identischer Extension (Prototyp
Profit - Gewinn)

Im Sprachgebrauch von Gruppe A und B sind die Elemente dieser Variantenpaare, die lediglich einander entsprechende oder teil-identische Denotate haben (Extensionsverschiedenheit), evaluativ konstant und deskriptiv teilweise konstant (teilidentische Inten-sion) und teilweise variant.

Die Elemente des Variantenpaares werden selbst in sich variant gebraucht, wobei die eine Gruppe die beiden Elemente des Varian-tenpaares zum einen als Fahnenwort mit Eigenextensionalisierung, zum anderen als Stigmawort mit Fremdextensionalisierung gebraucht, und die andere Gruppe beide Elemente des Variantenpaares als ideo-logisch weitgehend neutrale Wörter mit Fremd- u n d Eigenexten-sionalisierung gebraucht.

[4.] Konstitution von Variantenpaaren durch Präsuppositions-verletzung (Prototyp *Arbeitnehmer - Lohnabhängiger/Werkstätiger*;
Arbeitgeber/Unternehmer - Kapitalist)

Im Sprachgebrauch beider Gruppen sind die Elemente dieser Varian-tenpaare, die jeweils gleiche oder zumindest überschneidende De-notate haben (Extensionsgleichheit bzw. -überschneidung), deskrip-

tiv und evaluativ variant.

Sie werden im referierenden Gebrauch auf dieselben Entitäten angewendet. Jedoch wird das jeweils von der einen Gruppe gebrauchte Element von der jeweils anderen Gruppe vermieden bzw. zurückgewiesen, da nach Meinung dieser Gruppe dabei eine Präsuppositionsverletzung bezüglich der beim Gebrauch vorausgesetzten gesellschaftlichen Verhältnisse vorliegt.

6. Literatur

- Althaus/Henne/Wiegand (1980) = H.P. Althaus/H. Henne/H.E. Wiegand (Hrsg.): Lexikon der germanistischen Linguistik, 2. vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Tübingen 1980.
- Baudusch (1977) = R. Baudusch: Sprachliche Unterschiede zwischen der DDR und der BRD aus der Sicht des Lexikographen. In: Wort-Satz-Text. Ausgewählte Beiträge zur Sprachwissenschaft, Hrsg. v. J. Barz, U. Fix, M. Schröder, B. Walz, Leipzig 1977, 192-195.
- Dallmann (1977) = S. Dallmann: Zu Möglichkeiten des sprachlichen Ausdrucks der sozialistischen Parteilichkeit. In: Fleischer (1977, Hrsg.), 199-263.
- Dieckmann (1969) = W. Dieckmann: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg 1969.
- Dieckmann (1981) = W. Dieckmann: Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge. Aufsätze. Entwürfe, Heidelberg 1981.
- Fleischer (1977) = W. Fleischer (Hrsg.): Linguistische Untersuchungen zur Sprache der Gesellschaftswissenschaften. Leipzig 1977.
- Fleischer (1977a) = W. Fleischer: Zur linguistischen Charakterisierung des Terminus in Natur- und Gesellschaftswissenschaften. In: Wort-Satz-Text. Ausgewählte Beiträge zur Sprachwissenschaft, Hrsg. v. J. Barz, U. Fix, M. Schröder, B. Walz, Leipzig 1977, 213-222.
- Freitag (1977) = R. Freitag: Aktuelle Probleme einer synchronen Schlagwortforschung. In: Fleischer (1977, Hrsg.), 84-135.
- Hellmann (1980) = M.W. Hellmann: [Artikel] Deutsche Sprache in der BRD und der DDR. In: Althaus/Henne/Wiegand 1980, 519-526.
- Hermanns (1982) = F. Hermanns: Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II. Hrsg. v. H.E. Wiegand. Hildesheim/New York 1982, 87-108.
- Keßler (1977) = Chr. Keßler: Benennungen für Staaten und ihre Regierungen in der Presse der DDR und der BRD. Linguistische Untersuchungen zum Verhältnis von Sprache und Ideologie. In: Fleischer (1977, Hrsg.), 16-83.

- Schippan (1982) = Th. Schippan: Lexikographische Grundlagen für die Arbeit am Wortschatz in der Schule. In: Wortschatzforschung heute. Hrsg. v. E. Agricola/J. Schildt/D. Viehweger. Leipzig 1982, 236-251.
- Schmidt (1969) = W. Schmidt: Zur Ideologiegebundenheit der politischen Lexik. In: Zeitschr. f. Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung 22, 255ff.
- Schmidt (1972) = W. Schmidt (Hrsg.): Sprache und Ideologie. Halle 1972.
- Strauß/Zifonun (1985) = G. Strauß/G. Zifonun: Die Semantik schwerer Wörter im Deutschen. Tübingen 1985. 2 Bde.
- Wiegand (1977) = H.E. Wiegand: Einige grundlegende semantisch-pragmatische Aspekte von Wörterbucheinträgen. Ein Beitrag zur praktischen Lexikologie. In: Kopenhagener Beiträge zur germanistischen Linguistik 12, 1977, 59-149.

Schwere Wörter in der Politik

Inhalt

0. Vorbemerkung und Zielsetzung
1. Zu einem Konzept der lexikalischen Schwere
 - 1.1. Schwere als systematische Eigenschaft
 - 1.2. Lexikalische Schwere im politischen Wortschatz
2. Übersicht über den Kommunikationsbereich Politik
 - 2.1. Grobgliederung des politischen Handlungsraums:
Funktionsbereiche und Sprachformen
 - 2.2. Übersicht: Der Zusammenhang der Funktionsbereiche
politischer Kommunikation
 - 2.3. Feingliederung des Kommunikationsbereichs Politik:
Textsortenklassen und Textsorten
3. Merkmale schwerer Wörter in politischen Texten:
Empirische Ermittlung und Systematisierung
 - 3.1. Empirische Ermittlung: Warum sind welche Wörter
in politischen Texten schwer?
 - 3.2. Systematische Zusammenstellung von lexikalischen
Schwere-Merkmalen
4. Klassifizierung von politischen Schwerwortkandidaten
5. Lexikographische Matrix für die Beschreibung schwerer Wörter
6. Literatur

0. Vorbemerkung und Zielsetzung

Der folgende Beitrag knüpft unmittelbar an Ergebnisse des ersten Beitrags im vorliegenden Band an. Die dort bereits angelegte Textsortenklassifikation für den Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation wird hier weiter entfaltet und zu einer textsortenspezifischen Klassifikation des politischen Wortschatzes umgesetzt.

In Kapitel 2 soll der kontextuelle Rahmen für eine handlungsbezogene Klassifizierung des politischen Wortschatzes rekonstruiert werden. Zu diesem Zweck wird der politische Handlungsraum - entsprechend seiner (vorgegebenen) sachlichen Binnengliederung und Organisation - unter funktionalen, d.h. an politischer Kommunikation orientierten Gesichtspunkten strukturiert. Hier wird unterschieden zwischen

- politischer Außenkommunikation mit den beiden Teilbereichen
 - Öffentlich-politische Kommunikation als dem Raum der politischen Auseinandersetzung, Diskussion und Propaganda
 - Öffentlichkeitsbezogene, administrativ geregelte Kommunikation zwischen Bürger und Behörde
- politischer Binnenkommunikation als dem Raum der institutioneninternen Kommunikation und der Kommunikation zwischen den Institutionen.

Bei der Bestimmung dieser Teilbereiche wird auf die im ersten Beitrag dieses Bandes erarbeiteten Instrumente 'Sprachspiel' und 'kommunikative Verfahren' wieder zurückgegriffen: Für jeden der genannten Bereiche des politischen Handlungsraums sind jeweils unterschiedliche Sprachspiele und Verfahrenstypen konstitutiv. Dies wiederum bedingt einen für jeden Bereich spezifischen Bedarf und Bestand an Textsorten und folglich für jede Textsorte - je nach ihrer Situierung und Funktion in dem für politische Kommu-

nikation insgesamt charakteristischen Kontinuum von Ideologie- oder öffentlicher Meinungssprache und interner politischer Funktionssprache, d.h. den Fachsprachen der verschiedenen politischen Institutionen und der verwalteten Sachgebiete (vgl. Dieckmann 1969, 50, 81) - einen je spezifischen Bedarf auch an Lexemen bzw. Lexemklassen. In bestimmten Textsorten werden bestimmte politische Lexeme neben anderen (nichtpolitischen) Lexemen in jeweils primärer, dominanter oder signifikanter Weise (mit- oder nebeneinander) verwendet, denen im Dienste eines Sprachspiels und/oder einzelner kommunikativer Verfahren eine ausgezeichnete Funktion zukommt.

Das so erarbeitete Kriterium der Textsortenspezifität des politischen Wortschatzes ist jedoch für die Gesamtzielsetzung einer Erarbeitung von (Beschreibungs)Grundlagen für die Lexikographie schwerer politischer Wörter als solches noch nicht hinreichend. Es muß in Beziehung gesetzt werden zu dem Kriterium der lexikalisch-semantischen Schwere, die als generelle sprachsystembezogene Dispositionseigenschaft von Wörtern betrachtet wird (vgl. dazu Strauß/Zifonun 1985, 112ff.). Der empirischen Text- und Wortschatzklassifikation in Kapitel 2 wird daher in Kapitel 1 eine Art Resümee der Entwicklung des Konzepts 'semantischer Schwere' vorangestellt.

In diesem Resümee wird jedoch bereits besonderer Wert gelegt auf die Herstellung des Zusammenhangs zwischen Schwere als systematischer Dispositionseigenschaft allgemein und spezieller Problematik der schweren politischen Lexik im besonderen: Allgemeine Schwerefaktoren wie 'Subsystembezogenheit' und 'Gruppenbezogenheit' werden als die je speziellen Schwerefaktoren der öffentlichen Kommunikation weiter ausdifferenziert. Diese wiederum lassen sich herleiten aus jeweils unterschiedlichen subsystematischen Aufgliederungen in Kommunikationsbereiche und Textsorten bzw. aus je unterschiedlichen Konstellationen von Produzenten und Adressaten mit jeweils spezifischem gruppenbezogenem Hintergrundwissen, politischen Einstellungen und kommunikativen Intentionen.

Ergebnis der Zusammenführung beider Annäherungsweisen, der systematischen Über das Konzept der lexikalischen Schwere und der handlungs- und textsortenbezogenen, soll sein: Politische Lexeme sollen klassifizierbar und darüberhinaus soll ihr Schweregrad begründbar sein, und zwar anhand von Merkmalen oder Schwerefaktoren, die aus ihrem textsortenspezifischen Verwendungshorizont sowie ihrer Bindung an die Handlungs-, Sach- und Begriffszusammenhänge eines bestimmten Teil- oder Funktionsbereichs politischer Kommunikation gewonnen sind.

Die folgenden Kapitel 3 bis 5 bereiten die Operationalisierung des Konzeptes 'schwere politische Wörter' für die Lexikararbeit vor:

Dabei wird von den bereits erwähnten Merkmalen oder Schwerefaktoren 'Subsystembezug' und 'Gruppenbezug' ausgegangen, die als Indikatoren für die jeweiligen Verwendungsbedingungen der Lexeme und in bestimmter Konstellation als Schwerefaktoren betrachtet werden. Sie werden zunächst (Kapitel 3.1.) an konkreten Textbeispielen aus relevanten Textsortenklassen der öffentlich-politischen Kommunikation beispielhaft 'nachgewiesen', d.h. es wird anhand dieser Texte gezeigt, daß die Gebrauchsweisen politischer Wörter durch ihre Einbindung in (eine der) Fachsprachen und Textsorten der verschiedenen politischen Funktionsbereiche und durch ihre Bezogenheit auf den Sprachgebrauch bestimmter Meinungsgruppen beeinflußt werden. Auf dem Weg über ihre Funktion als 'Textmarkierungsprädikate' können die genannten beiden allgemeinen Merkmale zu einer Liste von Merkmalen zur Klassifikation (schwerer) politischer Lexeme verfeinert und ausdifferenziert werden. Diese Merkmalsliste, ein Katalog von Eigenschaften der Gebrauchsregeln politischer Wörter, wird in Kapitel 3.2. - nun unabhängig von Textbeispielen - zusammengestellt und im einzelnen erläutert.

Wie bereits erwähnt ist lexikalische Schwere in besonderem Maße bei bestimmten Merkmalskonstellationen zu erwarten. Die verfeinerte Merkmalsliste soll nun dazu dienen, jeweils bestimmte Merkmalsmengen, -kombinationen und -verdichtungen als spezifische

Indikatorenbündel für unterschiedliche Typen schwerer politischer Wörter auszuzeichnen.

Um die Typologisierung lexikologisch-lexikographisch handhabbar zu machen, werden insgesamt nur vier Klassen schwerer Wörter in politischen Textsorten unterschieden (Lexemklasse 1 bis 4), die sich unter bestimmten Aspekten weiter untergliedern lassen. Diese Typen werden in Kapitel 4 in Form von 'Typensteckbriefen' umrissen, indem ihnen die für sie jeweils konstitutiven Merkmalsbündel zugewiesen werden.

In einer Matrix (vgl. Kapitel 5), in der die Lexemklassen als der eine und die Elemente der Merkmalsliste als der andere Parameter fungieren, kann der Zusammenhang zwischen Lexemklassen und Merkmalsliste in übersichtlicher und operationalisierbarer Weise verdeutlicht werden:

Jede Lexemklasse 'ruft' aus der Merkmalsliste das Bündel der jeweils für sie konstitutiven Merkmale 'auf', gleichzeitig aber erinnert die Matrix an die mögliche Belegung anderer nichtkonstitutiver, sondern 'konkomitanter' Merkmale. Dem Lexikographen, der nun keineswegs eine alphabetische Strecke lexikographisch abarbeitet, sondern die Lexeme jeweils *e i n e r* Lexemklasse zusammenhängend bearbeitet, dient die Matrix als Memory-Instrument: Von ihr ruft er jeweils die lexemklassenkonstitutiven Merkmale ab, die er für seine Einzellexeme jeweils konkret zu belegen hat; darüber hinaus erinnert ihn die Matrix an die Menge der konkomitanten Merkmale, die im Einzelfall für bestimmte Lexeme einschlägig sein können.

Wie dieser 'lexikographische Orientierungsrahmen' bei der konkreten lexikographischen Arbeit genutzt werden kann, wird abschließend angedeutet. Er fungiert als

- Memory-Instrument bei der Markierung der Lexeme nach Lexemklassen(zugehörigkeit)
- Ordnungs-Instrument bei der Klassifikation des politischen Wortschatzes: hier stellt die Matrix mit den Merk-

malen verschiedene und mehrfach kombinierte Vorgaben für die Feinsortierung des politischen Wortschatzes zur Verfügung - auch zur Computerauswertung

- Instrument zur Gewinnung von lexikographischen Textbausteinen für die B e s c h r e i b u n g der Lemmata im Wörterbuch: hier ist an die einzelnen Textelemente des semantischen und pragmatischen Kommentars zu denken bzw. an die Ausfüllung der Artikelpositionen mit bestimmten Informationsklassen, die sich jeweils als Belegungen der Merkmale verstehen lassen.

1. Zu einem Konzept der lexikalischen Schwere

Für eine Operationalisierung des Begriffs 'lexikalischer Schwere' ist das Verhältnis von systematisch-semantischer und kommunikativ-textsortengebundener Schwere bzw. Schwerverständlichkeit von (politischen) Wörtern zu klären. Diese Klärung ist die Voraussetzung für die Bestimmung schwerer Wörter - Was sind schwere Wörter? - und die Begründung ihrer Schwere und Schwerverständlichkeit - Warum sind bestimmte Wörter bestimmter Kommunikationsbereiche bzw. bestimmter Textsorten schwer? - sowie für ihre Ermittlung in den spezifischen Textsorten konkreter Sprachspiele.

1.1. Schwere als systematische Eigenschaft

Unter Rückgriff auf Strauß/Zifonun (1985, 112ff.) läßt sich der Begriff der semantischen Schwere von Wörtern folgendermaßen rekonstruieren: Ausgangspunkt war dort die vorläufige Bestimmung schwerer Wörter als 'potentiell zu Verstehensschwierigkeiten in der Kommunikation führend' und die Einstufung von 'schwer' als Dispositionsprädikat.

Bei der theoretischen Rekonstruktion von 'schwer' als Dispositionsprädikat von Wörtern als Einheiten der langue ist von folgenden Annahmen auszugehen:

Für das Verstehen eines Wortes in einer bestimmten Verwendung ist die Kenntnis seiner entsprechenden Bedeutung Voraussetzung.

Die Bedeutung eines Wortes, die ihm als Einheit der langue zukommt, ist die Regel seines Gebrauchs.

Die Bedeutungsweisen von Wörtern, verstanden als Regeln der Gebräuche, lassen sich im Rahmen einer (Wort-)Bedeutungstheorie klassifizieren und beurteilen.

Klassifikationsmerkmale nach der 'semantischen Form' (vgl. Strauß 1983) von Wörtern sind etwa:

Gebrauch als Appellativ/Eigenname, als Handlungs-, Vorgangsverb, als Dispositionsprädikat, als durchschnittsbildendes Adjektiv usw.

Urteile über die interne semantische Struktur von Wörtern sind etwa:

Polysemie, (sub-)systemtranszendente Polysemie, ideologische Polysemie, Unbestimmtheit (Vagheit, Abstraktheit, Komplexität, Relativität, Unschärfe, Schlechtbestimmtheit).

Wörter mit einer bestimmten Bedeutungsweise oder mehreren verschiedenen Weisen des Bedeuten bzw. Wörter, für die bestimmte semantische Urteile wie etwa (sub)systemtranszendente Polysemie, ideologische Polysemie, Vagheit oder Schlechtbestimmtheit gelten, sind dazu *a n g e l e g t* (disponiert), im Gebrauch zu kommunikativen Schwierigkeiten zu führen.

Das heißt also, daß die 'Schwere' von Wörtern von ihren semantischen Eigenschaften, also von ihrer Weise des Bedeuten abhängig ist. Da die Bedeutung eines Wortes jedoch die Regel seines Gebrauchs ist, sind Funktionen der Bedeutung folglich Funktionen des Gebrauchs, und zwar des semantisch regelgerechten Gebrauchs. 'Schwere' als Funktion der Regel des Gebrauchs ist somit nicht eine vom Gebrauch in der Kommunikation losgelöste inhärente Eigenschaft von Wörtern, sondern eine ihnen aufgrund ihres regelgerechten Gebrauchs zukommende. Das 'Angelegtsein' zur 'Schwere' ('schwer' als Dispositionsprädikat) ist dann eine verkürzte Ausdrucksweise für den folgenden Zusammenhang:

Daß Verwendungen bestimmter Wörter in der Kommunikation häufig Verständnisschwierigkeiten zur Folge haben, ist auf bestimmte Eigenschaften der Bedeutung dieser Wörter als Regel ihres Gebrauchs zurückzuführen. Solche Eigenschaften disponieren Wörter zur Schwere.

Somit hat die theoretische Klärungsrichtung aufgrund ihrer wissenschaftlichen Begründbarkeit bei der Bestimmung des Prädikats 'schweres Wort' den Vorrang. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Ermittlung schwerer Wörter rein theoretisch bzw. nicht-empirisch geschehen kann. Vielmehr muß gerade auf der Basis der intensionalen Klärung des Begriffs 'schweres Wort' die Extension des Begriffs empirisch, d.h. text(sorten)bezogen und corpusgestützt, ermittelt werden.

Dies ist der Anknüpfungs- und Überleitungspunkt zwischen dem allgemeinen Konzept lexikalischer Schwere und seiner konkreten Beziehung z.B. auf die schwere politische Lexik. Bevor dieser Gesichtspunkt weiter verfolgt wird, ist zu klären, wie die Entstehung von Kommunikationskonflikten - speziell solcher, die durch schwere Wörter hervorgerufen werden - modellhaft rekonstruiert werden kann und welche Kommunikationskonflikte unterschieden werden können.

Die spezifischen semantischen Eigenschaften, die Wörter zur Schwere disponieren, können - zunächst hypothetisch - relativ zu einem Wortstrukturmodell ermittelt und differenziert werden. Dabei kann man von Gebrauchsfixierungen, das sind Formulierungen der Gebrauchsregeln bzw. Erklärungen der Bedeutungen von Wörtern, ausgehen, die im Rahmen von (dialogischen) Gebrauchsfixierungskontexten abgegeben werden.

Richtungsweisend ist dabei folgender Gedankengang: Die Dispositionseigenschaft 'schwer' muß von bestimmten Eigenschaften der Gebrauchsregeln von Wörtern ableitbar sein. Gebrauchsregeln von Wörtern wiederum sind zugänglich in Form von sprachreflexiven

Regelformulierungen. Solche Regelformulierungen liegen in Wörterbucheinträgen zu Lemmata, in teilweise verkürzter Form (vgl. Wiegand 1981, 161), vor. Gerade für die verschiedenen Typen der schweren Wörter jedoch hat die Lexikographie noch nicht die jeweils unterschiedlichen geeigneten (Regel)Formulierungsmuster entwickelt, so daß wir auf diese verwissenschaftlichte Form der Regelformulierung hier nicht zurückgreifen können. Vielmehr gehen wir von den vorwissenschaftlichen *s p r a c h r e f l e x i v e n G e b r a u c h s f i x i e r u n g e n* aus, die Sprecher auf Befragen - in Gebrauchsfixierungskontexten - über ihren Gebrauch eines bestimmten Wortes abgeben.

An diesen Gebrauchsfixierungen oder Bedeutungsbeschreibungen hoffen wir, typische Unterschiede zwischen den semantischen Eigenschaften leichter und schwerer bzw. in unterschiedlicher Weise schwerer Wörter ablesen zu können. D.h. wir machen in expliziter Weise von dem letztlich unumgänglichen Kunstgriff Gebrauch, anhand von Bedeutungsbeschreibungen Bedeutungen zu analysieren und zu charakterisieren. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den jeweils worttypen-identifizierenden und -differenzierenden Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Regelformulierungen. Diese Übereinstimmungen und Differenzierungen beziehen sich jeweils auf typische *S t e l l e n* oder *P a r a m e t e r*, wie wir sie nennen wollen, die in den Gebrauchsfixierungen jeweils relativ zu bestimmten Worttypen regelmäßig wiederkehren und jeweils in charakteristischer Weise ausgefüllt bzw. belegt werden. Das Wechselspiel dieser Parameterbelegungen stellt für uns genau jene Muster semantischer Eigenschaften dar, die geeignet sind, bestimmte Wörter zur Schwere bzw. zu einer bestimmten Form der Schwere zu disponieren.

Um zu einer Typologisierung von 'schweren Wörtern' und zu einer intensionalen Bestimmung der lexikalischen Dispositionseigenschaft 'schwer' zu kommen, gehen wir von der Situation des Gebrauchsfixierungskontextes, die wir nachfolgend einführen (vgl. Sit 1), aus. Wir hoffen, aus ihr bestimmte typische oder konstante 'Stel-

len' bzw. regelmäßig wiederkehrende und jeweils in spezifischer Weise belegte Parameter zu gewinnen, aufgrund derer die Eigenschaft 'schwer', bezogen auf Prädikatoren, bestimmt und gewichtet werden kann und mit deren Hilfe Unterschiede zwischen schweren und leichten Wörtern, schweren Wörtern (gerade) dieses oder (gerade) jenes Typs abgelesen werden können:

Sit 1 Unter u s u e l l e n G e b r a u c h s f i x i e -
r u n g s k o n t e x t e n für einen nominalen Prädikator A verstehen wir solche dialogischen Kontexte, in denen für einen Fragenden F auf dessen in der Sprache L formulierten Frageäußerungen vom Typ WAS IST (EIN) X?, WAS BEDEUTET A?, WAS HEISST A? usw. von dem Gefragten G mittels in der Sprache L formulierten Antwortäußerungen entweder

- (i) ein beliebiger Gegenstand X, der als B beschaffen (und ggfs. als C bewertet) charakterisiert wird, gleichzeitig als A beschaffen charakterisiert wird, wodurch ihm in der gleichen Antwortäußerung die Bedeutung von A in L bzw. in einem von L (Gemeinsprache) verschiedenen Subsystem L' von \bar{L} (Sprache als Diasystem) erläutert wird,

oder

- (ii) die Bedeutung von A in L bzw. in einem von L verschiedenen Subsystem L' von \bar{L} erläutert wird, wodurch in der gleichen Antwortäußerung ein beliebiger Gegenstand X, der als B beschaffen (und ggfs. als C bewertet) charakterisiert wird, als A beschaffen charakterisiert wird.

Der Gebrauchsfixierungskontext ist eine Art pragmatisches Wortstrukturmodell, in dem die verschiedenen Gebrauchsaspekte und -bedingungen für (schwere) Wörter - etwa ihre deskriptive und evaluative Bedeutungskomponente, ihr (mehrfacher) (Sub-)Systembezug und schließlich ihr Bezug auf und ihre Bindung an bestimmte

Sprecher- (Meinungs-, ideologische)Gruppen - erfaßbar sind und für eine Typologisierung schwerer Wörter operationalisiert werden können.

Somit erhalten wir aus Sit 1 die folgenden Parameter, die uns zur Bestimmung und Gewichtung von 'schwer' als Eigenschaft von Wörtern dienen:

- F: Fragender
- G: Gefragter
- A: ein Ausdruck aus \bar{L} , nominaler Prädikator
- B: Erklärung für A ((deskriptive) Bedeutung von A)
- C: Bewertung von A ((evaluative) Bedeutung von A)
- \bar{L} : Sprache (als Diasystem)
- L: Gemeinsprache
- L': beliebiges Subsystem von \bar{L} , verschieden von, d.h. nicht enthalten in L.

Dabei bilden die Parameter B, C, G und L, die als Makromerkmale aufzufassen sind, den Rahmen für die Feinsortierung und Systematisierung der Merkmale in Kapitel 3.2.

Im folgenden gebe ich einige kurze Erläuterungen zu den Merkmalen:

Zu Parameter B:

Bei mehreren verschiedenen Bedeutungserklärungen, die im Rahmen von Gebrauchsfixierungen zu einem Wort A abgegeben werden, müssen wir unterscheiden zwischen Erklärungen, die *p o l y s e m e* Gebrauche erklären und solchen, die *v a r i a n t e* Gebräuche erklären. Polysem sind Gebräuche eines Wortes dann, wenn sie

a) auf verschiedene Subsysteme des Diasystems Deutsch bezogen sind, z.B. die Gemeinsprache und eine Fachsprache (Beispiel: *Kraft, Masse, Abseits, Angst*) - wir sprechen hier von (durch L) *d e t e r m i n i e r t e r* Polysemie - und/oder b) wenn sie für jeweils dieselben Sprecher(gruppen) als voneinander syntaktisch-distributiv und/oder bezüglich der semantischen "Dimension" oder des Bezugsbereichs (vgl. Wiegand 1977, 125) verschiedene Ge-

bräuche ausgewiesen sind (Beispiele: *Schloß*, *Magazin*, *Flügel*).

Dagegen sind Gebräuche eines Wortes untereinander *v a r i a n t*, wenn sie für jeweils verschiedene Sprechergruppen Gültigkeit haben u n d ihre syntaktisch-semantische Distribution u n d ihre semantische Dimension gleich sind. Wörter mit varianten Gebräuchen wollen wir (gruppenbezogen) *s e m a n t i s c h i n s t a b i l e* Wörter nennen bzw. Wörter mit instabilen (deskriptiven) Bedeutungen. Variante Gebräuche verfügen über einen gemeinsamen Kern an Gebrauchsregeln ('intensionaler' Kern), die sich möglicherweise auch auf die evaluative oder Wertungskomponente beziehen können, und über sprechergruppenabhängig unterschiedliche, diesen intensionalen Kern erweiternde 'periphere' Gebrauchsregeln. Sinnrelational kann man Bedeutungsvarianz als 'innerlexematische' Kohyponymie fassen, wobei der gemeinsame 'Begriffskern' als Superonym fungiert (Beispiel: gruppenspezifisch variante Gebräuche von *Sozialismus*; intensionaler Kern: 'gesellschaftliche Lehre, die sich am Prinzip sozialer Gerechtigkeit ausrichtet').

Zur Unterscheidung von Parameter B und C:

Von der mit dem Parameter B erfaßten *d e s k r i p t i v e n* Bedeutung eines Prädikators - die als das 'Klassifikationspotential' des Prädikators gefaßt werden kann - kann die *e v a l u a t i v e* Bedeutung eines Prädikators, die wir mit Parameter C erfassen, unterschieden werden. Evaluative Bedeutung ist zu verstehen im Sinne von 'für Gruppen von Sprachteilhabern verbindliche, an die Bedeutung von A gebundene Regel zur Bewertung der durch die deskriptive Bedeutung von A klassifizierten Gegenstände der sozialen Welt gemäß gruppenspezifischen sozialen Normen'. Die evaluative Bedeutung steht als (gruppenspezifisches) *B e w e r t u n g s p o t e n t i a l* der deskriptiven Bedeutung als (möglicherweise ebenfalls gruppenspezifisches) Klassifikationspotential gegenüber.

Zu Parameter G:

Nach den vorangehenden Ausführungen ist bereits klar, daß für uns nicht jeweils einzelne Gefragte als 'Autoren' von Gebrauchs-

fixierungen relevant sind, sondern G r u p p e n von Gefragten (abgeleiteter Parameter G), die bezüglich der (relevanten Züge) ihrer Gebrauchsregeln für problematische Wörter übereinstimmen. Solche Gruppen mit gemeinsamem Sprachgebrauch in der Lexik bestimmter sozialwissenschaftlicher Fachsprachen oder der Meinungssprache und Ideologiesprache sind nicht nur mit den Mitteln der Sprachgebrauchsanalyse festzustellen; sie sind in Ergänzung dazu vor allem auch sprachsoziologisch und (sprach-)politisch-historisch zu bestimmen.

Zu Parameter L und L':

Zur Problematik einer Definition der 'Gemeinsprache' sei auf die Literatur (Jäger 1980, Möhn 1980) verwiesen. Die Differenzierung in Subsprachen L', L'' usw. bietet das methodische Instrument für eine Abbildung der inneren (funktionalen) Mehrsprachigkeit, insbesondere der oft mehrfachen Subsystembezogenheit potentiell schwerer Wörter (vgl. Strauß/Zifonun 1985, Kap. 5).

Um zu einem Urteil darüber zu kommen, ob ein aufgrund von aus Gebrauchsfixierungskontexten ermittelten Parametern als potentiell schwer ermitteltes Wort in einer konkreten Kommunikation tatsächlich zu Kommunikationsproblemen unterschiedlicher Art führt, müssen wir die languebezogene (gebrauchsregelbezogene) Situation des Gebrauchsfixierungskontextes (Sit 1) mit der Situation des aktuellen R e z e p t i o n s k o n t e x t ' e s (Sit 2) korrelieren:

Sit 2 Unter einem a k t u e l l e n R e z e p t i o n s k o n t e x t für einen nominalen Prädikator A verstehen wir solche textuellen oder dialogischen Kontexte, in denen ein Hörer (Textrezipient) H versucht, das von dem Sprecher (Textproduzent) S verwendete Wort A in dem vorliegenden Dialogstück oder Text zu verstehen.

Somit liefert uns Sit 2 folgende zusätzliche Parameter:

S: Sprecher (Textproduzent)
H: Hörer (Textrezipient)

Eine Korrelation der beiden Situationstypen führt zu der grundlegenden Unterscheidung zweier Typen von (durch schwere Wörter bedingten/wortbedingten) Kommunikationsproblemen: den Problemen *N i c h t - V e r s t e h e n* eines Wortes und *M i ß - V e r s t e h e n* eines Wortes; außerdem kann bei bestimmten (Klassen von) Wörtern das kombinierte Kommunikationsproblem des 'Nicht-und-Miß-Verstehens' auftreten.

Die beiden Situationen sind zunächst wie folgt verklammert zu denken: Ein Sprecher verwendet in der Regel - d.h. im nicht-taktischen und nicht mit einer Täuschungsabsicht verbundenen Sprachgebrauch - ein Wort A so, daß der aktuelle Gebrauch mit der Gebrauchsfixierung, die S als Gefragter G bei Befragung für A gibt bzw. bei entsprechender metasprachlicher Kompetenz geben würde, übereinstimmt - soweit der Gebrauch in der Rede (parole) durch die extrakommunikativen, auf die langue-Bedeutung hinzielenden Angaben in der Gebrauchsfixierung überhaupt determinierbar ist.

Wir können bei dem Gebrauch eines Wortes A durch einen Sprecher S gemäß der für ihn gültigen Gebrauchsfixierung in einer aktuellen Rezeptionssituation von der 'intendierten' Bedeutung von A sprechen; entsprechend versteht auch der Hörer H das Wort A gemäß der für ihn (H) gültigen Gebrauchsfixierung, wir sprechen hier von der 'interpretierten' Bedeutung von A.

Zu der Kommunikationsstörung des Nicht-Verstehens zwischen S und H kommt es in Sit 2, wenn S ein Wort A gemäß der für ihn gültigen Gebrauchsfixierung gebraucht, H jedoch nicht über eine entsprechende Gebrauchsfixierung, bezogen auf die vorliegende Subsprache, verfügt, d.h. der intendierten Bedeutung sozusagen überhaupt keine interpretierte Bedeutung entspricht. Dieser kommunikative Konflikt ist immer dort potentiell zu erwarten, wo ein Wort außerhalb der Gemeinsprache oder Alltagssprache oder außerhalb seines gemeinsprachlichen, alltagssprachlichen Gebrauchs verwendet wird. Er wird besonders akut dort, wo kompetente Sprecher einer Subsprache, d.h. einer Fach- oder Wissenschaftssprache

sich an nicht-fachkompetente Laien wenden, da hier dieser Konflikt durch die Kommunikationssituation 'fachexterne Kommunikation zwischen Experten und Laien' vorprogrammiert ist.

Zu dem Kommunikationsproblem des Miß-Verstehens zwischen S und H kommt es, wenn S einen Ausdruck gemäß der für ihn gültigen - kontextuell angemessenen - Gebrauchsfixierung verwendet, während H den Ausdruck im Sinne einer anderen, der für ihn selbst gültigen - kontextuell angemessenen - Gebrauchsfixierung versteht.

Wichtig ist hier vor allem, daß wir davon ausgehen, daß beide Gebrauchsfixierungen nicht nur für eine 'private Sprache' von jeweils S und H Gültigkeit haben, sondern zumindest g r u p p e n s p e z i f i s c h verbindlich sind. Damit haben wir den Begriff der Gruppensprache eingeführt, wobei Gruppe hier ausschließlich im Sinne von Meinungsgruppe/ideologische Gruppe verstanden wird.

Zu dem kombinierten Kommunikationsproblem des Nicht-und-Miß-Verstehens kommt es bei solchen Wörtern, für die es zwar einerseits wissenschaftlich verbindliche Gebrauchsfixierungen im Rahmen von Subsystemen gibt, die jedoch andererseits auch außerhalb dieses normierten Verwendungszusammenhangs z.B. in der Gemeinsprache, der Bildungssprache oder der Ideologiesprache gebraucht werden, wobei dann gruppenspezifische Modifikationen oder gar massive Verlagerungen oder Verschiebungen der Regeln des Gebrauchs, wie sie in Gebrauchsfixierungen manifest werden, stattfinden. In aktuellen Rezeptionssituationen kann daher einerseits aufgrund der Bezüglichkeit zu definierten subsystematischen Gebräuchen Nicht-Verstehen auftreten, andererseits im Bereich der alltagssprachlich oder bildungssprachlich geführten Kommunikation sowie in der (politischen) Meinungs- und Ideologiesprache Miß-Verstehen aufgrund der Bezüglichkeit des Wortes auf jeweils für Sprecher und Hörer verschiedene gültige Regeln des Gebrauchs: Wir haben es hier mit einem potenzierten Fall von s e m a n t i s c h i n s t a b i l e n Wörtern zu tun, z.B. dem gesamten Inventar der ideologischen Schlüsselbegriffe, Fahnen- und Stigmawörter.

1.2. Lexikalische Schwere im politischen Wortschatz

Als schwere-relevante systematische Eigenschaften eines Wortes gelten somit die Subsystembezogenheit eines Wortes, das mindestens einen Gebrauch außerhalb der Gemeinsprache in einem Fach- oder Sachbereich hat, und die Gruppenbezogenheit mit der Folge der semantischen Instabilität eines Wortes. Erst das Mehrfachauftreten, die Addition dieser Einzelfaktoren bei einem Wort (z.B. (sub)systemtranszendente Polysemie) oder die Kombination der beiden Faktoren (z.B. Systemtranszendenz bei semantisch instabilen, d.h. gruppenspezifisch gebrauchten Wörtern) erlaubt eine differenziertere Klassifizierung schwerer Wörter.

Politische Kommunikation findet, wie im einzelnen zu zeigen sein wird (vgl. Kap. 2), in wesentlichen Bereichen in und für die Öffentlichkeit statt. Die Gegenstände politischer Kommunikation sind jedoch oft in hohem Maße fachlich ausdifferenziert und beziehen sich auf Expertenwissen oder auf teilweise nur Experten bekannte Handlungs- und Organisationsabläufe.

Politische Kommunikation ist - und zwar differenziert nach den verschiedenen politischen Kommunikations- und Funktionsbereichen einerseits fachpolitische, also subsystembezogene Kommunikation, wobei die Angewiesenheit auf öffentliche Wirksamkeit der Fachlichkeit politischer Rede eine besondere Ambivalenz verleiht: Sie muß, zumindest in der Kommunikation zwischen Behörde und Bürger, also im Kommunikationsbereich AK_2 (vgl. Kap. 2), eine Balance zwischen Fachlichkeit und allgemeiner Verständlichkeit oder öffentlicher Resonanz finden.

Politische Kommunikation findet andererseits im Raum der politischen Meinungs- und Willensbildung statt. D.h. in ihr kommen unterschiedliche politische Meinungen, Zielvorstellungen und miteinander konkurrierende Ideologien zum Tragen. Dieses Merkmal der Gruppenbezogenheit ist wiederum - vergleichbar dem des Subsystembezugs, aber sich in anderen Bereichen manifestierend - für ganz bestimmte politische Sprachspiele eines bestimmten poli-

tischen Kommunikationsbereichs, nämlich der öffentlich-politischen Kommunikation im Bereich AK_1 (vgl. Kap. 2) besonders bedeutsam.

Der Gebrauch von Wörtern in Kommunikationssituationen politischer Rede erfüllt also die allgemeinen Kriterien semantischer Schwere: Zugehörigkeit zu einem Subsystem außerhalb der Gemeinsprache (L-Parameter) und Gruppenspezifität (d.h. Bindung an den Sprachgebrauch oder die Sprachnorm einer gesellschaftlichen Gruppe) (G-Parameter), und zwar in je spezifischer Weise.

Die politischen Sprachspiele sind je nach dem Grad ihrer Binnen- bzw. Außenfunktion unterschiedlich fachbezogen, d.h. Schwere gemäß Parameter L ist in unterschiedlicher Weise zu erwarten (relativ zu den Bereichen AK_1 , AK_2 und BK).

Nach dem Grad ihrer Ideologiegebundenheit und nach dem Grad ihrer wissenschaftlichen Definiertheit (in politischen und Gesellschaftstheorien, Ideologien) sind sie ebenfalls verschieden schwer gemäß Parameter G. D.h. die Orientierung auf konkrete Sprachspiele und Textsorten bringt eine empirische Füllung für G und L und die darauf bezogene Schwere. Trotzdem ist immer noch die Bestimmung 'zu Verständigungsproblemen disponiert' (vgl. Kap. 1.1.) erhalten, d.h. es gilt trotz Konkretisierung das Moment der Potentialität.

D.h. die Feinspezifizierung des Konzeptes 'schweres politisches Wort', die hier geliefert werden soll, kann nur den Grad der Wahrscheinlichkeit spezifizieren, mit dem ein bestimmtes Wort bzw. eine bestimmte Lexemklasse zu Verständigungsproblemen führt, wenn sie in einem bestimmten Kommunikationsbereich des politischen Handlungsraums im Zusammenhang mit bestimmten Sprachspielen und kommunikativen Verfahren gebraucht oder wenn sie von bestimmten Adressaten in bestimmten Textsorten rezipiert wird. Das tatsächliche Eintreten von Kommunikationsproblemen ist eine Sache der Faktizität.

2. Überblick über den Kommunikationsbereich Politik

2.1. Grobgliederung des politischen Handlungsraums: Funktionsbereiche und Sprachformen

Der Handlungsraum der Politik als Gesamtbereich politischen, d.h. sprachlichen oder sprachlich vermittelten, auf Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit bezogenen Handelns kann, unter Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen, institutionellen und situativen Bedingungen, unter denen die Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung und Herrschaftsausübung in den politischen Institutionen sich vollziehen, in die beiden Funktionsbereiche der politischen Außenkommunikation (= AK) und der politischen Binnenkommunikation (= BK) gegliedert werden. Bei diesen Bereichen handelt es sich nicht um jeweils funktional und sozial geschlossene, sondern ineinander übergreifende und miteinander verzahnte sowie mannigfaltig in sich differenzierte Handlungsräume, in denen den verschiedenen Institutionen im Rahmen der Arbeits- und Gewaltenteilung verschiedenartige Aufgaben übertragen sind. Die unterschiedlichen Beziehungen, Rollen und Intentionen der Handlungsbeteiligten (Institutionen und ihre Funktionsträger, Agenten der vollziehenden, gesetzgebenden oder rechtsprechenden Gewalt, Politiker, Bürokraten, Parteien, Bürger, Öffentlichkeit) führen zu funktionsbedingt unterschiedlichen Sprach- und Kommunikationsformen. Diese Kommunikationsformen sind der Entstehungsort für die lexikalisch bedingten Probleme des Schwer-, Nicht- oder Mißverstehens bei der Laienöffentlichkeit und dem einzelnen Bürger, und zwar in Abhängigkeit vom Grad ihrer Sach- und Institutionsbezogenheit, dem Grad der Terminologisierung ihrer Lexik und/oder aufgrund ihrer Meinungsgruppenbezogenheit und ihrer ideologiedurchsetzten und daher semantisch instabilen Lexik.

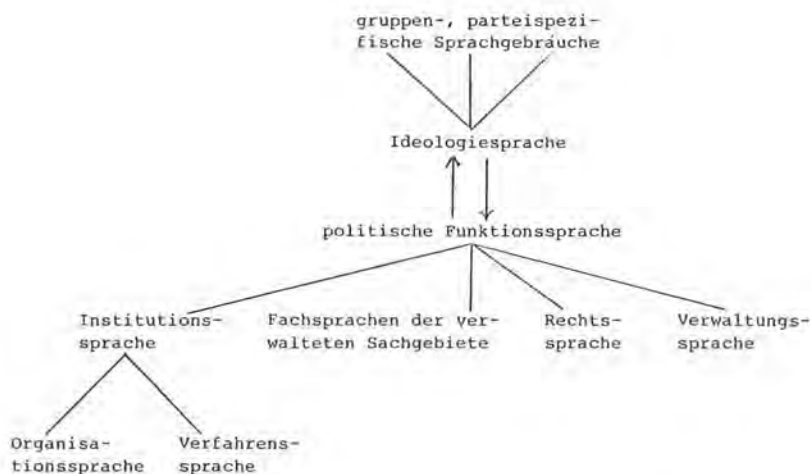
Da der Bereich Politik sich in hohem Maße kommunikativ und sprachlich realisiert, sind für seine Binnengliederung eher funktionale, die kommunikative Funktion von Sprachformen und die Intention der Sprecher erfassende Kriterien geeignet als z.B. solche,

die "dem institutionellen Aufbau des politischen Gemeinwesens" folgend von der "Sprache des Parlaments, der Parteien, der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik, des Völkerrechtes, der Propaganda" sprechen, sich an die politische Organisationslehre anlehnen und dabei übersehen, daß

nur manche Institutionen, Sachgebiete und Aufgabenbereiche eine eigene Sprache im Sinne von Wortschatzeinheit haben, während andere an verschiedenen teilhaben. Es ist offensichtlich, daß die institutionelle Gliederung der staatlichen Bürokratie in Ministerien sprachlich unergiebig ist, weil die Sprache der Wirtschaftspolitik sich über mehrere Ministerien erstreckt, während das Innenministerium mit seinen vielfältigen Aufgaben sich nicht auf einen sprachlichen Nenner bringen läßt. Andererseits löst sich die "Sprache des Parlaments" bei näherem Hinsehen in Teileinheiten auf, die, abgesehen davon, daß sie alle mit dem Parlament als der gesetzgebenden Gewalt verbunden sind, wenig miteinander zu tun haben. (Dieckmann 1969, 48)

Außerdem ist eine kommunikationsorientierte Binnengliederung des politischen Handlungsbereichs für eine lexikographische Darstellung, die den politischen Wortschatz nach einer systematischen Ordnung, die wesentlich auf handlungsbereichsbezogenen Kriterien beruht, einrichtet, eher geeignet.

Funktional orientiert sind bereits die auf der 'Sprachebene' ansetzenden Differenzierungen in Dieckmann (1969, 50f., 81f.), wo er - zurückgehend auf Pankoke (1966) - auf der obersten Ebene zwischen Ideologiesprache und politischer Funktionssprache unterscheidet. Die weiteren Differenzierungen und der Zusammenhang zwischen diesen Sprachen können in folgendem Schema zusammengefaßt werden:



Diese Differenzierungen sind zwar ein erster Schritt in die Richtung einer funktional-kommunikativen Gliederung und sie werden daher bei den folgenden Überlegungen miteinbezogen. Sie greifen jedoch insgesamt zu kurz, da sie die Struktur des politischen Handlungsraums weitgehend unberücksichtigt lassen und allzu direkt auf sprachliche und das heißt primär vokabularbezogene Ausgrenzungen zugehen.

Weiterhin ist beim Gebrauch von 'Ideologiesprache' oder 'Meinungssprache' usw. zu beachten, daß mit diesen Bezeichnungen kein Anspruch auf einen eigenen Status im Sinne einer langue, eines geschlossenen Sprachsystems, erhoben wird; vielmehr werden sie jeweils als Kurzformen für Kennzeichnungen der folgenden Art verwendet:

'Diejenigen speziellen sprachlichen Mittel (Vokabularien, Wortgebrauchsinventare, syntaktische Mittel usw.), die einen bestimmten subsystematischen Bereich bzw. einen bestimmten funktionalen Teilbereich eines subsystematischen Bereichs auszeichnen'. (Zum Begriff Sprache/Subsprache/Subsystem vgl. Strauß/Zifonun 1985, Kap. 2.4.).

(1.) Politische Außenkommunikation

Im Raum der politischen Außenkommunikation können zwei Funktionsbereiche relativ deutlich auseinandergehalten werden:

(1.1.) Die öffentlich-politische Kommunikation

Der Handlungsraum der politischen Außenkommunikation umfaßt den Teilbereich der öffentlich-politischen bzw. öffentlich-institutionellen Kommunikation (= AK₁), also die Kommunikation zwischen Politiker/Parteien und Bürger/Öffentlichkeit, in der sich konkurrierende politische Willensbildung vollzieht und die sich - vor allem realisiert über die Massenmedien - der Sprachformen der politisch-ideologischen Auseinandersetzung einschließlich des semantischen Wortstreites bedient. Besonderes Kennzeichen dieses Funktionsbereichs ist, daß die Bürger oder Teile der Bürgerschaft in der kommunikativen Beziehung selbst präsent sind. Denn hier ist der Bürger nicht Adressat regulativer Behördenakte, sondern - zumindest nach dem Willen der Verfassung - im Medium der öffentlich-politischen Diskussion oder über die politischen Parteien an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (wenn auch eher nur mittelbar) beteiligt. Er ist in seiner Rolle als potentieller Mitspieler sogar konstitutiv für die gesamte öffentlich-politische Kommunikation insofern, als dieses politische Handeln von Anfang an im Hinblick auf die Bürgeröffentlichkeit konzipiert und sprachlich realisiert wird: Es gehört zum verfassungsrechtlich geregelten Auftrag der politischen Parteien, Verbände, Interessengruppen und der einzelnen Politiker, auf sprachlich-kommunikativem Wege (z.B. vor allem im Bereich der politischen Erziehung oder der öffentlichen, massenmedialen Diskussion) beim Bürger oder bei bestimmten gesellschaftlichen Zielgruppen Zustimmung für politische Ziele, Programme und Handlungspläne zu erlangen. Deshalb wird überall da, wo Politik sich zur Schau stellt und gezielt an die Öffentlichkeit wendet, politische Sprache als Ideologiesprache oder als "öffentliche Meinungssprache" (Dieckmann 1969, 82) aktualisiert: In dieser Funktion ist politische Sprache maßgeblich an der Herausbildung einer 'politischen Öffentlichkeit' beteiligt und ihr wesentlicher Bestandteil ist

das zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen umstrittene ideologiesprachliche Vokabular (d.h. Schlag-, Fahnen-, Stigmawörter usw.). Dabei müssen die der Ideologiesprache zugrundeliegenden gesellschaftlichen Auffassungs- und Urteilssysteme keineswegs immer den Charakter einer theoretisch durchgebildeten, schlüssig begründeten Ideologie oder eines ideologischen Begriffssystems haben, sondern sie können auch in Form von mehr oder weniger ausgeglichenen 'Alltagsideologien' auftreten (was natürlich ihre öffentliche Verbreitung begünstigt). Entscheidend ist vor allem ihre gruppenspezifische Relevanz. Auch terminologische Systeme durchgebildeter Ideologien wirken sprachlich auf der semantischen Ebene der Gemeinsprache gerade durch ihre mehr oder weniger korrekte Umsetzung in 'Alltagsbedeutungen' (vgl. H. Schmidt 1977, 210).

Um Zustimmung zu politischen Handlungsplänen wird vor allem in den Sprachspielen geworben, die sozial etabliert sind und an denen jeweils eine breit gefächerte Teilöffentlichkeit oder ein großes Publikum beteiligt ist. Den Funktionsbereich AK₁ prägen daher Sprachspiele wie 'öffentliche Meinungsbildung', 'öffentliche Diskussion', 'politische Erziehung' und 'politische Werbung', in denen neben kommunikativen Verfahren wie LEGITIMIEREN, DISKUTIEREN, DELIBERIEREN, INFORMIEREN, ARGUMENTIEREN, UNTERWEISEN, vor allem das Verfahren AKTIVIEREN (PERSUASION im Sinne von ÜBERREDEN, MANIPULIEREN) realisiert wird (vgl. oben den ersten Beitrag, Kap. 1). Persuasive Kommunikationsereignisse sind nicht nur Politikerreden im Wahlkampf, sondern auch Fernsehinterviews mit Politikern, Podiumsdiskussionen, Rundgespräche, Pressemitteilungen der Parteien oder Debatten im Parlament. Dabei ist die Mehrzahl dieser durch die Massenmedien 'veröffentlichten' Kommunikationsereignisse nach dem Muster der "trialogischen Kommunikation" (Dieckmann 1981, 218ff.) zu interpretieren: Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung vollzieht sich nicht im direkten Zusammentreffen von Propagandist und Bürger bzw. Massenöffentlichkeit in der großen Versammlung, sondern in nicht-kooperativen Kommunikationsverbindungen über die Massenmedien; der Einweg-Charakter dieser asymmetrischen Kommunikation läßt eine Rück-

koppelung in der Regel nicht zu. Für alle dialogisch strukturierten Kommunikationsereignisse, die in diesem Sinne als öffentliche oder 'veröffentlichte' aufzufassen sind, gilt nun, daß sie doppelt adressiert sind oder zumindest nach der Intention des Sprechers einen doppelten Adressatenbezug haben können. Der politische Akteur wendet sich, indem er mit seinem politischen Gegner-partner öffentlich kommuniziert, mit bestimmten Intentionen zugleich an die zuschauenden Bürger oder an das Publikum. Die Ver-"Doppelung der Realität des Politischen" (Edelman 1976) besteht hierbei darin, daß öffentlich-politisches Handeln auf der Ebene der Interaktion der politischen Akteure eine andere Bedeutung hat als auf der Ebene zwischen den politischen Akteuren und den nicht direkt beteiligten Bürgern und daß bestimmte kommunikative Verfahren der Handlungskordinierung oder Problemlösung auf einer der beiden Ebenen von den Akteuren 'inszeniert' werden, um den Bürger über die tatsächlichen Mechanismen der Handlungskordinierung usw. zu täuschen (vgl. oben den ersten Beitrag, Kap. 1 und Dieckmann 1983, 43f.). Deshalb kann der Gesamtbereich der öffentlich-politischen Kommunikation unter dem Aspekt der 'Inszenierung' betrachtet werden.

Die mit solcherlei Täuschungsstrategien verbundenen Probleme, politische Texte und die in ihnen realisierten kommunikativen Verfahren angemessen zu interpretieren, verdichten sich in den besonderen Schwierigkeiten im Umgang mit dem in AK₁ verwendeten ideologisch besetzten Vokabular: Politische Wörter, die der Meinungs- oder Ideologiesprache angehören, werden tendenziell häufig in Texten des Bereichs AK₁ verwendet. Sie bereiten dem Bürger aufgrund ihrer semantischen Instabilität Schwierigkeiten, die umso gravierender zu bewerten sind, als dieses Vokabular dank seines 'alltagsideologischen' Wirkungspotentials auch in andere Bereiche der politischen Kommunikation und den gemeinsprachlichen Sprachverkehr eindringt. Als spezielle Schwere- bzw. Schwerverständlichkeitsfaktoren, die an die semantischen Eigenschaften und den kommunikativen 'Tauschwert' politisch-ideologischer Wörter in der Kommunikationsgemeinschaft gebunden sind, sollen an dieser Stelle nur die folgenden genannt werden:

- ihre Interpretationsabhängigkeit und/oder
- ihr Bezug auf unterschiedliche gesellschaftliche Normen, Ideologien, politische Lehren, Wissenschaftsdisziplinen usw. und/oder
- ihr Bezug auf unterschiedliche (und unterschiedlich urteilende) Meinungsgruppen, Parteien usw. und/oder
- ihr essentieller Bezug auf Geschichte/Geschichtlichkeit (vgl. Strauß 1984, 114).

(1.2.) Die institutionsexterne Kommunikation

Von der öffentlichen politischen Kommunikation innerhalb der politischen Außenkommunikation zu unterscheiden ist der vielfältig differenzierte Bereich der institutionsexternen Kommunikation, also die Kommunikation zwischen den staatlichen Institutionen und dem betroffenen Bürger bzw. der in ihrer Gesamtheit angesprochenen Bürgerschaft (= AK₂). Dazu gehören einerseits die fachexternen, administrativ meist nach dem Handlungstyp 'REGULIEREN bzw. BÜROKRATISCHE AUFFORDERUNG/ANWEISUNG' geregelten Sprach- und Kommunikationsformen der staatlichen Exekutivbehörden (z.B. der Strafbefehl des Polizisten, die Verwarnung, Verfügung, die Mahnung, öffentliche Bekanntmachung oder die Einholung normierter Informationen durch Formulare und Vordrucke), die jeweils den Bürger als einzelnen betreffen und ganz konkrete, lebenspraktische Auswirkungen haben können; andererseits die fachsprachlich-normativen, dem Handlungstyp 'REGULIEREN bzw. GESETZE GEBEN, VERORDNUNGEN ERLASSEN' verpflichteten Akte der gesetzgebenden und rechtsprechenden Institutionen, die als jeweils 'veröffentlichte' an die Staatsbürgerschaft in ihrer Gesamtheit oder an bestimmte Gesellschaftsgruppen mit normativer Verbindlichkeit gerichtet sind. Zwar ist der Bürger auch hier wie im Bereich AK₁ als Adressat in der kommunikativen Beziehung präsent, doch hat diese Beziehung hier eine ganz andere Qualität als dort: Denn im Bereich der institutionsexternen Kommunikation verfügt die Institution "über eine wie auch immer legitimierte Autorität und setzt den Bürger in die Rolle dessen, der eine Aufforderung (Anordnung, Verfügung, Erlaß, Verordnung, Gesetz) zu befolgen hat. Diese

kommunikative Beziehung, charakteristisch für den Gesetzgeber und, jeweils anders legitimiert, für die verordnenden und verfügenden Exekutivbehörden und den urteilssprechenden Richter, unterscheidet sich von der, in die der Bürger in der öffentlich-politischen Auseinandersetzung eintritt" (Dieckmann 1981, 138). In diesem Bereich werden Texte produziert, mit denen für je einzelne oder für alle Angehörigen einer staatlichen Gemeinschaft in gleicher Weise die Bedingungen des öffentlichen Zusammenlebens, des Handelns und Verhaltens in der Gesellschaft formuliert werden. Der Bereich der bürokratischen Anweisungen und Gesetze ist aber auch der Raum, in dem die Grenzen politischer Ordnung deutlich gezogen und die Beziehungen zwischen oben und unten, zwischen Herrschenden und Beherrschten markiert werden. Hier vollzieht sich Politik, indem politische Intentionen in Gesetzesform gebracht und in Aufforderungshandlungen übergeführt werden.

Überall dort, wo als Agenten politischer Handlungen Institutionen oder Kollektivgebilde wie d e r Staat, d i e Regierung, d i e Ministerialbürokratie, d a s administrative System oder d a s Gesetz auftreten, also wo die Einrichtungen der drei Staatsgewalten, die Parlamente, die Gerichte und der weit verzweigte Bereich der öffentlichen Verwaltung von Ministerien bis hin zu den Gemeindeverwaltungen über ihr jeweiliges Fach hinaus regulierend in die gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebenssituationen der Laienöffentlichkeit eingreifen, wird politische Sprache als behördliche "Funktionssprache" (Dieckmann 1969, 82) realisiert, deren wesentlicher Bestandteil der gesamte, weitgehend sachneutrale, institutionelle und fachsprachliche Wortschatz von Politik bzw. Recht und Verwaltung mit ihrem verfahrens- und organisationssprachlichen Spezialvokabular ist. Die Funktionssprache stellt hier, neben ihrer Aufgabe der behördeninternen organisatorischen Verständigung zwischen den Funktionsträgern (vgl. unten (2): Politische Binnenkommunikation), ein wichtiges und perfektes Kommunikationsmittel zwischen Bürger und Behörde dar. Dabei tritt ausschließlich die Bürokratie als Textproduzent auf und in der Regel bilden Rechtsnormen die inhaltliche Grund-

lage zur Herstellung der Texte. Die spezifische Schwere der Wörter, die in diesen Texten usuell verwendet werden, ist verursacht durch die (fachexternen) Fachsprachen des Rechts und der Verwaltung, die sich mit der politischen Funktionssprache zur rechtlichen und behördlichen Regulierung des Gesellschaftslebens verbinden. Beide Fachsprachen haben definitorischen und imperativischen Charakter und auch sonst weitgehend gleiche inhaltliche und formale Eigenschaften.

Für die Funktionssprache des Kommunikationsbereichs AK₂ sind neben den Sprachmitteln des Verhandelns und Überredens vor allem die Rechts- und die Verwaltungssprache als auf die Öffentlichkeit gerichtete Sprachformen der staatlichen Autorität von Bedeutung: Hinter dem Gesetz steht die Autorität des Gesetzgebers, hinter der bürokratischen Anweisung die Weisungsbefugnis einer übergeordneten Instanz oder eines Vorgesetzten. Mit der ständigen Zunahme der Lebensbereiche, die rechtlich zu bestimmen und zu regeln sind, und mit dem Anwachsen der Verwaltungsaufgaben des Staates, also unter den Bedingungen wachsender Staatstätigkeit auf potentiell allen Lebens- und Sachgebieten, üben die Sprachformen des Gesetzes und der Bürokratie einen großen Einfluß sowohl auf andere Bereiche der politischen und öffentlichen Kommunikation als auch auf die Gemeinsprache aus. Die Verständnisprobleme, die der juristische und behördliche Sprachgebrauch in institutionell geregelten Situationen dem Bürger bereitet, haben folgende Ursache: Der wesentliche Teil der juristischen und bürokratischen Texte reicht über die jeweilige fachinterne Kommunikation hinaus, denn der eigentliche Zweck dieser Texte besteht in den Wirkungen, die sie außerhalb des Faches erzeugen (sollen). Sie dienen also nicht nur der juristisch- oder administrativ-fachlichen Beschreibung oder Deutung sozialer Weltausschnitte, sondern vor allem der Regulierung oder Änderung gesellschaftlicher Sachverhalte außerhalb des jeweiligen Faches.

Primärer Adressat der Texte ist der Bürger als Laie, d.h. der nicht juristisch oder verwaltungsmäßig ausgebildete Steuerzahler,

Wehrdienstpflichtige, Parksünder, Angeklagte oder Rechtssuchende, letztlich also alle Bürger eines Rechtsstaates, die in bestimmten Lebenssituationen mit diesen Texten persönlich konfrontiert werden.

Diese Texte werden typischerweise nicht nur zur Expertenkommunikation in und mit den Institutionen der Justiz und der Verwaltung angewendet, sondern gemäß ihren öffentlichen Aufgaben vor allem in der Kommunikation mit den nichtprofessionellen 'rechtsunterworfenen' Staatsbürgern außerhalb der Institutionen: Sie sprechen einzelne Gruppen oder die Bürgerschaft insgesamt mehr oder weniger imperativ, jedoch anonym, genormt und vor allem - wie vom Gesetz selbst vorgeschrieben - öffentlich an, berufen sich auf gültige Rechtsnormen und haben einen unmittelbar Handlungen auslösenden Inhalt. Alle diese Kommunikationsvorgänge sind eingebettet in einen komplexen, streng arbeitsteilig geregelten, rollendifferenzierten, zeit- und zweckrationalen Apparat, der von der Großinstitution 'Staat' umschlossen wird.

Im Kommunikationsbereich AK₂ sind daher die Grenzen von Rechts- und Verwaltungssprache, gemessen am Sach-, Berufsgruppen- und Institutionenbezug der in ihnen produzierten Texte, äußerst durchlässig. Hier entsteht nun folgendes kommunikatives Paradox: Der sprachliche Verkehr zwischen den Institutionen und den Laien wird - obwohl die Texte an den Laien gerichtet und für ihn gedacht sind - in seinen Abläufen durch die Institutionen und die sie beherrschenden Fachleute geregelt und daher weitgehend deren Bedürfnissen angepaßt. D.h. der Sprachverkehr ist in den verwendeten (fach)sprachlichen Mitteln weitgehend von den Experten und von den fachlichen Zwängen nach Präzision, Bindeutigkeit und Ökonomie bestimmt - eben darin ist ein schwerwiegender Faktor für die Schwerverständlichkeit oder das Nichtverstehen von Rechts- und Verwaltungstexten durch den Laien zu sehen.

Das besondere Kennzeichen der Kommunikation im Bereich AK₂ ist also der doppelte Adressatenbezug vieler Rechts- und Verwaltungstexte. Wendet man - wie Stickel (1984, 36) vorgeschlagen hat -

die Begriffe 'Zentrum' und 'Peripherie' auf die rechts- und behördensprachlichen Erscheinungen in diesem Bereich an, dann kann man unterscheiden zwischen einem zentralen Bereich von Fachtexten, die primär für die Expertenkommunikation in den Institutionen bestimmt sind - und die der politischen Binnenkommunikation zuzuweisen wären -, und einer Peripherie von Texten in einem Kontinuum abnehmender Fachlichkeit, die primär an den Laien gerichtet, also für den Bereich AK₂ typisch sind. Die Unterscheidung eines Zentral- und Peripheriebereichs ermöglicht es, einzelne Texte bzw. Textsorten nach Art und Ausmaß ihrer professionellen Prägung zu charakterisieren und unter dem Aspekt ihres Adressatenbezugs zu bewerten. Der Differenzierung in Zentrum und Peripherie sollen hier entsprechend der sachlichen Binnengliederung und Organisation des Rechtswesens folgende Textsorten zugrundegelegt werden (vgl. Otto 1981, 51f.): Textsorten

- (a) der Gesetzessprache
 - als Grundlage aller anderen Textsorten und als Mittel der Berufung auf die jeweils gültigen Rechtsnormen sowie als Garant für die rechtsverbindliche Wirkung der Texte
- (b) der Sprache der Bescheide und Urteile
- (c) der Wissenschafts- und Gutachtensprache
- (d) der Sprache des behördlichen Schriftverkehrs
- (e) des Verwaltungsjargons

In der Liste, die nicht vollständig ist, sind vor allem die Texte von Interesse für die gesellschaftliche oder öffentliche Kommunikation, die durch ihren doppelten Adressatenbezug ausgezeichnet sind. Der 'doppelte Adressatenbezug' ist hier nicht gleichzusetzen mit der oben beim Bereich AK₁ eingeführten 'Doppeladressierung' politisch-öffentlicher Texte, die vor allem der Legitimierung, Werbung und Imagepflege der politischen Akteure dient.

Das fachliche Zentrum der Rechtssprache wird von den Textsorten (c) und teilweise von (a) gebildet; sie haben starke Auswirkungen auf die anderen Textsorten und beeinflussen deren Inhalt und Formulierung. Bei den Gesetzen ist zu unterscheiden zwischen sol-

chen, die die Arbeitsweisen und Aufgaben staatlicher Institutionen und bestimmter Berufszweige regeln (vgl. dazu unten den Kommunikationsbereich BK) und für professionelle Adressatengruppen bestimmt sind, und den Gesetzen, die keine bestimmten Adressaten haben und prinzipiell für alle Bürger bestimmt sind, für Experten so gut wie für Laien.

Auch die Texte unter (b) sind doppelt adressiert: sie enthalten Rechtsentscheidungen für den je betroffenen Einzelnen, sind aber auch für die professionelle Überprüfung durch übergeordnete Instanzen verfaßt (vgl. unten den Kommunikationsbereich BK).

Gleiches gilt auch für den behördlichen Schriftverkehr (d), der sich nicht nur amtsintern abspielt. Hier ist zu unterscheiden zwischen der geregelten behördeninternen Kommunikation (vgl. wieder den Bereich der politischen Binnenkommunikation unten) und der ebenfalls administrativ geregelten Verwendung von Texten, die z.B. als Antrags- oder Erklärungsvordrucke oder als Ladungen und Verfügungen nach außen auf die Öffentlichkeit gerichtet sind, an Experten wie an Laien.

Der Verwaltungsjargon (e) schließlich funktioniert primär als informelle fachinterne Werkstattssprache mit geringer Wahrscheinlichkeit von Außenwirkung.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es im Bereich AK₂ nur wenige juristische Textsorten gibt, für die insgesamt die Exklusivität des rein fachinternen Sprachgebrauchs beansprucht werden könnte. In der Mehrzahl handelt es sich um Textsorten, die als Texte der Peripherie den juristischen Laien unmittelbar als Adressaten angehen.

Die besonderen Verstehensprobleme in der Kommunikation zwischen Bürger und Behörde sind auf den genannten doppelten Adressatenbezug vieler Texte zurückzuführen, d.h. darauf, daß nicht etwa die Differenzierung der Textsorten selbst mit einer klaren Grenze

zwischen fachlichem Zentrum und Laienperipherie Hand in Hand geht, sondern daß eine unscharfe Grenze zwischen Experten- und Laienadressierung quer durch die wesentlichen institutionsspezifischen Textsorten verläuft (vgl. Stickel 1984, 44). Daher ist der unmittelbare Sprachverkehr, den diese Texte zu den Laien an der Peripherie herstellen sollen, gestört, die Texte und die in ihnen verordneten Anweisungen stehen somit ihrer eigenen praktischen Verwirklichung sprachlich im Wege. Die Bürger werden - obwohl als Adressaten oder Mitadressaten politisch-rechtlichen Sprachhandelns gemeint - als Kommunikationspartner sprachlich vernachlässigt oder überfordert. Dies ist offenbar darauf zurückzuführen, daß die Arbeitsteilung und -routine der Behörden einen Sprachgebrauch begünstigt, der den sachbedingten Kommunikationsbedürfnissen der Experten und der Notwendigkeit der Verständnissicherung zwischen den professionellen Agenten durch das erforderliche Maß an terminologischer Präzision und sprachlicher Ökonomie gerecht wird. Diese arbeitsökonomische Ausdrucksweise führt jedoch bei doppelt (also auch an den Laien) adressierten Texten zu Verständlichkeitsproblemen. Dieser Umstand ist besonders für die Rechtssprache gravierend, da sie zur Erfüllung ihrer sachlichen Zwecke und ihres institutionellen Auftrags die Laien immer in entscheidender Weise in die Kommunikation einbeziehen muß.

Das hier zur Rechtssprache Ausgeführte gilt weitgehend auch für die Sprache der Verwaltung, die hier im Kommunikationsbereich AK₂ im engeren Sinne als 'politische' Bürokratie zu fassen ist, deren Textsorten (z.B. Antrag, Anweisung, Anzeige, Bekanntmachung, Instruktion, Memorandum, Verfügung, Verbot) im Bereich der kommunalen (Gemeinden, Städte, Landkreise) und der staatlichen (Länder, Bund) Verwaltung produziert werden.

Der hier angesprochene Schwerefaktor der institutionsexternen Kommunikation - der Konflikt zwischen der Institutions- und expertenbezogenen Forderung nach sprachlicher Präzision und Ökonomie und damit nach sprachlich garantierter Rechtssicherheit und der laienbezogenen Forderung nach Verständlichkeit (der Rechts-

und Verwaltungssprache als Gebrauchssprachen) - konkretisiert sich in den lexikalisch bedingten Verständnisproblemen, die der politisch-juristische und -administrative Sprachgebrauch in institutionell geregelten Kommunikationen der Laienöffentlichkeit bereitet. Die einzelnen Formen dieser Schwerverständlichkeit von Wörtern in funktionssprachlichen Texten sollen hier kurz genannt werden. Zu bedenken ist dabei, daß auch die für den Bereich AK₁ geltend gemachten Schwerefaktoren beim Gebrauch von Wörtern im Bereich AK₂ interferieren können, wenn die Fachwörter der institutionsexternen Kommunikation in ideologischen Kontexten verwendet oder wenn die Sprachen der jeweiligen Sachgebiete in bestimmten Situationen (z.B. in Debatten) vom Vokabular der Ideologiesprache überhöht werden und wenn die Fachwörter von ideologischen Einmischungen selbst nicht ganz frei sind (z.B. *soziale Marktwirtschaft* oder *Bürger in Uniform*). Es handelt sich um folgende Faktoren:

- Neben den spezifischen (schweren) Termini aus Bürokratie und Recht werden auch Begriffe aus den Fachbereichen verwendet, in denen die Behörden oder 'das Gesetz' tätig werden (z.B. auf sozialem, kulturellem, wirtschaftlichem Gebiet)
- mehrfacher, durch die Verwendung in verschiedenen Spezialsprachen dieses Bereichs bedingter subsystemtranszendenter Gebrauch (fachsprachenbedingte Polysemien)
- Fachwörter mit einem weiten oder komplexen sachlichen (enzyklopädischen) Umfeld
- Terminologisierung und normative Festlegung gemeinsprachlicher Wörter, deren fachliche Bedeutung im Widerspruch zu ihrer gemeinsprachlichen Bedeutung stehen kann
- textsemantische Vernetzung vieler Termini, zu deren Verständnis ihre über verschiedenartige Textsorten verteilte Definitionsgeschichte erforderlich ist (vgl. Stickel 1984, 48).

(2.) Die politische Binnenkommunikation

Von den beiden ausgegrenzten Teilbereichen der politischen Außenkommunikation, dem Bereich der öffentlichen politischen Diskussion

und der Außenkommunikation der Institutionen im Publikumsverkehr, ist die politische Binnenkommunikation (= BK) zu unterscheiden. Sie umfaßt sowohl den institutionsinternen als auch den institutionsübergreifenden Sprachverkehr, also die Kommunikation innerhalb und zwischen den verschiedenen Institutionen der drei Staatsgewalten. Ein wesentliches Merkmal dieses Kommunikationsbereichs ist, daß der Bürger und die Bürgerschaft insgesamt von der kommunikativen Beziehung ausgeschlossen und an den institutionellen Prozessen bestenfalls als Zuschauer beteiligt sind.

Die Sprachformen der politischen Binnenkommunikation, die sich durch ausgeprägte Eigenstrukturen und institutionell verfestigte Verkehrsformen auszeichnen, zeigen unter allen politischen Sprachformen am deutlichsten die für die fachinterne Kommunikation charakteristischen Merkmale der Sachbezogenheit, Rationalität, Eindeutigkeit und Präzision, Ökonomie bzw. Variationsarmut und Effizienz. Somit haben das Spezialvokabular der internen Institutionsprache in den Bürokratien, den gesetzgebenden und den rechtssprechenden Körperschaften sowie der Spezialwortschatz der verwalteten Sachgebiete jeweils nur einen fachsprachlichen Geltungsbereich: die interne Regulierung des arbeitsteilig organisierten Staatsapparates und die Kontrolle bisherigen und zukünftigen politischen Handelns der Staatsgewalten, die an die Normen der Verfassung, insbesondere an die Grundrechte, gebunden sind. Die kommunikativen Prozesse innerhalb der verschiedenen Institutionen mit ihren funktionsbedingt unterschiedlichen Verfahrens- und Organisationssprachen haben nur eine oberflächliche Ähnlichkeit mit partnerbezogenen Kommunikationsakten und ihre sprachlichen Handlungsprodukte, z.B. Verwaltungsvorschriften oder Gesetze zur Regelung der Arbeitsweise einer bestimmten Zielgruppe innerhalb der Bürokratie, weisen die größte Entfernung zu alltagsweltlichen kommunikativen Praktiken auf. Unter anderem weil die institutionellen Handlungsprodukte nicht Produkte einzelner Personen, sondern der verschiedenen Staatsorgane mittels der entsprechenden Ministerialbürokratien sind, und die einzelnen sprachlichen Tätigkeiten hier meist "nur Elemente in einem komplexen Vorgang, an dessen Ende ein Gesetz, eine Verordnung oder eine Verfügung ...

steht" (Dieckmann 1981, 237). Dementsprechend sind auch die angewandten kommunikativen Verfahren - REGULIEREN, GESETZE FORMULIEREN usw. - und die institutionellen Prozeduren, die in den Entstehungsprozessen der hier einschlägigen Textsorten eine Rolle spielen, von den in den Bereichen AK₁ und AK₂ - jeweils wieder unterschiedlich - praktizierten Verfahrensweisen grundlegend verschieden.

Politische Binnenkommunikation ist das fachliche und organisatorische Zentrum der politischen Funktionssprache. Sie ist der Handlungsraum für die dem praktisch politischen, auf die Öffentlichkeit bezogenen Handeln in den Kommunikationsbereichen AK₁ und AK₂ zugeordneten Kontrollorgane und übergeordneten Instanzen. Dazu ein Beispiel: Bezogen auf den Bundestag gehören zu den 'zugeordneten Kontrollorganen' die Ausschüsse (Untersuchungs-, Haushalts-, Petitionsausschuß) und Kommissionen (Enquete-Kommissionen, Parlamentarische Kontrollkommission) des Bundestags sowie die gemeinsamen Organe von Bundestag und Bundesrat: der Vermittlungsausschuß und der Gemeinsame Ausschuß. Die 'übergeordneten Instanzen' sind die Gerichte, insbesondere das Bundesverfassungsgericht, die die im Bundestag beschlossenen Gesetze überprüfen (vgl. Handschuh 1982, Borgs-Maciejewski 1983). Die Organe der vom Grundgesetz geforderten Kontrolle können in der Organisation eines Staatsorgans selbst oder "aber auch im Verhältnis mehrerer leitender Staatsorgane zueinander" festgelegt sein. "Dabei erstreckt sich die rechtliche Kontrolle auf die Sicherung der rechtlichen Voraussetzungen und der Grenzen der Kompetenzausübung zwischen Staatsorganen untereinander und in ihrem Verhältnis zum Bürger und die politische Kontrolle auf die inhaltliche Überwachung der Tätigkeit von Staatsorganen" (Busch 1983, 12). Die von den politischen Organen bei den institutionsexternen und öffentlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen angewandten Verfahren bedürfen der Kontrolle einerseits im Sinne der Billigung oder Beanstandung des bisherigen Handelns und andererseits im Sinne von Empfehlungen für zukünftiges Handeln.

Die übergeordnete Instanz kann ein weisungsbefugter Vertreter der jeweiligen Institution oder eine übergeordnete Institution sein, sie kann aber auch 'unpersönlich' durch normative Gesetze und andere kanonische Texte vertreten sein. Im Falle einer Abweichung von den vorgeschriebenen Verfahrensweisen werden die ausführenden Organe und Gremien zur Rechenschaft gezogen und müssen mit Sanktionen durch die übergeordneten Instanzen rechnen.

Die jeweils vorgeschriebenen Verfahren sind in Texten kodifiziert in denen die Aufgaben, Arbeitsweisen und Kompetenzen für die jeweilige Institution geregelt werden, z.B. Gesetze, Verordnungen, Anweisungen übergeordneter Instanzen und Regelungen, die innerhalb der Institutionen getroffen worden sind und unterschiedliche Reichweite und unterschiedliche Grade der Verbindlichkeit haben. Der Bereich der politischen Binnenkommunikation bildet ein komplexes, der Öffentlichkeit entzogenes Kompetenz-, Macht(verteilungs-) und Kontrollsystem mit einer Fülle von fachlichen institutionellen Verfahrenstermini. Damit ist dem Bürger eine der wesentlichen Grundlagen für die Mitwirkung an politischer Willensbildung entzogen: Die im Bereich BK angewandten Verfahren und realisierten Sprachformen besitzen keine oder nur eine sehr geringe Transparenz nach außen.

Zu den sogen. 'Verwaltungsvorschriften' zählen z.B. die Dienstanweisungen, die den internen Amtsverkehr regeln. Dienstanweisungen ziehen für den Bürger keine Rechte und Pflichten nach sich und sind für die Gerichte nicht bindend; die Dienstanweisung bedarf grundsätzlich keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung, denn diese liegt bereits in der allgemeinen Hoheitsgewalt der Bürokratie begründet. Ebenfalls zu den Verwaltungsvorschriften zählen die Erlasse. Erlasse sind Schreiben (Anordnungen, Entscheidungen usw.) der obersten Aufsichtsbehörden (Bundes- und Länderministerien) an nachgeordnete Stellen (z.B. Gemeinden, Schulen). Runderlasse richten sich gleichlautend an mehrere Stellen der Bürokratie. Als Verfügungen werden einerseits innerbehörliche Texte mit Entscheidungen der Aufsichtsbehörde oder einer vorgesetzten Stelle an nachgeordnete Stellen bezeichnet, andererseits werden auch

Gebote oder Verbote an bestimmte Personen bzw. Personengruppen unter dem Begriff 'Verfügung' gefaßt. Letztere sind nach außen gerichtete Verwaltungsakte, durch die von der Behörde ein Einzelfall auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts geregelt wird. Solche Verfügungen gehören daher nicht in den Bereich der politischen Binnen-, sondern der Außenkommunikation der Behörden. Zu den sog. 'Rechtsvorschriften' gehören z.B. die Verordnungen, die aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung von Regierungs- und Verwaltungsstellen erlassen werden. Sie stehen den Gesetzen gleich und enthalten wie diese allgemeinverbindliche Rechtsnormen zur Durchführung und Ergänzung von Gesetzen, sie müssen sich daher im Rahmen der zugrundeliegenden Gesetze bewegen.

Solche allgemeinen Verfahrens- und Organisationsregelungen finden sich vor allem im Grundgesetz: die Wahl oder Bildung vieler Parlamentsorgane ist durch das Grundgesetz vorgeschrieben, das z.B. den Präsidenten, seinen Stellvertreter usw. ausdrücklich erwähnt (Borgs-Maciejewski 1983, 12). Auch in institutionsinternen Handbüchern oder Merkblättern, die nur den jeweiligen Funktionsträgern zugänglich sind, können solche Regelungen festgeschrieben sein. Im Bereich der parlamentarischen Organisation und der parlamentarischen Kontrolle ist die Geschäftsordnung des Bundestages der wichtigste Ort für institutionsinterne Regularien. Die Geschäftsordnung ist Ausdruck der Parlamentsautonomie, d.h. der Bundestag hat das Recht, sich in dem vom Grundgesetz vorgegebenen Rahmen selbst zu organisieren, zu verwalten und den Parlamentsbetrieb zu gestalten; die Paragraphen der Bundestagsgeschäftsordnung, die einen exemplarischen Eindruck von institutionsinternen Organisationstexten vermitteln, lassen sich z.B. wie folgt zusammenfassen:

"Organisation und Administration des Parlaments / Regeln für die Arbeit des Plenums und der Ausschüsse / Vorschriften über das Gesetzgebungsverfahren / Kontrolle der Regierung / Schutz der Minderheit vor Willkür der Mehrheit / Schutz der Mehrheit vor Obstruktion durch die Minderheit / Rechte und Pflichten der Abgeordneten" (Borgs-Maciejewski 1983, 13). Im Text der Geschäfts-

ordnung für den Bundestag sind die Termini der Institutionssprache und des verfahrens- und organisationssprachlichen Wortschatzes für alle Handlungsbeteiligten verbindlich festgelegt. Die interne Funktionssprache dient im Bereich politischer Binnenkommunikation primär also der organisatorischen Verständigung innerhalb des staatlichen Institutionenapparates.

Da die interne Funktionssprache, solange sie im Sprachverkehr von BK aktualisiert wird, nur geringe soziale Verbreitung besitzt und da der einzelne Bürger sich kaum selbst durch politische Bildung und politisches Interesse in die Lage versetzen kann und auch wohl nicht unbedingt in die Lage versetzt werden muß, die institutionellen Vorgänge in der Exekutive und in den verwalteten Sachgebieten zu überschauen, weil das Verständnis der Funktionssprache an das Verständnis komplizierter interner Sachverhalte und Prozesse gebunden bleibt, sind hier lexikalische Schwerefaktoren bzw. lexikalisch bedingte Verstehensprobleme marginal. Die Mittel der Funktionssprache im Bereich BK sind als rein behördeninterne Kommunikationsmittel entworfen, von denen keine allgemeine Verständlichkeit erwartet wird bzw. zu erwarten ist. Die spezifische Schwere der hierher gehörigen Termini ist mitverantwortlich für die Schwer- oder Unverständlichkeit des staatlichen Handelns schlechthin.

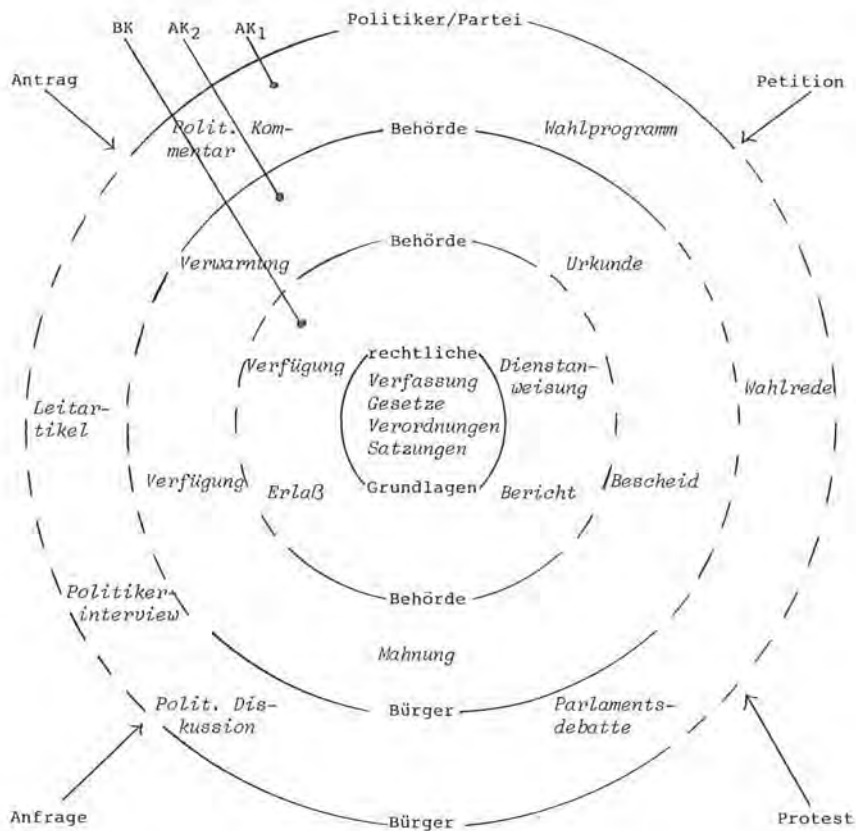
Erst wenn die Agenten sich mit den Mitteln der Funktionssprache an die Öffentlichkeit richten, werden lexikalische Verstehensprobleme aktuell. Die Funktionssprache wird dann in den Dienst des Bereichs AK₂ gestellt und ihr Gebrauch schafft dort bei den Adressaten, für die sie nicht entworfen ist, Probleme.

2.2. Übersicht: Der Zusammenhang der Funktionsbereiche politischer Kommunikation

Die skizzierten Funktionsbereiche AK₁, AK₂ und BK der politischen Kommunikation lassen sich je nach ihrem Stellenwert in der öffentlichen Kommunikation und nach ihren sprachlichen/textsortenspezifischen Wechselbeziehungen sowie nach den sachlich-thematischen

Zusammenhängen, die zwischen ihnen bestehen, vereinfacht in Form konzentrischer Kreise darstellen (vgl. die Abbildung auf S. 186). Den gemeinsamen Kern dieser Kreise bilden die für die repräsentative Demokratie der BRD kanonischen Texte (Grundgesetz, Verfassung, Satzungen bzw. Texte, die rechtsbindend vom Grundgesetz vorgeschrieben sind, z.B. Geschäftsordnungen für die verschiedenen Staatsorgane), die für öffentlich-politisches und institutionelles politisches Handeln auf allen Kompetenzebenen normativ verbindlich sind. Um diesen Kern lagern sich die verschiedenen (und verschieden 'offenen' oder durchlässigen) Bereiche der politischen Kommunikation nach dem Grad der abnehmenden internen Fachsprachlichkeit und des zunehmenden Öffentlichkeitsbezugs in der Reihenfolge BK - AK₂ - AK₁ vom Zentrum nach außen zur Peripherie. Aus der Abbildung geht hervor, daß die beiden Bereiche AK₁ und AK₂ - jeweils unterschiedlich begründet - eine große Durchlässigkeit in Richtung Öffentlichkeit besitzen, in denen einerseits der politisch interessierte oder gebildete Bürger in die politisch-ideologische Auseinandersetzung der Parteien usw. kommunikativ einbezogen ist (AK₁), und in denen andererseits der einzelne Bürger sich den Anweisungen des Bürokraten gegenüber-sieht bzw. die gesamte Bürgerschaft der Autorität von Exekutive, Legislative und Judikative unterworfen ist (AK₂).

Deshalb sind Kommunikationsprobleme, d.h. Verständigungsprobleme zwischen Politiker (AK₁) bzw. Bürokrat (AK₂) und Bürger und Verstehensprobleme bei der Rezeption politischer Texte vor allem in diesen beiden Bereichen jeweils mit unterschiedlicher Reichweite und unterschiedlichen Folgeerscheinungen anzusiedeln. Das Spektrum ihrer Textsorten und ihre teils fachsprachlichen, teil öffentlichen, ideologisch vagen Wortschätze müssen daher im Zentrum einer Untersuchung stehen, deren Anliegen die (semantisch und kommunikativ) unterschiedlich schweren Wörter der politischen Kommunikation bilden.



Erläuterung der Abbildung:

Der innerste Kreis "rechtliche Grundlagen" bildet das verfassungsmäßige Fundament für die politischen Kommunikationsbereiche:

Der Bereich BK umfaßt die institutionsinterne Kommunikation, also den internen behördlichen Schriftverkehr,

der Bereich AK₂ umfaßt die institutionsexterne Kommunikation, also den externen Schriftverkehr der Behörden mit dem Bürger,

der Bereich AK₁ umfaßt die öffentlich-politische Kommunikation, also den Dialog zwischen Politiker/Partei usw. und Bürger.

In jeden Kreis sind jeweils einige, für die einzelnen Bereiche typischen Textsorten eingetragen (in Kursive).

Der Bereich BK dagegen weist den geringsten Grad an öffentlicher Transparenz auf, daher sind seine spezifischen internen Sprach- und Kommunikationsformen eher von untergeordnetem Interesse.

An den oberen und entsprechenden unteren Kreisrändern jeweils eines Kreises sind die an den einzelnen Bereichen beteiligten Akteure (Institutionen, Parteien, Gruppen und Personen) notiert. Die aus dem 'freien' gesamtgesellschaftlichen Raum auf die konzentrischen Kreise gerichteten Pfeile (mit den Prädikaten Anfrage, Antrag, Erklärung, Eingabe, Petition, Protest, Initiative usw.) symbolisieren die im Grundgesetz garantierten Einwirkungs- und Rückkopplungsmöglichkeiten des einzelnen Bürgers oder der Gesamtheit der "demokratischen Anwender der Verfassung" (von Polenz 1985, 137) auf den politischen Apparat und auf das politische institutionelle Handeln innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie.

Die Besetzung der einzelnen Kreissegmente mit den jeweils genau einem Kommunikationsbereich zugeordneten Textsorten zeigt modellhaft den vom Spektrum der politischen Textsorten gestifteten kommunikativen Zusammenhang der Gesellschaft. Die Konstellation der jeweiligen Textsortenproduzenten und -adressaten spiegelt die Autoritätsstruktur der Gesellschaft bzw. ihrer einzelnen Institutionen wieder und die Art und Weise, wie in ihnen politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vollzogen werden.

In der Abbildung sind die einzelnen Kreislinien als Strichelungen ausgeführt, um die sachlichen und sprachlich-lexikalischen Verbindungen und Übergänge zwischen den einzelnen Bereichen und damit die zwischen ihnen bestehende (einseitige oder doppelte) Durchlässigkeit hervorzuheben.

Alle in diesen Bereichen ausgeführten bzw. von ihnen ausgehenden politischen Handlungen müssen durch die normativen Gesetze der Verfassung, als der obersten Berufungsinstanz, legitimiert sein.

Die Akteure der drei Bereiche - Politiker, Parteien, Bürokraten, Parlamentarier, Fraktionen, die Regierung, das Parlament, die Gerichte und Verwaltungsinstitutionen - stehen nach dem Willen des Grundgesetzes im Verhältnis der gegenseitigen Kontrolle, zu deren Durchführung ein ständiger Informationsfluß zwischen den Bereichen und verschiedenen Modalitäten der Überwachung und der "Kontrolle durch Mitwirkung" (Busch 1983, 12) gewährleistet sein müssen.

Im Bereich BK werden auf Verfassungsgrundlage die legitimen Voraussetzungen für die Durchführung und Regelung von administrativen, gesetzlichen usw. Handlungen in AK₂ geschaffen, die über den Bereich AK₁ in die gesellschaftliche Öffentlichkeit hineinwirken.

Andererseits bleiben bestimmte Strömungen oder politische Tendenzen, die sich in der Öffentlichkeit manifestieren, also Äußerungen der 'öffentlichen Meinung' z.B. bei der Diskussion gesellschaftspolitisch brisanter Themen (Umwelt, Kernkraft, Nachrüstung, Arbeitslosigkeit usw.) nicht ohne Auswirkung auf das Handeln der Agenten in den Institutionen und der Institutionen selbst (man denke hier z.B. an die Möglichkeit des Bürgers, sich mit Petitionen an Abgeordnete zu wenden). In Diskussionen im Bundestag, in Kontroversen der Parteien usw. werden solche Strömungen aufgegriffen und thematisiert. Sie können sich dann in der Reform oder Anpassung von Gesetzen an veränderte Situationen, in sog. Sofortprogrammen der Regierung oder in anderen behördlichen Maßnahmen der Neuregelung gesellschaftlicher Sachverhalte oder sozialer Realitätsausschnitte niederschlagen (z.B. in der Neuregelung des Arbeitskampfrechts).

Durch diese Wechselbeziehungen und den Kontakt zwischen Bürger und Staatsgewalt kommt es auch zu einem sprachlichen Austausch zwischen dem eigentlich politischen Bereich und der Öffentlichkeit und zu Überschneidungen - ganz abgesehen davon, daß von Überschneidungsfreien Wortschätzen der Bereiche politischer Kommuni-

kation ohnehin nicht auszugehen ist. Die sprachliche Verzahnung der drei Funktionsbereiche politischer Kommunikation wird im wesentlichen auch gefördert durch ihre unterschiedlich starke arbeitsteilige Verknüpfung mit den Institutionen der drei Staatsgewalten.

Zwischen den beiden institutionellen Bereichen BK und AK₂ besteht ein unmittelbarer sprachlicher und lexikalischer/terminologischer Zusammenhang über das Medium der institutionsgebundenen internen Funktionssprache mit ihren Ausprägungen vor allem in der Rechts- und Verwaltungssprache und in ihrer gemeinsamen Bindung an die Sprache der normativen Verfassungstexte und Gesetze.

Gründe, Anlässe und Situationen für Übergänge zwischen der Funktionssprache und der Meinungssprache gibt es genügend. Denn auch die interne Funktionssprache hat indirekt öffentliche Bedeutung, als ihre Sprachformen nicht nur von den sachlichen Bedürfnissen institutionsinterner Kommunikation, sondern auch von den Erwartungen der Öffentlichkeit geprägt sind. Häufig wenden sich staatliche Institutionen, Parteien und politische Verbände in externen Verlautbarungen an die Öffentlichkeit, um ihre Maßnahmen zu legitimieren oder es finden sich ideologische Einmischungen in den Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete, wenn die Experten eines Sachgebietes über den institutionsinternen Raum hinaus der Öffentlichkeit (z.B. dem Steuerzahler, dem Sparer) bestimmte politische Programme oder komplizierte Wirtschaftskonzepte mit einprägsamen Wortbildungen und werbewirksamen Phraseologismen vorstellen (z.B. *soziale Marktwirtschaft*, *konzertierte Aktion*). Andererseits ist die Meinungssprache auch in Gesetzestexten präsent, z. B. in der Präambel der Verfassung oder in allgemeinen Grundgesetzen, in der politischen Doktrin, in formellen Verkündigungen oder in Texten der politischen Erziehung.

Die verschiedenen Sprachformen und Wortschätze der Funktionssprache (Rechts-, Verwaltungs-, Institutions-, Verfahrens-, Organisationssprache) lassen sich nicht exakt bestimmten Institutionen

zuordnen, sondern ziehen sich horizontal durch den gesamten institutionellen Aufbau des Staates, der politischen Organisationen und Interessengruppen (vgl. Dieckmann 1969, 88 und 1981, 262). Erst die jeweils konkret angewandten Verfahren und die dominierenden Sprachformen erlauben Rückschlüsse auf die tatsächlichen Formen und Prozesse, in denen politische Willensbildung, Entscheidungsfindung oder Problemlösung sich vollziehen.

Die Komplexität institutioneller, öffentlich vermittelter Willensbildungs- und Meinungsbildungsprozesse zeigt sich z.B. deutlich am Gesetzberatungs- und Gesetzgebungsverfahren im Parlament. Alle hier realisierten Sprachformen und Wortschatzgruppen haben lediglich den Bezug auf das Parlament als der gesetzgebenden Gewalt gemeinsam. Zu unterscheiden sind jedoch im einzelnen die Wortschätze der Organisations- und Verfahrenssprache, d.h. die Bezeichnungen für die Organisation des Parlamentes und die formalen Prozesse, in denen die gesetzgeberische Arbeit abläuft; dieser terminologische Bereich der 'Formula' ist hauptsächlich in der Geschäftsordnung des Bundestages geregelt (vgl. oben). Im Mittelpunkt von Plenardebatten steht hingegen die Diskussion und Beratung (das 'Deliberieren') mit ihren je eigenen Sprachformen der Rede und Gegenrede, der Argumentation und Kontroverse, in denen vor allem, bedingt durch das Bewußtsein von der 'Präsenz' der zuschauenden Öffentlichkeit, auch Formen der Streit- und politischen Kampf- und Propagandasprache mit den umworbenen und umstrittenen Schlag-, Fahnen- und Stigmawörtern in Parolen usw. verwirklicht werden. Durch die Hereinnahme der Öffentlichkeit wird das Verfahren des Beratens oft nur noch für die Öffentlichkeit inszeniert und von den Verfahren der Legitimation und der politischen (Parteien)Werbung begleitet oder überlagert. In der Bundestagsdebatte wird darüber hinaus jeweils die Sprache desjenigen Sachgebietes aktualisiert, aus dem ein Problem einer Entscheidung zugeführt werden soll und ein Gesetz zu beschließen ist. Die Diskussion des Sachgebietes zeigt aber wiederum auch ideologische Einmischungen, z.B. wenn unterschiedliche parteipolitische Meinungen miteinander konkurrieren und um die Stimmen-

mehrheit im Plenum ringen. Schließlich wird im Parlament auch die Gesetzessprache als Funktionssprache realisiert: Die Sprache der zu beschließenden Gesetzesvorlagen ist jedoch nicht die Sprache des Parlamentes, sondern die Sprache der jeweils zuständigen Bürokratien, die die Gesetze ausarbeiten und auch die fachgerechte Formulierung bestimmen; hier vermischt sich der Wortschatz der Gesetzessprache mit der Sprache desjenigen Sachgebietes, in das die Gesetze regelnd eingreifen.

Die Komplexität der Sprachformen, die in politisch-institutioneller Kommunikation rekurrent realisiert werden und die alle dem Kommunikationsmittel 'politische Sprache' zu subsumieren sind, erlaubt eine Auffassung von politischer Sprache als einheitlicher, deutlich abgrenzbarer *F a c h s p r a c h e* nach konventionellem Verständnis nicht. Eine 'Fachsprache der Politik' verwendet allenfalls die Politologie, die den Staatsaufbau, Herrschaftsformen und Funktionen im Staat beschreibt.

Dies zeigt sich, wenn wir die von linguistischer Seite aus für Fachsprachen geltend gemachten allgemeinen Kriterien der ("kognitiv-denotativen") Sachbezogenheit, der ("sprachsoziologischen") Gruppenbezogenheit, der ("sozialpragmatischen") Bezogenheit auf (die gesellschaftliche Arbeit in) öffentliche(n) Institutionen und der ("sprachstrukturellen") Präzision, Kompaktheit und Ökonomie zugrundelegen (vgl. von Polenz 1979, 319f.). Sie greifen bezüglich politischer Sprache schon deshalb zu kurz, weil politische Sprache in erster Linie durch ihren mehrfachen Adressatenbezug, d.h. durch ihren Bezug auf die Welt der Experten u n d zugleich durch den Bezug auf die Öffentlichkeit bzw. die öffentliche Meinung definiert ist.

Gegenüber den einzelnen Bestimmungsstücken, die von Polenz vorsieht, kann folgendes geltend gemacht werden:

- Bei politischer Sprache liegt keine Sachbezogenheit im Sinne von Bezogenheit auf e i n Fach vor: das Sachgebiet Politik ist so komplex, daß es als 'offenes' Fach

aufzufassen ist; es kann nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen und selbst die politikfernsten Lebensbereiche und Sachverhalte können (vorübergehend oder usuell) 'politisch' werden. Immer mehr und immer größere Lebensbereiche sind politisch zu bestimmen und zu regeln und die Staatstätigkeit nimmt auf vielen Gebieten ständig zu, insbesondere mit der Erweiterung der gesetzlichen Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiet und dem Anwachsen der Verwaltungs- und exekutiven Aufgaben im Leistungs- und Wohlfahrtsstaat (vgl. Busch 1983, 14).

Außerdem ist Politik nicht nur ein Bereich, der in viele Lebensbereiche hineinreicht, sondern gleichzeitig ein Ort, an dem zahlreiche Fächer und Wissenschaftsdisziplinen mit ihren Funktiolekten bzw. fachsprachlichen Wortschätzen aktiv und essentiell beteiligt sind (z.B. die Fachsprachen der Wirtschaft, des Finanzwesens, der Technologie, der Forschung, des Familienrechts oder die Spezialsprache der internationalen Beziehungen, der Diplomatie usw.). Politische Kommunikation ist daher als funktional und institutionell vielfältig in sich geschichteter Handlungsraum zu sehen, der dementsprechend über eine Vielzahl von heterogenen Textsorten (vgl. Kap. 2.3.) verfügt, in denen politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sich vollziehen.

- Bei politischer Sprache liegt keine ausschließliche sprachsoziologische Gruppenbezogenheit vor in dem Sinne, daß sie ausschließlich den Experten des 'Faches' als Instrument zur Bewältigung sachbezogener Aufgaben mit nur gelegentlicher fachexterner Blickrichtung vorbehalten bliebe: Politik, verstanden als politisches Handeln, Denken oder Räsonieren, als politische Theorie oder als politische Praxis, als ordnende Gestaltung der menschlichen/gesellschaftlichen Beziehungen in einem Gemeinwesen und zwischen verschiedenen Gemeinwesen, als Begriff für politische Institutionen und Prozesse oder als politische Herrschaft,

ist immer unlösbar an Sprache gebunden und mit Kommunikationsprozessen verbunden. Daher besitzen die Sprach- und Kommunikationsformen der Politik wegen der Weite und Offenheit des Bereichs auch eine große Ausstrahlung und dringen in zahlreiche andere Bereiche der öffentlichen Kommunikation und in die Gemeinsprache ein.

- Bei politischer Sprache liegt keine ausschließlich kognitiv-denotative Funktion vor: Neben der eher kognitiv-denotativen Funktionssprache, in der es auf den Referenzbezug zu Gegenständen und Verfahren der politischen Organisation selbst und der verwalteten Sachgebiete ankommt, hat politische Sprache als Meinungssprache eine stark ausgebildete Wertungs- und Wirkungskomponente und eine starke Bindung an Meinungsgruppen.
- Bei politischer Sprache ist nur in bestimmten Textsorten und Kommunikationsbereichen das Kriterium der sprachstrukturellen Präzision, Kompaktheit und Ökonomie erfüllt.

Zwar zeichnen sich funktionssprachliche Textsorten in der Politik (vgl. oben die Abbildung) in Anlehnung an die Sprachformen der Rechtssprache und die Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete durch diese Merkmale aus. Andere Textsorten aus dem Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation hingegen zeigen eher gegenläufige Tendenzen: In Debatten, Reden, Interviews, Wahlprogrammen und anderen Textsorten des Bereichs AK₁ sind statt Präzision lexikalische Vagheit und semantische Instabilität intendiert, statt Kompaktheit und Ökonomie status- und imagefördernde Rhetorik angesagt.

Daher ist politische Sprache - als aus einer Vielzahl von Fachsprachen bestehendes und der öffentlich-politischen und institutionellen Kommunikation dienendes Instrument - nicht in einem irgendwie auf die Spezifik von Lexik, Syntax und Semantik eingeeengten Sinne (z.B. politische Sprache sei die Menge der fachspezi-

fischen Teile der Lexik in politischen Texten) zu fassen.

Vielmehr gehen wir aus vom 'politischen Sprachverkehr': Er ist zu fassen als die Gesamtheit der Texte, die in mehr oder weniger öffentlichen 'politischen' Situationen geäußert werden einschließlich der Texte, die den normativen und interpretativen Bezugsrahmen für solche Situationen bilden (z.B. kanonische Texte, Vorschriften, Normen, Verfassungstexte). 'Politische Sprache' ist dann die Gesamtheit der Eigenschaften des Sprachgebrauchs im Bereich von Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit, also die Gesamtheit der Regeln und Mittel für die in diesem Bereich produzierten Sprachspiele, kommunikativen Verfahren, Textsorten und für den Gebrauch spezieller syntaktischer Verfahren und Wortschatzklassen:

Politische Sprache ist ein spezifischer Verbund aus Fachsprachpluralität und öffentlicher Sprache, eine Sprache, deren soziale Geltung nicht auf bestimmte Expertengruppen eingeschränkt ist und die nicht nur über ein kognitiv-denotatives, sondern auch ein evaluativ-persuasives Potential verfügt.

2.3. Feingliederung des Kommunikationsbereichs Politik:

Textsortenklassen und Textsorten

Die oben skizzierten Funktionsbereiche AK₁, AK₂ und BK, in denen verschiedene Formen und Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung realisiert werden, sollen nun in übersichtlicher Form anhand der konstanten Faktoren 'Sprachspiele', 'Verfahrenstypen', 'Textsortenklassen' und 'Textsorten' aufgeschlüsselt werden.

Im Zentrum stehen dabei - als Vorbereitung für eine textsortenspezifische Klassifizierung des politischen Wortschatzes (vgl. Kap. 3 und 4) - Vorschläge zur Unterscheidung verschiedener Textsorten(klassen), die mit hoher Wahrscheinlichkeit die usuellen Kontexte für bestimmte, unterschiedlich schwere Lexeme der öffentlich-politischen Kommunikation darstellen.

Die Funktionsbereiche werden mit den bereits eingeführten lateinischen Großbuchstaben AK₁, AK₂ und BK markiert, die den Funktionsbereichen zugeordneten Sprachspiele durchlaufend mit römischen Ziffern, die (eher abstrakten) Textsortenklassen ebenfalls durchlaufend mit arabischen Ziffern, die zu den jeweiligen Textsortenklassen gehörigen Textsorten mit doppelten arabischen Ziffern (11, 12...21, 22...), wobei die erste Ziffer mit der Ziffer der entsprechenden Textsortenklasse übereinstimmt, während die zweite die Menge der Textsorten angibt, die unter die jeweilige Textsortenklassen fallen.

Mehrere der ausgegrenzten und für die öffentliche Kommunikation in besonderem Maße wichtigen Textsorten sind mit Verweisen auf Beispieltex-te (T1, T2, T3...) versehen, die im nächsten Kapitel anhand der folgenden Fragestellungen analysiert werden sollen: Welche Wörter in den betreffenden Texten sind aus welchen Gründen schwer und welche Merkmale - aufgefaßt als Eigenschaften ihrer Gebrauchsregeln - sind verantwortlich für den Grad ihrer Schwere bzw. für ihre Schwerverständlichkeit?

Kommunikationsbereich AK: Politische Außenkommunikation

Funktionsbereich AK₁: Öffentlich-politische Kommunikation;
Kommunikation zwischen den staatlichen
Institutionen/Parteien/Politikern und
der Öffentlichkeit/dem Bürger

I. Sprachspiel: 'Gruppenbezogene, parteiinterne politische Meinungs- und Willensbildung'

1. Textsortenklasse: Textsorten der parteioffiziellen politischen Programmatik und Doktrin.

Dominante Textfunktionen: Festlegung der Grundwerte und weltanschaulichen Leitlinien über die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung und ihre Kodifizierung in der Parteidoktrin (Credenda, Miranda).

Parteiprogramme regulieren den Prozeß der innerparteilichen Willensbildung nach parteispezifisch gültigen Prinzipien; über die Parteiprogramme sind alle Mitglieder solidarisch miteinander verbunden und als Einheit integriert.

Parteiprogramme sind primär Texte von und für professionelle Politiker und dienen der politischen Orientierung, der weltanschaulichen Standortbestimmung und als praktische Handlungsanweisung; sekundär sind Parteiprogramme auch auf die zu aktivierende Öffentlichkeit gerichtet (doppelter Adressatenbezug).

Kommunikative Verfahren:
SOLIDARISIEREN/INTEGRIEREN
AUSHANDELN
NORMEN, WERTE ETABLIEREN

(sekundär) WERBEN
POLEMISIEREN

Textsorte 11: Grundsatzprogramme der Parteien

[Vgl. Beispieltext T1 und T2 im nächsten Kapitel]

Textsorte 12: Orientierungsrahmen

Textsorte 13: Leitlinien

Textsorte 14: (Grundsatz)Thesen

Textsorte 15: Manifeste

Textsorte 16: Parteitagsbeschlüsse (auf der Basis von 11)

[Vgl. Beispieltext T3 im nächsten Kapitel]

II. Sprachspiel: 'Politische Werbung, Propaganda'

2. Textsortenklasse: Textsorten der politischen Agitation, Meinungsbeeinflussung, Manipulation und Persuasion.

Dominante Textfunktionen: Über die Massenmedien explizit auf die Öffentlichkeit gerichtete werbewirksame Texte von politi-

schen Institutionen, Parteien, Politikern oder Werbeagenturen, die der Aktivierung der politischen Öffentlichkeit dienen bzw. der Aktivierung des Teils der Bürgerschaft des Staates, aus dem sich Wählerpotentiale rekrutieren.

Kommunikative Verfahren:

AKTIVIEREN

WERBEN

ÜBERREDEN (PERSUASION)

WERTE BESETZEN

LEGITIMIEREN

EVALUIEREN

Textsorte 21: Wahlprogramm/Wahlplattform

[Vgl. Beispieltext T4 und T5 im nächsten Kapitel]

Textsorte 22: Regierungsprogramm

[Vgl. Beispieltext T6 im nächsten Kapitel]

Textsorte 23: Wahlrede (von Politikern, Spitzenkandidaten, Funktionären usw.)

Textsorte 24: Wahlanzeige/Anzeigenserien

[Vgl. Beispieltext T7 im nächsten Kapitel]

Textsorte 25: Wahlslogans, -parolen

Textsorte 26: Partei-offizielle Broschüren/Parteiblätter, -zeitung

Textsorte 27: Politische Satire/Pamphlete/Streitschriften

[Vgl. Beispieltext T8 im nächsten Kapitel]

Textsorte 28: Politische Flugblätter

Textsorte 29: Pressemitteilungen der Parteien

Textsorte 30: Wahlplakate

III. Sprachspiel: 'Öffentlich vermittelte politische Meinungs- und Willensbildung in Institutionen' als Kombination aus den integrierten Teilsprachspielen:

'Öffentliche Meinungs- und Willensbildung
in Institutionen' (vgl. Sprachspiel VIII)
'Politische Werbung' (vgl. Sprachspiel II)
'Öffentlich-politische Meinungsbildung'
(vgl. Sprachspiel IV)

3. Textsortenklasse: Öffentliche bzw. öffentlich vermittelte Debatten, Beratungen, Diskussionen zwischen politischen Gruppen/Parteien/politischen Akteuren in staatlichen (parteipolitischen z.T. kontrovers zusammengesetzten) Institutionen/Staatsorganen (auf der politischen 'Bühne').

Dominante Textfunktion ist die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der Ebene der politischen Akteure (z.B. im Bereich der Gesetzesberatung und -beschließung), sekundär kann die politische 'Realität' auch inszeniert werden, um im Blick auf die zuschauende Öffentlichkeit andere politische Prozesse (z.B. Legitimieren und Werben) zu realisieren.

Kommunikative Verfahren:

DISKUTIEREN

DELIBERIEREN

(sekundär) LEGITIMIEREN

WERBEN

Textsorte 31: Bundestagsdebatte und Reden im Bundestag

[Vgl. Beispieltext T9 im nächsten Kapitel]

Textsorte 32: Hearing (öffentliche Anhörung von Sachverständigen/Interessenvertretern in den Ausschüssen des Bundestags)

Textsorte 33: Öffentliche Reden und Vorträge von Politikern

[Vgl. Beispieltext T10 im nächsten Kapitel]

4. Textsortenklasse: Politische Willensbildung in den Massenmedien (life-Sendungen) als Diskussion, Streit-, Rundgespräch zwischen Politikern, Parteien, Regierungsmitgliedern, Experten verschiedener Sachgebiete und politischen Redakteuren/Moderatoren unter indirekter Beteiligung der interessierten

Öffentlichkeit.

Kommunikative Verfahren

(siehe unter 3. Textsortenklasse)

Textsorte 41: Fernseh- und Rundfunkdiskussionen mit Politikern
(z.B. Bonner Runde, Internationaler Frühschoppen)

Textsorte 42: Politische Interviews und Statements im Fernsehen
und in den publizistischen Medien
[Vgl. Beispieltext T11 im nächsten Kapitel]

IV. Sprachspiel: 'Öffentlich-politische Meinungs- und Willens- bildung'

Die Textsortenklassen 5 und 6 dieses Sprachspiels bilden das Zentrum für die massenmediale Vermittlung und 'Veröffentlichung' potentiell aller im Bereich politischer Kommunikation relevanten Textsorten, also aller der Texte, die in den Sprachspielen I, II, III, V, VI und VII produziert werden.

5. Textsortenklasse: Textsorten der politischen Information und Berichterstattung durch professionelle politische Journalisten/Redakteure für die (interessierte) Massenöffentlichkeit.

Kommunikative Verfahren:

INFORMIEREN

BERICHTEN

UNTERRICHTEN

(sekundär) BEWERTEN

Textsorte 51: Rundfunk- und Fernsehnachrichten
[Vgl. Beispieltext T12 im nächsten Kapitel]

Textsorte 52: Pressemeldungen und Berichte
[Vgl. Beispieltext T13 im nächsten Kapitel]

Textsorte 53: Reportage und Korrespondentenbericht

Textsorte 54: Erzählender Bericht/Story/Feature

6. Textsortenklasse: Textsorten der (subjektiven) politischen Kommentierung und Interpretation von professionellen politischen Journalisten, Kommentatoren, Redakteuren, Glossisten und Kolumnisten für die interessierte Massenöffentlichkeit.

Kommunikative Verfahren:

DARSTELLEN

INTERPRETIEREN

ARGUMENTIEREN

BEWERTEN

KOMMENTIEREN

Textsorte 61: Politischer Leitartikel und verschiedene Mischformen von meinungsbildenden kritisch-kommentierenden Zeitungsartikeln

[Vgl. Beispieltext T14 im nächsten Kapitel]

Textsorte 62: Politischer Kommentar (mit Tendenz zu den Textsorten 61, 64, 65)

[Vgl. Beispieltext T15 im nächsten Kapitel]

Textsorte 63: Politische Kolumne

Textsorte 64: Politische Glosse/Leitglosse

Textsorte 65: Politischer Essay

Textsorte 66: Politisches Dossier

Textsorte 67: Kritische/aktuelle politische Magazine im Fernsehen (Plusminus, WISO, Kontraste, Kennzeichen D, Report, Brennpunkt)

7. Textsortenklasse: (von Interessengruppen oder einzelnen Bürgern produzierte) Textsorten der politischen Kritik oder des Protestes der Öffentlichkeit auf politisches Handeln, politische Ereignisse, Vorgänge in den Institutionen und im öffentlich-politischen Bereich

Kommunikative Verfahren:
KRITISIEREN
RÄSONIEREN
PROTESTIEREN

Textsorte 71: Politische Leserbriefe (von Bürgern)

Textsorte 72: Anfragen/Petitionen/Bitten/Protestaufrufe/Beschwerden (von einzelnen Bürgern/Bürgerinitiativen)

Textsorte 73: Sprachkritische Analysen/Räsonnements (Sprachreflexion, Sprachaufklärung)

V. Sprachspiel: 'Politische Erziehung und Bildung'

8. Textsortenklasse: Textsorten von professionellen Fachwissensvermittlern (Pädagogen, Soziologen, populärwissenschaftlichen Autoren) für die interessierte Öffentlichkeit bzw. für den aus- oder weiterzubildenden Bürger.

Dominante Textfunktion: Vermittlung gesellschaftspolitisch relevanten Wissens, Erziehung zur Mündigkeit, Aufklärung über Mechanismen der Manipulation.

Kommunikative Verfahren:
UNTERWEISEN
GESELLSCHAFTLICHE STRUK-
TUREN ANALYSIEREN
FACHWISSEN VERMITTELN
BEWERTEN
AUFKLÄREN

Textsorte 81: Bildungsprogramme/Schriften parteigebundener Bildungsinstitute (Jugend-, Erwachsenenbildung) und politischer Akademien

Textsorte 82: Lehrwerke für den staatsbürgerlichen Unterricht, Geschichts-, Sozialkunde- und Deutschunterricht

Textsorte 83: Informations- und Aufklärungsschriften

Textsorte 84: Populärwissenschaftliche Sachliteratur/Wegweiserliteratur/Dossier

VI. Sprachspiel: 'Kommunikation und Diskussion in der politikwissenschaftlichen Forschung'

9. Textsortenklasse: Texte von Politikwissenschaftlern/Politikern für Fachleute des gleichen oder benachbarter Fachgebiete und für die (fachlich) interessierte Öffentlichkeit.

Textfunktion: Erforschung der politischen Strukturen und Prozesse, vor allem von Macht und Herrschaft in Staat und Gesellschaft und der Beziehungen zwischen den Staaten.

Textsorte 91: Wissenschaftliche Einführungen in den Bereich der Politik, in die Politikwissenschaft. Wegweiserliteratur mit Analysen von Willensbildungsprozessen in Institutionen.

Textsorte 92: Politische Nachschlagwerke (Handbücher, Wörterbücher usw.) und Monographien zu einzelnen politischen Begriffen.

[Vgl. Beispieltext T16 im nächsten Kapitel]

Textsorte 93: Wissenschaftliche Fachliteratur aus den in den Bereich Politik integrierten Fachbereichen und Wissenschaftsdisziplinen (Rechts-, Verwaltungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Sozialwissenschaft)

Funktionsbereich AK₂: Institutionsexterne Kommunikation:
Kommunikation zwischen staatlichen Behörden und Bürgern

VII. Sprachspiel: 'Externe Kommunikation der Institutionen der drei Staatsgewalten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung/Regierung mit der Öffentlichkeit/dem Bürger (= Bereich der bürokratischen Anweisungen und Gesetze)'

VII.a Teilsprachspiel: 'Exekutiv-individuelle Kommunikation der Institutionen im Publikumsverkehr/mit dem einzelnen Bürger'

10. Textsortenklasse: Von den Exekutivbehörden an den Bürger als einzelnen gerichtete Textsorten mit dem dominierenden Handlungstyp 'bürokratische Anweisung' (= Externe Sprache der Verwaltung, vgl. 14. Textsortenklasse)

Kommunikative Verfahren:
REGULIEREN
AUFFORDERN
ANWEISEN

Textsorte 101: Anweisung

Textsorte 102: Bescheid

Textsorte 103: Verordnung

Textsorte 104: Beschluß

Textsorte 105: Formulare/Vordrucke

Textsorte 106: Öffentliche Bekanntmachung

Textsorte 107: Verfügung

Textsorte 108: Mahnung

Textsorte 109: Konzession

Textsorte 110: Verwarnung

(Zu Beispieltextrn hierzu vgl. Metz 1976)

11. Textsortenklasse: Von den Behörden, der Regierung und/oder einzelnen Ministerien an die Bürger gerichtete Informations- und Aufklärungsschriften ('Bürgernähe' des Staates, insbesondere der Verwaltungsinstitutionen).

Textsorte 111: Informationsbroschüren für den politischen, bürokratischen Alltagsbedarf des Bürgers

(z.B. die von der Bundesregierung oder einzelnen Ministerien herausgegebenen Reihen "Bürger-Informationen" und "Bürger-Service")

VII.b Teilsprachspiel: 'Exekutiv-öffentliche Kommunikation der Institutionen mit den Staatsbürgern in ihrer Gesamtheit bzw. mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen/Teilbereichen'

12. Textsortenklasse: Von den gesetzgebenden und rechtsprechenden Körperschaften an die Staatsbürgerschaft mit normativer Verbindlichkeit gerichtete Textsorten mit dem dominierenden Handlungstyp 'Gesetz geben, Urteil fällen'.
(= Externe Sprache der Rechtsprechung und der Gesetzgebung, vgl. 14. Textsortenklasse)

Kommunikative Verfahren:
REGULIEREN
NORMEN

Textsorte 121: Sofortprogramme (der Regierung)

Textsorte 122: (Grundsatz)Urteile

Textsorte 123: (Reform)Gesetze

13. Textsortenklasse: Von den staatlich verwalteten Sachgebieten unter Einbeziehung von Fachkreisen und Verbänden an gesellschaftliche Teilbereiche/Berufsgruppen, -organisationen/Produktions-, Industriezweige gerichtete Textsorten mit dem dominierenden Handlungstyp 'Regelung, Gebot' usw.
(= Externe Sprache der verwalteten Sachgebiete, vgl. 14. Textsortenklasse)

Textsorte 131: Erlaß

Textsorte 132: Verordnung

Textsorte 133: Vorschrift

Textsorte 134: Verbot, Gebot

Funktionsbereich BK: Politische Binnenkommunikation:

Kommunikation in und zwischen den verschiedenen staatlichen Institutionen

VIII. Sprachspiel: 'Politische Meinungs- und Willensbildung in den Institutionen (der drei Staatsgewalten)'

14. Textsortenklasse: Interne Textsorten der Kommunikation in und zwischen den Institutionen/Organen der Legislative, Exekutive und Judikative (z.B. Ausschüsse, Gremien, Kommissionen) sowie der verwalteten Sachgebiete
(= Interne Sprache der Verwaltung, Gesetzgebung, Rechtsprechung und der verwalteten Sachgebiete, vgl. 10., 12. und 13. Textsortenklasse)

Kommunikative Verfahren:

REGULIEREN

ANWEISEN

GESETZE ENTWERFEN

BERATEN

VERFÜGEN

Textsorte 141: Bericht (z.B. Ausschlußbericht im Bundestag)

Textsorte 142: Protokoll (z.B. Ausschlußprotokoll im Bundestag)

Textsorte 143: Erlaß

Textsorte 144: Schreiben und Rundschreiben

Textsorte 145: Dienstanweisung

Textsorte 146: Verfügung und Rundverfügung

Textsorte 147: Urkunde

Textsorte 148: Aktennotiz

Textsorte 149: Niederschrift

Textsorte 150: Plan

Textsorte 151: Vorlage (z.B. Kabinettsvorlage für einen Gesetzesentwurf der Regierung)

Textsorte 152: Gesetzentwurf

15. Textsortenklasse: Textsorten in der Kommunikation zwischen den staatlichen Institutionen und Organisationen, Verbänden mit dem dominierenden Handlungstyp 'Verhandeln'

Textsorte 153: Texte von Tarifverhandlungen

Textsorte 154: Texte von Koalitionsverhandlungen

Textsorte 155: Texte von Verhandlungen zwischen Interessenverbänden und Abgeordneten

IX. Sprachspiel: 'Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im zwischenstaatlichen, diplomatischen Verkehr/in den auswärtigen, internationalen Beziehungen

16. Textsortenklasse: Textsorten in der Kommunikation zwischen (den Institutionen von) verschiedenen Staaten mit dem dominierenden Handlungstyp 'Verhandeln'

Textsorte 161: Texte/Protokolle von Waffenstillstands-, Abrüstungs-, Friedensverhandlungen

Textsorte 162: Texte von Rüstungskontrollgesprächen, Gipfeltreffen

Textsorte 163: Texte von Verträgen, Abkommen, Bündnissen, Allianzen, Beschlußakten

Textsorte 164: Texte der Diplomatie (Ultimaten, Noten)

3. Merkmale schwerer Wörter in politischen Texten:

Empirische Ermittlung und Systematisierung

3.1. Empirische Ermittlung: Warum sind welche Wörter in politischen Texten schwer?

In den folgenden Beispieltextrn, markiert mit T1, T2, T3 usw., werden die Wörter durch Unterstreichung markiert, die mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit aus unterschiedlichen Gründen als schwer bzw. schwerverständlich einzustufen sind. Jedem Beispieltextr ist ein Kommentar beigefügt, in dem gerade diejenigen Merkmale bzw. Eigenschaften der Gebrauchsregeln von Wörtern kurz beschrieben werden, die für die je spezifische Schwere der im Text markierten Wörter verantwortlich sind.

Der Versuch einer systematischen Zusammenstellung der empirisch ermittelten Merkmale in einer Merkmalsliste wird in Kap. 3.2. unternommen.

Beispieltext T1 (vgl. oben Textsorte 11)

Grundsatzprogramm der CSU (1976), S. 17ff.

Für die Christlich Soziale Union ist der Staat die zur Lösung gemeinsamer Probleme und zur Sicherung der Rechts- und Friedensgemeinschaft geschaffene Institution freier und verantwortlicher Bürger. Grundlage dafür ist die Rechtsstaatlichkeit. Freiheit, Solidarität und Subsidiarität sind die Ordnungsprinzipien für den demokratischen Rechts- und Sozialstaat genauso wie für eine offene Gesellschaft. ...

Den Grundrechten und damit auch der Pluralität einer offenen Gesellschaft droht seit Jahren zunehmende Gefahr von jenen gesellschaftlichen Machtgruppierungen und ideologischen Richtungen ...

... vor allem von einem dogmatischen Marxismus und einem eifernden Sozialismus betriebene Vergesellschaftung individueller Grundrechte bedeutet die Aufhebung von Demokratie und Rechtsstaat. Die Christlich Soziale Union bekämpft diese Betrebungen kompromißlos, auch und gerade wenn sie unter dem Vorwand propagiert werden, durch Demokratisierung die Demokratie erst vollenden zu wollen. ...

Der Grundsatz der Subsidiarität besagt, daß umfassendere und weitergreifende Organisationsformen staatlicher oder gesellschaftlicher Art jeweils nur zur Bewältigung solcher Aufgaben herangezogen werden sollen und dürfen, mit deren Lösung die Initiative des einzelnen oder freier Vereinigungen überfordert ist. Der föderalistische Aufbau unseres Staates, eine

dezentralisierte und bürgernahe Organisation der Verwaltung, die Achtung vor gesellschaftlichem Pluralismus und der Widerstand gegen die Politisierung aller Lebensbereiche sind weitere Konsequenzen des Prinzips der Subsidiarität. ...

Die Christlich Soziale Union lehnt jeden staatlichen Eingriff in die Freiheit der Presse ab. Sie ist gegen jede Reglementierung, auch dann, wenn sich diese mit dem Mantel angeblicher Demokratisierung tarnt. Wegen ihres monopolartigen Charakters haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten die verfassungsrechtlich gebotene Verpflichtung zur Neutralität und Ausgewogenheit der Programme zu beachten. ...

Nach Ansicht der Christlich Sozialen Union beweist der Staat seine Qualität nicht dadurch, daß er immer neue bürokratische Verfahren zur Durchführung immer neuer wirtschaftlicher Dienstleistungen entwickelt. Entscheidend ist, daß er die Gesellschaft nach den Grundsätzen der Freiheit, Solidarität und Subsidiarität als Rechtsgemeinschaft ordnet und sich im Interesse der inneren und der äußeren Sicherheit handlungsfähig und handlungsbereit zeigt. ...

Da die Christlich Soziale Union die individuellen und sozialen Ansprüche des Menschen gleichermaßen achtet, lehnt sie die anarchistische Staatsverachtung ebenso ab wie jede Form totalitärer Staatsvergötzung. Weil nur der demokratische Rechtsstaat die Freiheit und den Frieden freier Bürger schützen kann, bekämpft die Christlich Soziale Union unerbittlich alle Feinde unseres Staates. Nur eine wehrhafte Demokratie garantiert Bestand und Zukunft unseres Staates. Dies setzt das Bekenntnis der Bürger zu ihrem Staat und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung voraus...

Der Staat, von dem man die Erfüllung immer größerer Ansprüche seiner Bürger erwartet, sieht sich zugleich in der Rolle eines Instruments rivalisierender Gruppeninteressen. Zusätzlich droht dem Staat Autoritätsverlust, wenn er sich gegenüber den Forderungen wichtiger Dienstleistungsgruppen, der offenen Bekämpfung der demokratischen Ordnung oder politischer Kriminalität als schwach und erpreßbar zeigt. ...

Keinen Kompromiß aber gibt es für die Christlich Soziale Union in der Abwehr der Staatsfeinde. Extremisten müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. ...

Für die Christlich Soziale Union ist es unerträglich, daß Angehörige extremistischer Organisationen, deren Ziel die Beseitigung unserer demokratisch-parlamentarischen Grundordnung ist, in den öffentlichen Dienst treten können. ...

Die Christlich Soziale Union tritt über die innerstaatliche Abwehr des Terrors hinaus dafür ein, alle außenpolitischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine internationale Achtung des Terrors zu erreichen. ...

Beispieltext T2 (vgl. oben Textsorte 11)

Aus der Präambel des Programms der Grünen zur Landtagswahl 1984 in Baden-Württemberg

Die Grünen Baden-Württemberg kämpfen außerhalb und innerhalb der Parlamente für eine Überlebenspolitik. Sie stellen auch in den Parlamenten Alternativen in den einzelnen Politikbereichen dar und versuchen andere für diese Alternativen zu gewinnen.

Es widerspricht demokratischen Grundsätzen, den politischen Einfluß der Bürger auf die Stimmabgabe am Wahltag zu beschränken und danach der einmal gewählten Obrigkeit freie Hand gegen die Bevölkerung zu geben. Dies zeigt sich auch in dem weitverbreiteten Bewußtsein, im Parlament werde sowieso nur gegen die Interessen der "kleinen Leute" gehandelt, die immer die Dummen seien und nichts machen könnten.

Grüne Parlamentsarbeit kann bisweilen auch bedeuten, unkonventionelle Formen der politischen Auseinandersetzung zu wählen, wenn es gilt, die Erstarrung der Politik im parlamentarischen Ritual zu durchbrechen.

Die Grünen Baden-Württemberg wollen dazu beitragen, die politische Kultur in Baden-Württemberg zu verändern. Die etablierten Parteien und oft auch deren Hofberichterstatler in den Medien haben eine politische Kultur hinterlassen, die in vielem einer lebendigen Demokratie abträglich ist. So haben z.B. Bürokratisierung, Verfälschung mit der Industrie, mangelnde Trennung von Exekutive und Legislative und die Undurchschaubarkeit von Planungsprozessen das parlamentarische System verkrusten lassen. ...

Die Grünen machen sich nicht die Illusion, ihre Utopien seien unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Parlamenten zu verwirklichen. Nach ihrem Politikverständnis wird auch weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit in dezentralen Basisaktivitäten und außerparlamentarischen Aktionen liegen. ...

Eine solche Wirtschaftsordnung, die ökologisch und sozial ist, wird nur zu erreichen sein, wenn anstelle der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzlogik die Werte der Solidarität und der Gerechtigkeit treten. Die Grünen treten dafür ein, daß staatlich-bürokratische Reglementierung, aber auch die Fremdbestimmung durch Konsumzwänge, zugunsten der Schaffung sozialer Freiräume, zugunsten von Vielfalt und Selbstbestimmung zurückgedrängt werden.

Dezentralisierung von Wirtschaft und Politik ist die Methode zur Erreichung und damit die Voraussetzung für eine Lebensform, in der Vielfalt und Autonomie über Eintönigkeit und Dirigismus obsiegen.

Eine ökosoziale Zukunft darf nicht verbaut werden. Die Grünen wenden sich daher, z.B. in der Landwirtschaft wie auch im Verkehrsbereich, gegen eine Strukturpolitik, die die Möglichkeit von Alternativen und neue zukunftsbezogene Lösungen versperrt.

Die Grünen bekämpfen daher auch sogenannte harte und unkontrollierbare Technologien, die unwiederbringlich die Natur zerstören und den Menschen zum ohnmächtigen Anhängsel der durch die Technologie erzeugten Strukturen machen. Die Atomtechnologie und der mit ihr verbundene Zwangsmechanismus des Atomstaats sind autoritäre und harte Technologien in diesem Sinne.

Kommentar (T1/T2): Die Verweise auf arabische Kleinbuchstaben a, b, c ... beziehen sich hier wie in allen folgenden Kommentaren auf die wichtigsten semantischen und pragmatischen Merkmale, die für die Schwere bzw. Schwerverständlichkeit der unterstrichenen Lexeme/Phraseme verantwortlich sind und die in der Merkmalsliste von Kap. 3.2. noch einmal zusammengefaßt werden.

In den beiden Parteiprogrammentexten T1/T2 sind die unterstrichenen Lexeme/Phraseme Schwerwortkandidaten durch Zutreffen folgender Merkmale: 1. Intendierte Vagheit, semantische (politik-, ideologiegeschichtliche) Komprimiertheit gesellschaftlich brisanter Lexeme und nominalisierender politischer Leerformeln (Merkmale f, l): *demokratischer Rechts- und Sozialstaat, Rechts- und Friedensgemeinschaft, freiheitlich-demokratische/demokratisch-parlamentarische Grundordnung, Frieden und Freiheit* (T1), *lebendige Demokratie* (T2), (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4). 2. Gruppenbezogenheit/Parteisprachenspezifität von Wortgebräuchen, die der Ideologiesprache angehören, und Vorliegen von Bedeutungsvarianz (bzw. ideologischer Polysemie) politisch-ideologischer Leitbegriffe und Schlagwörter mit unterschiedlich starker fachlicher/sozialnormativer Geltung (Merkmale e, f, g, h, l, b, i): Ideologische (Fach)Wörter, die durch den pragmatischen Textgehalt oder im unmittelbaren Kontext jeweils parteispezifisch unterschiedliche wertende und interpretierende Funktion haben (z.B. die Fahnenwörter *wehrhafte Demokratie* in T1 gegenüber *lebendige Demokratie* in T2 oder *Solidarität* in T1 und T2) oder durch wertprädikative Kontextverbindungen, d.h. Koppelung von Stigmawörtern und politischen Begriffen, abgewertet werden, z.B. *Marrismus, Sozialismus* durch die Stigmawörter *dogmatisch, eifernd; anarchistisch* durch *Staatsverachtung*, *totalitär* durch *Staatsvergötzung*, *Extremisten* durch *Staatsfeinde* (T1), *kapitalistisch* durch *Profitdenken*, *Dirigismus* durch *Eintönigkeit*, *parlamentarisch* durch *Ritual* (T2). Kennzeichnend ist die wechselseitige Abwertung durch Koppelung von Lexemen; die Tendenz zu 'Prozeß'-wörtern, das sind Wort(neu)bildungen mit dem Suffix *-ierung* (*Reglementierung, Politisierung, Bürokratisierung*, meist negativ wertend, oder zu okkasionellen Wortbildungen: *Überlebenspolitik, Atomstaat, Konkurrenzlogik* (T2); (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4). Die Lexeme unter 1. und 2. gehören zum ideologischen Überbau der politischen Lexik. 3. Subsystembezogenheit von Fachwörtern (mit meist nur deskriptiver Bedeutung, vgl. Merkmal g), vor allem der politischen Institutionssprache und der Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete (Merkmale b, c, d, o, p), die nur sporadisch im Kontext selbst durch semantische Paraphrasen oder Funktionsbeschreibungen erklärt sind (z.B. das als Fahnenwort der CSU fungierende *Subsidiarität* in T1, vgl. auch T10), als bekannt oder verständlich werden vorausgesetzt: *Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, föderalistisch, offene Gesellschaft, dezentralisiert, Vergesellschaftung* (T1), *Exekutive, Legislative, parlamentarisches System, Dezentralisierung*, und zentrale Basiswörter der Grünen wie *ökologisch, ökosozial, Autonomie, Basisaktivität* (T2) (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4). 4. Zugehörigkeit der Lexeme zum fächerübergreifenden, nicht im engeren Sinn politikspezifischen, jedoch Fachliches einbeziehenden Wortschatz der Öffentlichkeitssprache, d.h. der Bildungs- und allgemeinen Wissenschaftssprache (Merkmale q,c), die im Text weder implizit noch explizit erklärt und als vortestbar vorausgesetzt sind. Die Lexeme dienen - neben ihrer vereinzelt kontextspezifischen Fahnen- oder Stigmawortfunktion - vor allem der Vermittlung eines sachgebundenen und allgemeinen, gesellschaftlich relevanten Orientierungswissens (Darstellung, Charakterisierung und Bewertung politischer Sachverhalte, Sach- und Begriffszusammenhänge) sowie vor allem in massenmedialen Texten der textinternen Erläuterung fachbezogener Termini (wie z.B. der unter 3.): *Institution, propagieren, Prinzip, ideologisch, Achtung, monopol, Neutralität, bürokratisch, rivalisierend, Initiative, Autorität* (T1), *Alternative, unkonventionell, Bürokratisierung, Ritual, etabliert, Medien, Illusion, Utopie, obsiegen, Basis, Struktur, Konsumwahn, sozialer Freiraum, autoritär* (T2) (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4). In der Verwendung (schwerverständlicher) bildungssprachlicher Ausdrücke zeigt T2 ein deutliches Übergewicht gegenüber T1.

Beispieltext T3 (vgl. oben Textsorte 16)

SPD-Parteitag 1982 in München: Beschlüsse zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, S. 8f. und 17

... ein Votum zur Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen abzugeben. Der Parteitag 1983 muß darüber hinaus umfassende Antworten geben, wie unter veränderten Problem- und Gefahrenbedingungen die sozialdemokratische Sicherheitspolitik im Rahmen des westlichen Bündnisses weiterentwickelt werden kann.

Ziel ist es, der Eskalationsgefahr und der Mechanik des Wettrüstens systematisch entgegenzuwirken, auf der Grundlage einer defensiven Verteidigungskonzeption und der darauf abgestimmten Politik der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle in Europa.

2. Dazu sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten, in deren Mittelpunkt die Probleme der Nuklearwaffen und alternativen Strategien bzw. Doktrinen stehen:

- Welche Schritte sind erforderlich, um den Gefahren einer Regionalisierung eines Krieges auf Mitteleuropa mit sicherheitspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen wirksam zu begegnen?
- Welchen sicherheitspolitischen Zusammenhang gibt es zwischen den Plänen eines Ausbaus der britischen Nuklearverteidigung und dem amerikanischen Vorhaben des Ausbaus der Mittelstreckenraketenbewaffnung auf Schiffen und dem militärischen Teil des Nato-Doppelbeschlusses? Gibt es angesichts dieser Entwicklung überhaupt noch eine Notwendigkeit für gesonderte eurostrategische Systeme, bzw. welche Möglichkeiten einer Stationierung eurostrategischer Systeme auf Schiffen ergeben sich aus diesen veränderten Entscheidungsbedingungen? ...
- Sind die laufenden Beschaffungsprogramme der Bundeswehr unserer Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren gewachsen (Akzeptanzkrise, Kostenexplosion, Rekrutierungskrise)? Welche Weiterentwicklung der bewährten Wehrstruktur der Bundeswehr ist notwendig, um der Kostenexplosion, der Übertechnisierung der Streitkräfte und der zu erwartenden Abnahme der Zahl der Wehrpflichtigen Rechnung zu tragen? Wie sind die mehr konventionellen Modelle einer Raumverteidigung zu bewerten, welche Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung gibt es?
- Wie sind die Vorschläge für eine mehr europazentrierte Abrüstungsinitiative zu beurteilen, und welche Konzeptionen sind im Bereich der KAE und der MBFR für eine wirkungsvolle europäische Abrüstung zu verfolgen?
- Welche Chancen bestehen für deutsch-deutsche Abrüstungsinitiativen?

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialliberale Bundesregierung werden hiermit gebeten:

1. Eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema: "Zukünftige Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik: konzeptionelle und institutionelle Aspekte" einzusetzen. ...

Der Bundesparteitag stellt, da es in der Vergangenheit zumindest mißverständliche Äußerungen gegeben hat, klar, daß der Pazifismus eine Einstellung ist, die vollen Respekt verdient und in der SPD historisch und aktuell ihren legitimen Platz hat.

(Angenommen)

Kommentar (T3): Die in dem sachlich komprimierten, beschlußfähig formulierten Antragstext unterstrichenen Lexeme/Phraseme sind Schwerwortkandidaten vor allem durch ihren komplexen Bezug auf das Subsystem Politik (Merkmal b mit d); 1. Zugehörigkeit zur politischen Institutionssprache, z.B. *Bundestagsfraktion, Enquete-Kommission, Koalition, Votum, Doktrin, Beschaffungsprogramm* (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4); 2. Zugehörigkeit zur militärischen Fachsprache, z.B. *konventionelle Modelle, Raumverteidigung, Nuklearwaffen, defensive Verteidigungskonzeption* (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4); 3. durch die Vielzahl fachsprachlich verdichteter Wortneubildungen aus dem Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, z.B. *europazentriert, eurostrategisch, Akzeptanz-, Rekrutierungskrise, Rüstungskontroll-politisch, Nato-Doppelbeschuß*. 4. Zahlreiche Lexeme werden zusätzlich - in T3 aus sozialdemokratischer Sicht - als Fahnen- bzw. Stigmawörter (Merkmal l) verwendet und zwar variant (Merkmal f) zu den entsprechenden Lexemgebräuchen der Gegenparteien. Wegen des (zunächst) parteiinternen Adressatenbezugs fehlen explikative Textelemente. Lediglich der Leitbegriff *Pazifismus* erhält einen expliziten Hinweis auf seinen historischen Horizont (Merkmal k) (vgl. auch T16). 5. Bestimmte Lexeme gehören zur fächerübergreifenden Wissenschafts- und Bildungssprache, z.B. *Eskalation, alternativ, System, Modell, Konzeption, institutionell, legitim, Mechanik* und (durch unterschiedliche Verwendung in Bildungssprache und militärischer Fachsprache polysemes) *konventionell* (vgl. Merkmale q, d), (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T4 (vgl. oben Textsorte 21)

Für Frieden und Freiheit. Das Wahlprogramm der CDU/CSU
(Bundestagswahl 1980), S. 8ff.

Längst ehe der Begriff der Friedenspolitik zum sozialistischen Propaganda-schlagwort gegen die Unionsparteien mißbraucht wurde, haben CDU und CSU realistische Friedenspolitik betrieben. ...

Wir sind für Gewaltverzicht, Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, wenn dabei ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen gewährleistet wird. ...

Deutschland ist nach wie vor geteilt. Wir finden uns mit der kommunistischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, dem Schießbefehl, dem weiteren Ausbau der Selbstschußanlagen an der Grenze, mit der Unterdrückung der Freizügigkeit und der Meinungsfreiheit niemals ab. ...

Wir haben den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet und durchgesetzt, um die Freiheit auch im Zeitalter verstärkter Industrialisierung und weitergehender Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen. ...

Diese Politik [der SPD/FDP] hat im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren zu einem beispiellosen Rückgang der Investitionstätigkeit im letzten Jahrzehnt geführt, zu Inflation und Dauerarbeitslosigkeit, zu einer nie zuvor erreichten Staatsverschuldung und zu einer bürokratischen Fesselung der Wachstumskräfte unserer Wirtschaft. ...

SPD und FDP haben mit ihrer Schulpolitik rücksichtslos herumexperimentiert und dadurch Eltern und Schüler unzumutbar belastet. Sozialistische Systemveränderer versuchen, Klassenkampf im Klassenzimmer einzuüben. Schulen

sollen für sie nicht länger Stätten der Bildung und Erziehung sein, sondern Gelegenheiten, die Schüler "konflikttheoretisch" aufzuladen, sie dem Elternhaus zu entfremden, ihnen, auf der Grundlage eines verzerrten und verfälschten Geschichtsbildes ein einseitiges politisches Weltbild aufzudrängen. ...

Gesetze, Erlasse, Verfügungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen ersticken Spontaneität, Risikobereitschaft und Erfindungsgeist der Menschen. Die Dynamik der Wirtschaft und die Vitalität der Gesellschaft drohen zu erlahmen.

Nur im Sozialismus muß alles und jegliches bürokratisch entschieden werden. Eine leistungsfähige Verwaltung ist im modernen Staat unverzichtbar; Bürokratisierung ist für uns jedoch ein Fehler, für Sozialisten dagegen System.

Sie benutzen Bürokratisierung als Mittel zur lautlosen Systemveränderung. Heute braucht der Sozialismus keine Revolution. Er entsteht durch die allumfassende Bürokratisierung unseres Lebens gleichsam von selbst.

Kommentar (T4): Für diesen vage und komprimiert formulierten Propaganda- und 'Schlagwort'-text ist - wie für Wahlprogramme generell - die Vermischung des politischen Funktionswortschatzes mit dem ideologischen Wortschatz charakteristisch. Die unterstrichenen Lexeme/Phraseme sind Schwerwortkandidaten aufgrund folgender Merkmale: 1. Programmatische Leerformelhaftigkeit von Phrasemen wie Frieden und Freiheit, Gleichgewicht auf allen Ebenen, Freiheit für jedermann (vgl. die 2. Lexem- und Phrasemklasse in Kap. 4). 2. Die Fahnenwortfunktion (Merkmal 1) von zum Teil fachsprachlich verwendeten politischen Lexemen, die in Relation zum Sprachgebrauch der jeweiligen Gegenpartei variante Bedeutungen haben, z.B. (*realistische*) Friedenspolitik mit explizitem Hinweis auf den im Verhältnis zur SPD-Version ("sozialistisches Propagandaschlagwort") varianten ('richtigen') Gebrauch der CDU/CSU, Gewaltverzicht, Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, -kontrolle, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit, militärisches Gleichgewicht oder das Phrasem soziale Marktwirtschaft, das - flankiert von positivem Ordnungsrahmen und Freiheit für jedermann - mit seinem parteiisch-programmatischen Charakter der ideologischen Abgrenzung gegen den Sozialismus-Kommunismus dient (vgl. die 1. und 2. Lexemklasse in Kap. 4), die Fahnenwortfunktion eher bildungssprachlicher Ausdrücke (Merkmal 1 und q in Kombination) wie Spontaneität, Risikobereitschaft, Vitalität, Dynamik neben eher neutralen Ausdrücken der Bildungssprache und des Wissenschaftsjargons wie konflikttheoretisch, entfremden, experimentieren (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4). 3. Fachsprachliche (zum Teil aus dem ideologischen Vokabular des Sozialismus/Marxismus übernommene und gegen diesen selbst gerichtete) wertende Kampf- und Stigmawörter wie Klassenkampf, kommunistische Diktatur (verstärkt abgewertet durch den Kontext von Schießbefehl und Unterdrückung der Freizügigkeit), sozialistische Systemveränderer, Bürokratisierung, Schulpolitik und Sozialismus als von der CDU/CSU stark abgewerteter Fahnenbegriff sowohl der SPD als auch des DDR-Sozialismus (doppelte Stigmatisierung!) (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4). 4. Sachneutrale, gelegentlich in negativierendem Kontext verwendete Fachausdrücke der politischen Institutionssprache wie Gesetze, Erlasse, Verfügungen, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen (als Bezeichnungen für Textsorten der Bürokratie), Arbeitsteilung, Investitionstätigkeit, Inflation, Freizügigkeit, Staatsverschuldung (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4). Im Unterschied etwa zu den Texten T1 bis T3 zeigt T4 textsortenspezifisch eine starke Verdichtung des politischen Fahnen- und Stigmavokabulars bzw. die Tendenz zur Ideologisierung politischer Termini und bildungssprachlicher Aus-

drücke. Der Text enthält keine Verstehenshilfen in Form von explikativen Ausdrücken zu den Schwerwortkandidaten, denn er will appellieren und imponieren und den politischen Gegner abwerten. Das Gemeinte oder zu Verstehende ist auch durch Hinterfragen oder Zwischen-den-Zeilen-lesen nur schwer zu erschließen: Wer begrenzt/kontrolliert mit welchem Recht wessen Rüstung? Aus welchen Gründen droht die "Vitalität der Gesellschaft" zu erlahmen, was immer auch das sei? An Schwer- und Unverständlichkeit wird dieser Text allerdings noch vom folgenden Text T5 übertroffen.

Beispieltext T5 (vgl. oben Textsorte 21)

Die Grünen. Baden-Württemberg. Programm zur Landtagswahl 1984, S. 23, 45, 59

Kürzungen im Bundeswehretat haben auch die Aufgabe eine Umstrukturierung der Bundeswehr zur Nichtangriffsfähigkeit einzuleiten; d.h. Reduzierung der konventionellen Armee bei gleichzeitiger Umrüstung auf Offensivwaffen. Die wesentlichen Pläne zur konventionellen Offensiv-Aufrüstung (Rogers-Plan) oder die Benützung der konventionellen Offensiv-Streitmacht des Ostens zur militärischen Erpressung (Polen) machen die Notwendigkeit einer beidseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, als Ausgangspunkt für eine ernsthafte Abrüstungs- und Friedenspolitik deutlich. ...

Soziale Verteidigung ist die solidarische Selbstbehauptung einer Gesellschaft mit gewaltlosen, nicht-militärischen Mitteln gegen einen militärischen Angriff von innen (Putsch, Staatsstreich) und von außen (Invasion, Intervention). Grundlegende Prinzipien der sozialen Verteidigung sind:

- Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Vorbereitung und Einübung gewaltfreien, koordinierten und solidarischen Widerstands. Ein Aggressor muß wissen, daß er ein Territorium gewinnen, aber es weder beherrschen noch ausbeuten kann. ...

demonstrativer Protest, subversive Kommunikationsnetze und vielfältige Formen aktiven gewaltfreien Widerstands; ...

Soziale Verteidigung setzt nicht nur voraus, daß ein hohes Maß an Solidarität und an Kenntnissen über technische und soziale Zusammenhänge besteht, sondern verlangt dezentral strukturierte gesellschaftliche Versorgungseinheiten. ...

Im Einzelfall ist, ehe eine neue Technologie zum Einsatz kommen darf, von allen Betroffenen über folgende Fragen zu entscheiden:

- Gibt es einen gleichwertigen Ersatz für den u.U. wegzurationalisierenden Arbeitsplatz?
- Nimmt durch den Technologieeinsatz die Taylorisation und damit der Entfremdungscharakter der Arbeit weiter zu?
- Dient die Technologie einer weiteren Hierarchisierung der Arbeitsorganisation? Erhöhen sich Streß und Kontrolle?
- Erhöht sich die Isolation der Arbeitenden? Welche Gegenmaßnahmen können getroffen werden? ...

Eigentlich sollte es so sein, daß das Parlament Gesetze erläßt, die von der Verwaltung dann durchgeführt werden. Die Realität sieht anders aus. Mehr als zwei Drittel aller Gesetzesvorlagen werden von den Verwaltungsspitzen, den Ministerien eingebracht. Die Abgeordneten sind in der Beurteilung von Gesetzesinitiativen fast uneingeschränkt den Informationen der Bürokratie ausgeliefert. So entstehen dann Sachzwänge, denen die Parlamentarier kaum etwas entgegensetzen können. Hinzu kommt, daß ein großer Teil der Mandatsträger und Mandatsträgerinnen gleichzeitig das Amt eines Bürgermeisters, Landrats oder Ministers bekleiden. Eine echte Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative ist somit kaum noch gegeben, vielmehr wird das Parlament von den Bürokratien dominiert. Das demokratische Grundprinzip der Gewaltenteilung wird aber inzwischen zusätzlich auch im Hinblick auf die dritte "unabhängige" Gewalt, die Judikative, die Gerichte außer Kraft gesetzt.

Die voranschreitende parteipolitische Vereinnahmung des "unabhängigen" Bundesverfassungsgerichts und anderer hoher Gerichtsinstanzen halten die Grünen für eine katastrophale Aushöhlung des Prinzips der Gewaltenteilung. Parteiegoistisches Proporzdenken muß hier noch schwerwiegende Auswirkungen haben, wie heute schon die weitgehende Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zeigt.

Kommentar (T5): Dieser Programmtext ist aufgrund seiner fach- und bildungslexikalischen Komplexität in hohem Grade un- oder schwerverständlich und wegen des gänzlichen Verzichts auf textinterne Verstehenshilfen geradezu textsorten'unspezifisch' (Ausnahmen sind die textinternen Erklärungen der Ausdrücke *Putsch*, *Staatsstreich* und *Invasion*, *Intervention*). Bei den unterstrichenen Lexemen/Phrasemen handelt es sich um Schwerwortkandidaten aus 1. der politischen Institutionssprache und der militärischen Fachsprache: *Etat*, *Gesetzesvorlagen*, *-initiativen*, *Mandatsträger*, *Gewaltenteilung*, *Exekutive*, *Legislative*, *Judikative*, *Territorium*, *konventionelle Armee*, *Offensivwaffen*, *-Aufrüstung* usw. (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4); 2. der Ideologiesprache mit wertenden Lexemen wie *Solidarität*, *subversive Kommunikationsnetze*, *Aggressor* (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4); 3. der Terminologie der Sozialwissenschaften (*Taylorisation*, *Entfremdung*, *wegrationalisieren*, *Hierarchisierung*) (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4) und 4. der Bildungssprache: *Technologie*, *dezentral*, *Proporzdenken*, *Reduzierung*, *dominieren*, *koordinieren*, *Instanz*, *Umstrukturierung*, *demonstrativ* (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T6 (vgl. oben Textsorte 22)

Das Regierungsprogramm der SPD 1983-1987, S. 56ff.

Die erstmalige Chance der Raketenreduzierung und eines Vertrages des Gewaltverzichts zwischen NATO und Warschauer Pakt muß genutzt werden.

Nur eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird alle deutschen Möglichkeiten der aktiven Einwirkung in Genf nutzen.

Wir fordern ein vereinbartes Stationierungsmoratorium für neue Raketensysteme kürzerer Reichweite. Alle in Europa stationierten und auf Europa

gerichteten Kernwaffen müssen in die Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden. Unser Ziel bleibt ein atomwaffenfreies Europa, wie es bereits im Godesberger Grundsatzprogramm beschlossen wurde.

Die Abrüstung im nuklearen Bereich muß durch Verhandlungen im konventionellen Bereich ergänzt werden, insbesondere durch eine Verringerung der Truppenstärken in Mitteleuropa. Deshalb fordern wir eine Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE). Bei den Wiener Verhandlungen müssen nun Reduzierungsvorschläge unabhängig von der Datendiskussion entschieden werden. ...

Wir Sozialdemokraten stehen für die grundsätzliche Alternative zur Ellenbogengesellschaft des rücksichtslosen Egoismus. Unser Weg heißt:

Wir vertrauen auf die Kraft der Solidarität und auf die Weitsicht der mündigen Bürger. ...

Immer noch stört das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen das konservative Weltbild.

Wir Sozialdemokraten sind zuversichtlich, daß sich die Frauen gegen die Demontage ihrer Rechte zur Wehr setzen werden und ihr neues Selbstbewußtsein stärker ist als die Attacken konservativer Ideologien.

Die Arbeitnehmer und ihre Familien waren und bleiben das Fundament der Sozialdemokratie. ...

Wir Sozialdemokraten wollen die Zukunft unseres Landes in innerem und äußerem Frieden so gestalten, daß sie eine gute Zukunft für alle Bürger wird. ...

Wir bitten die Wählerinnen und Wähler: Gehen Sie zur Wahl. Verschenken Sie Ihre Stimme nicht an unwirksame Splittergruppen oder Parteireste. Wählen Sie nicht gegen Ihre eigenen Interessen.

Unser Land braucht wieder eine kompetente Regierung, die seine Interessen entschieden vertritt ...

Kommentar (T6): Die im ersten Abschnitt des sozialdemokratischen Regierungsprogramms unterstrichenen Lexeme/Phraseme sind Schwerwortkandidaten 1. durch ihre Zugehörigkeit zum engeren Begriffsfeld der Verteidigungspolitik, vor allem aber durch die kompakten fachsprachlichen Wortbildungsverdichtungen *Rakenreduzierung*, *Reduzierungsvorschläge*, *Gewaltverzicht*, *Stationierungsmuratorium*, *Raketensystem*, *atomwaffenfrei*, *Datendiskussion* (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4), der zweite Abschnitt ("Wir Sozialdemokraten ...") betreibt politische Werbung mit 2. dem spezifischen sozialdemokratischen Schlagwort(Fahnen- und Stigmawort)vokabular mit starker Symptomfunktion und an die Zielgruppe 'Frauen, Arbeitnehmer, Familien' gerichteter Appellfunktion: *Solidarität*, *mündiger Bürger*, *innerer und äußerer Frieden* (Fahnenwörter), *konservatives Weltbild*, *konservative Ideologien* (Stigmaphraseme, indirekt ist auch *kompetente Regierung* im Kontext stigmatisierend, weil es eine bisher inkompetente CDU-Regierung präsupponiert) (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4) und 3. bildungssprachlichem Vokabular: *kompetent*, *Fundament*, *Alternative*, *Attacke*, *Demontage*, *Egoismus* (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T7 (vgl. oben Textsorte 24)

Wahlkampfanzeige der CDU im Landtagswahlkampf Baden-Württemberg 1980

"Familie als 'Sozialisationsagentur'? Kinder als 'Bauerpflegepersonen'? Eltern als 'Bezugspersonen'? Liebe als 'Integrationsmechanismus'? Worte aus dem amtlichen Familienbericht der Bonner Linksregierung. Wer so spricht (und denkt), zerstört unsere Familien. Unsere Wertordnung. In Baden-Württemberg wird alles getan, um die Familie zu erhalten. Zu stärken. In unserem Land regiert die CDU. Mit Ministerpräsident Lothar Späth. Mit Herz."

Kommentar (T7): Lexikalische Schwere bzw. lexikalisch bedingtes Schwerverständnis kann in diesem politischen Werbetext (Merkmal t) potentiell aus folgenden Merkmalen der unterstrichenen Lexeme resultieren: 1. Gruppenbezogenheit und deskriptive/wertende Varianz (bzw. ideologische Polysemie; Merkmale e und f); im semantischen Streit der Parteien um die ('richtige') Bedeutung und den Versuch der Usurpation von interpretationsbedingten, auf Gegenstände der sozialen Welt (Merkmal u) bezogenen Wertbegriffen (Miranda-Ausdrücke) werden die gemeinsprachlichen Wörter *Familie* und *Liebe* (relativ jeweils zur gleichen Bedeutungsdimension) partei-(CDU- bzw. SPD-)spezifisch jeweils unterschiedlich bestimmt, d.h. sowohl deskriptiv als auch evaluativ variant bestimmt (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4). 2. Außer Meinungsgruppenbezogenheit der semantisch instabilen Alltagswörter ist ein weiterer Schwerefaktor in der Subsystembezogenheit (Merkmal b) zu sehen, also in der Zugehörigkeit der von der SPD im amtlichen Familienbericht als Interpretamente für *Liebe* und *Familie* eingesetzten und von der CDU als sozialtechnokratischer Jargon stigmatisierten Termini *Sozialisationsagentur* und *Integrationsmechanismus*, die Anleihen aus der Terminologie von Soziologie/Psychologie aufweisen, deren zweite Bestandteile aber durch den metaphorischen Bezug (Merkmal r) auf verschiedene fachliche Referenzbereiche und durch ihre auch bildungssprache Geltung mehrfach polysem sind und den Termini einen leerformelhaften Schlagwortcharakter ('Metaphern-Termini') verleihen (vgl. die 2., 3. und 4. Lexemklasse in Kap. 4). Die CDU-eigene Version von *Familie* ist geschickt ausgespart, sie soll sich als positives Gegenbild von selbst aus dem SPD-stigmatisierenden Kontext ("Bonner Linksregierung") ergeben.

Beispieltext T8 (vgl. oben Textsorte 27)

K.-H. Flach: Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift. Frankfurt 1977, S. 12f., 34ff., 40, 74f., 76f., 84f.

Kleiner liberaler Katechismus

Darüber, was Liberalismus eigentlich bedeutet, gibt es Streit selbst unter Liberalen, unter den vielen Konservativen, die sich aus Tradition liberal nennen, und unter jungen Linken die nicht wissen, daß sie enttäuschte Liberale sind. ...

Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit des anderen Einzelnen, des Nächsten. Insoweit ist Liberalismus nicht Anarchismus,

sondern auch eine politische Ordnungslehre. ...

Auch liberale Dialektik geht davon aus, daß Thesen und Antithesen einander gegenüberstehen, sich zu Synthesen vereinigen und damit neue Thesen bilden, denen gegenüber neue Antithesen entstehen müssen und werden. Doch im Gegensatz zu zeitgenössischen Spielarten des dialektischen Materialismus hört für den Liberalen die Dialektik nicht auf. ...

Insofern ist Liberalismus eine politische Relativitätstheorie. Der Liberalismus kennt daher keine Tabus. ...

Der Liberalismus läßt sich von keiner Utopie verzaubern und von keiner Ideologie verführen. Er sieht beide in ihrer relativen Bedeutung, sozusagen entschleiern, ...

für die unvermeidliche Unterordnung in Staat und Gemeinden gibt es in der Demokratie ein System der Legitimation und Kontrollen. ...

Die Suche nach dem "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus gilt im Kapitalismus als abwegig und im Kommunismus als kriminell. Das enthebt den Liberalismus nicht von der Pflicht, nach ihm zu streben. ...

Die Erfahrung mit den Systemen des etablierten Sozialismus lehrt, daß das Dogma von der Veränderung der Lage des ausgebeuteten Menschen allein durch Veränderung der Besitzverhältnisse der Praxis nicht standhält.

Der Untersuchungsbefund marxistischer Systeme anhand marxistischer Kriterien ist nicht rosig. Es zeigt sich, daß die Entfremdung des Menschen von der Arbeit nicht das Ergebnis der Besitzverhältnisse ist, sondern das Ergebnis der hochentwickelten Industriegesellschaft unabhängig von der Besitzstruktur. Naturwissenschaft und Technik bestimmen die konkrete Lage der werktätigen Massen in beängstigender Übereinstimmung in Ost und West. Für den Fließbandarbeiter oder Automatenkontrolleur, für die Gleichförmigkeit seiner Tätigkeit, die Undurchschaubarkeit seiner Rolle im gesamten Produktionsprozeß, die Gefahren seiner Frustrationen und Neurosen und die ihnen folgenden "richtigen" Krankheiten, sind die Besitzverhältnisse weniger wichtig als der Entwicklungsgrad der Produktionstechnik. ...

Das zivilisatorische, kulturelle und soziale Gefälle zwischen Stadt und Land ist in den etablierten sozialistischen Staaten eher größer denn kleiner als im Westen. ...

Die ewigen Sorgen der riesigen Agrarländer des Ostens um die Ernte, die ständige Mobilisierung zahlreicher Ferienbrigaden aus den Städten zu ihrer Rettung kommt einer Bankrotterklärung der sozialistischen Landwirtschaftspolitik gleich, die in ihrer theoretischen Anlage viel moderner und vernünftiger ist als die westliche, in der Praxis aber versagt.

Die Misere des etablierten Sozialismus besteht vorwiegend darin, daß der Mensch nicht beliebig manipulierbar und das Bewußtsein nicht kurzfristig änderbar sind. ...

Die bestimmenden Kräfte in dieser Welt sind in Wahrheit in zwei Lager einzuordnen. Bei allem Respekt vor notwendigen Differenzierungen und gegebenen Nuancen kann gesagt werden, daß es sich um die progressiven Kräfte

auf der einen und die Mächte der Beharrung oder des Rückschritts auf der anderen Seite handelt. Die Frontlinie läuft überall zwischen konservativ und liberal. Dieser Gegensatz verläuft nicht zwischen Ost und West, sondern geht mitten durch die Blöcke; er stellt nicht ein Volk gegen das andere, sondern teilt die Völker, er findet nicht Ausdruck in der einen oder anderen Partei, sondern geht quer durch die Parteien.

Im Osten wirken Dogmatiker und Reformer, im Westen Kalte Krieger und Entspannungsfreunde, in den Kirchen Progressive und Konservative. ...

Kapitalistische Ordnungen sind potentiell faschistisch. ...

Sozialistische Ordnungen sind potentiell stalinistisch. In höchster Bedrängnis, wenn ernsthafte Gefahr für ihre Besitzpositionen droht, kann den herrschenden Kreisen in kapitalistischen Staaten die Rettung durch eine faschistische Ordnung lieber sein als ihr Abstieg. Im Sozialismus greift eine etablierte Führungsgruppe eher zu stalinistischen Praktiken, als sich echter Volkskontrolle einer freien Öffentlichkeit und ihrer Abwahl auszusetzen.

Faschistisch und stalinistisch stehen hier natürlich nicht als Bezeichnung konkreter historischer Vorkommnisse, wie sie etwa im italienischen Umschlag von elitärem Linkssozialismus in den Prüf-faschismus Mussolinis, im deutschen Nationalsozialismus unter dem "Führer" Hitler oder der Terror-Herrschaft des "Generalissimus" Stalin zum Ausdruck kamen. Sie umschreiben allgemein den Sieg der totalen Ordnung über die Freiheit, Zustände, die eine perfekte Einschränkung der geistigen Freiheit und der persönlichen Freizügigkeit sowie der staatsbürgerlichen Rechte mit der unkontrollierten Herrschaft eines Diktators oder einer im Besitz absoluter Macht befindlichen Clique vereinigen. Diese Systeme leben zumeist davon, daß sie den Aggressionstrieb der Massen wachhalten und auf immer neue innere und äußere Feinde lenken. ...

Faßt man die potentiellen (schlummernden, in bestimmten historischen Situationen aktivierbaren) faschistischen Gefahren des Kapitalismus und die stalinistischen Gefährdungen des Sozialismus zusammen, so ergibt sich die schmerzliche Erkenntnis, daß jede menschliche Ordnung in der Gefahr steht, in totale Unfreiheit umzuschlagen. ...

Der Liberalismus hat im 19. Jahrhundert ein System von Sicherungen gegen Machtmißbrauch geschaffen, das unvollkommen blieb und heute nicht mehr ausreichend funktioniert. Seine Grundelemente - Gewaltenpluralismus, größtmögliche Öffentlichkeit, unabhängige Rechtsprechung - sind aber trotz Unvollkommenheit und teilweiser Funktionsuntüchtigkeit nach wie vor brauchbar. Jedenfalls wurden noch keine besseren erfunden.

Initiative, Exekutive und Kontrolle sind (nach Ralf Dahrendorf) die entscheidenden Aufgaben in der modernen Gesellschaft. Es kommt darauf an, sie in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen. Der Initiative, den Anregungen aus der Gesellschaft, ist ein weiterer Freiheitstraum zu schaffen; für die Exekutive, die Ausführung der Initiativen, sollte eine optimale und rationelle Organisation geschaffen werden und der Kontrolle durch besondere Organe (Parlamente, Rechnungshöfe, Untersuchungsausschüsse) und vor allem durch die Öffentlichkeit muß ein hohes Maß an Wirksamkeit gesichert werden.

Liberaler Kultur-Evolution

Der die zur nackten Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Mittel übersteigende, in Ausgabe oder Anlage alternative Entscheidungsmöglichkeiten eröffnende Einkommensteil wird für immer mehr Menschen immer größer, ...

Die Mobilität der Industriegesellschaft befreit den Menschen nach und nach aus der örtlichen und klassenmäßigen "Gefangenschaft". Weltweite Informationsmittel und Verkehrssysteme und die vermehrten Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen führen zur Aufhebung der engen Orts- und Landschaftsbundenheit (horizontale Mobilität) und zur Auflösung der lebenslänglichen Bindung an einen Beruf oder eine Laufbahn (vertikale Mobilität). ...

Daß mehr Gleichheit immer eine gewisse Nivellierung bedeutet, ein Einpendeln auf vergleichsweise mittlerem Niveau, wird nicht zu umgehen sein. Viele Frustrationen, die mit diesem relativen Gleichheitsprozeß verbunden sind, beruhen auf dem Irrtum, Demokratisierung könne Anhebung aller Bürger auf das höchste Niveau früher herrschender Schichten bedeuten.

Kommentar (TB): In den zitierten Passagen dieses komprimierten Textes werden die meinungsspezifischen Begriffsgeschichten politischer Termini (geschichtlicher Grundbegriffe und vieler Ismen; Merkmal 1) und ihre innerhalb des aktuellen parteipolitischen Spektrums varianten Definitionen explizit thematisiert und reflektiert. Die unterstrichenen Lexeme/Phraseme sind Schwerwortkandidaten aufgrund 1. ihrer Gruppenbezogenheit, ihrer ideologisch varianten Verwendung und ihres historischen Horizontes (Merkmale e, f, k), z.B. die Fahnen- und Stigmawörter *Liberalismus*, *faschistisch*, *stalinistisch*, *Anarchismus*, *Kapitalismus*, *Sozialismus*, *Kommunismus*, *Frühfaschismus*, *Kalter Krieg* (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4), 2. ihrer Zugehörigkeit zur (zum Teil fachlich definierten) marxistischen/sozialistischen Begrifflichkeit (*dialektischer Materialismus*, *Entfremdung*, *Produktionsprozeß*, *Reproduktion*), deren Angemessenheit für die Interpretation und den Entwurf sozialer Realität vom Autor zurückgewiesen wird (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4), 3. ihrer institutionssprachlichen Herkunft (*Legitimation*, *Gewaltenpluralismus*, *Exekutive*, *Untersuchungsausschuß*, *horizontale/vertikale Mobilität* (mit textinternen Erläuterungen) (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4), und 4. ihrer Metaphorik und starken Bildungssprachlichkeit: *Dialektik*, *These*, *Antithese*, *Synthese*, *Relativitätstheorie* (hier metaphorisch verwendet, vgl. Merkmal r), *Tabu*, *Neurose*, *Frustration* (aus der Psychoanalyse stammend, vgl. Merkmal r), *Misère*, *Nuance*, *manipulierbar*, *Clique*, *Nivellierung*, *Evolution* usw. (vgl. die 3. und 4. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T9 (vgl. oben Textsorte 31)

a) Rede von R. Barzel im Bundestag am 23.2.1972

Zu der Diskussion hier gehört auch das, was draußen im Lande zum Thema gesagt wird und - mehr noch - was eine raffinierte Propaganda unterschwellig als Bewußtseinslage und Druckkulis zu erzeugen versucht.

Sie, Herr Kollege Scheel, können mit Ihrem Schlußappell und den Zitaten

von verschwindenden Randerscheinungen der deutschen Gesellschaft niemanden hier in diesem Hause gemeint haben. Was aber soll man draußen - gemeint ist jetzt...

Erstens: Deutsche Politik, die deutsche Demokraten betreiben, war immer Friedenspolitik, und das wird auch in Zukunft so sein. Die Verantwortlichen der Weimarer Republik haben nichts anderes als Friedenspolitik betrieben, nur Nationalsozialisten und Kommunisten nicht - beide keine Demokraten, beide gewalttätig auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung, beide sahen in Gewalt ein Mittel der Politik. Die Kommunisten tun das noch heute. Das lehrt der Schießbefehl ebenso wie der nicht vergessene Einmarsch in die Tschechoslowakei und die Gewalt, die kommunistische Kader in diesen Tagen an unseren Universitäten üben.

In dieser Zeit wurde das einzige Stück realer Friedensordnung in Europa geschaffen: die Europäische Gemeinschaft. Wir sprachen rechtsverbindlich und uneingeschränkt Gewaltverzicht aus. Wir gliederten die ausschließlich zur Verteidigung geschaffene und geschulte Bundeswehr in die internationale und integrierte Struktur des Bündnisses ein. Wir verzichteten auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen. ...

... deutsche Spaltung als die direkte Folge des Zweiten Weltkrieges darstellt. Wahr ist, daß Stalin und seine Helfer in ihrer Besatzungszone die Abspaltung dieses Teils nicht gegen Hitler, sondern gegen antifaschistische Demokraten der SPD, CDU und LPD erzwungen haben. Das muß festgehalten werden.

b) Rede von W. Brandt am 18.1.1973

Der vitale Bürgergeist, der in dem Bereich zu Hause ist, den ich die neue Mitte nenne, verfügt über eine exakte Witterung für die Notwendigkeit der Bewahrung von Grundwerten des Lebens. Er ist sensibel genug, die neuen Schnittlinien progressiver und bewahrender Interessen zu erkennen. Er fordert, daß in unserer Gesellschaft die Aufmerksamkeit für die Not des Nächsten nicht verkümmert. Die moralische Kraft eines Volkes beweist sich nicht so sehr in einer hohen Programmatik von Parteien, einer politischen Führung, einer geistigen Elite, sondern in seiner Bereitschaft zum Mitleiden - in seiner Fähigkeit, denen zu helfen, die Hilfe brauchen - und in seiner Toleranz gegenüber dem anderen. Frieden ist, so verstanden, kein Zustand, sondern eine Lebenshaltung.

Das Gespräch mit den Kirchen, das in den vergangenen Jahren fruchtbar geführt wurde, ist gerade auf diesem Hintergrund sehr wichtig. Wir betrachteten sie nicht als eine Gruppe unter den vielen der pluralistischen Gesellschaft und wollen ihren Repräsentanten darum auch nicht als Vertretern bloßer Gruppeninteressen begegnen. Wir meinen im Gegenteil, daß die Kirchen in ihrer notwendigen geistigen ...

Der Wille zur guten Nachbarschaft muß in der Konkurrenz geistiger Kräfte und bei allen realen Konflikten spürbar bleiben.

Er sollte auch in den Auseinandersetzungen und in der Koexistenz der großen gesellschaftlichen Gruppen wirksam sein - zumal in der Verantwortungsbereitschaft der Gewerkschaften und der Unternehmer. Die modernen deutschen Einheitsgewerkschaften sind eine Institution, um die uns die Welt beneidet. Die Bundesregierung bittet um ihre kritische und konstruktive Mitarbeit - wie um die der Unternehmer, die am fairen Dialog interessiert sind.

Das gilt für die Organisationen, in denen sich politischer Wille ausdrückt. Das gilt vor allem für die Partner, mit denen wir die Verantwortung für den Staat teilen: für die Vertreter der Länder und für die Städte und Gemeinden. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesrat muß jenseits aller parteipolitischen Differenzen durch Sachlichkeit und Sachverstand geprägt und von Vertrauen getragen sein.

Die Arbeit der Parteien aber mündet unmittelbar in dieses Haus. Hier soll sie fruchtbar werden. Das gilt für die Fraktionen der Koalition wie für die Opposition. Mein Angebot vom 15. Dezember gilt: "Ich will gern Brücken des Zueinander ...

c) Rede des grünen Bundestagsabgeordneten M. Horacek im Bundestag (Frankfurter Rundschau 29.5.84, S. 2)

Herr Präsident! Liebe Mitbürger! Da ich leider nur eine ganz kurze Redezeit habe, möchte ich mich darauf beschränken, zu begründen, warum die Grünen es für notwendig halten, zur Solidarität mit Sacharow und Jelena Bonner einen eigenen Antrag vorzulegen. ...

Wir sind der Meinung, daß die einäugigen Kampagnen westlicher Regierungen für die Erhaltung von Menschenrechten in Osteuropa bei gleichzeitiger Verletzung der Menschenrechte im eigenen Herrschaftsbereich der Sache der Menschenrechte wenig nützen. Sie haben die Solidarität mit lebendigen Menschen als ideologische Waffe im kalten Krieg der Systeme mißbraucht und diskreditiert.

Gerade die Solidarität mit den politisch Verfolgten in Osteuropa muß endlich zu einem klaren und unmißverständlichen Bekenntnis zur Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Ost und West kommen und sich von der Politik der Stärke lossagen, sich von den halbherzigen und matten Floskeln einer Entspannungspolitik befreien, die nur noch auf die Profite im Ost-West-Geschäft schießt und nicht mehr auf die ungeteilte Solidarität mit denen, die für demokratische Rechte und Frieden auch in Osteuropa unabhängig von ihren Staaten eintreten wollen.

Wir möchten besonders auf das Schicksal von Jelena Bonner hinweisen, die im Augenblick einer üblen Hetzkampagne von seiten der Sowjetunion ausgesetzt ist. Wenn die Regierungszeitung "Iswestija" schreibt, Jelena Bonner sei eine "kleine, verbitterte und habgierige Person", die bereit sei, "zu ihrem Vorteil alles zu verkaufen und zu verraten", und die, "um in den Westen zu entweichen, bereit sei, über die Leiche ihres Mannes zu gehen", dann kann dies nur noch als wirklich reaktionäre, rassistische und sexistische Kampagne begriffen werden.

Kommentar (T9): Die drei (nicht typisch sprechsprachlichen) Redetexte unterscheiden sich durch ihr Mischungsverhältnis von Schwerwortkandidaten: Neben dem eher politisch legitimierenden Text T9a) mit einem ausgewogenen Verhältnis von ideologischen (*antifaschistisch*) fachlichen (*Kader, atomare, biologische, chemische Waffen*) und bildungssprachlichen Lexemen (*Zitat*) steht die mehr bildungssprachliche Rede (T9b) mit Lexemen wie *vital, progressiv, Elite, Toleranz, Repräsentant, Koexistenz, konstruktiv, Differenz, Fraktion* (vgl. die 1. und 4. Lexemklasse in Kap. 4), während für T9c) politische Phraseme (*kalter Krieg, Politik der Stärke*) und abwertende Stigmawörter (*rassistisch, sexistisch, reaktionär, Kampagne*) typisch sind (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T10 (vgl. oben Textsorte 33)

a) H. Geißler: Der Auftrag der Gewerkschaften in der Demokratie
(Referat vom 22.11.1978)

Wir stehen heute am Beginn einer dritten Phase. Es könnte eine Phase des konstruktiven Dialogs zwischen CDU und DGB-Gewerkschaften werden. ...

Der sozialistisch-marxistisch beeinflusste Flügel der jüngeren Generation der Gewerkschaftsfunktionäre stellt sich auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg die Chance für eine sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft verpaßt bzw. verspielt hätten. Zwar sei die Durchsetzung des Prinzips der Einheitsgewerkschaften eine historische Leistung gewesen, in den anderen Bereichen jedoch hätten die Gewerkschaften an der Restauration der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitgewirkt. Die Gewerkschaften seien dem politischen Pragmatismus der Konservativen Kräfte zum Opfer gefallen und hätten sich zu einem integrierenden Bestandteil des "Systems umfunktionieren lassen. Mit der Beschränkung auf die Tarif- und Sozialpolitik hätten sie sich selbst zu einer "Lohnmaschine" und zu einer "Versicherungsgesellschaft" degradiert und seien damit unfähig geworden, eine strukturelle Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durchzusetzen.

Will man diesen Strategiestreit etwas überspitzen, so könnte man formulieren: Es geht um nichts anderes als um die Frage: Integration oder Systemüberwindung? Insbesondere die marxistisch beeinflussten Gewerkschaftstheoretiker glauben, daß die Zeit für einen neuen geistigen, strategisch-taktischen Durchbruch gekommen ist. Sie fürchten, daß die Warnungen eines J.K. Galbraith eintreten könnten. Galbraith vertritt die These, daß die traditionellen Gewerkschaften in einer modernen Industriegesellschaft von der "Technostruktur" auf rein ergänzende Hilfs- und Mittlerfunktionen ohne gesellschaftspolitische Bedeutung reduziert werden würden. ...

Das erste und wichtigste Mittel für diese Gruppen innerhalb der Gewerkschaften ist eine entschlossene Rückkehr zu den "sozialistischen Quellen" der Gewerkschaftsbewegung. Dies bedeutet ein klares Votum zugunsten der Demokratisierung als einem "permanenten Prozeß" der Reform von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat mit dem Ziel einer strukturellen Neugestaltung der Gesellschaft insgesamt, bis hin zur Renaissance des Klassendenkens, bis hin zur Durchsetzung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und massiver staatlicher Lenkungsmaßnahmen. ...

Die Gewerkschaften selbst stehen an einem Scheideweg. Sie stehen, wenn ich die Zeichen richtig deute, am Beginn einer Strategiedebatte. Sie müssen entscheiden, ob sie den Weg pragmatischer Reformen und damit sachlicher Diskussion weitergehen wollen oder aber ob sie einer Renaissance des marxistischen Sozialismus' Tür und Tor öffnen.

b) K. Biedenkopf: Solidarität und Subsidiarität in einer freien Gesellschaft. Vortrag. Bonn 1974

Die Erfüllung unserer nationalen Aufgabe in einer Welt rapiden Wandels und struktureller Krisen ist ohne politische Autorität des Allgemeinwohls unmöglich. ...

Die Bewältigung dieses Auftrages vollzieht sich im Spannungsverhältnis von Solidarität und Subsidiarität. Beide sind Entfaltungen des zentralen Begriffes des Gemeinwohls.

Unter Solidarität verstehen wir das christliche Prinzip der Gemeinschaft, den Ausdruck des gemeinschaftlichen Handelns des Menschen als Teil seiner Selbsterfüllung, den Anspruch des Schwächeren an den Nachbarn im Sinne der sozialen Solidarität. Unter Solidarität verstehen wir nicht die bedingungslose Unterordnung des einzelnen unter die solidarische Klasse mit dem Ziel der klassenkämpferischen Überwindung unserer freien Gesellschaft. ...

Der Gedanke der Subsidiarität besagt: Was der einzelne aus eigener Initiative und mit eigener Kraft leisten kann, darf ihm nicht entzogen und der Gesellschaft als Ganzes zugewiesen werden. ...

Nur im Bezugsrahmen der Ziele der staatlichen Gemeinschaft läßt sich ein dynamisches Gleichgewicht der Teile zum Ganzen sichern. Nur in seinen Grenzen können die Spannungen zwischen Zusammenarbeit und Konflikt stabilisiert und konstruktiv genutzt werden. Was die Mitbestimmungskommission für die Zusammenarbeit im Unternehmen als unverzichtbare Voraussetzung festgestellt hat, gilt auch hier: Die institutionelle Sicherung einer der Freiheit des Ganzen gewährleistenden Organisation gesellschaftlicher Gebilde hat keine Aussicht auf Erfolg, wenn die Handhabung dieser Organisation durch die beteiligten Gruppen nicht durch ein Minimum an staatsbürgerlicher Loyalität bestimmt wird. ...

Die Notwendigkeit, die Spannung zwischen Zusammenarbeit und Konflikt zu stabilisieren, ist zugleich die eigentliche Quelle ihrer Legitimation. Nur eine politische Theorie, die Solidarität im Sinne der Zusammenarbeit für das Ganze und Subsidiarität im Sinne des Gesondertseins der Selbständigkeit gegenüber dem Ganzen gleichermaßen als konstitutive Elemente jeder gesellschaftlichen Struktur akzeptiert, ist in der Lage, die Autorität politischer Führung zu legitimieren. Weil die Theorie des Sozialismus die Gesellschaft auf ihre Konflikte reduziert und ihre Beherrschung erst vom Sieg einer Klasse über den Rest der organisierten Gesellschaft erwartet, ist sie außerstande, staatliche Autorität als legitime Autorität anzuerkennen. Die grundlegende Schwäche sozialistischer Regierungen, denen nicht das Machtmittel der Diktatur oder das Versprechen ständigen wirtschaftlichen Wachstums zur Verfügung stehen, hat hier ihre eigentliche Ursache,

Kommentar (T10): Die Schwerverständlichkeit der unterstrichenen Lexeme/Phraseme im Vortragstext T10a) ist durch die stark fach- und bildungssprachlich und ohne wort- oder sacherläuternde Zusätze geführte Auseinandersetzung mit sozialistischen Gesellschaftstheorien bedingt: Neben 1. Leerformeln wie Veränderung/Reform von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik/Staat werden 2. Zitatwörter des Marxismus wie Vergesellschaftung, Produktionsmittel, Systemüberwindung und 3. ideologische Stigmawörter wie sozialistisch-marxistisch, marxistischer Sozialismus, konservativ, kapitalistisch verwendet (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4) sowie 4. zahlreiche bildungssprachliche (zum Teil metaphorisch eingesetzte) Ausdrücke wie Restauration, Renaissance, Integration, Votum, Pragmatismus, Lohnmaschine, Technostruktur, degradieren, konstruktiv, Strategie, permanent (vgl. die 3. und 4. Lexemklasse in Kap. 4). Der Text T10b) ist trotz seines apodiktischen Stils weniger schwer verständlich, im Zentrum stehen die ideologischen (CDU-)Fahnenwörter Solidarität und Subsidiarität, die semantisch ausführlich paraphrasiert und interpretiert sind; durch Behauptung

tung der eigenen Bedeutungsversion von *Solidarität* ("Unter S. verstehen wir ...") und durch Zurückweisung der gegnerischen Version ("Unter S. verstehen wir nicht ...") wird die parteispezifische Varianz des Fahnenworts deutlich (Merkmal e und f), neben politischen Fachaussdrücken (*Legitimität, Loyalität*) und Stigmawörtern (*klassenkämpferisch, Diktatur, Sozialismus*) sind auch hier bildungssprachliche Lexeme unerlässlich: *strukturelle Krise, Autorität, Initiative, Minimum, Konstitutiv, akzeptieren, stabilisieren, institutionell* (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T11 (vgl. oben Textsorte 42)

Spiegel-Interview mit H. Simon (Bundesverfassungsrichter),
19.9.1983

SPIEGEL: Herr Simon, sind Sie ein Nachrüstungsgegner?

SIMON: Der Doppelbeschluß war für mich so lange verständlich, wie er ein Hebel sein konnte, den Rüstungswettlauf zu bremsen. ...

Die rasante Aufrüstung, die zu einem vielfachen Overkill befähigt und ungeheure Kosten verschlingt, das gerade in Europa angehäuften enorme Zerstörungspotential, die Entwicklung neuer, zielgenauer Waffen mit kurzen Vorwarnzeiten, die Spekulationen über begrenzte atomare Kriege, die sich gewinnen lassen könnten, und schließlich der Rückfall der Supermächte in eine neue Politik der Stärke - das alles ergibt eine unerträgliche Situation: Das darf nicht weitergehen. Ethik wie Vernunft gebieten eine Umkehr der Verteidigungspolitik in Richtung einer Sicherheitspartnerschaft.

SPIEGEL: Schließen Sie aus, daß die amerikanischen Raketen auch dazu dienen könnten, einen atomaren Erstschat von westlicher Seite aus zu führen - etwa dann, wenn ein konventioneller Angriff auf andere Weise nicht abzuwehren ist? Fürchten Sie die Doktrin von der "flexible response"?

SIMON: Ich kann mir schwer vorstellen, daß ein verantwortlicher westlicher Politiker oder Offizier den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln riskieren würde. ...

SPIEGEL: Sie haben mal von konsultativer Volksbefragung gesprochen. ...

SIMON: Verbesserungen könnten erreichbar sein im Willensbildungsprozeß vor einer Entscheidung. Hier ist ein Bündel von Maßnahmen denkbar, etwa das Recht der parlamentarischen Minderheit zur Einleitung einer Volksbefragung. Bei Schicksalsfragen genügt es nicht, daß die Regierung sagt: Jetzt ist entschieden, nun ist Schluß; sie steht vielmehr unter einem permanenten Rechtfertigungszwang gegenüber der Bevölkerung. Ferner ist zu fragen, ob solche schwerwiegenden Entscheidungen nicht per Gesetz durch das Parlament getroffen werden müßten.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach deutlich gemacht, daß es Bereiche gibt, in denen, wegen der Bedeutung der Sache, die Entscheidungsbefugnis ausschließlich beim Gesetzgeber liegen muß - etwa bei der friedlichen Nutzung von Atomenergie.

SIMON: Ja, und auch in anderen Zusammenhängen. Nach dieser Rechtsprechung folgt beispielsweise aus dem demokratischen rechtsstaatlichen Prinzip und

den Grundrechten, daß über die Einführung der Sexualkunde im Schulunterricht nicht die Exekutive, sondern das Parlament befinden muß.

Können denn an die Stationierung von Atomraketen geringere Anforderungen gestellt werden? Und müßte nicht im Parlament bei einer Grundsatzfrage wie dieser auf Franktionszwang verzichtet werden? Die wichtigste Frage aber lautet, ob eine solche Entscheidung überhaupt getroffen werden kann, solange sie auf einen erheblichen Widerspruch in der Bevölkerung trifft. Politische Entscheidungen bedürfen der Akzeptanz. ...

SPIEGEL: Sie und andere Staatsrechtler gehen davon aus, daß es, im Bereich der elementaren Menschenrechte, eine Zone des "Unabstimmbaren" gebe. Was steht denn nicht zur Disposition irgendeiner Mehrheit?

SIMON: Nach unserer verfassungsmäßigen Ordnung stehen zum Beispiel die Grundrechte nicht zur Disposition der Mehrheit, auch nicht die Struktur rechts- und sozialstaatlichen und föderalistischen Demokratie. ...

SPIEGEL: Eine erkleckliche Zahl von Juristen argumentiert doch recht nüchtern.

SIMON: Richtig! Es ist ungewöhnlich, aber nicht zufällig, daß nun auch Richter und Staatsanwälte gegen die Nachrüstung demonstrieren.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß Justizverwaltungen, die den Versuch unternehmen, solche Richter zu disziplinieren, recht beraten sind?

SIMON: Die ethische und rechtliche Bewältigung der durch Massenvernichtungsmittel gestellten Probleme gehört zu den zentralen Aufgaben unserer Generation, auch der Richter. Ich persönlich lasse mir von niemanden den Mund verbieten.

SPIEGEL: Ist denn die "ernsteste" Gewissenserforschung und das "hohe politische Ethos", das den Gegnern der Atomarsenale abverlangt wird, auch bei den Befürwortern der Nachrüstung auszumachen?

SIMON: Bei manchen Äußerungen, die wir von der Reagan-Administration gehört haben, und bei manchen Versuchen, die Nachrüstung nach Art einer Waschmittelreklame zu verteidigen, können jungen Menschen Zweifel kommen.

SPIEGEL: Enthauptungsschlag hort sich nicht nach politischem Ethos an.

SIMON: Solche Vokabeln sind unterm Strich.

SPIEGEL: Offenkundig bezieht der Widerstand gegen menschenvernichtende Waffenarsenale seine Argumente häufig aus der christlichen Ethik. Ist wieder eine "bekenkende" Kirche ...

Kommentar (Tll): "Ein Medien-Interview hat vier primär Handlungsbeteiligte: Interviewer, Interviewter, Publikationsorgan (Auftraggeber) und Publikum" (von Polenz 1985, 19) als eigentliche Adressaten, in diesem Falle die Leser des "Spiegel". Denn "der Redewechsel zwischen Interviewer und Interviewtem ist kein echter Dialog, mehr ein formaler Rahmen für den Monolog des Interviewten gegenüber dem Publikum" (von Polenz ebd.).

In diesem forciert und mit politischem Engagement geführten Medien-Interview stehen die politischen Meinungen und juristischen Ansichten eines Bundesverfassungsrichters im Zentrum, also eines Vertreters der höchsten judikativen Instanz in der Bundesrepublik. Den Fokus des Interviews bildet der gesellschaftlich hochbrisante Themenkomplex der Ab- und Nachrüstung, der internationalen Sicherheitspolitik und die Diskussion der moralischen, individuellen und parlamentarisch-rechtlichen Bewältigung der mit diesen Themen verbundenen Probleme und Schicksalsfragen. Das Verständnis des Textes setzt hohes fachliches (politisches, juristisches und kulturelles) Wissen und sprachliche Kenntnisse bei den Adressaten, den Spiegel-Lesern, voraus.

Als potentielle Schwerwortkandidaten sind hier hervorzuheben 1. die Lexeme und Phraseme der militärischen und sicherheitspolitischen Fachsprache, die von den Interview-Partnern jeweils ohne semantische Zusatzerläuterungen gebraucht werden: *Vorwarnzeit* (als Ersatzterminus für *strategische Warnzeit*), *atomarer Erstschlag*, *konventioneller Angriff*, *begrenzter atomarer Krieg*, *Atomareenal*, *Nachrüstung*, und die in jüngster Zeit in Umlauf gebrachten Anglizismen *Overkill* (als Kurzform von *Overkill Capacity* 'Übertötungsfähigkeit') und *flexible response* (als Bezeichnung für eine strategische Doktrin, die als Ersatz für 'massive Vergeltung' eingeführt wurde); die stark evaluative Neubildung *Enthauptungsschlag* als bildkräftiger Ersatz für *atomarer Krstschlag*, durch wertende Ausdrücke im unmittelbaren Kontext konkretisierte Vagheitsformeln (*Zerstörungspotential*, (*menschenvernichtende*) *Waffenarsenale*; die nur durch Kontextwissen verstehbare Verkürzung *Doppelbeschuß* für *Nato-Doppelbeschuß*; die im Herbst 1983 als "Kontrast-Ausdruck zur *Nachrüstungs-Ideologie*" aufgekommene nominalisierende politische Leerformel *Sicherheitspartnerschaft* zu deren Verständnis "satzsemantisch orientierte 'Hinterfragungen'" nötig sind: "Wer tut was mit wessen Sicherheit? Sicherheit wovon und wofür? Partner bei welcher Aufgabe zu welchem Zweck?" (von Polenz 1985, 46) (vgl. die 1. und 2. Lexemklasse in Kap. 4); 2. die fachlichen Lexeme der politischen Verfahrens- und Institutionensprache: *Fraktionszwang*, *Exekutive*, (*konsultative*) *Volksbefragung*, *Rechtfertigungszwang*, *föderalistische Demokratie*, *parlamentarische Minderheit*, *rechtsstaatliches Prinzip*, *Gesetzgeber*, *Reagan-Administration* (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4); 3. das sprachlich anspruchsvolle Interview ist mit bildungssprachlichen Lexemen durchsetzt: *politisches Ethos*, *Ethik*, *ethisch*, *Gewissensforschung*, *Doktrin*, *Struktur*, *Vokabel*, *argumentieren*, *disziplinieren*, *permanent*, *Akzeptanz*, *Disposition* (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T12 (vgl. oben Textsorte 51)

a) Heute (ZDF) 18.9.1975, 17 Uhr

Bundeswirtschaftsminister Friderichs hält einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung noch in diesem Jahr für möglich. Bei der Fortsetzung der konjunktur- und finanzpolitischen Debatte des Bundestages in Bonn sagte Friderichs, ein allmählicher Aufschwung der Konjunktur könne 1976 unter Umständen noch ein reales Wachstum bis zu 5% bringen. Der Bundeswirtschaftsminister betonte jedoch, ein solcher Wendepunkt sei an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft: "Wenn man davon ausgehen kann, und man muß nun mal mit Prämissen arbeiten, auch wenn das unangenehm ist, daß sich die Stabilisierung der Auslandsnachfrage fortsetzt, nix Boomentwicklung, sondern Stabilisierung der Nachfrage; daß die im Juni angestiegenen Inlandaufträge für Investitionsgüter teilweise noch in diesem Jahr zu einer Produktionsbelebung führen, und das war doch die Idee bei der Investitionszulage. ...

... wenn man davon ausgeht und das ist ein Faktum, daß die Läger auf einem extrem niedrigen Stand sind - wir hatten ja eine prozyklische Entwicklung im Abschwung durch den Lagerabbau, irgendwann muß also konsequenterweise auch ein Lager aufbau wieder kommen -; dann ist es möglich, daß sich ein gesamtwirtschaftlicher Wendepunkt in der Entwicklung noch im Verlauf dieses Jahres ergibt. Ich betone noch einmal: nicht in dramatischer Form und nur wenn diese Voraussetzungen als realistisch anerkannt werden." Bundesfinanzminister Apel versicherte in der Debatte erneut, die Bundesregierung werde die Probleme nicht auf dem Rücken der sozial Schwachen lösen, ...

Zunächst Apel:

"Es bleibt bei der Arbeitsteilung: die Opposition räsonniert, proklamiert und diffamiert; die Koalition debattiert, projektiert und aktiviert alle Kräfte zur Bewältigung der Probleme. Es bleibt die Frage offen: Wann wird die Opposition so viel Kraft und Konzeptionsfähigkeit haben wie wir, ihr Konzept für die Zukunft unseres Landes dem deutschen Volk zur Begutachtung vorzulegen."

Katzer: "Wir halten zweierlei für erforderlich: wir halten erstens für erforderlich in der Tat, daß wir in dieser schwierigen Situation den Unternehmungen auch steuerliche Erleichterungen geben, damit sie wieder investieren können. ...

Die SPD Bundestagsfraktion will sich mit allen Kräften für die Spar- und Steuerbeschlüsse der Regierung einsetzen. Das betonte ihr Vorsitzender Wehner. Wehner sprach von einem echten Dilemma der Opposition, die in den Länderparlamenten nachweisen müsse, warum sie auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1977 verzichten wolle. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum warf der Regierung vor, sie habe ein Konzept mit rechnerisch falschen Grunddaten vorgelegt. Die angenommenen Steigerungen des Brutto-sozialprodukts bis 1979 reichten allenfalls, die Personalkosten in den öffentlichen Haushalten zu decken. Sie ließen aber keinen Spielraum für Investitionen. Auch der CSU-Abgeordnete Höcherl vertrat die Ansicht, die haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung seien auf Illusionen aufgebaut.

b) Westdeutscher Rundfunk/1. Programm 19 Uhr, 5.9.1973

(3) Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die Bestechungs-Vorwürfe im Zusammenhang mit der letzten "Legislatur-Periode" klären soll, sind am Nachmittag der Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Wienand, und der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Steiner einander gegenübergestellt worden. Beide blieben bei ihren bisherigen Aussagen, Steiner wiederholte, er habe am 27. April 1972 für seine Stimm-Enthaltung beim konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt 50 000 Mark von Wienand erhalten. Dagegen versicherte Wienand, er habe weder am 27. April noch an einem anderen Tag Steiner jemals Geld gegeben. Auch nach einem Appell des stellvertretenden Ausschuß-Vorsitzenden Vogel (CDU), derjenige von beiden, der lüge, solle sich einen inneren Ruck geben, betonten Wienand und Steiner, sie hätten die Wahrheit gesagt.

(4) Die Beratungen des Kabinetts über den Entwurf des Bundeshaushalts 1974 gestalten sich offensichtlich schwieriger als erwartet. Regierungssprecher von Wechmar erklärte am Nachmittag in Bonn, möglicherweise müßten die Gespräche morgen fortgesetzt werden. Bundeskanzler Brandt bekräftigte auf der Kabinettsitzung seine Entschlossenheit, die Ausgabensteigerung 1974 gegenüber dem laufenden Etat auf 10,5 Prozent zu begrenzen. Der Bundeskanzler appellierte an die Minister, sich bei den Ausgaben zurückzuhalten und jede Anstrengung zu unternehmen, um das von Finanzminister Helmut Schmidt vorgesehene Volumen von 134,5 Milliarden Mark nicht zu überschreiten. Regierungssprecher von Wechmar bestätigte, daß vor der Kabinettsitzung noch Mehr-Anforderungen in Höhe von knapp zwei Milliarden Mark bestanden hätten.

Kommentar (T12): Die beiden Texte von Rundfunknachrichtensendungen unterscheiden sich - wie die Redetexte unter T9 - durch ihr Mischungsverhältnis von Schwerwortkandidaten. Im ersten Text T12a) besteht ein ausgewogenes Verhältnis von Fach- und Bildungssprache: 1. Lexeme und Phraseme der wirtschaftspolitischen Fachsprache: *reales Wachstum, Konjunkturpolitik, Investitionsgüter, -zulage, Läger, Bruttosozialprodukt, öffentlicher Haushalt, prozyklisch* (vgl. Merkmale b, o und die 1. Lexemklasse in Kap. 4); neben Leerformeln und Interpretationsvokabeln wie *Produktionsbelegung, Aufschwung, Abschwung* 2. bildungssprachliche und der fächerübergreifenden Wissenschaftssprache zuzuordnende Lexeme: *Prämisse, Stabilisierung, Boom, Faktum, Konzept(ion), Dilemma, Illusion, extrem, dramatisch, rasonnieren, proklamieren, diffamieren, projektieren, aktivieren* (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4). Im zweiten Text T12b) ist der bildungssprachliche Anteil wesentlich geringer (Appell, Volumen), es dominieren die fachlichen Lexeme/Phraseme der politischen Verfahrens- und Institutionssprache: *parlamentarischer Untersuchungsausschuß, konstruktives Mißtrauensvotum, Etat, Legislaturperiode, Fraktion, Bundeshaushalt* (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4).

Beispieltext T13 (vgl. oben Textsorte 52)

a) Mannheimer Morgen 14.6.1985, S. 2

Die dritte Lesung wird abgeschafft

Der Stuttgarter Landtag hat einen neuen Anlauf, um dem Hohen Hause durch eine Überarbeitung der Geschäftsordnung zusätzlichen Glanz zu verleihen. Trotz der mehr als einjährigen Diskussion der vier Fraktionen über einvernehmliche Lösungen für die Schaffung von mehr Aktualität und öffentliche Aufmerksamkeit kam am Ende das eingefahrene Kräfteverhältnis zum Tragen. Entgegen der bisher geübten Praxis, wonach Reformen der parlamentarischen Geschäftsführung nur mit den Stimmen aller Fraktionen vorgenommen wurden, drückte die CDU-Mehrheitsfraktion einseitig ihre Vorstellungen durch.

Nachdem sich die CDU in der gemeinsamen Kommission mit ihrer Forderung nach Abschaffung der dritten Beratung von Gesetzentwürfen auf keine Gegenliebe stieß, hat sie dies nun per eigenem Antrag doch noch durchgesetzt. Künftig werden im Stuttgarter Landtag somit nur noch Änderungen der Landesverfassung und Haushaltsvorlagen drei parlamentarische Durchgänge ("Lesungen") erleben. Selbst ein Kompromißvorschlag der SPD-Fraktion, die Bestimmung mit einem Minderheitengesetz zu versehen, wurde niedergebügelt.

Abgelehnt wurde die Forderung von SPD und Grünen nach öffentlicher Beratung in den parlamentarischen Ausschüssen, sofern dies eine qualifizierte Minderheit wünscht. Gegen diesen Wunsch gab es nicht nur Kritik von seiten der CDU, da so die insgesamt von sachlichen Gesichtspunkten bestimmte Arbeit in den Ausschüssen allzu leicht durch "Fensterreden" entwertet worden wäre.

In der Tat umgesetzt werden jetzt auch gestaffelte Redezeiten, wie dies die großen Fraktionen von SPD und CDU beantragen. Auf einer für alle Fraktionen gleich langen Grundredezeit kann das Präsidium bei der Festlegung der Tagesordnung nun ein zusätzliches Rederecht draufsatteln, das die Stärke der einzelnen Gruppierungen berücksichtigt. Da diese Regelung die Großen bevorzugt, wird deutlich, wie sehr die Überarbeitung der Geschäftsordnung von den Interessen der verschiedenen Fraktionen bestimmt ist. Da dies eher zur Verlängerung der Debatten beiträgt, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, daß so die Lebendigkeit der parlamentarischen Diskussion gefördert wird.

Einig war man sich im Vorfeld nur über die Minimal-Vorschläge, auf die sich die Reformkommission nach rund einjähriger Beratung geeinigt hatte. Im Einvernehmen soll künftig die Fragestunde, die bisher am frühen Morgen vor weitgehend leeren Stühlen über die Bühne ging, nach der Mittagspause angesetzt werden. Die Landtagsausschüsse sollen Große Anfragen nach dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen öffentlich beraten. Damit die Öffentlichkeit auch genügend Raum hat, sollen diese Sitzungen im Plenarsaal stattfinden.

b) Mannheimer Morgen 14.6.1985

Richtlinienkompetenz

Der Bundeskanzler hat die rechtlich und politisch bedeutsamste Position in der Bundesregierung. Nach Artikel 65 Grundgesetz leitet er die Geschäfte der Regierung, bestimmt "die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung". "Richtlinienkompetenz" nennt sich das. Darunter sind die Grundsätze der Regierungspolitik zu verstehen, für die der Bundeskanzler gegenüber dem Deutschen Bundestag die Verantwortung trägt. Insofern wird im Bundeskabinett ein "Kanzlerprinzip" verwirklicht. "Innerhalb" dieser vom Kanzler vorgegebenen allgemeinen Richtlinien leiten allerdings die Bundesminister ihren jeweiligen Geschäftsbereich "selbständig und unter eigener Verantwortung" (Ressortprinzip), wobei über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern die Bundesregierung entscheidet (Kollegialprinzip).

Die neuerdings wieder so häufig zitierte Richtlinienkompetenz grenzt des Kanzlers politische Macht jedoch zugleich ein. Über die Richtlinien hinausgehende Regierungsentscheidungen bedürfen nämlich eines Mehrheitsbeschlusses durch das Kabinett. Nur bei Stimmengleichheit entscheidet dabei die Stimme des Kanzlers. Da Kohl zudem keine Einzelanweisungen erteilen darf, mit denen er sozusagen über den Kopf eines Ministers hinweg in dessen Ressort hineinregiert, kann er das Bundeskabinett nur dadurch disziplinieren, daß er mit der Entlassung eines widerspenstigen Ministers oder notfalls mit seinem eigenen Rücktritt droht, denn mit diesem Schritt wären zugleich auch alle Bundesminister entlassen.

c) Frankfurter Rundschau 29.5.1984

Eurokommunisten setzten sich in Finnlands KP durch
Keine "Stalinisten" mehr im Zentralkomitee vertreten

KOPENHAGEN, 28. Mai. Der dogmatische Minderheitsflügel der Kommunistischen Partei Finnlands hat die Einberufung eines Sonderkongresses noch in diesem Jahr gefordert, nachdem seine Machtpositionen auf dem Parteitag am Wochenende ausradiert worden sind. Die finnische KP, Westeuropas drittgrößte nach der Italiens und Frankreichs, wird nun von einer eurokommunistischen Fraktion geführt, die für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und einen "finnischen Weg" zum Sozialismus eintritt. Der neugewählte Parteichef Arvo Aalto, bisher Generalsekretär der KP, erklärte jedoch auf dem Kongreß, der außenpolitische Kurs seiner Partei werde sich "um keine Daumenbreite" ändern.

Mit dem Sieg der pragmatischen Parteimehrheit hat der jahrelange Konflikt in der Kommunistischen Partei Finnlands eine unerwartete Wende genommen. Der Konflikt entzündete sich vor allem an der Zusammenarbeit der KP mit anderen Parteien. In Perioden der Regierungsteilnahme der Kommunisten blieb die Minderheit in Opposition zu ihren eigenen Parteigenossen.

Noch vor zwei Jahren hatte ein Kongreß anstelle des von Moskau als "Rechtsabweichler" gebrandmarkten Aalto mit Jouko Kajanoja einen Kompromißkandidaten zum Vorsitzenden gewählt, der versuchte, die drohende Spaltung der Partei abzuwenden. Der in Finnland als "Stalinisten" bezeichneten Minderheitsgruppe war auch Kajanoja zu kompromißfreudig, weshalb sie vorübergehend die Parteiarbeit boykottierte.

Diesmal setzte sich die sogenannte "Axt-Linie", die die beschwerliche Zusammenarbeit mit den "Stalinisten" abhacken will, durch. Nachdem die Minderheit ein Angebot, unter Aaltos Leitung 15 von 50 Plätzen im Zentralkomitee zu besetzen, abgelehnt hatte, setzten die Eurokommunisten mit knapper 186:163-Mehrheit eine ausschließlich aus ihren Vertretern bestehende Liste durch. Auch das neunköpfige Politbüro besteht ausschließlich aus Mehrheitsvertretern.

Kommentar (T13): Bei den ersten beiden Texten T13a) und b) handelt es sich um informierende, den Leser objektiv über innenpolitische Themen/Fakten unterrichtende (und belehrende) Zeitungsberichte; die unterstrichenen, als Schwerwortkandidaten in Frage kommenden Lexeme/Phraseme gehören daher nicht primär der Ideologiesprache, sondern 1. der politischen Verfahrens- und Institutionssprache an: *Lesung, Faktion, große Anfrage, Plenarsaal, Gesetzentwurf, Haushaltsvorlage, Reformkommission, parlamentarische Durchgänge* (Lesungen), *parlamentarischer Ausschuß, qualifizierte Minderheit* (T13a), *Richtlinienkompetenz, Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip, Ressort* in Text T13b), in dem die belehrende Tendenz dadurch sichtbar wird, daß semantische Paraphrasen den Leser zu den erklärungsbedürftigen (schweren) Termini hinführen (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4); 2. der Bildungssprache: *Aktualität, Minimal-, Praxis* (T13a), *zitieren, disziplinieren* (T13b). Bei Text T13c) handelt es sich um einen weniger objektiven Zeitungsbericht; schwerwortverdächtig sind hier folgerichtig ideologisch wertende Lexeme wie *Eurokommunist, Stalinist, dogmatischer Minderheitsflügel, eurokommunistische Fraktion, Sozialismus, Rechtsabweichler* (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4) neben fachsprachlichen Lexemen wie *Zentralkomitee, Politbüro, Kompromißkandidat* (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4), während bildungssprachliche Lexeme fehlen.

Beispieltext T14 (vgl. oben Textsorte 61)

a) Die Zeit 3.5.1985, S. 3

Der inflationierte Gebrauch des Wortes "Strategie" täuscht über die tatsächliche Abwesenheit einer gemeinsamen grand strategy des Westens hinweg. Markenartikel-Verkaufs-Strategien, Juso-Doppelstrategien, Umarmungs-Strategien, Abschreckungs-Strategien, Verteidigungs-Strategien ..., Strategien ohne Ende – aber eine gemeinsame Gesamtstrategie der großen, hochentwickelten industriellen Demokratien ist gegenwärtig kaum zu erkennen. Statt dessen werden Medien und Publikum in unseren Ländern durch immer neue nukleare Schreckensgemälde verunsichert.

Wir erleben eine Vorherrschaft von worst-case-scenarios, von Vorstellungen des schlimmsten Falles. Diese Psychose des worst case reicht von der Friedensbewegung über die sowjetische West-Propaganda bis zu Ronald Reagan; denn dessen Star-War-Initiative ist ja auch bloß der Versuch

einer Antwort auf die fixe Idee eines seine eigene Nation betreffenden schlimmsten Falles, nämlich des Falles eines interkontinentalen nuklearen Raketen-Angriffes auf die Vereinigten Staaten. Es ist durchaus noch unklar, ob und unter welchen Bedingungen Reagans strategic defense initiative zur Sicherheit der Welt insgesamt beitragen kann. ...

Wenn die Welt insgesamt im ökonomischen, sozialen und militärischen Gleichgewicht gehalten werden soll, braucht der Westen erstens innere Kohäsion zwischen den verbündeten Europäern, Nordamerikanern und Japanern; er braucht zweitens gemeinsame Strategien nicht nur gegenüber dem sowjetischen Expansionismus, sondern auch für das Wohlergehen der Dritten Welt, d.h. der Entwicklungsländer; er braucht schließlich drittens ein zusammenhängendes Konzept zur weiteren eigenen wirtschaftlichen Entwicklung. ...

Wir treten also nach wie vor für beide "Hauptfunktionen der Allianz" ein, nämlich:

"ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität ... um gegenüber Aggression und ... Druck abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliederstaaten zu verteidigen, falls es zu einer Aggression kommt"; ...

Wir werden allerdings keine Verträge eingehen, deren Einhaltung sich nicht durch unsere eigenen Mittel verifizieren oder kontrollieren läßt. ...

9. Zugleich appellieren wir an die Staaten der "Dritten Welt". ...

Ihre Volkswirtschaften für Direkt-Investitionen von ausländischen Unternehmungen zu öffnen, damit es zu breitem Transfer von Technologie und Produktiv-Kapital kommt. ...

Wir sind bereit zur Aushandlung eines allgemeinen Rahmen-Abkommens (General Agreement to Lend), welches vieljährige Umschuldung und Berechenbarkeit der jährlichen Transfer-Leistungen einschließen soll. ...

14. Wir verpflichten uns, vom heutigen Tage an auf jedwede zusätzliche Export-Subvention oder Import-Behinderung und auf jede andere Form zusätzlicher protektionistischer Maßnahmen zu verzichten. ...

So wie die Welt in der Mitte der achtziger Jahre beschaffen ist, kann aufgrund der Größe der USA, ihrer Vitalität und Dynamik, ihres tatsächlichen und nicht nur nominalen gemeinsamen Marktes von 230 Millionen Menschen mit einer einzigen Währung und einem einzigen Rechts- und Steuersystem, sowie schließlich aufgrund ihrer überzeugenden militärischen Macht die Führung nur aus Amerika kommen. Aber Amerika ist konzeptionell auf Führung nicht vorbereitet; weil dort isolationistische, amerika-zentrische, hegemoniale und internationalistische Tendenzen um die Vorhand ringen. Dies muß aber nicht so bleiben.

Von Harry Truman, Goerge Marshall und Dean Acheson, von Eisenhowers Pragmatismus, von Kennedys Visionen und von Nixons überragender strategischer Urteils- und Entscheidungskraft ist für die westliche Welt immer wieder Führung ausgegangen. Ich zweifle nicht, daß dies auch in Zukunft wieder so sein kann. Unter freien, demokratisch verfaßten Staaten bedarf Führung

Das Friedensgeheul der Supermächte beherrschte eine Konferenz, die allein ihren Expansionsinteressen diente, eine Konferenz, die von den sowjetischen Sozialimperialisten initiiert war und ein Meilenstein in der politischen Offensive der Moskauer Machthaber zur Herrschaft über Europa ist.

Für die Völker Europas ist das ein Alarmsignal: Je stärker die Friedensbeteuerungen der Imperialisten, insbesondere der Supermächte sind, desto wachsamer müssen die Völker sein, weil die pazifistischen Lügen die wachsende imperialistische Kriegsgefahr zum Ausdruck bringen. ...

Nicht allein die Verbreitung hemmungsloser lügnerischer Friedenspropaganda, die im Gegensatz zu der gewaltigen Kriegsrüstung steht, war das Ziel Breschnews.

Die Sozialimperialisten setzten mit der KSZE durch, daß ihr jetziges Macht- und Einflußgebiet bestätigt wurde. Um Breschnew nicht allein das Feld zu überlassen, nahmen auch die USA-Imperialisten an der Konferenz teil.

Alle Verträge, wie insbesondere die Ostverträge zwischen Breschnew und Brandt, die, unter Umgehung der souveränen Interessen der DDR, den sowjetischen Einfluß und die sowjetische Oberhoheit in der DDR und Osteuropa anerkennen, erhalten mit der KSZE den Stempel des Völkerrechts. Alle diejenigen, das ist die Absicht des sowjetischen Sozialimperialismus, die jetzt noch gegen die sowjetische imperialistische Herrschaft über Osteuropa und die sowjetische Expansionspolitik auftreten, sollen unter Hinweis auf die KSZE als Unruhestifter gebrandmarkt werden.

Von besonderer Bedeutung für Breschnew und Ford ist es, daß das gesamte Schlußdokument zwar allgemeine Prinzipien über die zwischenstaatlichen Beziehungen aus der UNO-Charta übernimmt, aber mit keinem Wort gegen die imperialistischen Aktionen der Supermächte Stellung nimmt.

Die Methode der Supermächte, andere Länder in Abhängigkeit zu halten, zu erpressen, sich einzumischen, auszubeuten, zu unterdrücken und anzugreifen, werden ebensowenig verurteilt wie die sozialimperialistische Methode, die revisionistischen Parteien als fünfte Kolonne zur Wühltätigkeit in den westeuropäischen Ländern einzusetzen.

F) Die Zeit 25.6.1982 (aus Küster 1983, 38ff.)

... das Drama, das die Bonner Koalitions-Parteien gegenwärtig vorführen
... die Akteure in diesem Nervenkrieg
... die Verschiebespiel mit Sozialversicherungsbeiträgen ... ist nur die Bühne, auf der in Wahrheit ein ganz anderes Stück gespielt wird: das Endspiel der sozial-liberalen Koalition ...

Die Zeit 2.7.1982

Mitte der Woche war noch immer unklar, wie das Sommertheater am Ende ausgehen würde: als Farce oder als Drama.

Die Zeit 6.7.1982

Alles ... war eine weitere Aufführung des von der Koalition in Bonn längst en suite gespielten Stückes (frei nach Thornton Wilder): 'Hauptsache wir sind noch einmal davongekommen ...'.

Die Zeit 24.9.1982

Denn auch die Demokratie braucht, will sie nicht langweilig werden ..., ein demokratisches Pathos, einen Sinn für historische Momente. Sie braucht die Kunst der Rede und die Kunst der Darstellung. Ein Kanzlersturz ist kein Königsmord, wie man in Gerhart Baums Innenministerium letzte Woche noch meinte. Aber ein Drama ist er schon - das Parlament die Bühne. In Bonn hat am 17. September 1982 der alte Kanzler eine glänzende, eine zugleich wütende und würdige Rede gehalten. Die ihn stürzen wollen ... wirkten danach wie nervöse, überforderte Prokuristen, sprachlos ausgerechnet im historischen Augenblick ... Die Brüder aus Bayern ... waren da auf ihre Art viel besser besetzt. Sie hatten die historische Attitüde von Schmidts Rede erkannt und verhöhnten sie nun. Zwei Shakespeare-Figuren, wenn man so will: Strauß ein bajuwarischer Falstaff, Zimmermann der gallige Thersites. Das Pathos des Herrschers und der Hohn auf den Herrscher, beides gehört zum selben Stück. Kein Königsdrama ohne die Spötter, die Narren, die Säufer.

Die Zeit 11.6.1982

Eine langsam fortschreitende Agonie der Koalition halten beide Parteien nicht mehr lange aus

Die Zeit 18.6.1982

auch sie (die Opposition) scheint ... von der Bonner Paralyse befallen. Die Krämpfe erklären sich aber vor allem aus der Person des Union-Kanzlerkandidaten Helmut Kohl. ... Es mag ja sein, daß ... ein scharfer Übergang zur Union dem langsamen Siechtum der Koalition zum Tode hin vorzuziehen (ist).

Die Zeit 17.9.1982

Das Vor-sich-hin-Faulen des sozial-liberalen Regierungsbündnisses ...
... der unaufhaltsame Kollaps der Regierung ...
Und es wäre überzeugender, wenn der große Prinzipienstreit ... nicht erst in die Sterbekasse des letzten Aufzugs eingeführt ... worden wäre. Erst muß die Leiche der Koalition unter die Erde, Pietät und politische Hygiene gebieten gleichermaßen, daß es bald geschieht.

Kommentar (T14): In den massenmedialen Texten par excellence, die politische Themen behandeln - Leitartikeln und Kommentaren (vgl. T15) in Tages- und Wochenzeitungen -, ist generell eine Erweiterung des Spektrums an potentiellen Schwerwortkandidaten über den engeren Bereich politischer Fach- und Ideologiesprachlichkeit hinaus und damit eine Zunahme an lexikalischer Erklärungsbedürftigkeit festzustellen. So sind die bereits anhand der Texte T1ff herausgestellten schwerereversierenden Merkmale auch in den Texten T14ff zum Teil in potenziierter Form nachweisbar: 1. Die für verschiedene Texte (z.B. T1, T12a) charakteristische lexikalische Vagheit und Leerformelhaftigkeit wird in T14a sprachlich reflektiert ("Der inflationierte Gebrauch des Wortes 'Strategie'"), aber von den Autoren auch selbst praktiziert: *grand strategy*, *Doppel-, Abschreckungs-, Verteidigungsstrategie*. 2. Gruppenbezogenheit und Varianz (Merkmale e, f) ideologiesprachlicher Lexeme mit stark wertender Funktion und mit gelegentlicher Häufung von Ismen, z.B. Fahnen- und Stigmawörter (Merkmal l) wie *Expansionismus*, *Solidarität*, *Aggression* (T14a), *Illiberalität*, *Volksfront-*

(Regierung), antibürgerlich, kommunistisch, National-Sozialismus (T14b), Klasse, Rasse (T14c), Linksradikale, Ultralinke, Volksfront-Europa (T14d), Sozialimperialismus, pazifistisch, fünfte Kolonne, revisionistisch, imperialistisch in dem mit Kampf- und Stigmawörtern übersättigten Text T14e) (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4). 3. Subsystembezogenheit des politischen Fachwortschatzes im engeren Sinne, z.B. *Allianz, Dritte Welt, hegemonial, Pragmatismus* (T14a), *Stabilität, Arbeitsteilung* (T14b), *Immigrant, Ghetto* (T14c), *Diplomatie, kollektiv, Expansion, Völkerrecht, souverän, Oberhoheit, Charta* (T14e), *Koalition, Opposition* (T14f), speziell Fachwörter aus der Verteidigungspolitik, z.B. die Anglizismenhäufung in T14a: *worst-case-scenario, Worst case, Star-War, strategic defense initiative* und der Wirtschaftspolitik (mit komprimierten Zusammensetzungen) wie *Transfer-Leistung, Export-Subvention, Import-Behinderung, Direkt-Investition, Produktiv-Kapital, General Agreement to Lend, protektionistisch, Umschuldung* (T14a), *Autarkie, Protektionismus* (T14b), *Investitionslenkung* (T14d) (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4). 4. Zugehörigkeit zum fächerübergreifenden Wissenschafts- und Bildungswortschatz mit Wissenschaftsjargonismen: *Funktion, Konzept, verifizieren, appellieren, Technologie, Vitalität, Dynamik, Konsensus, Propaganda, inflationiert, Medien, nominell, konzeptionell, System, Tendenz, isolationistisch, zentrisch, Vision, Kompromiß* (T14a), *Paradox, florierend, Überfremdungsangst, Intoleranz, Kampagne* (T14b), *Substanz, Integration, multikulturell, permanent, Differenzierung, resistent, Assimilierung, ethnisch, Alternative, Modell, und jargonisierend* *Absorption, Ethnomorphose, Umvolkung, Akkulturation* (T14c), *agitieren, utopisch, System* (T14d), *initiierten, Offensive, Propaganda, Prinzipien, Methode* (T14e), *Pietät, Pathos, Attitüde, Prinzipienstreit* (und bildungs-sprachliche Eigennamen) *Shakespeare, Falstaff, Thersites* (T14f) (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4). 5. Als weiteres, bisher in den obigen Texten (T7, T8) nur sporadisch nachgewiesenes, aber z.B. in T14f in textsortenspezifisch extremer Weise nachweisbares Schweremerkmal, ist der Bereich der politischen Metaphorik bzw. sind die Metaphern in der Politik (Merkmal r) zu bewerten: Das ist der in politischen Texten (ad hoc und innovatorisch oder lexikalisiert) metaphorisch verwendete fachbereichsspezifische Wortschatz, d.h. die aus anderen Fach- und Wissenschaftssprachen in ihren fachlichen oder graduell entfalllichten/entpräzisierten Bedeutungen in die fachfernen (politischen) Kontexte übernommenen Fachausdrücke; die Politik ist der bildempfangende Bereich, die anderen Fächer die bildspendenden Bereiche, zwischen der Politik und dem jeweils anderen Bereich, dem die Metapher entstammt, wird eine metaphorische Korrelation hergestellt. Die 'politisierten' Metaphern dienen der Kommentierung und Bewertung politischer Realität, der intensivierenden, verdeutlichenden, ironisierenden usw. Bezugnahme auf politische Gegenstände, Vorgänge, die bildspendenden Felder sind Projektionen politischer Konstellationen. Die Wahl der bildspendenden Wörter/Felder ist abhängig von der Spezifik des zu kommentierenden politischen Gegenstands und von der Individualität des Kommentators. Die Termini *Psychose, Kohäsion* (in T14a) oder *Manipulierungsfähigkeit* (in T14d) referieren auf die Fachbereiche Psychologie, Physik und Militär als Referenz- oder Bildspenderbereiche. In T14f verweisen die Termini des Feldes '*Drama, Farce, Akteure, Verschiebespiel, en suite* usw.' auf die Theatermetaphorik, die Termini des Feldes '*Agonie, Paralyse, Kollaps, Hygiene*' auf die pathologische oder Krankheitsmetaphorik; andere von der Politik adaptierte bildspendende Felder gehören zur psychologischen, mythologischen oder Unwettermetaphorik (vgl. von Polenz 1985, 192): Der Terminus *Agonie* z.B. wird aus dem fachlichen Referenzbereich der Medizin entlehnt und als Metapher mit wertender Prädikation auf das zentrale politische Referenzobjekt - den Zustand der alten, sozialliberalen Koalition von 1982 - bezogen; zwei Teilwortschatze - der politische und medizinische - werden über den verkürzten Vergleich im

politischen Kontext miteinander kombiniert. Die metaphorisch verwendeten Termini sind also aufgrund ihrer fachlichen Herkunft selbst Kandidaten für schwere Wörter in politischen Texten (vgl. die 3. Lexemklasse in Kap. 4). Die besondere Schwierigkeit politischer Metaphorik besteht in der Erkennung der Analogien zwischen bildspendendem und bildempfangendem Bereich, in der Substituierbarkeit des bildempfangenden Lexems durch das bildspendende.

Die unter 1. bis 5. herausgestellten Merkmale von Schwerwortkandidaten in politischen Texten und ihre Zuordnung zu (semantischen) Lexemklassen lassen speziell für massenmediale, meinungsbildende Textsorten (wie T14 und T15) eine Pluralität von Merkmalen und Lexemklassen und damit ein Höchstmaß an Schwerverständlichkeit erkennen.

Beispieltext T15 (vgl. oben Textsorte 62)

a) Die Zeit

Er [Andreas Papandreou] wollte nicht Technokrat und Wirtschaftsminister sein, sondern Mitregent, wie Andreas einem einstigen akademischen Freund gestand: "Ich will Minister für öffentliche Ordnung werden und auf einem Schimmel in mein Büro reiten." Als Minister in seines Vaters Kabinett ritt er dann an die Führungsspitze. Durch vehemente Attacken gegen Königshaus, Armee und Amerika versuchte der junge Papandreou, sich als Exponent des linken Flügels der Zentrumsunion und Sprecher eines "neuen Griechenlands" zu profilieren. Er störte damit seines Vaters Kreise, kompromittierte dessen Politik. Er ließ den verheerenden Eindruck einer faktischen Volksfront mit den Kommunisten aufkommen. Das führte schließlich zur Entmachtung beider Papandreous, zur Entkräftung und zur Zersplitterung des Zentrums. Am Ende stand der Militärcoup von 1967.

Andreas Papandreou trägt seinen Teil der Verantwortung an der griechischen Diktaturtragödie, der er selbst zum Opfer fiel. Seine damalige politische Feuertaufe hat er jedenfalls nicht bestanden. Seine Intelligenz bot keinen Schutz vor Hybris und verhängnisvollem Hochmut. Sein ungestümer Macht-drang, seine Intrigenlust waren stärker als alle realpolitische Einsicht und Weisheit. Vom Staatsmann war er meilenweit entfernt.

Doch war ihm die Chance des Comebacks vergönnt. ...

Papandreou hat sich rundum für Gradualismus und Realismus entschieden. Das gilt für seine Wirtschaftspolitik, in der weder populistische Wunsch-träume noch Pasok-Doktrinen oder gar kommunistische Radikalvorstellungen zum Tragen kommen. Angesichts Rezession, massiver Auslandsverschuldung, Inflation und Arbeitslosigkeit wird mit dem Sozialismus sparsam umgegangen.

Realitätssinn dominiert auch die Außen- und Westpolitik. Hier steuert Papandreou im Vergleich zu seinen früheren radikalen Parolen einen eindeutig revisionistischen Kurs, der den Linksaußen als glatter Verrat am Wählerauftrag erscheint. An den fernen strategischen Zielen wird zwar festgehalten: erstens eine andere europäische Gemeinschaft, ein Europa der Völker, nicht der Monopole. ...

Dennoch werden sorgenvolle Fragen laut. Führt die Vertreibung des Konstantin Karamanlis, der als Garant inneren Spannungsabbaus und eines "Klimas der Milde" galt, nicht zu unheilvoller Polarisierung und Fanatisierung? Bewirkt der Kraftakt, mit dem Papandreu im Parlament den neuen Präsidenten durchboxte, und die auf den Abbau präsidialer Superkompetenzen zielende Verfassungsreform, die er zur Rechtfertigung des Schlags gegen Karamanlis heranzog, nicht eine Schwächung der demokratischen Institutionen? Ist nicht der schmähliche Wortbruch gegenüber Karamanlis ein beängstigender Beweis dafür, daß Andreas Papandreu jedes Mittel recht ist, um sich an der Macht zu halten?

Auch der staatsmännisch geläuterte Papandreu bleibt eben ein Unruhestifter, der Hoffnung und Furcht gleichermaßen auf sich zieht: ein mutiger, engagierter, "nicht dogmatischer Marxist" für die einen, ein Schauspieler und machtgieriger Totalopportunist für die anderen.

In der Tat: Papandreu ist wandelbar. Im differenzierenden Gespräch unter vier Augen wirkt dieser Mann mit den buschigen Augenbrauen und dem professoralen Charme völlig anders als auf dem Rednerbalkon. Da wird er zum verzerrenden, schrecklich vereinfachenden, aber mitreißenden Volkstribun und Demagogen, der den Urspaß aller Griechen an Theater, Sensation und Drama teilt. Papandreu verkörpert die jahrhundertalte hellenische Frustration und Sehnsucht nach nationaler Eigenständigkeit - die Suche nach verschütteter Identität, nach Wiedergutmachung für historische Demütigung, das Hin- und Hergerissensein zwischen antikem Stolz und den Minderwertigkeitskomplexen eines modernen Spätentwicklers.

b) Mannheimer Morgen 14.6.1985

Erwartungsgemäß hat der südafrikanische Staatschef Pieter Botha in seiner Rede gestern Abend keine großen Reformschritte angekündigt. Was er außer seiner Dialogbereitschaft konkret nannte, läuft auf eine Lockerung der schikanösen Zuzugskontrolle für Schwarze in den Städten hinaus. Eine Parlamentskammer für die Bantus analog der für Asiaten und Mischlinge lehnte er ab.

Die Rede dürfte also kaum mäßigend auf die rebellierenden Schwarzen einwirken. Viele Beobachter sind mittlerweile der Ansicht, daß die Bereitschaft der Regierung, mit den Führern der Schwarzen zu verhandeln und diskriminierende Regelungen abzubauen, zu spät kommt. Unter den Schwarzen, insbesondere den städtischen, hat ein Radikalismus um sich gegriffen, der nur schwer zu zügeln ist. In den Townships der Bantus ist die zivile Verwaltung zusammengebrochen, werden kooperationswillige Schwarze terrorisiert. Das Vertrauen auf die Macht der Waffen hat die weiße Regierung in eine Sackgasse geführt.

Die schwarzen Führer können sich heute kaum noch mit kleinen Verbesserungen zufriedengeben, denn ihre Anhänger würden ihnen nicht mehr folgen. Umgekehrt dürfte Botha seiner Nationalen Partei mit ihrem starken konservativen Flügel selbst eine schrittweise Abschaffung der Apartheid kaum abringen können. Dies aber und die Mitbeteiligung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit an Gesetzgebung und Verwaltung wären der Weg, auf den sich das Burenregiment bequemen müßte, um den radikalen Propagandisten einer gewaltsamen Erhebung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bothas Dialogan-

gebot ist zu wenig, und es müßte zudem allen schwarzen Führern gelten, die zu Gesprächen bereit sind, sonst wird wohl keine Ruhe in Südafrika einkehren.
Sigmar Heilmann

c) Mannheimer Morgen 14.6.1985

Nachdem am Vortag die Winzer von Mosel und Rheinhessen in Mainz auf die Barrikaden gegangen waren, um den Regierenden in Rheinland-Pfalz und in Bonn die Leviten zu lesen, kam gestern eine Erklärung der Staatsanwaltschaft Mainz, die offenkundig darauf angelegt war, sowohl den Winzern als auch den Politikern Entlastung zu verschaffen. Die Zielsetzung ist leicht zu durchschauen; aber es ist ebenso sicher, daß das Ziel so nicht erreicht werden kann.

Zwar wurde der Leitende Oberstaatsanwalt in Mainz vielfach bedrängt, die Ergebnisse seiner mehrtägigen Recherchen in Wien und im burgenländischen Eisenstadt bekanntzumachen; was jedoch dabei herauskam, ist in hohem Maße unvollständig. Ein solcher Zwischenbericht, der sich auf die Ermittlungen österreichischer Behörden stützt, die offensichtlich mehr geschlampt haben als ihre deutschen Pendants, ist nur wenig vertrauenerweckend. Es mag durchaus zutreffen, daß nach offizieller Wiener Lesart deutsche Importeure österreichische Weine weder von den Glykol-Zusätzen ihrer Importweine gewußt, noch solche Zusätze geradezu verlangt haben, der Staatsanwaltschaft Mainz hätte es besser angestanden, mit der vorläufigen Wiener Version zurückzuhalten, bis ihre eigenen Untersuchungen mehr Klarheit geschaffen haben. Der Schnellschuß aus Mainz ist um so weniger verständlich, als er den Anschein erwecken muß, als ob auf Weisung von oben den in Bedrängnis geratenen Politikern Hilfestellung geleistet werden sollte.

d) Die Zeit 30.9.1983

Es war ein löbliches Unterfangen: Friedensbewegung und Vertreter der Obrigkeit wollten sich in der Evangelischen Akademie Loccum über "Konfliktaustrag und innerer Friede" unterhalten. Doch der Versuch, den heißen Herbst temperiert zu halten, schlug gründlich fehl. Die "Autonomen" - militante Randgruppen mit Brutalo-Jargon und einem Hang zur Tätlichkeit - legten sich buchstäblich quer. Sie verhinderten, die Veranstaltung ihrer Freunde ausgerechnet mit dem Mittel, das sie sonst nur auf Gegner anwenden: durch eine Blockade.

Niemand war mehr schockiert als die führenden Vertreter der Friedensorganisationen. Von "menschenverhöhndem Umgang" sprach Pfarrer Deile; einen "Rückschlag" der Friedensbewegung konstatierte Verfassungsrichter Simon; einen "wohlfeilen Erfolg" verspottete der grüne Bundestagsabgeordnete Vogt. In der Tat: Wie soll der vielbeklagten "Kriminalisierung" der Friedensbewegung durch die Obrigkeit entgegengewirkt werden, wenn nicht durch Dialog, durch einvernehmliche Verbreiterung des Aktionsraumes derer, die friedlich demonstrieren wollen, durch Abbau von Feindbildern?

Die Irrsinnsfransen der Anarcho- und Sponti-Szene sind nicht die Friedensbewegung; man hüte sich da vor billiger Gleichsetzung von ein paar tausend Radikalinskis mit Millionen von Protestlern. Sie wollen Militanz, wo die übergroße Mehrheit Gewaltfreiheit will. Sie sind auf Randale aus,

die anderen auf Wirkung durch Argumente. Sie suchen nicht bloß die Nachrüstung zu verhindern, sondern den Staat - das "Schweinesystem" - zu zerstören. Einige versteigen sich zu der absurden Forderung: "Verhindert die Pazifizierung der Friedensbewegung!" Wer auf diese Weise die Friedfertigkeit der Friedlichen untergräbt, steht der Guerilla näher als den Gewaltfreien.

e) Spiegel 30.7.1984, S. 79

Es ist fast neun Monate her, daß sich die Sowjets aus den Abrüstungsverhandlungen zurückgezogen haben. Im Zeitalter der Bedrohung durch eine atomare Katastrophe muß der Westen sich etwas einfallen lassen, damit der Dialog weitergehen kann. Und am Anfang muß eine Analyse des Problems stehen, ohne Klischees und stereotype Formeln. ...

Jede Avance von amerikanischer Seite wurde zurückgewiesen. In dem Maße wie die Reagan-Regierung ihre frühere Haltung revidierte, setzte die Sowjet-Union ihre Bedingungen herauf.

Ost-West-Verhandlungen sollten stattfinden, weil sie notwendig sind. Die Gefahren des nuklearen Zeitalters wiegen gleichermaßen schwer für beide Seiten. Mag das Sowjetsystem auch eine noch so herausfordernde Sprache führen, es ist wirtschaftlich stark angeschlagen und steht vor dem Problem, seine gesamte überalterte Führung erneuern zu müssen. Es braucht eine Ruhepause mindestens so dringend wie der Westen.

Jede Seite muß erkennen, daß sie zur Koexistenz verdammt ist, wie groß auch die ideologischen Unterschiede sein mögen. Keine Seite hat das Recht, ihre Sicherheit so zu definieren, daß sie die Unsicherheit des Gegners erhöht.

Aber die Sowjet-Union beharrt darauf, daß die 41 Pershing 2 und Cruise missiles in Europa, die doch nur mit einem Sprenkopf bestückt sind und 350 SS-20-Raketen mit Mehrfach-Sprengköpfen gegenüberstehen, zurückgezogen werden müssen, bevor es neue Verhandlungen gibt. Und über was dann verhandelt werden soll, ist nicht klar. Die Sowjets verfolgen offenbar das Ziel, durch ihr Veto zur Nato-Nachrüstung die Neutralisierung Europa einzuleiten.

Dieselbe, beinahe verächtliche Unbeugsamkeit kennzeichnet den sowjetischen Vorstoß zur Entmilitarisierung des Weltraums. ...

Wenn ein so irrationaler Vorschlag die Reagan-Regierung in die Defensive bringen konnte, zeigt dies, daß für viel zu viele Menschen der Wunsch nach Verhandlungen höher steht als die Analyse des Inhalts.

Es mag mehrere Gründe für das sowjetische Verhalten geben. Vielleicht will die Sowjet-Union die US-Administration daran hindern, zu behaupten, daß Washingtons Rhetorik aus Reagans Frühzeit kein Hindernis für diplomatische Fortschritte gewesen sei.

Kommentar (T15): Diese massenmedialen Texte zeigen eine T14 weitgehend ähnliche Konstellation der Schwermerkmale und Schwerwortkandidaten, 1. den gruppenbezogenen Gebrauch von Fahnen- und stark negativ wertenden Stigmawörtern: *kommunistische Radikalvorstellung, Sozialismus, revisionistisch, Fanatisierung, dogmatischer Marxist, Demagoge* (T15a), *Radikalismus, terrorisieren, konservativ, Propagandist* (T15b), *Guerilla, militant, Radikalinski, Militanz, Pazifizierung* (T15d) (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4), 2. den instituts-sprachlichen und den fachsprachlichen militärpolitischen und wirtschaftspolitischen Gebrauch von Lexemen wie *Regent, Doktrin, Monopol, realpolitisch, präsidential, Gradualismus, Rezession, Inflation, Kompetenz* (T15a), *Reform, Apartheid* (T15b), *nuklear, Mehrfach-Sprengköpfe, Cruise missiles, Administration, Entmilitarisierung* (T15e) (vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4), 3. die auffällig starke Verwendung bildungssprachlicher Lexeme: *Technokrat, vehement, Hybris, Polarisierung, Exponent, profilieren, Comatack, Garant, kompromittieren, populistisch, dominieren, Parole, Identität, antik, hellenisch, professoral* (T15a), *Dialog, schikanös, analog, diskriminierend, kooperationswillig* (T15b), *Recherchen, Pendant, Vision* (T15c), *konstatieren, Kriminalisierung, Randal, absurd* (T15d), *Dialog, Analyse, Klischee, stereotyp, Avance, revidieren, definieren, Koexistenz, Veto, Defensive, Rhetorik* (T15e) (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4) und 4. die starke Bildlichkeit der Sprache durch Metaphern-Termini und -Phraseme: *Diktaturtragödie, Drama, Feuertaufe, Militärcoup, Frustration, Attacken reiten, Kurs steuern* (T15a), *Wind aus den Segeln nehmen* (T15b), *auf die Barrikaden gehen, die Leviten lesen, Schnellschuß* (T15c), *temperiert, Irrsinsfransen, heißer Herbst, Anarcho- und Sponti-Szene, Brutalo-Jargon* (T15d) (vgl. die 3. Lexemklasse in Kap. 4). Auch für die Texte T14 ist das unterschiedliche Mischungsverhältnis unterschiedlicher (fachlicher, ideologischer, metaphorisch-fachlicher und bildungssprachlicher) Schwerwortkandidaten kennzeichnend und für ihr Verständnis ausschlaggebend.

Beispieltext T16 (vgl. oben Textsorte 92)

M. Greiffenhagen: Kampf um Wörter? München 1980, S. 305, 307, 312, 316

Lenk:

Konservatismus kann als eine bestimmte Gesinnung definiert werden, der es um die bewußte Bewahrung überkommener Anschauungen und Verhältnisse zu tun ist. Das Verhältnis der Konservativen - ob es sich dabei um die Vertreter aristokratischer Schichten des 19. Jahrhunderts wie etwa den preussischen Adel oder um Vertreter bürgerlicher Herkunft handelt - zum Staat und zur Gesellschaft ergibt sich bereits aus der Bestimmung des Staates als einer mehr oder weniger konstanten autoritativen Gewalt, die allgemeinverbindlich die Formen des Rechts und damit die Machtverhältnisse festigt und tradiert [...].

Wie immer man auch den Konservatismus bestimmt: von seinem Ursprung her ist konservatives Denken reaktives und defensives Denken, d.h. es ist Antwort auf eine bestimmte Herausforderung, nicht aber ausformuliertes Programm. Die mangelnde Präzision im Begrifflichen ist so eine "Wesenseigenschaft" des Konservatismus selbst [...].

Lübbe:

In diesem Sinne werde ich im folgenden als konservativ einige Handlungsorientierungen vorstellen, die ihrem Anspruch nach nicht weniger vernünftig als konservativ sind. Soweit das gelingt, kann man ja dann, insoweit, das Epitheton "konservativ" ruhig auf sich sitzen lassen oder sogar für sich selbst in Anspruch nehmen [...].

Erstens: Konservativ ist, in der Weigerung, den Blick vor der Verlust- und Kostenrechnung des zivilisatorischen Progresses zu verschließen, die Verpflichtung der Politik zur Kalkulation des erfahrbar gewordenen Grenznutzens dieses Progresses.

Zweitens: Konservativ ist, kulturell und ökologisch, institutionell und moralisch, die Prädisposition zum schonenden Umgang mit Ressourcen, die sich nicht-restituierbar verknappen.

Kommentar (T16): Der wissenschaftssprachliche Text enthält zwei Versuche der Bedeutungsbestimmung von *Konservatismus*, *konservativ* aus konträren politischen und weltanschaulichen Positionen. Der unterschiedliche Standort der Sprecher wird an den Abweichungen zwischen den Bestimmungen des Begriffs *Konservatismus* deutlich: Neben unterschiedlichen deskriptiven Erklärungen (Lenk: "eine bestimmte Gesinnung definiert", Lübbe: "Erstens: Konservativ ist...") werden jeweils evaluative Erklärungen (Lenk: "reaktives und defensives Denken", Lübbe: "nicht weniger vernünftig als konservativ") bzw. kombiniert deskriptive und evaluative Erklärungen (Lübbe: "Zweitens: Konservativ ist...") gegeben. Für *konservativ* werden also zwei variante Bedeutungserklärungen gegeben (Merkmal f). Schwerverständlich resultiert auch aus der Bezüglichkeit von *konservativ* auf die politische Entwicklung eines Sozialwesens und gleichzeitig aus der sozialwissenschaftlichen Rezeption dieser politisch-historischen Gegebenheit: Welchen Erscheinungen wird von wem in welcher historischen Phase und vor allem heute das Prädikat *konservativ* zugeschrieben (besonders in Abgrenzung zu Lexemen wie *liberal*, *reaktionär*, *fortschrittlich* usw.)? Die (wissenschaftlichen) Bedeutungen bzw. Kommunikationsgeschichten politischer Lexeme wie *konservativ* (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4), können ohne den Rekurs auf ihren historischen Horizont (Merkmal k) ihren Bezug auf wissenschaftliche Theorien und/oder ideologischen Normen (Merkmal i) und auf unterschiedliche politische Gruppierungen (Merkmale e und f) nicht geklärt werden. Neben Wörtern der 2. Lexemklasse besteht in T16 ein Übergewicht an wissenschafts- und bildungssprachlichen Lexemen: *aristokratisch*, *ökologisch*, *reaktiv*, *defensiv*, *definieren*, *konstant*, *tradieren*, *Handlungsorientierung*, *Präzision*, *Begriffliches*, *zivilisatorischer Prozeß*, *Kalkulation*, *Grenznutzen*, *institutionell*, *Prädisposition*, *Ressourcen*, *restituierbar* (vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4), während metaphorische Termini fehlen (vgl. die 3. Lexemklasse in Kap. 4).

3.2. Systematische Zusammenstellung von lexikalischen Schwere-Merkmalen

Die Identifizierung der Merkmale, die zur Erhellung des jeweiligen fachlichen, ideologischen, historischen Horizontes der Lexeme beiträgt, stützte sich u.a. auf textinterne und textexterne

Indizien, z.B.: auf wort- und sacherläuternde (semantisierende), auf Schwerwortkandidaten bezogene explikative Ausdrucksmittel im unmittelbaren Kontext; beim Fehlen jeglicher Verstehenshilfen wird Bekanntheit oder Verstehbarkeit beim jeweiligen Adressaten vorausgesetzt; auf die explizite oder implizit erschließbare Zugehörigkeit von Lexemen bzw. Lexembedeutungen zu fachspezifischen und/oder gruppen-/parteispezifischen ideologischen Sprachgebräuchen und, damit verbunden, auf die zwischen verschiedenen Gebräuchen bestehende deskriptive/evaluative Varianz oder ideologische Polysemie; im Text gegebene Hinweise auf die wertende, stigmatisierende Funktion oder den Fahnenwortcharakter bestimmter Lexeme; die metaphorische Bezugnahme auf die politische Realität mit möglicherweise selbst potentiellen fachgebundenen Schwerwortkandidaten usw. Den interpretativen Bezugsrahmen bildete bei der Merkmalsfindung die in den Überschriften zu den Beispieltexten gegebene Zuordnung der Texte zu den entsprechenden, in Kap. 2.3. charakterisierten Textsorten; davon waren Aufschlüsse zu erhoffen über die text(sorten)spezifische Verwendung bestimmter Lexeme/Lexemklassen/Lexembedeutungen und auch über die text(sorten)übergreifende semantische Vernetzung von Lexemen, d.h. über die über verschiedene Texte verteilte Kommunikations- und Definitionsgeschichte dieser Lexeme (vgl. z.B. die unterschiedliche Bestimmung von Lexemen wie *Solidarität*, *Sozialismus*, *konventionell* usw. in verschiedenen Beispieltexten).

Die in den Beispieltexten unterstrichenen Lexeme/Phraseme konnten im wesentlichen aufgrund folgender Merkmale oder Merkmalskombinationen als Schwerwortkandidaten identifiziert werden:

- intendierte Vagheit, semantische Komprimiertheit und Leerformelhaftigkeit
- Gruppenbezogenheit der Lexemgebräuche und deskriptive/evaluative Varianz ideologiesprachlicher Termini (vgl. die 2. Lexemklasse in Kap. 4)
- Subsystembezogenheit der Gebräuche (und eventuell verschiedene Formen von Polysemien, z.B. *konventionell*) von wertungsfreien Fachwörtern der politischen Institutions-

und Verfahrenssprache, der internationalen Politik sowie der Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete, häufig mit fachlich stark verdichteten Wort(neu)bildungen.

Unter das Merkmal 'Subsystembezogenheit' fallen natürlich auch Termini aus anderen, von der Politik mehr oder weniger weit entfernten Fachbereichen und Wissenschaftsdisziplinen, soweit sie im politischen Kontext in ihrer fachspezifischen Bedeutung verwendet werden; zu ihrer metaphorischen Verwendung vgl. den übernächsten Spiegelstrich.

(vgl. die 1. Lexemklasse in Kap. 4)

- Zugehörigkeit zur fächerübergreifenden Wissenschafts- und Bildungssprache (als der 'gehobenen' Öffentlichkeitssprache)

(vgl. die 4. Lexemklasse in Kap. 4)

- Zugehörigkeit zum Bereich der politischen Metaphorik, dem am stärksten 'offenen lexikalischen Bereich in politischen Texten

(vgl. die 3. Lexemklasse in Kap. 4)

Mithilfe der ermittelten Verwendungsmerkmale von Schwerwortkandidaten in politischen Texten unterschiedlicher Textsortenzugehörigkeit können folgende aus unserem Gebrauchsfixierungskontext (oben in Kap.1.1.) systematisch abgeleiteten Parameter oder Makromerkmale von schweren Wörtern feindifferenziert werden:

ihre deskriptive und evaluative Bedeutungskomponente (= Makromerkmale B und C), ihr (mehrfacher) Subsystembezug (= Makromerkmal L) sowie ihr Bezug auf bestimmte Gesellschaftsgruppen, Parteien usw. (= Makromerkmal G).

Die differenzierenden Merkmale (notiert mit arabischen Kleinbuchstaben a, b, c ...) sollen nun in einer Merkmalsliste systematisch zusammengestellt und durch einige andere, nicht unmittelbar an den Beispieltextrn zu erkennende, pragmatische und sachlich-thematische Zusammenhänge der Lexeme indizierende Merkmale

ergänzt und jeweils kurz erläutert werden. Da die Merkmale wesentliche Eigenschaften der Gebrauchsregeln von schweren Wörtern indizieren, können mit Hilfe von Merkmalsbündeln bestimmte Lexeme mit gleichen/ähnlichen Eigenschaften zu Lexemklassen zusammengefaßt werden. Sie dienen gleichzeitig dazu, diese zu charakterisieren und voneinander abzugrenzen (vgl. Kap. 4).

Merkmalsliste

(a) systembezogen:

Ein Lexem hat eine oder mehrere Bedeutungen nur innerhalb (des Systems) der Gemeinsprache. Monosemes oder polysemes gemeinsprachliches Lexem; im zweiten Fall liegt nicht-determinierte Polysemie vor, vgl. Merkmal d₂.

(b) subsystembezogen (vgl. Merkmale o bis q):

Ein Lexem hat in einem oder mehreren Subsystemen (Fach-, Wissenschaftssprachen) eine oder mehrere Bedeutungen, nicht aber in der Gemeinsprache.

(b₁) subsystemimmanent:

Ein Lexem hat eine oder mehrere Bedeutungen in gerade einem Subsystem (Fachsprache). Subsystemimmanent monosemes (vgl. d₁) oder polysemes Fachwort (vgl. d₂). (Vgl. Strauß/Zifonun 1985, 280f., 326ff.)

(b₂) subsystemtranszendent:

Ein Lexem hat jeweils verschiedene Bedeutungen in verschiedenen Subsystemen, nicht aber in der Gemeinsprache. Subsystemtranszendentes polysemes Fachwort. Vorliegen von mehrdimensionaler determinierter Polysemie, vgl. Merkmal d₄; vgl. die Merkmale p₁, p₂ (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 281ff., 330ff.)

Das Vorliegen der Merkmale (a), (b) und (c) bedingt Monosemie oder verschiedene Formen von Polysemie:

(d) (Auf das Diasystem und auf ein Subsystem bezogene) Monosemie oder Polysemie

(d₁) Monosemie:

Ein Lexem hat innerhalb (des Systems) der Gemeinsprache oder in einem Subsystem gerade eine Bedeutung

(d₂) nicht-determinierte Polysemie:

(= system- oder subsystemimmanente Polysemie, vgl. die Merkmale (a), (b₁))

Ein Lexem hat verschiedene Bedeutungen innerhalb der Gemeinsprache oder in gerade einem Subsystem (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 233f.)

(d₃) eindimensionale determinierte Polysemie:

(= systemtranszendente Polysemie, vgl. Merkmal (c))

(1) Ein Lexem hat in der Gemeinsprache und in mindestens einem Subsystem zugleich voneinander verschiedene Bedeutungen

(2) Ein Lexem hat verschiedene Bedeutungen innerhalb mehrerer Subsysteme zugleich,

wobei für (1) und (2) gilt, daß die Bedeutungen des Lexems sich jeweils auf ein und dieselbe semantische Dimension/Klassifikationsdimension (bzw. auf einen gemeinsamen 'Oberbegriff') beziehen.

Fall (1) wird als spezieller Fall der 'semantischen Stufung' gefaßt, die gemeinsprachliche und fachsprachliche Bedeutung eines Lexems sind semantisch ähnlich, aber nicht deckungsgleich.

Bei Fall(1) mögliches Vorliegen von Entterminologisierung (vgl. Merkmal m₂), d.h. Übernahme eines Fachwortes in seiner fachbezogenen, aber entpräzisierten

Bedeutung in die Gemeinsprache.
(vgl. Strauß/Zifonun 1985, 235f.)

(d₄) mehrdimensionale determinierte Polysemie:

(= subsystem- oder systemtranszendente Polysemie,
vgl. Merkmal (b₂, (c)))

- (1) Ein Lexem hat verschiedene Bedeutungen in
verschiedenen Subsystemen zugleich,
- (2) Ein Lexem hat in der Gemeinsprache und in min-
destens einem Subsystem zugleich voneinander
verschiedene Bedeutungen

wobei für (1) und (2) gilt, daß sich die verschiedenen
Bedeutungen auf jeweils verschiedene semantische Dimen-
sionen beziehen.

Bei Fall (1) mögliches Vorliegen von Umterminologisie-
rung (vgl. Merkmal m₃), d.h. Transfer eines (ausdrucks-
seitig identischen, semantisch differenten) Fachwortes
zwischen verschiedenen Subsystemen.

Bei Fall (2) mögliches Vorliegen von Terminologisie-
rung (vgl. Merkmal m₁), d.h. Übernahme eines gemein-
sprachlichen Lexems unter terminologischer Festlegung
in ein Subsystem.

Das folgende Merkmal, das dem Makromerkmal G entspricht, ist be-
sonders konstitutiv für Lexeme der gesellschaftspolitischen, der
gesamten evaluativen und expressiven Lexik.

(e) gruppen (partei-)bezogen:

Ein Lexem bzw. eine Lexembedeutung hat nur Gültig-
keit relativ zum Sprachgebrauch (sozialen Norm,
Weltanschauung, Meinung) einer gesellschaftlichen
Gruppe (gruppen-, parteisprachliche Zugehörigkeit
von Lexemen/Lexembedeutungen)

(e₁) Parteisprachlichkeit:

differenziert entsprechend dem Parteien-, Organisa-

tionenspektrum in der BRD (Politolekte) oder anderer Parteisprachen: z.B. sozialdemokrat., christl.-liberal, sozialistisch, kommunistisch, marxistisch usw.

(e₂) (geographisch-politische, staatliche)

Großgruppensprachlichkeit:

differenziert entsprechend den unterschiedlichen Sprachgebräuchen in den beiden Gesellschaftssystemen von BRD und DDR (Natiolekte).

(e₃) den Sprachgebrauch einer historischen polit. Partei, Richtung, Bewegung, Epoche betreffend

z.B. nationalsozialist., Aufklärung, Vormärz usw.

Das Vorliegen des Merkmals (e) bedingt unterschiedliche Formen von meinungsgruppenbezogener Varianz/ideologischer Polysemie/ideologischer Vagheit eines Lexems/einer Lexembedeutung.

(f) **Bedeutungsvarianz:**

Die Bedeutung eines (monosemen oder polysemen) Lexems ist variant, wenn sie für jeweils verschiedene Gruppen unterschiedliche Gültigkeit hat oder gruppenspezifisch in verschiedener Weise akzeptabel ist, wobei die Bedingung erfüllt sein muß, daß die betreffenden Bedeutung(s)interpretationen) sich jeweils auf ein und dieselbe semantische Dimension (bzw. auf den gleichen 'Oberbegriff') und auf das gleiche Subsystem beziehen. Die Bedeutungsvarianten relativ zu einer semantischen Dimension sind dann 'einander entsprechende' Bedeutungen. Gruppenbezogene variante Bedeutungen haben jeweils einen gruppenübergreifenden gemeinsamen Bedeutungskern (z.B. den gleichen Oberbegriff), aber zusätzliche gruppenspezifisch unterschiedliche Bedeutungsmerkmale. (vgl. Strauß/Zifonun 1984, 409; 1985, 221ff.)

(f₁) deskriptive Varianz:

(zu deskriptiv vgl. Merkmal (g))

Die Varianz eines Lexems bezieht sich auf die denotative, klassifizierende Bedeutungskomponente

(f₂) evaluative Varianz:

(zu evaluativ vgl. Merkmal (h))

Die Varianz eines Lexems bezieht sich auf die wertende Bedeutungskomponente

(f₃) deskriptive und evaluative Varianz:

Die Varianz eines Lexems bezieht sich auf beide Bedeutungskomponenten

Die Merkmale (f₁) bis (f₃) sind für die Bestimmung von (l₂) konstitutiv.

(f₄) gruppen-, ideologiebedingt jeweils unterschiedliche wechselseitige Determination von Extension, Intension und Evaluation:

(vgl. dazu das 3. Kap. im zweiten Beitrag dieses Bandes)

(g) (nur) mit deskriptiver Bedeutung:

d.h. zur klassifizierenden, charakterisierenden Bezugnahme auf Gegenstände (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 205 u. 219)

(g₁) in einem Begriffssystem/einer Nomenklatur definiert:

d.h. für alle Sprechergruppen verbindlich normiert

(h) mit (deskriptiver und zugleich) evaluativer Bedeutung:

d.h. zur normenspezifisch wertenden Bezugnahme auf (klassifizierte) Gegenstände (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 205)

(i) mit Bezug auf wissenschaftliche Theorien/ideologische Rahmen/soziale Normen

(vgl. Strauß 1984)

- (k) mit historischem Horizont:
 - Lexeme mit historischer Sensibilität, Bedeutungs-
geschichten, Bedeutungswandel
(vgl. Strauß 1984)
- (l) Funktionsklassenzugehörigkeit:
 - (l₁) als (wiss.) Terminus verwendet:
 - der fachliche Horizont eines Lexems
 - (l₂) als Schlag-, Kampf-, Fahnen-, Stigmawort
(in Leerformeln) verwendet:
 - der politische, ideologische, ideelle Horizont
eines Lexems (vgl. Merkmal f)
(vgl. Strauß 1984)
 - (l₃) als geschichtliche Grundbegriffe verwendet:
 - der historische, ideologische, politische Hori-
zont eines Lexems
(z.B. Verfassungsbegriffe, (internationale)
Schlüsselwörter der polit., gesellschaftl. Orga-
nisation, Leitbegriffe polit. Bewegungen, theo-
retische Kernbegriffe der Ideologien, Gesell-
schaftslehren usw.)
(vgl. Merkmal k)
- (m) genetisch-entwicklungsbezogen rekonstruierbar:
 - (m₁) durch Terminologisierung
 - (vgl. Merkmal d₄)
 - (m₂) durch Entterminologisierung
 - (vgl. Merkmal d₃)
 - (m₃) durch Umterminologisierung
 - (vgl. Merkmal d₄)
 - (m₄) durch Lehn-Wortbildung:
 - z.B. Ableitungen mit deutschen Eigennamen als
einer Konstituente und entlehntem Affix als der
anderen Konstituente: *Marxismus*, Komposita mit aus-
schließlich entlehnten, im Deutschen disponiblen

Konstituenten: *Parteiprogramm*, Kombinationen aus vorwiegend griechischen oder (neu)lateinischen Konstituenten, die kein Vorbild in einer Fremdsprache haben: *Politbüro*
(vgl. Link 1983, 58f.)

(m₅) durch Entlehnung aus einer Fremdsprache:

z.B. *worst case*, *Star-War-Initiative*

(n) innersprachlich (ausdrucksseitig) motiviert/
motivierbar:

okkasionele Wort(neu)bildungen, vor allem Komposita im (fachlichen, ideologischen) politischen oder im metaphorischen politischen Wortschatz häufig nach bestimmten, im Deutschen produktiven Wortbildungsmustern gebildet, vor allem hinsichtlich (n₁) und (n₂), z.B. *Overkill-Potential*
(vgl. oben Kap. 3.1.)
(vgl. Oksaar 1982)

(n₁) innersprachlich vollmotiviert/vollmotivierbar

(n₂) innersprachlich teilmotiviert/teilmotivierbar

(n₃) innersprachlich pseudomotiviert/pseudomotivierbar

(n₄) innersprachlich nicht motiviert/nicht motivierbar
(vgl. Strauß/Zifonun 1985, 143ff.)

(o) fachgegenstandsindiziert

d.h. spezielle Sachbezogenheit (Lexeme der politischen Funktionssprache, teilweise auch Lexeme der Bildungssprache)

(p) fachkommunikationsindiziert

d.h. verwendet im fachinternen oder fachexternen Sprachverkehr

(fachkommunikationsindiziert sind im Bereich der Politik Lexeme der Institutions-, Verfahrens-, Organisationssprache, auch der Rechts- und Verwaltungssprache)

(p₁) fachintern:

(p₂) interfachlich (interdisziplinär)

(p₃) fachextern:

Transfer von Lexemen in die Gemeinsprache in ihrer fachspezifischen oder mehr oder weniger entfachtlichten/entpräzisierten Bedeutung

(q) (sprach)soziologisch indiziert

und/oder soziefunktional-, sozialpragmatisch indiziert (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 65ff.)

(q₁) (sprach)soziologisch indiziert:

d.h. im Gebrauch sprachlicher Mittel an bestimmte soziale Gruppen gebunden (Lexeme der Bildungssprache sind zum Teil soziologisch indiziert, ihre Verwendung ist an ein "bestimmtes Maß akademischer Bildung gebunden" (von Polenz 1979, 23) für sie gilt aber in stärkerem Maße Merkmal (q₂))

(q₂) soziefunktional indiziert:

d.h. in den sprachlichen Mitteln bestimmt durch eine spezielle gesellschaftliche Funktion, d.h. eine spezielle Wirkungsabsicht auf das kommunikative und soziale Verhalten von Gruppen

(Lexeme der Bildungssprache: Verständigungsmittel/ Aufklärungsinstrument über Angelegenheiten öffentlichen Interesses; fachliches Orientierungswissen vermittelndes Transfermedium (vgl. Habermas 1977); in besonderem Maße Lexeme der Ideologiesprache: Beeinflussung/Handlungssteuerung von gesellschaftlichen Gruppen durch Gruppen, Parteien, Verbände, die bestimmte meinungsgruppenbezogene Interessen verfolgen)

(r) metaphorisch (in fachfremden Kontexten) verwendet:

nicht polit. Lexeme/Lexemfelder, die als Metaphern/

Bildspender aus anderen Fach- und Wissensbereichen in ihrer entweder fachlichen oder entfachtlichten Bedeutung übernommen werden zur Explikation, Kommentierung oder Bewertung (fach)bereichseigener (politischer) Gegenstände, Konstellationen, Vorgänge usw.

oder

polit. Lexeme, die metaphorisch in anderen (Fach)-Bereichen verwendet werden

(s) Kommunikationsbereichstypik:

(1) Politische Außenkommunikation

(1.1) Öffentlich-politische Kommunikation

(1.2) Öffentlichkeitsbezogene Kommunikation
zwischen Behörde und Bürger

(2) Politische Binnenkommunikation

(vgl. oben Kap. 2.)

(t) Textsortenspezifik:

Lexeme (Lexemklassen), deren Verwendung weitgehend textsortenspezifisch ist bzw. Lexeme, die usuelle Kontexte haben (z.B. sind ideologiesprachliche Lexeme vor allem an Textsorten im Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation gebunden; metaphorisch im politischen Kontext verwendete Lexeme an bestimmte massenmediale, meinungsbildende Textsorten usw. Zur speziellen Textsortenspezifik politischer Lexeme bzw. zur Lexem(klassen)spezifik politischer Textsorten vgl. Kap. 2.3. und Kap. 4 dieses Beitrags)

(t₁) massenmediale (öffentliche) Textsorten:

z.B. populärwissenschaftliche Texte, Sachbuchtetxe, Ratgeber-, Werbetexte, Broschüren, Feuilletontexte, Kommentatre, Leitartikel, Nachrichtentexte (in Presse, Rundfunk und Fernsehen), Aufklärungstexte aus Fachbereichen mit gesellschaftlich brisanten Themen,

Unterhaltungsliteratur mit fachbezogenem Einschlag, imagebildende Texte usw.

(t₂) fachliche (teilöffentliche) Textsorten:

d.h. Texte der fachinternen, fächerübergreifenden (interdisziplinären) und der fachexternen Kommunikation

Unter (t₁) fallen vor allem Textsorten in den öffentlichen Medien von Fachleuten oder von professionellen Fachwissensvermittlern für eine fachlich interessierte Teilöffentlichkeit oder für die breitere interessierte oder betroffene Laienöffentlichkeit.

Unter (t₂) fallen vor allem Textsorten in Publikationsformen mit geringerem Öffentlichkeitsradius von Experten für Experten oder Fachanwender, aber auch für die fachlich interessierte Teilöffentlichkeit.

(t₃) administrative (teilöffentliche) Textsorten:

d.h. Texte in allen Bereichen des Amtverkehrs, in der asymmetrischen Kommunikation zwischen Bürger und Staat, Institution, Organisation, Verband, Behörde usw. (Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Bescheide, Vordrucke).

(t₄) (teilöffentliche) Textsorten im Bereich Sozialisation, Erziehung und (Aus-, Weiter-)Bildung

d.h. Texte im Bereich von Schule und Bildung für jeweils bestimmte Teilöffentlichkeiten.

(u) Bezug auf bestimmte Weltkonzepte

(objektive, soziale, subjektive Welt, vgl. Habermas 1981)

(u₁) auf die fachlich nicht-dissoziierte soziale

(Alltags)Welt bezogen
(vgl. Merkmal (a))

- (u₂) auf die fachlich dissoziierte objektive/
objektiviert-soziale Welt bezogen

mit Lexemen der naturwissenschaftlichen Fachsprachen wird auf die objektive Welt, mit Lexemen der Fachsprachen des sozialen Verkehrs (vor allem der verfälschten Kommunikationsbereiche öffentliche Organisation und Verwaltung) auf eine objektivierte soziale Welt Bezug genommen

- (u₃) auf die fachlich dissoziierte soziale Welt bezogen

mit Lexemen der sozial intensiven Fächer (der Sozialwissenschaften usw.) und der Öffentlichkeitssprache (Bildungs- und fächerübergreifende Wissenschaftssprache) wird auf die soziale Welt als norm- und wertabhängiges Interpretationssystem sozialer Beziehungen und Institutionen Bezug genommen.

(vgl. Strauß/Zifonun 1985, Kap. 2.3. und Kap. 9)

- (v) spezifische Kommunikationsprobleme im öffentlichen Sprachverkehr, in der massenmedialen Kommunikation hervorruhend:

bei der Verwendung und Rezeption bestimmter Lexeme in der öffentlichen, massenmedialen Kommunikation sind je nach Adressaten verschiedene Grade des Schwerverständnisses, des Nicht- und/oder Miß-Verstehens zu unterscheiden

(vgl. Strauß/Zifonun 1985, 177ff.)

- (w) Bezug auf Wort-Rahmen (frames):

d.h. das lexikalisch-semantische, paradigmatische wortfamiliäre, etymologische Um- und Bezugsfeld von Lexemen und ihre Kollokationsfelder

- (x) Bezug auf Situations-/Handlungs-Rahmen (frames):

d.h. das sachliche Umfeld von Lexemen/Lexemfeldern und der zwischen ihren Bezugsobjekten bestehende

sachlich-thematische (Handlungs)Zusammenhang
(zu {w} und {x} vgl. Agricola 1983)

Die unter (a) bis (x) aufgeführten Merkmale indizieren Eigenschaften oder Eigenschaftsklassen potentieller Schwerwortkandidaten nicht nur der politischen, sondern ganz allgemein der öffentlichen, massenmedialen Kommunikation. Die Merkmalsliste dient dazu, jeweils Einzelmerkmale oder bestimmte Merkmalskombinationen als spezifische Indikatoren für unterschiedliche Klassen von Schwerwortkandidaten auszuzeichnen: So ist z.B. die Lexemklasse, deren Lexeme metaphorische Funktionen in politischen Texten erfüllen, durch das Merkmal (r) charakterisiert; die Lexemklasse, unter die ideologiesprachliche Lexeme fallen, ist durch die Merkmale (é), (f), (l) und () usw. definiert (vgl. Kap. 4). Für die lexikographische Beschreibung der verschiedenen Klassen von Schwerwortkandidaten liefert die Merkmalsliste die zu selektierenden Textbausteine für den semantischen und pragmatischen Kommentar und für die Ausfüllung der Artikelpositionen mit den entsprechenden Informationsklassen, die jeweils als Belegung der Merkmale zu verstehen sind. Insofern stellt die Merkmalsliste ein umfassendes, für die lexikographische Arbeit umsetzbares Raster dar, als es die Mikro- und Binnenstruktur der Wörterbuchartikel determiniert.

4. Klassifizierung politischer Schwerwortkandidaten

Die Analyse der politischen Texte (in Kap. 3.1.) und die systematische Anwendung der Merkmalsliste (in Kap. 3.2.) führt unter Berücksichtigung des Konzepts der lexikalischen Schwere (vgl. Kap. 1.) zur Unterscheidung einer Reihe für ein 'Lexikon der schweren Wörter' relevanter semantischer Klassen von Schwerwortkandidaten. Diese sollen in einem Übersichtsdiagramm dargestellt und dann hinsichtlich ihrer Schwermerkmale sowie anhand von Beispielen differenziert beschrieben werden. Der Ausdruck 'politische Schwerwortkandidaten' in der Überschrift ist verkürzt insofern, als hier auch solche schweren Wörter berücksichtigt werden, die nicht zum

politischen Wortschatz im engeren Sinne gehören, aber zum (offenen) lexikalischen Grundbestand politischer Texte zu rechnen sind (vgl. die 3. und 4. Lexemklasse). Da das Schwerepotential politischer Texte andererseits nicht nur aus Lexemen besteht bzw. der Faktor 'Schwere' sich nicht nur mit dem Vorkommen bestimmter Lexeme allein begründen läßt, werden in der folgenden Übersicht über die Lexemklassen hinaus jeweils auch die entsprechenden Phrasem- und Morphemklassen als potentielle lexikalische Schwerekandidaten mit einbezogen; dies ist vor allem deshalb geboten, da die verschiedenen Lexem-, Phrasem- und Morphemklassen untereinander in regelhaften semantischen und Wortbildungsbeziehungen stehen.

1. Lexemklasse:

Relativ zu den Merkmalen (b): 'subsystembezogen', (g): '(nur) mit deskriptiver Bedeutung', (o): 'fachgegenstandsindiziert', (p): 'fachkommunikationsindiziert', (u₂) und (u₃): 'auf die fachlich dissoziierte objektive und soziale Welt bezogen', kann aus dem Vokabular politischer Texte/Kommunikation als 1. schwerererelevante Lexemklasse ausgegrenzt werden, die

Klasse der politischen Fachwörter oder
Formula-Ausdrücke im engeren Sinne.

Diese 1. Lexemklasse ist vor allem auch definiert durch die Negation der Merkmale (e): 'meinungsgruppenbezogen', (f): 'Bedeutungsvarianz' und (h): 'mit evaluativer Bedeutung'. Lexeme der 1. Klasse werden also in der Regel sachbezogen und wertungsneutral verwendet, es handelt sich - im Gegensatz zur 2. Lexemklasse - um semantisch stabile Wörter. Diese Lexeme gehören zur (internen) politischen Funktionssprache (vgl. oben Kap. 2.1.), also zur Institutionssprache, zu den Fachsprachen der staatlich verwalteten Sachgebiete, zur Rechtssprache sowie zur Sprache der internationalen Verhandlungen, Verträge und der Diplomatie (vgl. zur Fachsprachenpluralität oben S. 194). Die Texte, in denen diese Lexeme (usuell) verwendet werden (vgl. Kap. 3.1.), sind über den Bereich AK₂: institutionsexterne Kommunikation zwischen Behörde

Klassifikation des lexikalischen Schwerepotentials
in politischer Kommunikation

Lexematische Einheiten	1. Lexeme (differenziert nach Wortartenzugehörigkeit)			
	1. Lexemklasse	2. Lexemklasse	3. Lexemklasse	4. Lexemklasse
Semantische Klassen	Polit.Fachtermini (Formula) der Institutions-,Verfahrens-,Organisations-sprache, der Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete, der Rechts-,Verwaltungssprache usw.	Gesellschafts-polit.Termini der Ideologiesprache (Miranda, Credenda, Fahnen-,Stigmawörter)	Polit.Metaphern,okkasionelle Wortbildungen (Neologismen)	Termini der fächerübergreifenden Wissenschafts- und der Bildungssprache
Lexeme relativ zu Lexemklassen	Mandat Immunität Hammelsprung Ressort Bruttosozialprodukt Fraktion Legislaturperiode Swing	Faschismus Sozialismus Aggression Demokratie Klassenkampf Pazifismus Proletariat Nation Solidarität Kapitalismus	Entsorgungspark Intervention Aufschwung Friedensgrenze Schutzwall Agonie	Funktion System Substanz Tendenz Spektrum Basis Struktur Prämisse Tradition Toleranz

Zentraler politischer Wortschatz Wortschatz der Bildungssprache

Wortschatz der Öffentlichkeitssprache

Lexematische Einheiten	2. Phraseme (differenziert nach phraseologischen Termini und phraseologischen Verbindungen)		
	1. Phrasemklasse	2. Phrasemklasse	3. Phrasemklasse
Semantische Klassen	Politische Termini (vgl. 1. Lexemklasse)	Ideologische Termini (vgl. 2. Lexemklasse)	z.B. Slogans, Routineformeln usw.
Phraseme relativ zu Phrasemklassen	<i>imperatives Mandat</i> <i>qualifizierte Mehrheit</i> <i>konstruktives Mißtrauensvotum</i> <i>formierte Gesellschaft</i>	<i>demokratischer Zentralismus</i> <i>kalter Krieg</i> <i>friedliche Koexistenz</i> <i>soziale Marktwirtschaft</i> <i>Bürger in Uniform</i>	

Zentraler politischer Wortschatz

Lexematische Einheiten	3. Morpheme (differenziert nach Präfixen, Suffixen usw.)		
	1. Morphemklasse	2. Morphemklasse	3. Morphemklasse
Semantische Klassen	Produktive Prä-/ Suffixe als Konstituenten der 1. Lexemklasse	Produktive Prä-/ Suffixe als Konstituenten der 2. Lexemklasse	Produktive Prä-/ Suffixe als Konstituenten der 3. und 4. Lexem-, Phrasemklasse
Morpheme relativ zu Morphemklassen	<i>bi-,</i> <i>öko-</i> <i>multi-,</i> <i>aut(o)-,</i> <i>agrar-,</i> <i>agr(o)-,</i> <i>ambi-,</i> <i>bio-,</i> <i>dem(o)-,</i> <i>eur(o)-,</i> <i>ex-,</i> <i>infra-,</i> <i>-archie</i> <i>inter-,</i> <i>-(o)kratie</i> <i>vize-,</i>	<i>anti-,</i> <i>dis-,</i> <i>konter-,</i> <i>ultra-,</i> <i>-ismus</i> <i>-ist</i> <i>-istisch</i> <i>-izismus</i> <i>-itis</i>	<i>mono-,</i> <i>poly-,</i> <i>polit-,</i> <i>post-,</i> <i>prä-,</i> <i>pseud(o)-,</i> <i>dipl(o)-,</i> <i>anth(o)-,</i> <i>techn(o)-,</i> <i>-(o)id</i> <i>-(o)logie</i>

Politischer Wortschatz
(relativ fest hier nur die 2. Morphemklasse: Interferenz zwischen 1. und 3. Klasse)

Wortschatz der
Bildungssprache

Wortschatz der Öffentlichkeitssprache

und Bürger (vgl. oben Kap. 2.1.) hinaus im öffentlichen gesellschaftlichen Gesamtbereich wirksam. Das Verständnis der Texte und die Verstehbarkeit der textsortenspezifischen Lexeme hängt ab von der Vertrautheit des Bürgers mit dem politischen Wortschatz, vom Grad seiner staatsbürgerlichen, politischen Bildung, seinem politischen Interesse sowie von der persönlichen und beruflichen Nähe zu bestimmten Bereichen und Aspekten des Politischen.

Die fachsprachlichen Lexeme der 1. Lexemklasse dienen u.a. der Bezugnahme auf

- die einzelnen Institutionen und Organisationen des Staates: *Bundestag, Bundesrat, Partei, Parlament, Plenum*
- ihre internen Gliederungen: *Fraktion, Parteivorstand, Petitionsausschuß, Enquete-Kommission*
- die Aufgaben, die sie erfüllen: *Verfassungsschutz, Gesetzgebung, Entwicklungshilfe*
- die Prozesse, in denen sie funktionieren und die formalen Praktiken, mit denen die Institutionen arbeiten: *Lesung, Abstimmung, Legislaturperiode, Hammelsprung, konstruktives Mißtrauensvotum, Budget, Etat, Hearing*
- die Rechte, Pflichten und Aufgaben der politischen Funktionsträger: *Immunität, Indemnität, Mandat, Fraktionszwang, Lobby, Votum, Akklamation*
- Ämter und Funktionsträger: *Bundeskanzler, Parlamentarier, Fraktionsmitglied, Referent, Ombudsman*
- den gesamten Bereich des internationalen politischen Verkehrs und der Diplomatie: *Bündnis, Pakt, Annexion, Invasion, Charta, Klausel, Agrément, Attaché, akkreditieren, annullieren, Asyl, Audienz, Bulletin, Note, ratifizieren*
- spezielle Gegenstände der verschiedenen Sachgebiete (z.B. Wirtschafts-, Bildungs-, Finanz-, Umweltpolitik), die staatlich verwaltet werden: *Bruttosozialprodukt, Orientierungsstufe, Hochzinsparagraf, Partnerrente, Lastenausgleich, Investitions-*

rate, Konjunkturzuschlag, Tarifkommission, Infrastruktur, Ökosystem, konzertierte Aktion.

Eine Differenzierung der 1. Lexemklasse in verschiedene Unterklassen kann anhand der sachdeterminierten Gliederung vorgenommen werden, wie sie oben in der Abfolge der Spiegelstriche vorgegeben ist.

Eine Ausgrenzung von inhaltlichen Subklassen ergibt sich, wenn über die oben genannten klassendefinierenden Merkmale (b), (g), (o), (p), (u₂) und (u₃) hinaus ein oder mehrere (nicht klassentypische) konkomitante Merkmale der Merkmalsliste auf bestimmte Lexeme zutreffen, wie z.B. das Merkmal (k): 'mit historischem Horizont' in Kombination mit dem Merkmal (l₃): 'als geschichtlicher Grundbegriff verwendet': Diese Merkmalskombination determiniert eine Unterklasse der 1. Lexemklasse: Lexeme mit historischer Sensibilität wie *Aristokratie, Reputation, Industrie, Feudalismus, Gewaltenteilung, Materialismus, Zivilisation, Internationale, Klerikalismus, Kolonialismus, Machiavellismus, Legitimität, Parlamentarismus, Säkularisation, Republik, Ultramontanismus, Restauration oder Souveränität.*

Eine weitere (seltener) Unterklasse ist determiniert durch Zutreffen von Merkmal (f): 'ideologische Bedeutungsvarianz' oder (h): 'mit evaluativer Bedeutung'; deskriptive Ausdrücke der politischen Funktionssprache können ideologisch indiziert sein oder der normenspezifischen wertenden Bezugnahme auf (umstrittene) politisch-soziale Gegenstände dienen: z.B. *Volksaktie, soziale Marktwirtschaft, Bürger in Uniform, passiver Widerstand, Berufsverbot.*

Zusätzlich zu den oben aufgeführten Schweremerkmalen, die klassendefinierend für die 1. Lexemklasse sind, lassen sich folgende Schwerefaktoren, die potentiell an die Verwendung dieser Lexeme geknüpft sind, anführen:

- (1) Faktoren, die mit der Tendenz der politischen Fachsprache zu Objektivierung, begrifflicher Abstraktion, Genauigkeit und Rationalisierung zusammenhängen:

Exklusive Fachwörter aus Bürokratie und Recht sowie aus dem jeweiligen (kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen) Bereich, in dem die Behörde tätig wird.

Ableitung abstrakter Vorgänge von Substantiven (Nominalstil).

Kompositabildung zur Differenzierung des Grundwortes vor allem in den Fachsprachen der verwalteten Sachgebiete, in denen ein großer Bezeichnungsbedarf für fachgebundene neue Sachverhalte und Gegenstände besteht (z.B. *Vermögensgewinnabgabe*, *baupolizeilich*) usw.

Die folgenden Schwerefaktoren sind vor allem durch Zutreffen von Merkmal (1₁) 'als wissenschaftlicher Terminus verwendet' bedingt:

- (2) Viele Ausdrücke der institutionsexternen Kommunikation haben, bedingt durch mehrfach subsystematischen Gebrauch (in verschiedenen Spezialsprachen) entsprechend viele Bedeutungen. Zu ihrem Verständnis reichen (sprachliche) Bedeutungserklärungen meist nicht aus, sondern sind durch enzyklopädische Sach- und Funktionsbeschreibungen (ihres Denotats) zu ergänzen. Bei diesen fachbezogenen Wörtern ist die 'Sache' selbst Teil eines fachlichen Wissens, das zwar für den regelgerechten Gebrauch des Fachausdruckes wesentliche Voraussetzung ist, jedoch nicht die Regel seines Gebrauchs, sondern eher sein sach- und handlungsbezogenes Umfeld konstituiert.
(vgl. Strauß/Zifonun 1984, 391)
- (3) Bei den Wörtern der institutionsexternen Kommunikation handelt es sich häufig um gemeinsprachliche Wörter, die durch Terminologisierung und normative Festlegung in ihren Bedeutungen gegenüber ihrer nichtfachlichen Verwendung eingeengt oder im Widerspruch zur gemeinsprachlichen Bedeutung definiert sind.

Dies gilt vor allem für solche Fachsprachen, deren ausdrucksseitige Verbindungen mit der Gemeinsprache besonders

eng sind. Hier ist - wie z.B. bei der Rechtssprache - die Nähe zur Gemeinsprache die Quelle von Verstehensproblemen beim Laien; man denke nur an die verschiedenen Klassen juristischer Begriffe, an die "natürlichen Begriffe", die "unbestimmten Rechtsbegriffe", die "bestimmten Rechtsbegriffe", deren Verbindung zur Gemeinsprache dadurch abgeschnitten wird, daß ihre Bedeutungen durch Beschreibung der Tatbestandsmerkmale im Gesetz geregelt wird (vgl. Dieckmann 1969, 90f.), und schließlich die "rechtswissenschaftlichen Begriffe", die mit Elementen der Gemeinsprache gebildet, aber semantisch am weitesten von ihr entfernt sind.

- (4) Viele Termini, die in der Kommunikation zwischen Behörde und Bürger verwendet werden, weisen einen nur mittelbaren Referenzbezug auf. Zur Besonderheit rechtssprachlicher Fachausdrücke gehört z.B., daß sie sich auf außerjuristische Gegenstände nur mittelbar beziehen und ihre Gegenstände durch die definitorische Formulierung von 'Tatbestand' und 'Rechtsfolge' erst sprachlich konstituiert werden.

Aufgrund der Mittelbarkeit rechtssprachlicher Ausdrücke greift das Argument, nicht die Fachwörter seien schwer zu verstehen, sondern die damit bezeichneten Sachen, zu kurz. Denn die 'Sachen' des Rechts sind vor allem auf die rechtlich relevanten Merkmale abzielende sprachliche Beschreibungen von Sachverhaltsklassen. Die Schwierigkeiten für den Laien liegen nicht in den Sachen, sondern in den Definitionen von Sachen (vgl. dazu Stickel 1984, 47).

- (5) Eine weitere Ursache für die Schwerverständlichkeit von Termini des Kommunikationsbereichs Bürger-Behörde besteht in ihrer textsemantischen Vernetzung, die sich z.B. bei den Rechtstermini weit über den jeweiligen Kontext hinaus erstrecken kann. Die Fachbedeutung der Termini ist hier auch nicht aus den vertrauten Ausdrücken des näheren Kontextes zu erschließen, da auch diese Ausdrücke oft nur

mittelbar an den außerfachlichen Sprachgebrauch anknüpfen. Für das Verständnis dieser Termini ist ihre über andere und ganz verschiedenartige Texte verteilte Definitionsgeschichte erforderlich (vgl. Stickel 1984, 48).

A-Lexeme der 1. Lexemklasse:

absolute Mehrheit, Administration, administrativ, administrieren, Adresse, Agent, Agitation, agitieren, Agrar-, Agrarier, agrarisch, Agreement, Agrément, Agri-, Agro-, Akklamation, Akkumulation, akkumulieren, akkreditieren, Akkreditiv, Aktiv, Aktivist, Akzeptanz, Akzession, Allianz, Allierter, Amnestie, Ämterhäufung, Ämterpatronage, Anciennitätsprinzip, annectieren, Annexion, Annexionismus, annullieren, Apartheid, Appeasement, Aristokratie, aristokratisch, Artikel, Asyl, Asylant, Attaché, Attentismus, Audienz, Ausgleichsmandat, Ausnahmezustand, außerparlamentarisch, Aussperrung, Ausstand, autark, Autarkie, autonom, Autonomie, autorisieren, autoritär, Autorität.

E-Lexeme der 1. Lexemklasse:

Edikt, Egalität, Embargo, Emigrant, Emigration, emigrieren, Emisär, Empire, Enklave, Enquete, Entente, Entnazifizierung, Enzyklika, Episkopat, Etat, Etatisierung, Evakuierung, Evolution, Exekutive, Exemption, Exil, exilieren, Exklave, Expansion, expansiv, Expatriation, Export, exportieren, extrritorial, Exterritorialität.

2. Lexemklasse

Relativ zu den primär determinierenden Merkmalen (e): 'gruppen-(partei-)bezogen', (f): 'ideologisch bedingte Bedeutungsvarianz' und (q₂): 'soziofunktional indiziert' sowie relativ zu den fakultativen Merkmalen (b): 'subsystembezogen', (h): 'mit evaluativer Bedeutung', (i): 'mit Bezug auf wissenschaftliche Theorien/ideologische Rahmen', (k): 'mit historischem Horizont', (j₃): 'als geschichtlicher Grundbegriff verwendet' und (l₂): 'als Schlag-, Kampf-, Fahnen-, Stigmawort verwendet', kann aus dem Vokabular politischer Texte/Kommunikation als 2. schwererelevante Lexemklasse abgegrenzt werden, die

Klasse der ideologiegebundenen (Fach)Wörter des politisch-sozialen Wortschatzes.

Diese 2. Lexemklasse ist vor allem auch definiert durch die Negation der Merkmale (b₁): 'subsystemimmanent', (g): '(nur) mit

deskriptiver Bedeutung', (o): 'fachgegenstandsindiziert', (p): 'fachkommunikationsindiziert' und (u₂): 'auf die fachlich dissoziierte objektive Welt bezogen'. Lexeme der 2. Klasse werden in der Regel nicht (nur) sachbezogen und meist mit gruppenspezifischen Wertungen verwendet; es handelt sich - im Gegensatz zur 1. Lexemklasse - um semantisch instabile, intendiert vage und leerformelhaft gebrauchte (Schlag)Wörter mit jeweils unterschiedlicher, gruppenspezifisch verbindlicher fachlicher Geltung, die der Ideologie- oder politischen Meinungssprache (vgl. oben Kap. 2.1.) angehören. Die Texte, in denen diese Lexeme (usuell) verwendet werden (vgl. Kap. 3.1.), werden vor allem innerhalb des Kommunikationsbereichs AK₁ der öffentlich-politischen Auseinandersetzung, des semantischen Kampfes, der Diskussion und Propaganda produziert und rezipiert oder über das breite Spektrum massenmedialer Publikationsformen vermittelt.

Das Verständnis der Texte und die Verstehbarkeit der textsortenspezifischen Lexeme hängt ab nicht nur von der politischen Bildung und vom politischen Interesse, sondern von der Aufgeklärtheit, der Mündigkeit und dem gesellschaftspolitischen, historischen und kulturellen Bewußtsein und Kenntnisstand des Bürgers.

Ideologiegebundene Lexeme der 2. Lexemklasse dienen der meist wertenden Bezugnahme auf potentiell alle (fachlichen) Gegenstände des politisch-sozialen Themenspektrums, die unter der 1. Lexemklasse in den Spiegelstrichen aufgeführt sind (vgl. oben S. 262f.).

Für eine Subklassifizierung der überaus heterogenen und komplexen 2. Lexemklasse ist die jeweilige Dominanz eines der oben angegeben fakultativen Merkmale ausschlaggebend:

Dominieren die Merkmale (k) und (l₃), dann ist die Unterklasse der geschichtlichen Grundbegriffe auszugrenzen, also Lexeme mit starker historischer Sensibilität und mindestens von der Zeit der Aufklärung bis zur Gegenwart reichenden Bedeutungs- und Kommunikationsgeschichten: Zentrale Verfassungsbegriffe, Schlüssel-

wörter der politischen, wirtschaftlichen Organisation, Leitbegriffe politischer Bewegungen (in bestimmten historischen Epochen), brisante Schlagwörter von politischer Aktualität, theoretisch anspruchsvolle Kernbegriffe politischer Theorien, Ideologien, Gesellschaftslehren usw.

Dominiert Merkmal (l₂), dann ist die Unterklasse der politischen Schlagwörter ausgegrenzt, in der je nach ihrer (positiv oder negativ wertenden) Funktion im jeweiligen parteispezifischen Sprachgebrauch Leitwörter, Fahnen- und Stigmawörter unterschieden werden können (vgl. Hermanns 1982).

Dominiert Merkmal (e) 'gruppen(partei-)bezogen', das je nach der Zahl der etablierten gruppenspezifischen Sprachgebräuche als offenes Merkmal aufzufassen ist, dann sind verschiedene Unterklassen auszugrenzen:

Entsprechend Merkmal (e₁) die miteinander konkurrierenden Parteisprachgebräuche innerhalb der BRD, z.B. die sozialdemokratische Version eines Begriffs gegenüber der liberalen, oder spezifisch marxistische oder kommunistische Wortgebräuche in der BRD und in den sozialistischen Ländern.

Entsprechend Merkmal (e₂) mit seiner arealen Komponente die ideologisch zwischen den beiden Gesellschaftssystemen der BRD und DDR varianten Wortgebräuche (vor allem in den Bereichen Ideologie, Propaganda, Staatsaufbau, Wirtschaft).

Entsprechend Merkmal (e₃) den Sprachgebrauch einer wichtigen politischen Epoche (Aufklärung, französische Revolution) und deren Protagonisten, oder den Sprachgebrauch einer politischen Partei/Gruppe, der der jüngeren Vergangenheit angehört (nationalsozialistisch, Weimarer Republik usw.).

Auch Merkmal (f) ist ein relativ offenes Merkmal:

Dominiert Merkmal (f₁), dann ist die Unterklasse der politischen Lexeme ausgrenzbar, die von verschiedenen Parteien/Gruppen mit

unterschiedlicher deskriptiver Bedeutung, aber gleicher Wertung verwendet werden (z.B. ist *Solidarität* für SPD und CDU positiv konnotiert, aber unterschiedlich definiert).

Dominiert Merkmal (f_2), dann ist die Unterklasse der politischen Lexeme mit parteibezogen annähernd gleicher deskriptiver Bedeutung, aber unterschiedlicher Wertung auszugrenzen (z.B. *Radikalerlaß*, *Berufsverbot* im Sprachgebrauch der etablierten Parteien).

Dominiert Merkmal (f_3), dann ist die Unterklasse der politischen Lexeme mit parteibezogen sowohl unterschiedlicher deskriptiver als auch wertender Bedeutung ausgrenzbar (z.B. *Sozialismus* im Sprachgebrauch von SPD und CDU).

Die teilweise offenen Merkmale (e), (f), (k) und (l) haben - bezogen auf die 2. Lexemklasse - klassenkonstituierende und klassendifferenzierende Funktion.

Zusätzlich zu diesen Schweremerkmalen lassen sich folgende Schwerfaktoren, die potentiell an die Verwendung ideologischer Lexeme geknüpft sind, anführen:

- (1) Als Wörter der Ideologiesprache vermitteln die (jeweils gruppenbezogen verbindliche) Deutungen von der Wirklichkeit, vom gesellschaftlichen Zusammenhang usw. Daher sind sie häufig in unterschiedlicher semantischer (deskriptiver und/oder evaluativer) Version in den Terminologien bestimmter Ideologien, Gesellschaftstheorien und Intessendogmen festgelegt. Als Termini oder auch als Alltagsbegriffe haben sie oft eine mehrfache Bezüglichkeit auf ideologische Rahmen, soziale Normen und Wertesetzungen. Daher werden sie mit meinungsgruppenbezogen oder parteisprachlich verschiedenen Bedeutungen zur Bezugnahme auf eine meist komplexe, der Alltagserfahrung weitgehend entzogene soziale Realität verwendet. Die semantische Instabilität dieser Interpretationsvokabeln wird häufig multipliziert dadurch, daß sie in verschiedenen sprachlichen Subsystemen

zugleich verwendet werden, z.B. in der Theorie- und Wissenschaftssprache der Sozial- und Politikwissenschaften, in der Ideologiesprache, in der Bildungs- und der Gemein- oder Alltagssprache (vgl. Strauß 1984, 101f., 106).

- (2) Sie stimulieren den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung vor allem durch ihre Rolle im verbalen Kampf der Parteien oder bestimmter Gesellschaftsgruppen um die (Erringung oder Vermehrung der) politische(n) Macht im Staat, der in demokratischen Gesellschaften primär über die Sprache ausgetragen werden muß, z.B. in semantischen Kämpfen um die von den verschiedenen Gruppen umworbenen, zur eigenen Aufwertung und zur Abwertung des Gegners verwendeten (Fahnen-, Stigma-)Wörter oder in Kontroversen um die (Neu) Besetzung der Bedeutungen von Wörtern wie *Fortschritt*, *Lebensqualität*, *Aufschwung*, *Terrorismus*, *Radikalenerlaß*, *Sicherheitsrisiko*, *Sozialismus*, *soziale Marktwirtschaft*, *Faschismus*, *Diktatur* usw. sowie in der öffentlichkeitswirksamen Proklamierung und Durchsetzung der jeweils eigenen parteiischen Bedeutungsversionen (Appell-, Symptomfunktion). Aufgrund ihrer Interpretationsabhängigkeit sind sie über längere Zeiträume semantisch in hohem Maße instabil und haben ein breites Spektrum an schwer zu fassenden Bedeutungsnuancen.
- (3) Ein besonders wesentlicher Schwerefaktor für die Rezeption politisch-ideologischer Wörter besteht darin, daß sie - da es sich meist um sprachabhängige Abstrakta handelt - die soziale Wirklichkeit zu allererst produzieren, die in semantischen Kämpfen selbst zur Debatte steht. Denn Wörter mit offenem Gegenstands- oder Referenzbezug bilden die 'vorgegebene' Wirklichkeit nicht einfach ab (vgl. Strauß 1984, 101).
- (4) Die instabilen Gebräuche dieser Ausdrücke können bei mangelnder Sprachaufklärung des Bürgers z.B. in persuasiven Definitionen taktisch und manipulativ genutzt werden und so auch der Durchsetzung nicht-sprachlicher Kommunikationsinteressen dienen (vgl. Strauß/Zifonun 1985, 400f.).

- (5) Politische und ideologische Schlagwörter werden sehr häufig als Versatzstücke beliebig in Leerformeln, Ideologemen, Slogans und Parolen gebraucht; dies gilt für besonders 'geräumige' Wörter, die keine (klare) Bedeutung haben und bei denen man sich viel denken kann.

(vgl. Strauß 1984, 102).

Ismen der 2. Lexemklasse (Auswahl):

Absolutismus, Anarchismus, Antifaschismus, Antisemitismus, Bolschewismus, Chauvinismus, Despotismus, Dirigismus, Europazentrismus, Expansionismus, Extremismus, Faschismus, Feudalismus, Föderalismus, Franquismus (Frankismus), Gaullismus, Imperialismus, (proletarischer) Internationalismus, Isolationismus, Kapitalismus, Kolonialismus, Kommunismus, Konservati(vi)sismus, Kosmopolismus, Leninismus, Liberalismus, McCarthyismus, Marxismus(-Leninismus), Militarismus, Monarchismus, Monarchofaschismus, Monopolkapitalismus, Nationalismus, Nazismus, Neofaschismus, Neokolonialismus, Neonazismus, Pan-slawismus, Parlamentarismus, Partikularismus, Patriotismus, Pazifismus, Pluralismus (als politischer Begriff), Protektionismus, Radikalismus, Rassismus, Reformismus, Revanchismus, Revisionismus, Separatismus, Sozialchauvinismus, Sozialdemokratismus, Sozialismus, Terrorismus, Totalitarismus, Trotzkismus, Zarismus, Zentralismus, Zionismus (vgl. Werner 1981, 322).

K-Lexeme der 2. Lexemklasse (Auswahl):

kalter Krieg, Kapitalismus, Kapitalist, kapitalistisch, Klasse, Klassenkampf, Klasse(n)-, Klerikalismus, klerikalistisch, Kollaboration, Kollektiv, Kolonialismus, Kommunismus, Kommunist, kommunistisch, Konformismus, Konformität, konservativ, Konservat(iv)ismus, Konspiration, konspirativ, Konterrevolution, Kulturbolschewismus, Kurialismus.

Das in Zusammensetzungen produktive Lexem *Frieden* (2. Lexemklasse) mit gruppenspezifischen Bedeutungsvarianten

Friedensapostel, Friedensappell, Friedensaufruf, Friedensbanner, Friedensbewegung, Friedensblockade, Friedensbote, Friedensbruch, Friedensdiktat, Friedensfahne, Friedensfahrer, Friedensfahrt, Friedensforum, Friedensgrenze, Friedenskumpf, Friedenskurs, Friedensmanifest, Friedensmarsch, Friedensoffensive, Friedenspropaganda, Friedensrat, Friedenstruppe, Friedensverrat, Friedenswille, Friedens-treffen usw.

3. Lexemklasse:

Relativ zu den determinierenden Merkmalen (r): 'metaphorisch (in politischen Kontexten) verwendet', (b): 'subsystembezogen', (q₂):

'soziofunktional indiziert' und (h): 'mit wertender Bedeutung' kann aus dem Vokabular politischer Texte/Kommunikation die 3. Lexemklasse ausgegrenzt werden als

Klasse der metaphorisch im politischen Kontext verwendeten (Fach)Wörter und Euphemismen (z.B. *Nachrüstung, Sondermission, Entsorgung*)

Wichtige fakultative Merkmale sind hier besonders aufgrund der spezifischen Funktion von Euphemismen, den schicken Tarnkleidern für böse Gedanken, die Merkmale (e): 'Gruppenbezug' und (f): 'Varianz' (die eine Gruppe nennt die gleiche Sache beschönigend *Friedensgrenze*, die andere abwertend *Schandmauer*), einschlägig sind hier gruppenbezogene Bezeichnungsalternativen oder -varianten.

Durch Addition eines weiteren, für die 3. Lexemklasse konstitutiven Merkmals: Merkmal (n): 'innersprachlich meist voll- oder teilmotiviert', kann aus dem Vokabular politischer Texte/Kommunikation ausgegrenzt werden

die Teilklasse der originellen/brisanten, zum Teil fachlich oder jargonhaft verdichteten (vgl. die 1. Lexemklasse) und/oder metaphorisch verwendeten Wortneubildungen oder Neologismen (z.B. *Überlebenspolitik, Oberkill-Potential, Verfassungskautelen, Vorausvermächtnis, Inflationsfixierung*).

Lexeme der 3. Klasse werden in der Regel nicht (nur) sachbezogen und meist mit individual- oder gruppenspezifischen Wertungen in einem reflektierenden und kommentierenden Zusammenhang verwendet. Es handelt sich um Fachwörter aus bestimmten Referenzbereichen (Fächern und Wissenschaften von großer Publizität), die in den politischen, also fachfremden Kontext übernommen werden. Die Funktion der metaphorischen Korrelation von Politik und nicht politischen Fachbereichen ist je nach Textsorte unterschiedlich: in Leitartikeln, Kommentaren besteht sie in der Kommentierung, Bewertung, Pointierung, Verdeutlichung politischer Vorgänge, in politischer Rede kann sie der Verhüllung, Verschleierung und Manipulation politischer Realität dienen.

Die Texte, in denen diese Lexeme (usuell) verwendet werden (vgl. Kap. 3.1.), werden vor allem im Kommunikationsbereich der öffentlich-politischen Kommunikation, z.B. als taktisch-persuasive Rede, produziert und über die Massenmedien vermittelt.

Das Verständnis der Texte und die Verstehbarkeit der (textsortenspezifischen) Lexeme erfordert vom Rezipienten häufig eine Art 'zwiefaches' Denken bzw. Umdenken oder Assoziieren: Er muß die eigentliche, d.h. fachlich gebundene Bedeutung eines metaphorisch in den politischen Kontext übernommenen Lexems kennen, über die politische Situation bzw. das Referenzobjekt der Metapher und über die normale Bezeichnung des Referenzobjekts Bescheid wissen; d.h. er muß den Sachverhalt ebenso kennen, der durch einen euphemistischen Ausdruck beschönigt wird, wie die konkurrierende 'direkte' Benennung dieses Sachverhalts. Zu den bei der 1. und 2. Lexemklasse angeführten Schwerefaktoren, die potentiell auch für die 3. Lexemklasse einschlägig sein können, kommt hier also der Faktor 'uneigentliche, (komprimiert) bildliche Verwendung (im verkürzten Vergleich)' hinzu, bzw. 'kontextdeterminierte, von der konventionellen Bedeutung abweichende (okkasionelle) Wortbedeutung, d.h. daß metaphorische Lexeme für Bezugsobjekte verwendet werden, für die sie vom Sprachsystem her nicht vorgesehen sind.

Eine wichtige Unterklasse der 3. Lexemklasse ist durch den engeren Bereich der lexikalisierten, vom Staat oder von einer Staatspartei propagierten metaphorisch-ideologischen Begrifflichkeit auszugrenzen, wie sie z.B. in offiziellen sozialwissenschaftlichen und politischen Texten (Lehrbüchern) der DDR-Literatur festzustellen ist (vgl. Ludz 1980, 121ff.: hier werden z.B. organische Metaphern, Tages- und Jahreszeitenmetaphern, Bewegungs-, Architektur-, Baum-, Tanz-, Theater-, Schmuck- und technische Metaphern unterschieden).

Da politische Metaphern meist ad hoc gebildet werden und kontextabhängig sind, können Beispiele hier nur schwer gegeben werden; dazu sei auf die Beispieltexte T7, T8, T14, T15 in Kap. 3.1. ver-

wiesen. Die Liste für metaphorische (Fach)Ausdrücke in der Politik, die zum engen Bereich der Schwerwortkandidaten gehören, ist generell offen. Eine textorientierte Bestandsaufnahme politischer Metaphern und Euphemismen müßte jeweils die unmittelbaren Kontexte der Metaphernausdrücke verzeichnen: z.B. *Agonie der Koalition*, *politische Hygiene*, *Bonner Paralyse*, *demokratisches Pathos*, das *Netsozialer Sicheerheit*, das von der *Koalition en suite* gespielte *Stück*, *Kollaps der SPD*, was die *Sonden der Demoskopien* aus dem Inneren des Gesellschaftskörpers melden, *Genscher* spielt mit dem Gedanken an *Desertion* ... bisher hat er sich noch nicht zum *Absprung* entschließen können, das *Foul* des *Grafen Lambsdorff*, der *Bundeskanzler im Abseits*, der *Minister schießt ein Eigentor*, der *Exodus der Regierung*. Manche Metaphern in politischer Sprache sind längst konventionalisiert (z.B. *Hammelsprung*, *Ministerriege*, *Haushalt*), andere erst in jüngster Zeit usuell geworden (*Steuerschraube*, *die Wirtschaft ankurbeln*).

4. Lexemklasse

Relativ zu dem konstitutiven Merkmal (q) bzw. (q₁): '(sprach)soziologisch indiziert' und (q₂): 'soziefunktional indiziert' (vgl. oben Kap. 3.2.) sowie relativ zu den fakultativen Merkmalen (g): 'mit deskriptiver Bedeutung', (u₂) und (u₃): 'auf die fachlich dissoziierte objektive und soziale Welt bezogen', kann aus dem Vokabular politischer Texte/Kommunikation als 4. schwererelevante Lexemklasse ausgegrenzt werden die

Klasse der zum fächerübergreifenden allgemeinen Wissenschafts- und Bildungswortschatz gehörigen Lexeme.

Diese 4. Lexemklasse ist auch definiert durch die Negation der Merkmale (e), (f), (h) und (l). Die Lexeme der 4. Klasse werden in der Regel ohne Wertungsfunktion in fachlichen Kontexten verwendet; sie dienen im jeweiligen Kontext der differenzierenden (und kommentierenden) Darstellung abstrakterer (fachlicher) Sach- und Begriffszusammenhänge und der Vermittlung eines allgemeinen

Orientierungswissens. Bildungssprachliche Lexeme sind vor allem für massenmediale Texte konstitutiv (vgl. Kap. 3.1. die Kommentare zu Beispieltext T14 und T15), in denen sie verständnisstiftende Erläuterungsfunktion erfüllen und zur Verringerung der kognitiven Distanz zwischen Fach- und Alltagswelt beitragen sollen. Wie jedoch die Beispieltexte (oben S. 207ff.) gezeigt haben, sind gerade die bildungssprachlichen Lexeme mit ihrer verhältnismäßig hohen Frequenz in politischen Texten in besonderem Maße erklärungsbedürftig und daher zum engeren Bereich potentieller Schwerwortkandidaten zu rechnen.

Einige Beispiele für Lexeme der allgemeinen Wissenschaftssprache und Bildungssprache finden sich in den Kommentaren zu den für den politischen Bereich zentralen Beispieltexten in Kap. 3.1.

Charakteristisch für die Wissenschaftssprache in wissensvermittelnden Textsorten auch der politischen Kommunikation sind z.B. folgende Lexeme:

Methode, System, Form, Funktion, Reaktion, Substanz, Prozeß, Theorie, Problem, Struktur, Kapitel, Information, Organismus, Produktion, relativ, Synthese, Linie, Phase, Volumen, konstant, Periode, Signal, Zentrum, Analyse, Faktor, Impuls, Stadium, Prinzip, Basis, Element, Maximum, Minimum, primär, sekundär, Frequenz, Spezifik, Daten, Effekt, Linear, Differenz, Konstante, Niveau, Komponente, Objekt, Parameter, Summe, Vektor, systematisch, Diffusion, Experiment, Profil, Formel, Proportion, Optimum, Typik, Modell, Charakteristikum, Mechanismus, Definition, Stabilität, Reaktion, Regel, Qualität, Komplexität, Statistik, diskutieren, analysieren, hinterfragen, normalisieren, differenzieren, variieren, markieren, organisieren, absorbieren, korrelieren, resultieren, konzentrieren, koordinieren, kooperieren, formulieren, orientieren, intensivieren, rotieren, basieren, schematisieren, zitieren, induzieren, modifizieren, regulieren, detaillieren, isolieren, kosmisch, genetisch, materiell, kompakt, äquivalent, atomar, effektiv, graphisch, prozentual, vegetativ, spontan, abstrakt, konkret, logisch, intern, individuell, ökologisch, schematisch, konsequent, konstruktiv, rationell, speziell, typisch, kontinuierlich, kritisch, elastisch, kombinatorisch, qualitativ, analog, numerisch, stationär, atmosphärisch, extrem, homogen, heterogen, identisch, produktiv, tendenziell, klassisch, ökonomisch, steril, symmetrisch, analytisch, partiell, total, funktionell, lokal, neutral usw.

Die Lexemklasse der bildungssprachlichen Ausdrücke ist wie die Klasse der metaphorischen und euphemistischen Wörter (3. Lexemklasse) eine offene Liste; beide Klassen gehören nicht zum politischen Wortschatz im engeren Sinne, vielmehr decken sie mit ihrem lexikalischen Repertoire den laufenden Bedarf nach Interpretation und sprachlicher Anpassung an die sich verändernde politische Realität. Gegenüber diesen beiden Lexemklassen ist die 1. und 2. Lexemklasse eine jeweils relativ geschlossene Liste mit je einem konstanten Vokabular an Kernbegriffen. Für politische Kommunikation ist jedoch der wechselseitige Austausch zwischen den offenen und geschlossenen Klassen charakteristisch; zusammen bilden sie auf dem Weg von Übertragung und Rückübertragung ein potentiell mit geschichtlichen und soziokulturellen Gehalten gefärbtes fach-, ideologie- und bildungssprachliches Kontinuum.

5. Lexikographische Matrix für die Beschreibung schwerer Wörter

In der folgenden Matrix, in der die herausgearbeiteten Lexemklassen als der eine und die Elemente der Merkmalsliste als der andere Parameter fungieren, soll der Zusammenhang zwischen Lexemklassen und Merkmalen in übersichtlicher und in für lexikographische Zwecke operationalisierbarer Weise verdeutlicht werden. Die für eine Lexemklasse konstitutiven Merkmale erhalten ein Pluszeichen "+", die fakultativen oder konkomitanten Merkmale ein Pluszeichen in Klammern "(+)" (s.S. 277).

Die vorgestellte Matrix hat als lexikographischer Orientierungsrahmen eine doppelte Funktion:

Einerseits ist sie Kontrollinstrument, d.h. der Lexikograph kann an der Matrix überprüfen, ob er bei der lexikographischen Beschreibung die jeweils lexem(klassen)konstitutiven Merkmale entsprechend berücksichtigt hat.

Andererseits ist sie - wenn man den waagerechten Parameter der vier Lexemklassen durch ein x-beliebiges politisches Lexem substituiert, das semantisch zu bestimmen und im Wörterbuch zu beschreiben ist - Ordnungs- und Bestimmungsinstrument bei der Klassifikation und Kodifizierung des politischen Wortschatzes:

- sie stellt mit den Merkmalen verschiedene und mehrfach

Lexem(klasse) Merkmale	1. Lexem- klasse	2. Lexem- klasse	3. Lexem- klasse	4. Lexem- klasse
(a)				
(b ₁)	+			
(b ₂)	+	(+)	+	
(c)				
(d ₁)				
(d ₂)				
(d ₃)				
(d ₄)				
(e ₁)		+	(+)	
(e ₂)		+	(+)	
(e ₃)		+	(+)	
(f ₁)		+	(+)	
(f ₂)		+	(+)	
(f ₃)		+	(+)	
(f ₄)		+	(+)	
(g)	+			(+)
(h)		(+)	+	
(i)		(+)		
(k)		(+)		(+)
(l ₁)				
(l ₂)		(+)		
(l ₃)		(+)		
(m)				
(n)	(+)		+	
(o)	+			
(p)	+			
(q ₁)				+
(q ₂)		+	+	+
(r)			+	
(s)				
(t)			+	
(u)	+			(+)
(v)				
(w)				
(x)				

kombinierte Vorgaben für die Feinsortierung des politischen Wortschatzes zur Verfügung

- sie liefert einzelne Textbausteine für die lexikographische Beschreibung, insbesondere Textbausteine für die Ausfüllung der Artikelpositionen (z.B. für den semantischen, den pragmatischen oder den enzyklopädischen Kommentar) mit entsprechenden Informationsklassen, die als Belegungen der Merkmale zu verstehen sind.

6. Literatur

- Agricola (1983) = E. Agricola: Mikro-, Medio- und Makrostrukturen als Informationen im Wörterbuch. In: I. Schildt/D. Viehweger (Hrsg.): Die Lexikographie von heute und das Wörterbuch von morgen. Analysen-Probleme-Vorschläge. (= Linguistische Studien. Reihe A. Arbeitsbericht 109). Berlin, 1-24.
- Borgs-Maciejewski (1983) = H. Borgs-Maciejewski: Parlamentsorganisation. Institutionen des Bundestags und ihre Aufgaben. 2. Auflage. Heidelberg.
- Burger/Buhofer/Sialm (1982) = H. Burger/A. Buhofer/A. Sialm: Handbuch der Phraseologie. Berlin. New York.
- Busch (1983) = E. Busch: Parlamentarische Kontrolle. Ausgestaltung und Wirkung. Heidelberg. Hamburg.
- Dieckmann (1969) = W. Dieckmann: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg.
- Dieckmann (1981) = W. Dieckmann: Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge. Aufsätze. Entwürfe. Heidelberg.
- Dieckmann (1983) = W. Dieckmann: Sprache und Kommunikation in politischen Institutionen. In: Linguistische Arbeiten und Berichte, hrsg. von Fachbereich 16 der FU Berlin, 1-66.
- Edelman (1976) = M. Edelman: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt.
- Habermas (1977) = J. Habermas: Umgangssprache, Wissenschaftssprache, Bildungssprache. In: Jahrbuch 1977 der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen, 36-51.
- Habermas (1981) = J. Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt.
- Handschuh (1982) = E. Handschuh: Gesetzgebung. Programm und Verfahren. Heidelberg. Hamburg.

- Hermanns (1982) = F. Hermanns: Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II. Hrsg. von H.E. Wiegand. Hildesheim. New York, 87-108.
- Küster (1983) = R. Küster: Politische Metaphorik. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 51, 30-45.
- Link (1983) = E. Link: Fremdwörter - Der Deutschen liebste Wörter? In: Deutsche Sprache 1/1983, 47-77.
- Ludz (1980) = P. Chr. Ludz: Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR. München, Wien.
- Metz (1976) = K.-D. Metz: Sprache der Bürokratie (= Sprachhorizonte 29). Dortmund.
- Oksaar (1983) = E. Oksaar: Verständigungsprobleme im Sprachbereich 'Politik': Schwere Wörter in Nachrichten und Kommentaren. In: Wortschatz und Verständigungsprobleme. Jahrbuch 1982 des Instituts für deutsche Sprache (= Sprache der Gegenwart 57). Düsseldorf, 119-133.
- Otto (1982) = W. Otto: Erwartungen an die Rechts- und Verwaltungssprache der Zukunft. In: Muttersprache 91/1982, 309-315.
- von Polenz (1979) = P. von Polenz: Resümee der Tagung. In: Fachsprachen und Gemeinsprache. Jahrbuch 1978 des Instituts für deutsche Sprache (= Sprache der Gegenwart 46). Düsseldorf, 317-324.
- von Polenz (1979a) = P. von Polenz: Lehnwort und Fremdwort sprachwissenschaftlich betrachtet. In: P. Braun (Hrsg.): Fremdwortdiskussion (= UTB 797), München.
- von Polenz (1985) = P. von Polenz: Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens. (= Sammlung Götschen 2226). Berlin. New York.
- Schmidt (1977) = H. Schmidt: Untersuchungen zu konzeptionellen Problemen der historischen Lexikographie. Ost-Berlin.
- Stickel (1984) = G. Stickel: Zur Kultur der Rechtssprache. In: Mitteilungen 10 des Instituts für deutsche Sprache. Aspekte der Sprachkultur. Mannheim, 29-60.
- Strauß (1984) = G. Strauß: Politische Sprachkultivierung im Wörterbuch. In: Mitteilungen 10 des Instituts für deutsche Sprache: Aspekte der Sprachkultur. Mannheim, 91-121.
- Strauß/Zifonun (1984) = G. Strauß/G. Zifonun: Versuch über schwere Wörter - Zur Frage ihrer systembezogenen Bestimmbarkeit. In: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie IV. Hrsg. v. H.E. Wiegand. Hildesheim. New York, 381-452.
- Strauß/Zifonun (1985) = G. Strauß/G. Zifonun: Die Semantik schwerer Wörter im Deutschen. 2 Bde. Tübingen (= Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache 58.1/2). Tübingen.

- Werner (1981) = J. Werner: Das Suffix -ismus von -*ισμός*. In: Das Fortleben altgriechischer Typenbegriffe in der deutschen Sprache (= Band 5 von: Soziale Typenbegriffe im alten Griechenland und ihr Fortleben in den Sprachen der Welt. Hrsg. v. E.Ch. Welskopf). Ost-Berlin, 322-335.
- Wiegand (1977) = H.E. Wiegand: Einige grundlegende semantisch-pragmatische Aspekte von Wörterbucheinträgen. Ein Beitrag zur praktischen Lexikologie. In: Kopenhagener Beiträge zur germanistischen Linguistik 12, 59-149.
- Wiegand (1981) = H.E. Wiegand: Pragmatische Informationen in neuhochdeutschen Wörterbüchern. In: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie I. Hrsg. v. H.E. Wiegand. Hildesheim. New York, 139-271.
- Zifonun (1984) = G. Zifonun: Politische Sprachkultur und Sprachkritik. In: Mitteilungen 10 des Instituts für deutsche Sprache: Aspekte der Sprachkultur. Mannheim, 61-90.